



**Jahresbericht über die
Aktivitäten der OSZE 2003**

SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT FÜR EUROPA



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist eine gesamt europäische Sicherheitsorganisation, die sich mit ihren 55 Teilnehmerstaaten über den geographischen Raum von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt.

Die OSZE gilt als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen und fungiert als primäres Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge in diesem Raum. Ihr Sicherheitsansatz ist einzigartig, da er sowohl umfassend als auch kooperativ ist: umfassend, da er sich auf drei Dimensionen der Sicherheit erstreckt - die menschliche, die politisch-militärische und die Wirtschafts-/Umweltdimension.

Daher befasst sie sich mit einem breiten Spektrum von sicherheitsbezogenen Anliegen, darunter Menschenrechte, Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, nationale Minderheiten, Demokratisierung, Polizeistrategien, Terrorismusbekämpfung sowie Wirtschafts- und Umweltaktivitäten. Und sie ist kooperativ, da alle Staaten, die an OSZE-Gremien und -Aktivitäten teilnehmen, gleichberechtigt sind. Die Beschlüsse werden nach dem Konsensprinzip gefasst und sind politisch, aber nicht rechtlich bindend.

OSZE-TEILNEHMERSTAATEN

Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidschan | Belarus | Belgien | Bosnien und Herzegowina
Bulgarien | Dänemark | Deutschland | die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien | Estland
Finnland | Frankreich | Georgien | Griechenland | Heiliger Stuhl | Irland | Island | Italien | Kanada
Kasachstan | Kirgisistan | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen | Luxemburg | Malta | Moldau
Monaco | Niederlande | Norwegen | Österreich | Polen | Portugal | Rumänien | Russische Föderation
San Marino | Schweden | Schweiz | Serbien und Montenegro | Slowakei | Slowenien | Spanien
Tadschikistan | Tschechische Republik | Türkei | Turkmenistan | Ukraine | Ungarn | Usbekistan
Vereinigte Staaten von Amerika | Vereinigtes Königreich | Zypern

KOOPERATIONSPARTNER

Afghanistan | Japan | Republik Korea | Thailand

KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM

Ägypten | Algerien | Israel | Jordanien | Marokko | Tunesien

Frühwarnung
Konfliktverhütung
Krisenmanagement
Menschenrechte
Demokratisierung
Vertrauensbildende Maßnahmen
Rüstungskontrolle
Vorbeugende Diplomatie
Sicherheitsbildende Maßnahmen
Wahlbeobachtung
Polizeiausbildung
Medienfreiheit
Bekämpfung des Menschenhandels
Schutz nationaler Minderheiten
Sicherheit in Wirtschaft und Umwelt
Konfliktnachsorge
Terrorismusbekämpfung
Aufbau von Institutionen
Grenzüberwachung
Aufbau der Zivilgesellschaft

Jahresbericht über die Aktivitäten der OSZE 2003

*„Unsere Antwort auf – neue und alte – Bedrohungen
und Herausforderungen sollte entschlossen sein,
doch dürfen wir nie das Endziel unseres Bemühens vergessen,
nämlich die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte -
der Sicherheit und der Würde des Menschen.“*

**Jaap de Hoop Scheffer,
Amtierender Vorsitzter der OSZE 2003.**

Anmerkung: Alle personenbezogenen Bezeichnungen in diesem Dokument sind geschlechtsneutral zu verstehen.

INHALT

VORWORT DES GENERALEKRETÄRS	5
DER VORSITZ	7
Bericht des Amtierenden Vorsitzenden	9
Die Arbeit des Ständigen Rates	26
Gesamthaushaltsplan	28
Aktivitäten der Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden	29
Berichte der Vorsitzen der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. mit den Kooperationspartnern in Asien	31
DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION	35
DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE	39
OSZE-FELDEINSÄTZE 2003	45
SÜDOSTEUROPA	47
Die OSZE-Präsenz in Albanien	49
Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina	53
Die OSZE-Mission in Kroatien	57
Die OSZE-Mission im Kosovo (OMiK)	60
Die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro	64
Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje	69
Die OSZE und der Stabilitätspakt für Südosteuropa	73
OSTEUROPA	75
Das OSZE-Büro in Minsk	77
Die OSZE-Mission in Moldau	80
Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine	84
KAUKASUS	87
Das OSZE-Büro in Baku	89
Die OSZE-Mission in Georgien	94
Das OSZE-Büro in Eriwan	104
ZENTRALASIEN	111
Das OSZE-Zentrum in Almaty	113
Das OSZE-Zentrum in Aschgabad	118
Das OSZE-Zentrum in Bischkek	121
Das OSZE-Zentrum in Duschanbe	125
Das OSZE-Zentrum in Taschkent	130
UNTERSTÜTZUNG FÜR BILATERALE UDN MULTILATERALE VEREINBARUNGEN	
Der OSZE-Beauftragte in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militäranghörige	133
Der OSZE-Vertreter in der gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	134
DIE INSTITUTIONEN	135
Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	137
Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten	147
Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit	152
DAS SEKRETARIAT	157
Die Gruppe Terrorismusbekämpfung	162
Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten	163
Personalressourcen	164
Verwaltung und Finanzen	165
Das Konfliktverhütungszentrum	167
Die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen	170
Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE	171
Das Prager Büro	174
PARTNERSCHAFT FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT	175
Zusammenwirken zwischen Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum	175
Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums	187
ANHANG	189

VORWORT DES GENERALSEKRETÄRS, Ján Kubiš

2003 stellte die OSZE erneut ihre Fähigkeit unter Beweis, sich neuartigen Herausforderungen für die europäische Sicherheit zu stellen. Ein Großteil dieser Arbeit fällt unter den Begriff „stille Diplomatie“ oder „soft security“. Oft handelt es sich dabei um langfristige oder hinter den Kulissen ablaufende Bemühungen, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden. Der Jahresbericht über die Aktivitäten der OSZE bietet daher die seltene Gelegenheit, unsere Arbeit ausführlich zu präsentieren. Mit großer Freude lege ich hiermit die diesjährige Ausgabe vor.

Die Teilnehmerstaaten und der niederländische Vorsitz hatten eine anspruchsvolle Agenda und setzten mehrere Prozesse in Gang, die der OSZE einen klaren strategischen Rahmen für die kommenden Jahre geben werden. Die Arbeit im Anschluss an die Beschlüsse des Ministerrats von Maastricht betreffend Bedrohungen der Sicherheit im einundzwanzigsten Jahrhundert, das Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension, den Kampf gegen den Menschenhandel, Toleranz und Nichtdiskriminierung, Roma und Sinti sowie die Bekämpfung des Terrorismus und politisch-militärische Angelegenheiten zeigt deutlich, in welche Richtung unserer Tätigkeit in Zukunft gehen wird. Diese Beschlüsse, die den krönenden Abschluss unter ein arbeitsreiches Jahr setzten, bauen auf bestehenden OSZE-Institutionen, -Feldaktivitäten und -Verpflichtungen auf.

Der umfassende Sicherheitsbegriff der OSZE nimmt immer konkretere Konturen an. 2003 wurde die Wirtschafts- und Umweltdimension stärker betont, was schließlich zur Vereinbarung eines OSZE-*Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension* führte. Nun geht es darum, diese Strategie umzusetzen und sicherheitsrelevante Wirtschafts- und Umweltfragen stärker als bisher in allen OSZE-Aktivitäten zu berücksichtigen, etwa in Bezug auf die Erfüllung der von den Teilnehmerstaaten in diesem Bereich eingegangenen Verpflichtungen oder in Bezug auf Frühwarnung.

Der Bericht des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) macht deutlich, dass die Arbeit der OSZE in der politisch-militärischen Dimension eine Renaissance erlebt. Die OSZE hat in Form der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* zum ersten Mal eine ausführliche Erörterung und Bewertung ihrer Aktivitäten angesichts neuer Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität vorgenommen. Ein weiterer Höhepunkt des Jahres war die Beschäftigung mit Kleinwaffen und leichten Waffen und die Ausarbeitung des Handbuchs „Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen“ durch die FSK-Unterstützungsgruppe des Sekretariats. Als weiterer Erfolg ist die Aufnahme von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) und von

Lagerbeständen konventioneller Munition in die OSZE-Tagesordnung zu nennen.

Natürlich befasst sich die OSZE auch weiterhin mit ihren Kernaufgaben Konfliktverhütung, Förderung der Demokratisierung und der Rechtsstaatlichkeit, Gewährleistung der Medienfreiheit, Wahlbeobachtung und Konfliktnachsorge, wovon insbesondere in den Berichten der OSZE-Institutionen die Rede ist. Diese Aktivitäten haben auch ihren festen Platz in der Arbeit der OSZE-Feldeinsätze, denen der Großteil des Jahresberichts gewidmet ist.

2003 standen Georgien und Moldau im Mittelpunkt des Medieninteresses. So gehen wir in diesem Bericht auch auf die wichtige Rolle ein, die die OSZE spielte, als sie Georgien kurzfristig bei den Wahlen unterstützte. Dabei soll aber nicht übersehen werden, dass engagierte Mitarbeiter in anderen Teilen des OSZE-Raums durch die Förderung der kooperativen Sicherheit in Wahrnehmung ihres Mandats ebenfalls wichtige Arbeit leisten.

Im Sekretariat sind zwei der relativ neuen, aber äußerst dynamischen OSZE-Fachgruppen angesiedelt: die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten und die Gruppe Terrorismusbekämpfung. Dank der innovativen, projektorientierten Aktivitäten dieser beiden Dienststellen hat sich die OSZE in kürzester Zeit entsprechendes Know-how in der Polizeiarbeit und der Terrorismusbekämpfung angeeignet, das auch international Anerkennung findet. Schon bald soll eine Gruppe Menschenhandel hinzukommen und auch die Fähigkeit zur Behandlung von Fragen des Grenzschutzes verstärkt werden.

Der Umgang mit den vielfältigen neuen Herausforderungen für die Sicherheit Europas verlangt ein Zusammenwirken der verschiedensten Institutionen. Deshalb sind wir mehr denn je bemüht, die Kontakte und die Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen, regionalen, subregionalen und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) sowohl auf institutioneller Ebene vor Ort als auch in Form von Seminaren zu intensivieren.

Die OSZE erweitert außerdem ihr Netzwerk von Kontakten außerhalb ihrer Region. 2003 kam

Afghanistan als neuer Kooperationspartner hinzu. Staaten und Organisationen interessieren sich zunehmend für die Erfahrungen und Methoden der OSZE, und wir sind zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. 2004 werden wir uns mit der Frage befassen, wie die OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden können.

Auch bei der Management-Agenda kamen wir 2003 gut voran. Es wurde ein neuer Haushaltsprozess eingeleitet, das Integrierte Ressourcenmanagementsystem (kurz: IRMA) für seine Einführung Anfang 2004 vorbereitet, das erste umfassende OSZE-Personalstatut verabschiedet, ein Entwurf für neue Finanzvorschriften ausgearbeitet und ein Konzept für die Dokumentenverwaltung erstellt, das noch dieses Jahr umgesetzt werden soll. Dieser Prozess der Managementreform sollte die geeignete Grundlage schaffen, um den Teilnehmerstaaten und dem Vorsitz bei der Umsetzung der OSZE-Beschlüsse behilflich zu sein und die OSZE-Einsätze zu unterstützen. Das ist kein sehr spektakuläres Thema, doch wenn wir die Sache richtig machen, wird die OSZE ihren Ruf als straff strukturierte, durchschlagskräftige und wirtschaftlich geführte

Organisation bewahren können. Und dieses Ziel strebe ich als leitender Verwaltungsbeamter der OSZE an. Da mir die Sicherheit der OSZE-Bediensteten ein wichtiges Anliegen ist, habe ich Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsmanagements getroffen. Außerdem ist es von größter Wichtigkeit, dass unsere Bediensteten, vor allem die über 3000 Mitarbeiter vor Ort, gut ausgebildet und hoch motiviert sind. 2004 werden wir die Schulung weiter verbessern und die Leistungsfähigkeit der Feldeinsätze überprüfen.

Die OSZE hat viel, worauf sie stolz sein kann. Ich glaube, dass dieser Bericht in Form und Inhalt ein lebendiges Bild jener großen Bandbreite von Aktivitäten bietet, die die OSZE in Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgabe, Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok aufzubauen, entfaltet.

Wir sehen mit Zuversicht dem Jahr 2004 und der Zusammenarbeit mit dem bulgarischen Vorsitz entgegen, der Umsetzung und Kontinuität zu seinen wichtigsten Prioritäten erklärt hat.

Ján Kubiš

DER VORSITZ

Amtierender Vorsitzender | Ständiger Rat | Haushaltszyklus | Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden | Vorsitzende der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum

BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

2003 stellte sich die OSZE auf neue Sicherheitsrisiken und -bedrohungen ein und verfeinerte ihr Instrumentarium, um zukünftige neue Herausforderungen bewältigen zu können. In diesem Jahr musste die OSZE beweisen, dass sie den Anforderungen eines sich laufend verändernden Sicherheitsumfelds gewachsen ist. Die Institutionen und Missionen der OSZE stellten ihre Fähigkeit unter Beweis, dass sie mit ihren zahlreichen Aktivitäten vor Ort, die sie im Laufe der Zeit entwickelt haben, etwas bewirken können. Die OSZE arbeitete im Jahr 2003 in vielen Fällen mit anderen internationalen Organisationen zusammen, die sich mit der Sicherheit in Europa, den Menschenrechten bzw. mit Wirtschaftsfragen befassen. Angesichts der großen Bandbreite und Komplexität von Sicherheits- bzw. anderen Fragen und im Einklang mit der *Plattform für kooperative Sicherheit* wurde die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen gefördert, da sie die Leistungsfähigkeit der OSZE verstärkt und erhöht.

Der niederländische Vorsitz der OSZE stützte sich 2003 auf die Ergebnisse des Ministerrats von Porto und andere Errungenschaften des portugiesischen Vorsitzes und seiner Vorgänger. Ausgehend von den Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten legte der niederländische Vorsitz seine Ziele und Prioritäten für das Jahr 2003 fest. Der Amtierende Vorsitz stellte dem Ständigen Rat am 13. Januar 2003 folgende Prioritäten und Zielsetzungen vor:

- eine Neugewichtung der Dimensionen der OSZE
- eine geographische Neugewichtung
- die Bekämpfung des Menschenhandels
- die Propagierung der Aktivitäten und Standards der OSZE in Zentralasien und anderen Regionen
- einen intensiven diplomatischen und politischen Vorstoß, um festgefahrene Konflikte einer Lösung zuzuführen
- Konsultationen, um die Erörterungen über neue Bedrohungen und Herausforderungen erfolgreich abzuschließen
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen sowie nachdrückliche Anstrengungen zur Verbesserung der Koordination innerhalb der Organisation zählten zu den Prioritäten des niederländischen OSZE-Vorsitzes für das Jahr 2003.

Im Juni erhielt der Ständige Rat einen Zwischenbericht über die Tätigkeit des niederländischen Vorsitzes. In Ausführung der verschiedenen in Porto erteilten Aufträge setzte der niederländische Vorsitz in Wien Freundesgruppen zu den Fragenkomplexen ein, die auf dem *Ministerratstreffen von Maastricht* am 1. und 2. Dezember 2003 Gegenstand von Beschlüssen sein sollten.

Von der Erörterung der Bedrohungen zu einer neuen Strategie

Eine wichtige Aufgabe der OSZE-Gemeinschaft war in diesem Jahr die Entwicklung einer umfassenden Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert. Grundlage für die Konsultationen über die neue Strategie bildete der russisch-amerikanische Denkanstoß vom Herbst 2002, der die größten Bedrohungen und Herausforderungen für die OSZE aufzeigte. Eine Freundesgruppe unter dänischem Vorsitz führte eingehende Konsultationen über ein breites Fragenspektrum mit dem Ergebnis, dass der Ministerrat von Maastricht die *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* vereinbaren konnte. Diese Strategie geht von der Erkenntnis aus, dass das in Entwicklung begriffene Sicherheitsumfeld neue Herausforderungen für alle, auch für die OSZE, mit sich bringt.

Die Stärken der OSZE – ihr breiter Teilnehmerkreis, ihr mehrdimensionales Konzept der umfassenden Sicherheit, ihre kooperative Einstellung und Tradition – werden der Organisation bei der Bewältigung dieser Herausforderungen helfen. Die neue OSZE-Strategie ist die Antwort der OSZE auf innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte, Terrorismus, länderübergreifende Kriminalität, Diskriminierung und Intoleranz, auf wirtschaftliche und umweltbedingte Bedrohungen und auf konkrete Bedrohungen politisch-militärischer Natur. Sie soll zu einem zusammenhängenderen und wirksameren internationalen System zur Bewältigung von weltweiten Bedrohungen und Herausforderungen beitragen.

„Wir sind mit einer komplexen internationalen Agenda konfrontiert, auf der sich neue Bedrohungen – wie Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte und Menschenhandel – zu den altbekannten Herausforderungen wie Armut, Diskriminierung und Zerstörung der Umwelt gesellen. Unsere Antwort auf – neue und alte – Bedrohungen und Herausforderungen sollte entschlossen sein, doch dürfen wir nie das Endziel unseres Bemühens vergessen, nämlich die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte – der Sicherheit und der Würde des Menschen.“

Jaap de Hoop Scheffer, Amtierender Vorsitz der OSZE 2003.

Bekämpfung des Menschenhandels

Der niederländische Vorsitz schlug den Teilnehmerstaaten vor, die Bekämpfung des Menschenhandels 2003 zu einer OSZE-Priorität zu machen. Der Menschenhandel ist eine Geißel unserer Zeit, eine Bedrohung für Sicherheit und Stabilität und eine Verletzung der Menschenwürde. Die OSZE umfasst ein breites Spektrum von Ländern, die entweder Herkunfts-, Transit- oder Bestimmungsland der Opfer von Menschenhandel sind. Die Organisation eignet sich dank ihrer dreidimensionalen Struktur gut dazu, sich mit Themenkomplexen auseinander zu setzen, die entweder mit Prävention oder dem Opferschutz oder der Strafverfolgung der Täter zu tun haben.

Die Bemühungen des niederländischen Vorsitzes konzentrierten sich auf die Unterstützung der bereits in der OSZE von Institutionen wie dem *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)* und den Feldeinsätzen geleisteten Arbeit und nützten dabei auch das Sachwissen anderer Teile der Organisation wie des Büros des Koordinators für *ökonomische und ökologische Aktivitäten* der OSZE und der *Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten*. Ihr spezieller Beitrag sorgte für einen ganzheitlichen Ansatz im Kampf gegen dieses Problem.

Das *Elfte Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums* war dem Thema *„Menschenhandel, Drogenhandel, Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“* gewidmet. Das zweite Vorbereitungsseminar zum Wirtschaftsforum galt ausschließlich dem Thema *Menschenhandel* mit besonderem Schwerpunkt auf dessen wirtschaftlichen Aspekten. Das Thema Menschenhandel stand außerdem bei zahlreichen Veranstaltungen und Vorhaben sowohl des *BDIMR* als auch der *OSZE-Feldeinsätze* auf der Tagesordnung. Das jährliche *Treffen von Polizeiexperten* am 18. und 19. September in Wien, das von der Gruppe *Strategische Polizeiangelegenheiten* organisiert wurde, behandelte vorrangig die Themen *Opferschutz, Strafverfolgung der*

Täter und die Notwendigkeit einer verstärkten polizeilichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere auf regionaler Ebene. Die OSZE intensivierte auch ihre Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen internationalen Organisationen (Vereinte Nationen (VN), Europarat, Europäische Union und Internationale Arbeitsorganisation (ILO)).

OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels

Gemäß Beschluss Nr. 6 des Bukarester Ministerrats 2001 und der Erklärung des Ministerrats von Porto 2002 verabschiedeten die Teilnehmerstaaten am 24. Juli 2003 durch die informelle Arbeitsgruppe Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels unter belgischem und russischem Kovorsitz den *OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (PC/DEC/557)*. Dabei entstand ein umfassendes Dokument, das Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten auf den Gebieten

- Ermittlung, Rechtsdurchsetzung und Strafverfolgung,
 - Verhütung des Menschenhandels und
 - Schutz und Hilfe
- enthält.

Darüber hinaus gibt das Dokument Anleitungen und zeigt Möglichkeiten auf, wie die verschiedenen Teile der Organisation, ihre Institutionen und die Außenstellen wirkungsvoller zur Bekämpfung des Menschenhandels beitragen können. Der *OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels* wurde vom Ministerrat in Maastricht gebilligt.

Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels

Der Ministerrat von Maastricht richtete einen OSZE-Mechanismus zur Umsetzung des Aktionsplans bestehend aus einem Sonderbeauftragten und einer Sondergruppe ein. Der Amtierende Vorsitzende schlug auf der Eröffnungssitzung des *Elften Treffens des OSZE-Wirtschaftsforums* im Mai in Prag vor, einen Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels einzurichten. Dieser Mechanismus soll

- den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen helfen und sie veranlassen, von den im OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels enthaltenen Empfehlungen vollen Gebrauch zu machen,
- für die Koordinierung der OSZE-Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel in allen drei Dimensionen der OSZE sorgen,
- die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden der Teilnehmerstaaten sowie zwischen der OSZE und anderen einschlägigen Organisationen verbessern und
- den Kampf gegen den Menschenhandel stärker ins öffentliche und politische Bewusstsein rücken.

MINISTERRAT VON MAASTRICHT

Am 1. und 2. Dezember kamen die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten in Maastricht zum Elften Treffen des Ministerrats der OSZE zusammen und fassten Beschlüsse, die den Kurs der Organisation in den nächsten Jahren mitbestimmen werden:

- OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert
- OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension
- Beschluss Nr. 1: Jahresbericht
- Beschluss Nr. 2: Bekämpfung des Menschenhandels
- Beschluss Nr. 3: Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet
- Beschluss Nr. 4: Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Beschluss Nr. 5: Wahlen
- Beschluss Nr. 6: Mandat des OSZE-Antiterrornetzwerks
- Beschluss Nr. 7: Sicherheit von Reisedokumenten
- Beschluss Nr. 8: Tragbare Luftabwehrsysteme
- Beschluss Nr. 9: OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 10: OSZE-Vorsitz im Jahr 2006
- Beschluss Nr. 11: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE
- Beschluss Nr. 570 des Ständigen Rates: Übermittlung von Dokumentenentwürfen an den Ministerrat
- Beschluss Nr. 571 des Ständigen Rates: Verbreiterung des Dialogs mit den Kooperationspartnern in Asien und im Mittelmeerraum

„Mit der Ausarbeitung der Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert hat die OSZE in diesem Jahr einen wichtigen Schritt getan. Diese Strategie ist ganz ohne Zweifel ein Schlüsseldokument unseres Treffens. Sie soll eine Art „Fahrplan“ für die Agenda der OSZE in den nächsten Jahren werden.

Wir sehen den Einsatz im Kampf gegen den Menschenhandel seit dem Ministerratstreffen von Porto als echten Erfolg für die OSZE. Der im Juli dieses Jahres beschlossene OSZE-Aktionsplan verdient größtes Lob.

Die Organisation verfügt zweifellos über ein beträchtliches Potenzial im politisch-militärischen Bereich. Das zeigt schon allein die Verabschiedung der Beschlüsse über tragbare Luftabwehrsysteme und den Abbau von Lagerbeständen überschüssiger Munition. Wir begrüßen diese Maßnahmen als spürbaren Beitrag zur Stärkung des normativen Rahmens der OSZE.“

Aus der Rede des Außenministers der Russischen Föderation, Igor Iwanow, auf dem Elften Ministerratstreffen in Maastricht.

Fehlendes Einvernehmen verhinderte, dass sich die Minister über eine Ministererklärung bzw. über Formulierungen zur Lage in Moldau und Georgien einigen konnten; diese beiden Regionalfragen waren das beherrschende Thema auf dem Ministerrat in Maastricht. Auch zu den regionalen Erklärungen betreffend Berg-Karabach und Zentralasien gab es keinen Konsens. Dank der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Partnern wurde eine regionale Erklärung zu Südosteuropa vereinbart. Als besonderen Gast konnte das Treffen in Maastricht die geschäftsführende Präsidentin Georgiens und ehemalige Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse begrüßen.

Es war der erste internationale Auftritt der interimistischen Präsidentin, die das Amt nur sieben Tage zuvor übernommen hatte, als ein friedlicher Regierungswechsel in Tiflis die mehrwöchigen politischen Turbulenzen beendete.

Der Vorsitz der OSZE beschloss, die Anwesenheit zahlreicher Außenminister in Maastricht zu nutzen und berief ein Ad-hoc-Gebertreffen ein, um den Interimsbehörden in Tiflis bei der Organisation der Präsidenten- und Parlamentswahlen zu helfen. Die geschäftsführende Präsidentin Burdschanadse reiste aus Maastricht mit rund 6 Millionen Euro ab, die Georgien als Hilfe für die Organisation der Präsidenten- und Parlamentsneuwahlen 2004 zugesagt worden waren.

Kampf gegen den Terrorismus

Eine weitere wichtige Aufgabe des niederländischen Vorsitzes war es, 2003 für eine weitere Verstärkung des Kampfes gegen den Terrorismus durch die OSZE zu sorgen. Zu diesem Zweck wurde unter isländischem Vorsitz eine Freundesgruppe geschaffen, die sich mit Durchführungsfragen befassen soll. Mit Genugtuung stellt der Vorsitz fest, dass das Ministerratstreffen von Maastricht wichtige Beschlüsse auf diesem Gebiet fasste, unter anderem über die Sicherheit von Reisedokumenten, die Schaffung eines Antiterrornetzwerks und den Beschluss zur Bestätigung und Betonung der Bedeutung des FSK-Beschlusses über MANPADS. Als deutliches Zeichen ihrer entschlossenen Haltung in der Terrorismusbekämpfung veranstaltete die OSZE mehrere Seminare zum Thema Terrorismus im OSZE-Gebiet. Sie wurde dabei von der Gruppe Terrorismusbekämpfung im OSZE-Sekretariat unterstützt. Der Amtierende Vorsitzende nahm am 7. März 2003 an einer wichtigen Antiterrorismus-Tagung der Vereinten Nationen teil, die die Koordination zwischen regionalen Organisationen verbessern sollte. Portugal organisierte im September 2003 als Mitglied der OSZE-Troika in Absprache mit den Niederlanden als OSZE-Vorsitz eine Folgekonferenz zur *ersten Antiterrorismuskonferenz von Lissabon*, deren Ziel eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der OSZE-Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung war.

In ihrem Kampf gegen den Terrorismus sollte die OSZE weiterhin wachsam bleiben, damit es in seinem Gefolge nicht zu einer Aushöhlung der Menschenrechte kommt. Das Niederländische Helsinki-Komitee organisierte mit Unterstützung des niederländischen Vorsitzes am 18. September 2003 in Den Haag eine Konferenz über *Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung*. Die Reden auf dem Seminar und eine Kurzfassung der Diskussionen wurden den OSZE-Hauptstädten und Delegationen in Wien in Form einer Broschüre zur Verfügung gestellt.

Mit Genugtuung nahm der Vorsitz auch Kenntnis von der Tätigkeit der *Gruppe Terrorismusbekämpfung* im Sekretariat. In nunmehr voller personeller Besetzung erweist sie sich als eine zentrale Anlaufstelle für alle Aktivitäten zur Terrorismusbekämpfung und neue Initiativen, insbesondere die vorgeschlagene Schaffung eines OSZE-Antiterrornetzwerks.

OSZE-Einsätze zur Friedenserhaltung

Der Ministerrat von Porto hatte den Ständigen Rat und das Forum für Sicherheitskooperation beauftragt, eine Überprüfung der Rolle der OSZE bei friedenserhaltenden Einsätzen durchzuführen. Darüber hinaus sollten mögliche Optionen für eine Entsendung auf Grundlage der Beschlüsse des KSZE-Gipfeltreffens von Helsinki 1992 überlegt werden. Damals wurde beschlossen, dass die OSZE in der Lage sein müsse, friedenserhaltende Einsätze gegebenenfalls mit Unterstützung von Organisationen wie NATO, EU und GUS durchzuführen. Dieser Beschluss wird heute allgemein als Wegbereiter dafür angesehen, dass die OSZE friedenserhaltende Einsätze in kleinem Maßstab durchführen kann. In den Diskussionen im Rahmen der von den Niederlanden zu Jahresanfang für diese Fragen eingerichteten Freundesgruppe unter finnischem Vorsitz wurde

deutlich, dass die meisten Teilnehmerstaaten große militärische friedenserhaltende Einsätze unter OSZE-Schirmherrschaft nicht befürworten. Ein Workshop zu diesem Thema, den der niederländische Vorsitz und Finnland in Wien organisierten, bestätigte, dass die Teilnehmerstaaten mehrheitlich friedenserhaltende Einsätze der OSZE in kleinem Maßstab für sinnvoll halten. Man kam grundsätzlich zu dem Schluss, dass Helsinki 1992 nach wie vor eine ausreichende Grundlage für OSZE-Aktivitäten in diesem Bereich darstellt. Im Schreiben des Vorsitzes des Ständigen Rates an den Amtierenden Vorsitzenden, Anhang 13 des Journals des Elften Treffens des Ministerrats in Maastricht, wird über die Friedenserhaltung Bericht erstattet.

Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz

In seinen Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit und Koordination zwischen dem Ständigen Rat und dem Forum für Sicherheitskooperation stützte sich der niederländische Vorsitz auf die Arbeit seiner Vorgänger. Im Zusammenhang damit begrüßt der Vorsitz die Ergebnisse der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC)*. Zweck der Konferenz ist die jährliche Überprüfung und Erörterung der Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen in den Bereichen Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle. Die erste ASRC fand am 25. und 26. Juni 2003 in Wien statt. Sie bestand aus einer allgemeinen Plenarsitzung, an die parallele Arbeitsgruppen zu den Themen Terrorismusbekämpfung, umfassende Sicherheit, potenzielle Sicherheitsrisiken und Konfliktverhütung angeschlossen, die jeweils von einem Impulsreferat eingeleitet wurden. Für diese Struktur hatte man sich entschieden, um zu Diskussionen zwischen den Vertretern der Teilnehmerstaaten, den Mitarbeitern der Delegationen in Wien und externen Experten anzuregen. Die ASRC kann einen wichtigen Beitrag zur Überprüfung und Aktualisierung der kürzlich verabschiedeten OSZE-Strategie leisten.

Munitions- und Sprengmittellagerbestände

Der Vorsitzende begrüßt das OSZE-Dokument betreffend die Sicherheitsrisiken, die Lagerbestände überschüssiger oder zur Vernichtung anstehender Munitions- und Sprengmittel für konventionelle Waffen im OSZE-Raum darstellen. 2002 beschloss das FSK, die Gefahren, die sich aus überschüssigen Munitionslagerbeständen ergeben, auf seine Agenda 2003 zu setzen. Nach dem erfolgreichen Workshop zu dieser Frage am 27. und 28. Mai 2003 in Wien brachten Frankreich und die Niederlande im FSK den Entwurf für ein Dokument ein. Die Konsultationen und Verhandlungen führten zur erfolgreichen Verabschiedung des vorliegenden Dokuments im FSK. Der Vorsitz ist davon überzeugt, dass ein OSZE-Mechanismus betreffend den Umgang mit überschüssigen Munitionslagerbeständen die Sicherheit im OSZE-Raum verstärken wird. Der Ministerrat in Maastricht verabschiedete das *OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition*.

Wirtschafts- und Umweltdimension

Bei seinen Bemühungen um eine Neugewichtung der drei OSZE-Dimensionen im Interesse einer größeren Ausgewogenheit war der niederländische Vorsitz bemüht, die Wirtschafts- und Umweltdimension zu stärken und sie besser mit den anderen Dimensionen zu verknüpfen. Der Vorsitz setzte Themen auf die Agenda der OSZE, die für alle OSZE-Teilnehmerstaaten gleichermaßen wichtig sind.

Elftes OSZE-Wirtschaftsforum

Der PC-Beschluss Nr. 490 vom 25. Juli 2002 sah für das *Elfte OSZE-Wirtschaftsforum* das Thema *„Menschenhandel, Drogenhandel, Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“* vor. Das Thema ermöglichte es, die Aufmerksamkeit des Wirtschaftsforums auf die anderen Dimensionen zu richten, insbesondere auf den unerlaubten Handel an sich und auf seine wirtschaftlichen Aspekte. Bei den Erörterungen in den Vorbereitungsseminaren und auf dem Wirtschaftsforum selbst wurde immer wieder deutlich, dass der illegale Handel für alle Teilnehmerstaaten Anlass zur Sorge gibt. Man war sich generell darin einig, dass es – sowohl innerhalb der OSZE als auch zwischen der OSZE und anderen Organisationen und Institutionen – einer verstärkten Zusammenarbeit bedürfe, um den illegalen Handel wirksamer zu bekämpfen.

Das *erste Vorbereitungsseminar* zum Thema *„Illegaler Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“* fand am 11. und 12. November 2002 in Sofia (Bulgarien) statt. Das Seminar war eine inhaltliche Ergänzung zur Arbeit des FSK. Auf dem Seminar wurde die Notwendigkeit betont, bestehende Vereinbarungen umzusetzen und durchzusetzen. Darüber hinaus fand ein Informationsaustausch über Waffenvermittlungsgeschäfte, die Herstellung und Zerstörung überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen (SALW) und andere Fragen statt. Die Schlussfolgerungen des Seminars flossen in das Wirtschaftsforum, das FSK und in ein Folgeseminar ein, das gemeinsam von Norwegen und den Niederlanden in Oslo (22. bis 24. April 2003) veranstaltet wurde und sich mit der Rolle von Waffenvermittlern im unerlaubten Waffenhandel auseinandersetzte. Diese beiden Länder gaben den Anstoß zu einer Initiative für die Entwicklung regionaler Instrumente zur Verschärfung der Kontrolle von SALW-Vermittlungsgeschäften, die eine der Empfehlungen des Seminars gewesen war. Am Rande des *Ministerrattreffens von Maastricht* wurde den Delegationen und NGOs das *OSZE-Handbuch „Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen“* vorgestellt.

„Menschenhandel – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“ lautete das Thema des zweiten Vorbereitungsseminars, das am 17. und 18. Februar 2003 in Ioannina (Griechenland) stattfand. Das Seminar befasste sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen Aspekten und Auswirkungen des Frauen- und Kinderhandels zum Zwecke sexueller Ausbeutung und des Menschenhandels zum Zwecke der

Ausbeutung von Arbeitskräften. Der Schwerpunkt lag auf wirtschaftlichen Aspekten, den „Push-and-Pull“-Faktoren des illegalen Handels, den finanziellen Aspekten (wie Geldflüsse und der durch den illegalen Handel geschaffene Mehrwert) sowie die Erörterung der tieferen Ursachen des Menschenhandels waren weitere positive Beiträge zur Diskussion, die derzeit weltweit zu Recht im Zeichen des Opferschutzes und der Strafverfolgung der Täter steht. Die Schlussfolgerungen des Seminars lieferten dem Wirtschaftsforum und der Arbeit der *Informellen Arbeitsgruppe Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels* wertvolle Anstöße bei der Erstellung des *OSZE-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels*. Dieser Aktionsplan wurde vom Ministerrattreffen in Maastricht gebilligt.

Das *dritte Vorbereitungsseminar „Illegaler Drogenhandel – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“* fand am 17. und 18. März 2003 in Taschkent (Usbekistan) statt und befasste sich gezielt mit den Folgen des Handels mit Heroin, synthetischen Drogen und Vorläufersubstanzen. Es stellte sich heraus, dass die schwächeren Volkswirtschaften in der OSZE besonders anfällig für die zerstörerischen Folgen der finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind. Schwache Institutionen leisten dem Drogenhandel Vorschub. Nach diesem dritten Seminar stellte die OSZE engere Beziehungen zum Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) her, um sich als Mitkämpfer gegen den Drogenhandel zu etablieren.

Die Schlussfolgerungen und Vorschläge der drei Seminare, die mögliche Synergieeffekte im Kampf gegen die verschiedenen Formen des illegalen Handels aufzeigten, lieferten die Diskussionsgrundlage für das *Elfte Wirtschaftsforum der OSZE*, das vom 20. bis 23. Mai 2003 in Prag stattfand. Das Wirtschaftsforum beleuchtete die Rolle der Wirtschaft und des Staates im Kampf gegen den illegalen Handel sowie die Rolle der OSZE bei der Bekämpfung der verschiedenen Formen des illegalen Handels unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Aspekte und Auswirkungen. Das Wirtschaftsforum lieferte den OSZE-Teilnehmerstaaten wichtige Anstöße für die Bildung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor im Kampf gegen den illegalen Handel und im Hinblick auf die weitere Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Aspekten des illegalen Handels. Ferner schlug der Amtierende Vorsitzende in Prag offiziell die Einrichtung eines eigenen Mechanismus zur Bekämpfung des Menschenhandels vor.

Abgesehen vom Hauptthema bot das Elfte Treffen des Wirtschaftsforums der OSZE auch Gelegenheit für die Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Zu diesem Zweck legte die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa ein ausgezeichnetes Hintergrunddokument vor und erläuterte ihre Vorstellungen über die Weiterentwicklung von Indikatoren für die zukünftige Überprüfung der Verpflichtungen. In einer Nebenveranstaltung des Wirtschaftsforums wurde die Zusammenarbeit zwischen OSZE, UNEP und UNDP im

Rahmen der *Initiative für Umwelt und Sicherheit in Südosteuropa und Zentralasien* erörtert, nachdem eine Konferenzschaltung zur Ministerkonferenz zum Thema „Umwelt für Europa“ hergestellt worden war, die zur selben Zeit in Kiew tagte. Bei dieser Nebenveranstaltung wurden die Ergebnisse von Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt und Vorstellungen über die weitere Zusammenarbeit erörtert.

Gemäß PC/DEC/539 vom 10. April 2003 fand am 3. und 4. Juli 2003 in Wien eine *OSZE-Konferenz über Globalisierung* statt. Hauptzweck der Konferenz war die Erörterung der Rolle der OSZE bei der Nutzenmaximierung und der Bewältigung der Risiken und Herausforderungen der Globalisierung. Des Weiteren organisierte der Vorsitz am 26. September 2003 eine *Sondersitzung des Ständigen Rates zu Integrationsprozessen* in der OSZE-Region.

Unterausschuss des Ständigen Rates für Wirtschaft und Umwelt

Unter niederländischem Vorsitz tagte der Unterausschuss für Wirtschaft und Umwelt noch häufiger und bewährte sich als wichtiges Instrument für den Informationsaustausch und die Vorbereitung von PC-Beschlüssen.

OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension

Für die in *Beschluss Nr. 5 von Porto* geforderte Ausarbeitung eines neuen OSZE-Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension wurden zwei informelle Freundesgruppen eingerichtet. Die erste Gruppe unter belarussischem Vorsitz konzentrierte sich auf den Inhalt des neuen Dokuments, während sich die zweite Gruppe unter niederländischem Vorsitz mit Verfahrensfragen befasste. Beiträge zur Ausarbeitung des Strategiedokuments lieferte ferner eine Konferenz, die von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa am 7. und 8. Juli 2003 in Villars (Schweiz) veranstaltet wurde. Das Strategiedokument zeigt die Herausforderungen und Bedrohungen für die Wirtschafts- und Umweltdimension sowie Möglichkeiten der Reaktion und Bewältigung auf (einschließlich Weiterentwicklung der Zusammenarbeit, Stärkung von Good Governance und Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und des Schutzes der Umwelt). Das Dokument wurde von den Ministern auf dem Elften Treffen des Ministerrats in Maastricht verabschiedet.

Menschliche Dimension

Zur menschlichen Dimension unternahm der Amtierende Vorsitz zahlreiche Aktivitäten. Einige davon gehören zum regelmäßigen Veranstaltungsprogramm der OSZE in der menschlichen Dimension: das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*, das jährliche *BDIMR-Seminar* und die drei Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension. Andere Aktivitäten, wie die Konferenzen über *Antisemitismus* und über *Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung* sowie die Arbeit am *Aktionsplan für Roma und Sinti* gehen auf Ministerratsbeschlüsse zurück. Die menschliche Dimension spielt auch eine wichtige Rolle in den Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzes zu

Regionalfragen. Diese werden in den nach Regionen gegliederten Abschnitten dieses Berichts im Einzelnen beschrieben, doch sei an dieser Stelle erwähnt, dass zehn Teilnehmerstaaten im Fall Turkmenistan den Moskauer Mechanismus in Gang gesetzt haben, in dessen Folge der Amtierende Vorsitzende dem Land einen Besuch abstattete.

Im Rahmen der regulären OSZE-Aktivitäten wurden in Zusammenarbeit mit dem BDIMR drei Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension organisiert, die den *Roma und Sinti*, der *Religions- und Überzeugungsfreiheit* bzw. der *Verhütung von Folter* gewidmet waren. Das erste dieser Treffen wurde am 10. und 11. April in Wien abgehalten. Die Themenwahl „Roma und Sinti“ sollte allen interessierten Parteien einschließlich internationaler Organisationen und NGOs Gelegenheit zur Mitarbeit am *Aktionsplan für Roma und Sinti* geben, mit dessen Erstellung das BDIMR vom *Ministerrat 2001 in Bukarest* beauftragt worden war (Beschluss Nr. 7). Die Erörterungen auf dem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension lieferten nützliche Beiträge für die weitere Arbeit am Aktionsplan. In der Folge wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Ausarbeitung des geforderten Aktionsplans fortsetzen sollte, der dann schließlich vom Ministerratstreffen in Maastricht gebilligt wurde.

Das zweite Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension fand am 17. und 18. Juli in Wien statt und befasste sich mit *Religions- und Überzeugungsfreiheit*. Dabei zeigte sich, dass es trotz Fortschritten auf diesem Gebiet nach wie vor Bereiche und Situationen gibt, in denen die Religions- bzw. Überzeugungsfreiheit nicht selbstverständlich ist. Als problematisch wurde besonders die Registrierung und die Rolle der Medien bei der Förderung von Toleranz hervorgehoben. Das dritte Zusätzliche Treffen zur menschlichen Dimension war der *Verhütung von Folter* gewidmet und fand am 6. und 7. November in Wien statt. Obwohl alle Staaten die Folter verurteilen, wird sie vielerorts noch immer eingesetzt; daher ist es nach wie vor notwendig, wachsam zu bleiben und aktiv für ihre Verhütung zu kämpfen.

Das jährliche Seminar zur menschlichen Dimension 2003 setzte sich mit der *Mitwirkung der Frauen am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben* auseinander und fand vom 13. bis 16. Mai in Warschau statt. Es war eine gute Gelegenheit, die Arbeit der OSZE und des BDIMR auf dem Gebiet der Genderproblematik zu beleuchten. Die Tagung diente auch der Überprüfung des *OSZE-Gender-Aktionsplans*.

Wie vom *Ministerrat in Porto* gefordert, organisierte der Vorsitz zwei Sonderkonferenzen zu Themen, auf die der *Ministerratsbeschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung* (Beschluss Nr. 6) Bezug nahm. Die erste der beiden Konferenzen zum Thema *Antisemitismus* fand am 19. und 20. Juni in Wien statt und unterstrich die Notwendigkeit, den Kampf gegen dieses Phänomen fortzusetzen, das leider im OSZE-Gebiet heute stärker als früher auftritt.

Die *Konferenz über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung* fand ebenfalls in Wien statt (4. und 5. September) und richtete das Augenmerk auf einige

Aspekte dieses Fragenkomplexes, der leider besonders in den letzten Jahren zum Thema wurde.

Auf beiden Konferenzen wurde betont, dass die OSZE und die Teilnehmerstaaten hier wachsam bleiben müssen und dass erhoben werden muss, unter welchen Umständen diese Phänomene auftreten, wobei auch auf Ähnlichkeiten zwischen ihnen zu achten ist.

Das *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* vom 6. bis 17. Oktober in Warschau war das zweite Treffen, das nach den neuen Modalitäten veranstaltet wurde. In der ersten Woche fand eine umfassende Überprüfung aller OSZE-Verpflichtungen auf dem Gebiet der menschlichen Dimension statt, die zweite Woche stand unter dem Zeichen dreier ausgewählter Themenkreise – Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Antisemitismus sowie nationale Minderheiten und Wanderarbeitnehmer. Ein weiterer Tag war der Projektarbeit des BDIMR gewidmet. Auf diesem Implementierungstreffen zeigte sich, dass unter anderem der *Aktionsplan für Roma und Sinti*, die Idee eines eigenen Mechanismus im Bereich des Menschenhandels sowie der *Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels* breite Unterstützung fanden. Da einige Teilnehmerstaaten Interesse an diesem Thema bekundeten, organisierte der Vorsitz mit UNHCR am 21. Oktober einen informellen Informationstag für Delegationen zum Thema *Binnenvertriebene*. Dabei wurden die bestehenden Maßnahmen zu ihrem Schutz und die Rolle der Vereinten Nationen und der OSZE in diesem Bereich erörtert.

Auf Ersuchen von zehn Teilnehmerstaaten wurde unter Berufung auf Ziffer 12 des Moskauer Dokuments 1991 der Mechanismus der menschlichen Dimension in Gang gesetzt, und am 25. Februar 2003 legte der Berichterstatter, Professor Decaux, seinen Bericht vor. Am 3. März reiste der Amtierende Vorsitzende nach Turkmenistan und ersuchte Präsident Nijasow und die turkmenischen Behörden eindringlich, sich ohne Einschränkung diesem Mechanismus zu unterwerfen. Der Bericht wurde am 13. März im Ständigen Rat erörtert.

Interne Koordination und operative Fähigkeit der OSZE

OSZE-Troika

Die *OSZE-Troika* ist ein wichtiges Instrument für koordiniertes Vorgehen und mittelfristige Planung. 2003 kam die OSZE-Troika zweimal auf Außenministerebene zusammen (Januar und Juli). An den Treffen der OSZE-Ministertrioika nehmen neben den drei Ministern der Troika die Leiter der Institutionen, der Generalsekretär und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung teil. Letztere gaben beide Male einen kurzen Überblick über ihr jeweiliges Arbeitsprogramm sowie einen Ausblick auf ihre in den nächsten sechs Monaten geplanten Veranstaltungen und Reisen. Die Troikatreffen dienten auch der Evaluierung des Informationsaustauschs, der Koordination und Kooperation zwischen dem Amtierenden Vorsitz, dem Sekretariat, den Institutionen, der Parlamentarischen Versammlung und den Feldmissionen. Schließlich stellte

der Vorsitz konkrete (länderbezogene bzw. regionale) Situationen und vorrangige Themen zur Diskussion.

Koordination mit den Institutionen

Der niederländische Vorsitz stimmte seine Arbeit eng mit dem *BDIMR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte)*, dem *HKNM (Hoher Kommissar für nationale Minderheiten)* und dem *Beauftragten für Medienfreiheit* ab. 2003 gab es zahlreiche Kontakte auf Arbeitsebene und auf der Ebene hoher Beamter. Bei Bedarf nahm der Amtierende Vorsitz mit den Leitern von Institutionen Kontakt auf oder kam mit ihnen zusammen. Die Leiter der Institutionen nahmen an den Treffen der Ministertrioika teil.

Darüber hinaus veranstaltete der niederländische Vorsitz im Mai 2003 eine Koordinationstagung in Den Haag, zu der die Leiter der OSZE-Institutionen, der Generalsekretär und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung eingeladen wurden. Dieses Treffen sollte die Koordination und Kooperation zwischen Amtierendem Vorsitz, Sekretariat und Institutionen weiter verbessern.

Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Der niederländische Vorsitz setzte die Vertiefung und Intensivierung der Beziehungen zur *Parlamentarischen Versammlung der OSZE (PV)* fort. Der Amtierende Vorsitzende legte großen Wert darauf, die Beziehung zur PV enger zu gestalten.

Der Amtierende Vorsitzende traf mehrfach mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, Bruce George, zusammen. Abgesehen von den Treffen der Ministertrioika mit den Institutionsleitern und von den beiden Reden des Amtierenden Vorsitzenden bei der Winter- bzw. Sommertagung der Parlamentarischen Versammlung, kamen der Amtierende Vorsitzende und Bruce George zu Vier-Augengesprächen zusammen, bei denen Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen OSZE und PV erörtert wurden. Thema der Gespräche war das gemeinsame Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit der Parlamentarischen Versammlung mit den anderen Organen und Institutionen der OSZE.

Der Amtierende Vorsitzende begrüßte im Zusammenhang damit den Beschluss der Parlamentarischen Versammlung, in Wien ein Verbindungsbüro zu eröffnen. Das Verbindungsbüro der Parlamentarischen Versammlung und ihr Repräsentant, Botschafter Nothelle, bewirkten eine engere Zusammenarbeit und einen effizienteren Informationsaustausch.

Der Amtierende Vorsitzende hielt auf der ersten Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung am 20. Februar 2003 in Wien eine Rede. Er sprach auch auf der *zwölften Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung* am 5. Juli in Rotterdam, die unter dem Motto „*Die Rolle der OSZE in der neuen europäischen Architektur*“ stand. Der Amtierende Vorsitzende beglückwünschte die Parlamentarische Versammlung zur zeitgemäßen Themenwahl – einerseits im Hinblick auf die Erweiterung von EU und NATO und andererseits wegen der neuen Bedrohungen in Europa.

Kontakte zu NGOs

Der niederländische OSZE-Vorsitz ist der Auffassung, dass eine lebendige Zivilgesellschaft – also eine Gesellschaft, die ihren Bürgern die Möglichkeit gibt, ihren Standpunkten und Anliegen Gehör zu verschaffen – eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung demokratischer Staaten in der ganzen OSZE-Region ist. Zivilgesellschaft und politische Mitsprache fördern die demokratische Entwicklung. Eine besonders wichtige Rolle kommt hier den NGOs sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu.

2003 hielt der niederländische Vorsitz regelmäßig Konsultationen mit der Internationalen Helsinki-Föderation (IHF) und ihrem niederländischen Zweig, dem Niederländischen Helsinki-Komitee, ab. Dank einer gemeinsamen Initiative der IHF und des Vorsitzes wurde am 12. Mai in Wien eine Tagung mit internationalen NGOs abgehalten. Dabei wurde den zukünftigen Inhabern des Vorsitzes nachdrücklich empfohlen, in ihrer Amtszeit ähnliche Treffen zu veranstalten. Parallel zum Ministerratstreffen in Maastricht wurde eine NGO-Tagung über „OSZE-Prioritäten und -Perspektiven aus Sicht der Zivilgesellschaft“ organisiert. An dieser NGO-Tagung nahmen über hundert NGO-Vertreter aus dem gesamten OSZE-Raum teil.

Grenzschutz: Konferenz von Ohrid

Im Einklang mit der Erklärung von Porto räumte der Vorsitz erhöhtem Grenzschutz hohen Stellenwert in seinem Arbeitsprogramm für 2003 ein. Der Vorsitz konzentrierte sich insbesondere auf die *Konferenz von Ohrid über Grenzsicherung und Grenzschutz* (22. und 23. Mai 2003) und die Maßnahmen im Anschluss daran. Auf dieser Konferenz, die auf eine Initiative der NATO, der EU, der OSZE und des Stabilitätspakts für Südosteuropa zurückging, vereinbarten die Länder Südosteuropas eine Gemeinsame Plattform für Grenzsicherung und Grenzschutz, die von den vier Partnerorganisationen vorgeschlagen worden war, sowie das Dokument *Way Forward*. Anschließend führte ein Expertenteam der OSZE in der Region eine genaue Bedarfserhebung durch und hielt auch mit der EU-Kommission und der NATO Rücksprache. In seinem Bericht schlägt das Ermittlungsteam vor, dass sich die OSZE in ihrem Beitrag zur Umsetzung des Dokuments *Way Forward* auf einige grenzübergreifende Fragen beschränken soll, etwa auf die Vereinheitlichung der Rechtsvorschriften, die Wirksamkeit grenzüberschreitender Übereinkünfte und die Vereinheitlichung der Ausrüstung.

Polizeibezogene Aktivitäten der OSZE

Der niederländische Vorsitz unterstützte die Bemühungen des *Leitenden Polizeiberaters* und der *Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten* um Verstärkung der polizeibezogenen Aktivitäten der Organisation. Die OSZE befasste sich mit Polizeiausbildung und -reform vor allem in ganz Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Ferner wurde in Kirgisistan mit einem groß angelegten Polizeireformprogramm begonnen. Dieses Programm,

für das Ende Mai eine Geberkonferenz in Aussicht genommen wurde, kann als Vorreiter für mehrere Initiativen zum Aufbau polizeilicher Kompetenz und Institutionen gelten, die in Kasachstan, Aserbaidschan und Armenien begannen und für andere Länder von Interesse sein könnten. Gemeinsam mit der Mission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) wurde 2003 mit einem gemeinsamen Ausbildungsprogramm für zehn georgische und zehn abchasische Polizisten begonnen. Diese zwanzig Polizeibeamten werden in der Kosovo-Polizeischule der OSZE ausgebildet.

Der Vorsitzende des Ständigen Rates hielt eine Rede auf dem jährlichen Treffen der OSZE-Experten für Polizei und Strafverfolgung, das am 18. und 19. September in Wien stattfand und dem Thema „Wie lässt sich die Zusammenarbeit zwischen nationalen Strafverfolgungsinstitutionen, nichtstaatlichen und internationalen Institutionen wirksamer für die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, einsetzen?“ gewidmet war.

Regionale Fragen

Südkaucasus

2003 war ein Jahr wichtiger Entwicklungen für die Region Südkaucasus. In der ganzen Region wurden Wahlen abgehalten: am 19. Februar und 5. März Präsidentenwahlen in Armenien, am 25. Mai Parlamentswahlen in Armenien, am 15. Oktober Präsidentenwahlen in Aserbaidschan und schließlich am 2. November Parlamentswahlen in Georgien. Die OSZE spielte über das BDIMR und die Arbeit der Feldmissionen eine wichtige Rolle bei der Überwachung dieser Urnengänge. Das BDIMR und die Missionen erfüllten auch eine wichtige Funktion, indem sie die Behörden bei der Reform ihrer Wahlgesetze unterstützten. Leider entsprachen die Wahlen des Jahres 2003 in Armenien, Georgien und Aserbaidschan nicht den internationalen Standards. In dieser Region werden Verbesserungen nötig sein, um die demokratischen Institutionen zu festigen und Fortschritte in den Wahlverfahren zu erreichen. Der Amtierende Vorsitzende hielt sich am 21. und 22. Oktober in Armenien, Georgien und Aserbaidschan auf.

Im Januar 2003 verlängerte der Amtierende Vorsitzende das Mandat seines Persönlichen Beauftragten für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und ernannte Botschafter Roy Reeve zum Leiter der OSZE-Mission in Georgien; später betraute er Botschafter Wladimir Prjachin mit der Leitung des OSZE-Büros in Eriwan.

Die OSZE-Aktivitäten in Georgien stellten eine besondere Herausforderung dar. Die OSZE-Arbeitsgruppe des Vorsitzes reiste im September nach Georgien und bereitete den Besuch des Amtierenden Vorsitzenden am 21. und 22. Oktober vor.

Zum südossetischen Verhandlungsprozess hielt der Vorsitz in der Woche vom 13. zum 17. Oktober in Kijkduin, Den Haag, das *Zehnte Treffen der Expertengruppe für politische Fragen* ab. Zum ersten

Mal wohnte der EU-Sonderbeauftragte für den Kaukasus, Heikki Talvitie, dem Treffen als Beobachter bei. Bei dieser Begegnung traten nach wie vor erhebliche Auffassungsunterschiede zwischen den Konfliktparteien in Schlüsselfragen der politischen Regelung zu Tage und die Aussichten auf eine Wiederaufnahme der Erörterungen über den Status Südossetiens scheinen kurz- und mittelfristig nicht sehr ermutigend. Positiv ist zu vermerken, dass sich die Parteien zwar nicht auf den Text eines Protokolls des (erstmalig abgehaltenen) Treffens in Den Haag einigen konnten, aber erneut ihren Willen bekundeten, den politischen Dialog trotz massiver Auffassungsunterschiede in den Schlüsselfragen fortzusetzen. Die Parteien erklärten zudem erneut ihre Absicht, auch weiterhin eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben. Ermutigender verliefen die Diskussionen über die Durchführung der Projekte im Rahmen der von der Europäischen Kommission (EK) gewährten Subvention in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die zweckgebunden für Wiederaufbau- und Neuansiedlungsprojekte für Flüchtlinge und Binnenvertriebene zu verwenden sind. Nach Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Mission und der EK am 26. August nahm die OSZE-Mission ausführliche Erörterungen mit UNDP und UNHCR darüber auf, wer für die Gestaltung und Durchführung der eigentlichen Projekte verantwortlich sein soll. Eine Liste von Projekten im Gesamtwert von 1,3 Millionen Euro wurde bereits mit den Parteien vereinbart, und nun geht es darum, die Projekte für die restlichen 1,2 Millionen Euro festzulegen und einen Mechanismus zur begleitenden Kontrolle der Fortschritte zu entwickeln, an dem alle Parteien beteiligt sind.

Die OSZE-Mission war ferner bemüht, die Arbeit des *Sonderkoordinationszentrums (SCC)* zu verbessern, und legte zu diesem Zweck der georgischen und der südossetischen Seite Vorschläge betreffend die Einrichtung gemeinsamer Polizeistreifen vor. Diese Idee wurde von beiden Seiten positiv aufgenommen und fand auch die nachdrückliche Unterstützung der *Gemeinsamen Friedenstruppen*. Ein Mitglied der *Gruppe Polizeiangelegenheiten* besuchte in der zweiten Jahreshälfte 2003 zweimal die Region.

Zum Thema Wahlen in Georgien führte die OSZE-Mission den Vorsitz in einer technischen Arbeitsgruppe, die den georgischen Behörden bei der Ausarbeitung der Wahlordnung Hilfestellung leistete. Viele der von der internationalen Gemeinschaft als für den Erfolg der Wahlen maßgeblich bezeichneten Maßnahmen flossen in die Wahlordnung ein, die zwischen 5. und 14. August vom georgischen Parlament verabschiedet wurde. Die OSZE-Mission und der OSZE-Vorsitz leisteten 2003 auch wertvolle Hilfe im Auswahlverfahren zur Ernennung des Vorsitzenden der Zentralen Wahlbehörde. In der Folge wurde eine *Ad-hoc-Beratungskommission* der OSZE und des Europarats eingerichtet. Die Mission betreute die Kommission während des Großteils des Monats August mit logistischen und Sekretariatsdiensten. Am 31. August ernannte Präsident Schewardnadse einen der drei von der Kommission vorgeschlagenen möglichen Kandidaten.

Hinsichtlich des Konflikts in Abchasien beobachtete der Vorsitz aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse und unterstützte die Bemühungen der Vereinten Nationen im

Friedensprozess, insbesondere im Hinblick auf Konfliktlösung und Menschenrechte. Fortschritte gab es in Bezug auf die Vorschläge von *UNOMIG* betreffend die Stärkung der Strafverfolgungsorgane der abchasischen und der georgischen Seite in den Bezirken Gali bzw. Sugdidi. Zwölf VN-Zivilpolizisten wurden in der Konfliktzone stationiert, und rund zwanzig georgische und abchasische Polizeibeamte absolvierten eine Schulung in der *Kosovo-Polizeischule* der OSZE.

Die Arbeit des Grenzüberwachungseinsatzes der OSZE-Mission in Georgien trug weiter zu Stabilität und Vertrauen in der Region bei. Der Einsatzbereich wurde dieses Jahr auf den dagestanischen Abschnitt der Grenze zur Russischen Föderation ausgeweitet. Das ganze Jahr hindurch erwies sich der Grenzüberwachungseinsatz als äußerst nützlich und notwendiges Instrument zum Aufbau von Vertrauen und Sicherheit zwischen Georgien und der Russischen Föderation.

Im Hinblick auf den Rücktritt des georgischen Präsidenten Schewardnadse am 23. November sprach der Amtierende Vorsitzende dem Volk von Georgien seine Anerkennung dafür aus, dass es den Wechsel in der Führung seines Landes gewaltfrei herbeigeführt habe. Der Amtierende Vorsitzende stellte fest, dass sowohl die Demonstranten als auch die Sicherheitskräfte mit bewundernswerter Zurückhaltung agiert hätten. Er respektierte Präsident Schewardnadse für seine mutige Entscheidung, sein Amt niederzulegen, um eine weitere Eskalation der Spannungen zu verhindern. Der Amtierende Vorsitzende bot außerdem der neuen Führung Hilfe bei der Vorbereitung von Neuwahlen in Georgien an.

Auf dem *OSZE-Ministerratstreffen* am 1. und 2. Dezember 2003 in Maastricht sagten die Teilnehmerstaaten Georgien finanzielle Unterstützung bei der Durchführung demokratischer Präsidenten- und Parlamentswahlen im Jahr 2004 zu. Angesichts dieser Zusagen richtete das OSZE-Sekretariat einen Mechanismus für die sofortige Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung des Programms ein. Die internationale technische und finanzielle Unterstützung für die Wahlen im Land wird über diesen Fonds mit der Bezeichnung „*Unterstützungsprogramm für Wahlen in Georgien*“ laufen. Die internationale Unterstützung für dieses für Wahlen bestimmte Programm besteht aus verschiedenen Projekten, vor allem für die Präsidentenwahlen vom 4. Januar 2004, die den mit Wahlen befassten Verwaltungsorganen unter anderem in administrativer und technischer Hinsicht Hilfestellung leisten sollen. Sie sollen vor allem zur Förderung des so wichtigen Vertrauens in das Wahlverfahren unter den Wählern und der politischen Elite in Georgien beitragen.

Die OSZE-Aktivitäten 2003 in Armenien wurden vor allem von zwei maßgeblichen Faktoren beeinflusst und betroffen: erstens durch die Vergrößerung und Neuorientierung des OSZE-Büros, durch die die zusätzliche Kernfinanzierung aus dem Haushaltsbeschluss 2003 wirksam genutzt werden soll, und zweitens durch die Serie von Wahlen – Kommunal-, Präsidenten- und Parlamentswahlen –, die in Armenien stattfand.

Beim ersten Durchgang der Präsidentenwahlen vom 19. Februar stellten die *BDIMR-Wahlbeobachtungsmission* und die *Beobachtermission des Europarats* diverse Unregelmäßigkeiten fest, und zwar sowohl im Verlauf des Wahlkampfes als auch am Wahltag selbst, ganz besonders jedoch bei der Stimmenauszählung. Auch beim zweiten Wahlgang am 5. März kam es zu Verstößen. Die Gesamtbeurteilung der Präsidentenwahlen durch die *BDIMR-Wahlbeobachtungsmission* und die Beobachter des Europarats lautete: „Die Präsidentenwahlen in Armenien entsprachen nicht den internationalen Standards.“

Eine der Schwachstellen im Wahlverfahren des Landes ist nach Meinung vieler die mangelnde Qualität der Wählerverzeichnisse. Die OSZE förderte und unterstützte das Projekt zur Verbesserung der Wählerverzeichnisse in Armenien durch Standardisierung und Systematisierung der Melderegister in den örtlichen Gemeinden. Das Büro unterstützte auch die Zentrale Wahlbehörde als Vermittler für die Bereitstellung und Auslieferung durchsichtiger Wahlurnen, die in allen Wahllokalen Armeniens erstmals zum Einsatz kamen. Die Verwendung dieser Wahlurnen trug zur allgemeinen Transparenz des Wahlverfahrens bei und wurde von den Beobachtungsmissionen der OSZE und des Europarats als Fortschritt gewertet. Auch die Parlamentswahlen vom 25. Mai „entsprachen nicht den internationalen Standards“. Bis zum nächsten Wahlgang muss noch viel getan werden.

In Sachen Medien verfolgte die OSZE weiter den Fall der Rundfunkanstalten *A1+* und *Noyan Tapan*, die von den Behörden geschlossen wurden. Auch der Amtierende Vorsitzende appellierte an die Behörden, diese Entscheidung zu überdenken.

Während des Besuchs des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE am 21. Oktober kam die Berg-Karabach-Frage ebenso zur Sprache wie die letzten Wahlen und die Lage der Medien.

In Aserbaidschan förderte die OSZE weiter die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen in allen OSZE-Dimensionen unter besonderer Berücksichtigung der Prioritäten Rechtsstaatlichkeit und Good Governance. Die OSZE verfolgte aufmerksam die Entwicklungen in Bezug auf die Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, gab Stellungnahmen dazu ab und suchte das Gespräch mit den zuständigen Behörden. Die OSZE entwickelte auch weiterhin Projekte zur Unterstützung der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und befasste sich auch mit ihrer Durchführung.

Die Präsidentenwahlen vom 15. Oktober waren laut Beurteilung der *BDIMR-Wahlbeobachtungsmission* und der *Beobachtermission des Europarats* von einer Reihe massiver Unregelmäßigkeiten gekennzeichnet, sowohl im Wahlkampf als auch am Wahltag, ganz besonders jedoch bei der Stimmenauszählung. Die Gesamtbeurteilung der Präsidentenwahlen durch die *BDIMR-Wahlbeobachtungsmission* und die Beobachter des Europarats lautete: „Die Präsidentenwahlen in Aserbaidschan entsprachen in mehrfacher Hinsicht nicht den internationalen Standards.“

Während des Besuchs des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE am 22. Oktober kam sowohl die *Berg-Karabach-Frage* als auch die Zeit unmittelbar nach den Präsidentenwahlen zur Sprache.

Das Fehlen spürbarer Fortschritte im Jahr 2003 im Hinblick auf eine Regelung des Konflikts um Berg-Karabach stimmt bedenklich. Die Wahlen 2003 in Armenien und Aserbaidschan verhinderten jeden Fortschritt. Der Amtierende Vorsitzende betonte während seines Besuchs in Armenien und Aserbaidschan gegenüber beiden Präsidenten, dass es unbedingt notwendig sei, die Gespräche zu dieser Frage fortzusetzen. Die Präsidentenwahlen 2003 in Armenien und Aserbaidschan eröffnen nun neue Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den beiden Ländern. Der Amtierende Vorsitzende traf auch mehrmals mit den Kovorsitzenden der Minsk-Konferenz zusammen und versicherte sie seiner vollen Unterstützung in ihren Bemühungen um Herbeiführung einer friedlichen Regelung des Konflikts um Berg-Karabach. Dank der Aktivitäten des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst, ist der Abschluss einer politischen Vereinbarung über die Beendigung des bewaffneten Konflikts näher gerückt. Deren Umsetzung wird für alle Parteien die größten Auswirkungen des Konflikts beseitigen und die Einberufung der Minsk-Konferenz ermöglichen.

Nordkaukasus

In Bezug auf Tschetschenien überwachte der Vorsitz die geordnete Auflösung der Unterstützungsgruppe. Der Vorsitz führte Gespräche mit der Russischen Föderation, die darauf abzielten, eine Vereinbarung über ein langfristiges OSZE-Programm für technische Kooperation in Tschetschenien zu erreichen. Diese Kooperation sollte einerseits die tatsächlichen Bedürfnisse in der Tschetschenischen Republik zur Grundlage haben und andererseits auf dem Know-how und der Erfahrung der OSZE in allen drei Dimensionen der OSZE aufbauen. Sie sollte die OSZE-Institutionen optimal nutzen und die Tätigkeit inländischer und internationaler Organisationen berücksichtigen. Es fanden mehrere Treffen unter Beteiligung des OSZE-Sekretariats und der OSZE-Institutionen statt, einige davon auf technischer Ebene. Dennoch musste (unter anderem aufgrund der Situation vor Ort) festgestellt werden, dass eine Vereinbarung im Sinne der erfolgten Einigung vor Ende 2003 nicht mehr möglich ist.

Südosteuropa

Südosteuropa hatte wieder hohen Vorrang für den Vorsitz. Die OSZE setzte, insbesondere über ihre Feldmissionen und das *BDIMR*, ihre Bemühungen um die Einhaltung der höchsten internationalen Standards bei Wahlgängen fort. 2003 beobachtete das *BDIMR* Wahlen in Montenegro (Präsidentenwahlen am 9. Februar und 11. Mai), in Albanien (Kommunalwahlen am 12. Oktober), in Serbien (Präsidentenwahlen am 16. November) und in Kroatien (Parlamentswahlen am 23. November). Insgesamt gesehen waren diese Wahlen ein Fortschritt in Richtung einer Festigung der demokratischen Institutionen und Praktiken in Südosteuropa.

Im Januar 2003 verlängerte der Amtierende Vorsitzende das Mandat des Persönlichen Beauftragten für die Artikel II und IV des Übereinkommens von Dayton und das des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Der Amtierende Vorsitzende ernannte ferner einen neuen Leiter für die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje.

Der Amtierende Vorsitzende begab sich am 22. April, dem Tag der Aufhebung des Ausnahmezustands in Serbien und Montenegro, in dieses Land. Am 23. April hielt er sich im Kosovo (Serbien und Montenegro) auf. Die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro setzte ihre Unterstützungsarbeit für den laufenden Reform- und Demokratisierungsprozess fort und entwickelte Programme und Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen: Justiz- und Strafrechtsreform, Menschenrechte, Rückkehr und Wiedereingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen, Aufbau von Institutionen sowie Medienentwicklung. Ihre Rolle in Unterstützung der Behörden bei der Reform und Umstrukturierung der inneren Sicherheitskräfte, wozu sie sowohl ihr Polizeiausbildungsprogramm einsetzte als auch bei der Festlegung von Prioritäten und der Koordination der internationalen Hilfe Unterstützung leistete, fand große Anerkennung. Eines der wichtigsten Tätigkeitsfelder 2003 war der Kampf gegen die Korruption, in dem die Reform der Rechtsvorschriften eine wichtige Rolle spielte. Hier leistete die OSZE praktische Hilfe im Hinblick auf die vollständige Umsetzung der geltenden Gesetze.

2003 wurde der Posten des Leiters des OSZE-Büros in Podgorica auf die Stufe eines Stellvertretenden Missionsleiters aufgewertet, womit das Büro nun in Montenegro einen höheren Status genießt, was seiner immer wichtiger werdenden Rolle entspricht.

Im Kosovo (Serbien und Montenegro) unterstützte der Vorsitz weiter die Aktivitäten der OSZE-Mission im Kosovo und deren Hilfeleistung für die *UNMIK* in Bezug auf die politische Förderung von Standards und deren Umsetzung in der kosovarischen Gesellschaft im Zusammenhang mit der Übertragung von größerer Verantwortung an die Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen.

Der Amtierende Vorsitz der OSZE nahm als internationale „Schutzmacht“ an der offiziellen Aufnahme des Dialogs zwischen Delegationen aus Belgrad und Priština am 14. Oktober in Wien teil.

In Bosnien und Herzegowina spielte die OSZE-Mission wie bisher eine wichtige Rolle im Bereich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung der Eigentumsgesetze. Die weit gehende Vollendung des Umsetzungsprozesses bezüglich der Eigentumsgesetze wird bis Jahresende erwartet und einen Meilenstein in der Geschichte des Landes seit dem Ende des Konflikts darstellen. Wichtige Ergebnisse wurden bei der Förderung einer weit reichenden Reform des Bildungswesens des Landes erzielt. Die Mission spielte auch eine führende Rolle im Bereich der Sicherheitskooperation und der Verteidigungsreform. Ihr Beitrag zur vorgeschlagenen Reform der Streitkräfte, die

derzeit im Parlament erörtert wird, zu deren friedlicher Reduzierung und zu erhöhter Transparenz in den Verteidigungshaushalten ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer wirksamen demokratischen Kontrolle über leistbare Streitkräfte in Bosnien und Herzegowina.

In Kroatien ging die OSZE weiter ihrer zentralen Aufgabe im Bereich der Rückkehr von Vertriebenen und Flüchtlingen, der Menschenrechte und Rechte nationaler Minderheiten, der Justizreform, der Medienentwicklung und polizeibezogener Reformen nach. Im Juli legte die Mission dem Ständigen Rat einen Lagebericht über die Fortschritte in mandatsbezogenen Fragen vor. In diesem Bericht wurde betont, dass das *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen* mit der EU und das im Februar 2003 gestellte EU-Beitritts-gesuch der Regierung gemeinsam zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Mission und der Regierung beigetragen hätten. Drei Schlüsselfragen im Mandat der Mission – Flüchtlingsrückkehr, Menschen- und Minderheitenrechte und die Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit – zählen zu den politischen Kriterien für den Beitritt zur EU. Der Vorsitz verfolgte die Entwicklungen betreffend die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien, die als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Integration Kroatiens in die euroatlantischen Strukturen gilt.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien kam es zwar weiter zu vereinzelt örtlichen Zwischenfällen, doch setzte sich der Gesamttrend einer schrittweisen Verbesserung der Lage fort. Die OSZE-Mission spielte, in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und internationalen Partnern, weiter eine aktive und wertvolle Rolle in den Bemühungen um die Erhaltung von Frieden und Stabilität und unterstützte die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid.

2003 wurde eine ganze Reihe von Aufgaben der Mission erfolgreich abgeschlossen, darunter die Ausbildung von 1000 Polizeikadetten, die nicht der Mehrheit angehören. Das *Feldtrainingsprogramm* wurde an das Innenministerium abgegeben. Die Mission setzte ihre Hilfe für das Innenministerium in Form von Spezialkursen zum Rahmenabkommen und durch Aktivitäten in Bezug auf bürgernahe Polizeiarbeit, insbesondere durch die *Bürgerberatungsgruppen*, fort. Weitere wichtige Aktivitäten der Mission dienten unter anderem der Unterstützung der Volksanwaltschaft, der Reform der mazedonischen Rundfunk- und Fernsehanstalt und der Schaffung eines nationalen Netzes für Prozessbeobachtung. Allgemeine vertrauensbildende Initiativen haben nichts von ihrer großen Bedeutung verloren. Die Mission wird 2004 ihre Unterstützung für die Umsetzung des Abkommens von Ohrid fortsetzen. Sie unterstützte – unter aktiver Beteiligung des Vorsitzes und des Sekretariats – nachdrücklich die Planung für die EU-Polizeimission „*Proxima*“ im Sinne der gemeinsamen Bemühungen und ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE.

Die OSZE-Präsenz in Albanien verfolgte 2003 weiter ihre Aktivitäten in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie Sicherheitskooperation. Eine besonders wichtige Rolle

spielte die Präsenz 2003 durch ihre Unterstützung der Arbeit des Zweiparteienausschusses für Wahlreform und der albanischen Behörden in der Frage der Eigentumsrückgabe. Die Präsenz diente beiden Seiten als Vermittler und lieferte rechtliche und anderes Know-how. Am 27. Oktober übermittelte die Präsenz dem Präsidenten des albanischen Parlaments den von einer technischen Expertengruppe unter Anleitung der Präsenz ausgearbeiteten Gesetzesentwurf über Eigentumsrückgabe. 2003 arbeitete die Präsenz auch an ihrem Langzeitprojekt, einer Analyse der Funktionsweise des albanischen Justizwesens. Diese Analyse steht vor ihrer Fertigstellung und wird die Grundlage für weitere Arbeiten in diesem Bereich bilden. Die Präsenz setzte auch ihre Unterstützung für die Umsetzung der *nationalen Strategie* der albanischen Regierung *gegen den Menschenhandel* fort.

Der Sonderkoordinator des *Stabilitätspakts für Südosteuropa*, Dr. Erhard Busek, stattete dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Everts, einen Besuch ab, der dem Meinungsaustausch über Fragen von gegenseitigem Interesse und beidseitiger Besorgnis sowie den Modalitäten der praktischen Zusammenarbeit gewidmet war. Der Vorsitz begrüßte die Prioritäten und die übersichtliche Arbeitsagenda des Sonderkoordinators und würdigte die 2003 geleistete konkrete Arbeit. Die OSZE setzte ihre enge Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa in einer breiten Skala von Fragen fort, darunter die Folgeaktivitäten zur *Regionalkonferenz von Ohrid über Grenzsicherung und Grenzschutz* und die *Stabilitätspakt-Initiative Migration, Asyl, Flüchtlingsrückkehr (MARRI)*.

Ukraine

Im März ernannte der Vorsitz Botschafter David Nicholas zum OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine. Dieser hat inzwischen mehrere Projektaktivitäten aufgenommen. Zu diesem Zweck wurde das Büro neu organisiert und eine Projekt-Datenbank eingeführt. Der Projektkoordinator hat einen ehrgeizigen Plan in Bezug auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Ukraine in vielen Bereichen vorgelegt, darunter Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Kampf gegen den Menschenhandel, Entwicklung der KMU und Wahlreform. Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine unterhält gute Beziehungen zu den ukrainischen Behörden und wird auf allen Ebenen unterstützt. Der Vorsitz erachtet es als wichtig, dass das Büro des Projektkoordinators diese Zusammenarbeit fortsetzen und seine Arbeit ausweiten kann.

Belarus

Am 1. Januar 2003 wurde gemäß Beschluss des Ständigen Rates vom 30. Dezember 2002 das OSZE-Büro in Minsk eröffnet. Der Vorsitz bestellte Botschafter Eberhard Heyken zum Leiter des OSZE-Büros. Botschafter Heyken nahm am 10. Februar seine Arbeit in Minsk auf. Anschließend wurde das Büro mit vier internationalen Bediensteten besetzt. Auf Ersuchen des Vorsitzes erstattete Botschafter Heyken im März Bericht über die Entwicklungen in Bezug auf die Funktionsweise des Büros und sprach am 2. April und 13. November im Ständigen Rat. In Rücksprache mit den belarussischen Behörden ermittelte das Büro Projekte in den Bereichen

Wirtschaft und Umwelt, Aufbau von Institutionen sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft und befasste sich auch mit ihrer Umsetzung. Gleichzeitig beobachtete das Büro aufmerksam die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen durch die belarussischen Behörden. Anlass zu großer Sorge geben dem Vorsitz Berichte über restriktive Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft, NGOs und unabhängige Medien. Zivilgesellschaft, NGOs und Medien sollten sich als zur belarussischen Gesellschaft gehörig fühlen und ihren Beitrag dazu leisten dürfen. Diesbezüglich sollte Belarus ermutigt werden, seine Rechtsvorschriften und ihre Umsetzung in Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und -Standards zu bringen. Das OSZE-Büro in Minsk ist bereit, die belarussischen Behörden dabei zu unterstützen. Der Vorsitz legt großen Wert auf die fortgesetzte OSZE-Präsenz in Belarus.

Moldau

Der Vorsitz hat seine Bemühungen um Fortschritte in Richtung einer Lösung im moldauisch/transnistrischen Konflikt verstärkt. Im Januar 2003 verstärkte der Amtierende Vorsitzende das OSZE-Engagement durch die Ernennung von Botschafter Adriaan Jacobovits de Szeged zum Persönlichen Beauftragten für Moldau. Der Persönliche Beauftragte nahm an den monatlichen Gesprächsrunden des politischen Verhandlungsprozesses in Moldau teil. Botschafter Jacobovits de Szeged führte außerdem gemeinsam mit dem Leiter der OSZE-Mission in Moldau, Botschafter William Hill, Konsultationen in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten und nahm an verschiedenen Föderalismusseminaren teil.

Im ersten Halbjahr waren vielversprechende Fortschritte zu verzeichnen, sowohl im Verhandlungsprozess als auch bezüglich des Abzugs von Munition als Teil der Verpflichtungen von Istanbul 1999. Präsident Voronins Initiative, eine Gemeinsame Verfassungskommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für ein wiedervereinigtes Moldau nach föderativem Muster einzusetzen, wurde weithin begrüßt und unterstützt. Zwischen März und Juni wurden beträchtliche Mengen Munition aus Transnistrien abgezogen. Der Amtierende Vorsitzende besuchte Moldau am 2. April und führte darüber hinaus bei drei Gelegenheiten weitere Gespräche mit Präsident Vladimir Voronin, bei denen die Aussichten auf eine Regelung erörtert wurden. Im Herbst stellten die Vermittler ein Dokument fertig, das Empfehlungen über die staatliche Struktur, die Aufteilung der Zuständigkeiten sowie Garantien als Grundlage für die weitere Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission enthielt. Die Russische Föderation unternahm einen weiteren Vorstoß, um eine Vereinbarung zum Transnistrienproblem zu erreichen. Der Amtierende Vorsitzende führte mit mehreren Teilnehmerstaaten Konsultationen betreffend das von der Russischen Föderation vorgeschlagene Memorandum über die Grundzüge der staatlichen Struktur eines vereinigten Staates. Die Konsultationen zeigten, dass eine Unterstützung des Dokuments keinen Konsens fand und dass die OSZE sich neutral verhalten sollte, wenn sich die Parteien einigen. Moldau hielt eine Unterzeichnung des Memorandums für verfrüht. Im Fall einer Regelung sollte diese durch eine internationale Präsenz unter OSZE-Aufsicht abgesichert werden. Der Vorsitz sondiert mögliche Optionen, die alle einen

multinationalen Einsatz auf breiter Basis unter der Schirmherrschaft der OSZE zur Unterstützung von Frieden und Stabilität vorsehen.

Der Vorsitz hat sich überdies verpflichtet, einen wesentlichen Beitrag zum Kampf gegen den Menschenhandel zu leisten. Die OSZE-Mission in Moldau nahm ein Zweijahresprojekt in Angriff, das zur Unterstützung und Wiedereingliederung der Betroffenen in Moldau beitragen soll. Dieses Jahr waren zwar bedeutende Fortschritte in den Verhandlungen um eine Lösung zu verzeichnen, doch bleibt noch viel zu tun.

Zentralasien

Die Niederlande lenkten die Aufmerksamkeit während ihres Vorsitzes nachdrücklich auf die Teilnehmerstaaten in Zentralasien und auf den mit vielen Herausforderungen verbundenen Prozess des politischen und wirtschaftlichen Übergangs, den sie durchmachen. Zentralasien ist an sich zwar keine Konfliktregion, doch bedarf es der Aufmerksamkeit der OSZE, da die Region „den Weg der politischen und wirtschaftlichen Reform gehen muss“, wie die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten meinten. Außerdem werden Stabilität und Sicherheit in der zentralasiatischen Region direkt von den Entwicklungen in Afghanistan beeinflusst.

Während ihres Vorsitzes waren die Niederlande bestrebt, die Beziehungen zwischen der OSZE und Zentralasien auf politischer Ebene zu stärken, indem sie sowohl in den Teilnehmerstaaten als auch mit den Delegationen in Wien regelmäßig Kontakt hielten und alle zu Besorgnis Anlass gebenden Fragen offen und transparent diskutierten. Ein wichtiges Ziel des niederländischen Vorsitzes war es, die fünf zentralasiatischen Länder unter voller Anerkennung ihrer jeweiligen Besonderheiten in die OSZE einzubinden und ihnen nahe zu bringen, was ihnen die OSZE bieten kann. Der Vorsitz versuchte, größere Ausgewogenheit zwischen den drei Dimensionen der OSZE bei ihren Aktivitäten in den Ländern Zentralasiens herzustellen, was nicht heißen soll, die menschliche Dimension zu vernachlässigen, sondern die drei Dimensionen stärker miteinander zu verknüpfen.

Der niederländische Vorsitz rief ferner zu einer Intensivierung der Aktivitäten der verschiedenen OSZE-Institutionen und -Strukturen im OSZE-Sekretariat auf, etwa durch verstärkte Koordination und Kohärenz, um die staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen in den Teilnehmerstaaten Zentralasiens zu stärken. Im OSZE-Haushaltsplan 2003 wurden Umwidmungen vorgenommen, um die Bemühungen der OSZE in Zentralasien zu verstärken, womit die Ausgangsbasis für die OSZE-Aktivitäten in der Region verbessert wurden.

Der niederländische Vorsitz bemühte sich um verstärkte Kooperation zwischen der OSZE und der EU sowie mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der EBRD.

Der Amtierende Vorsitzende reiste zweimal nach Zentralasien: Anfang März 2003 nach Turkmenistan und im Juli 2003 nach Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan. Er wurde von den fünf Staatschefs empfangen. In allen Ländern wurden die Prioritäten der

Teilnehmerstaaten und des OSZE-Vorsitzes erörtert, darunter der Kampf gegen den Terrorismus und verschiedene Formen des illegalen Handels (u.a. mit Kleinwaffen und leichten Waffen sowie Drogen- und Menschenhandel), die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Demokratisierung, die Achtung der Menschenrechte und der wirtschaftliche Transformationsprozess.

Die Ernennung des ehemaligen Präsidenten Finnlands, Martti Ahtisaari, zum Persönlichen Gesandten für Zentralasien durch den Amtierenden Vorsitzenden ist Ausdruck der Bedeutung, die der niederländische Vorsitz dem weiteren Engagement in den Teilnehmerstaaten Zentralasiens beimisst. Ahtisaari unterhielt in allen fünf Ländern Kontakte auf höchster politischer Ebene.

Der Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Turkmenistan und der anschließende Besuch von Präsident Ahtisaari dienten dem Zweck, den Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den turkmenischen Behörden zu vertiefen. Das hatte vor allem zum Zeitpunkt des Besuchs des Amtierenden Vorsitzenden besondere Aktualität, da die Umsetzung des von zehn Teilnehmerstaaten ausgelösten Moskauer Mechanismus die Mitarbeit der turkmenischen Behörden verlangte. Der Bericht und die Antwort Turkmenistans wurden im Ständigen Rat erörtert. Die Themen, die der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Gesandter zur Sprache brachten, betrafen die notwendige Stärkung der Zivilgesellschaft, den Zugang von Familienangehörigen bzw. unabhängigen internationalen Organisationen zu Hafteinrichtungen sowie die politische Reform und den wichtigen Bereich des Bildungswesens.

In Kasachstan erörterten der Amtierende Vorsitzende und in der Folge auch der Persönliche Gesandte mehrere Gesetzesänderungen, darunter das Wahlgesetz, das immer noch reformiert wird. Auch die Gesetze über die Medien und über NGOs waren Gegenstand von Gesprächen. Auf Einladung des Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, und seines Außenministers Kassymchomart Tokajew, der im November 2002 den Niederlanden einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, entsandte der Vorsitz im März 2003 zwei Experten in das Land, die das Gerichtsverfahren gegen den bekannten Journalisten Sergei Duwanow, das international großes Aufsehen erregt hatte, beobachten sollten. Der im April 2003 veröffentlichte Bericht wurde im Mai im Ständigen Rat diskutiert. Im Juni war der Amtierende Vorsitzende auf dem *Transasiatischen Parlamentarierforum der Parlamentarischen Versammlung* der OSZE in Almaty vertreten.

In Kirgisistan riefen der Amtierende Vorsitzende und sein Persönlicher Gesandter zur weiteren Verbesserung der Bedingungen für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, freie Medien und die Mitsprache nationaler Minderheiten im öffentlichen Leben auf. Der Persönliche Gesandte unterstrich die Bedeutung der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentenwahlen sowie die Notwendigkeit einer Fortsetzung der demokratischen Reformen und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. In diesem Zusammenhang sprach sich der Vorsitz für die Entwicklung des OSZE-Polizeiunterstützungsprogramms aus. Der Vorsitz wies darauf hin, dass die Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft in die Polizeireform

die Akzeptanz des Programms in der kirgisischen Bevölkerung erhöhen würde. Am 19. Mai wurde in Wien eine Finanzierungskonferenz zur Mobilisierung von Mitteln für ein großes Polizeiunterstützungsprogramm (3,8 Millionen Euro) organisiert. Im August unterzeichneten der Leiter des OSZE-Zentrums und die kirgisischen Behörden in Bischkek ein Memorandum of Understanding über die Umsetzung des Programms.

In Tadschikistan sprachen sich der Amtierende Vorsitzende und der Persönliche Gesandte dafür aus, die Todesstrafe im Hinblick auf ihre endgültige Abschaffung auszusetzen. Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem die Minenräumung sowohl im Landesinneren als auch in Grenzgebieten, der Kampf gegen den illegalen Drogenhandel, die Notwendigkeit politischer Reformen, insbesondere die Notwendigkeit, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien zu verstärken, sowie die Vorbereitung der nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2005. Auch die Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit wurde besprochen.

In Usbekistan diskutierten der Amtierende Vorsitzende und der Persönliche Gesandte unter anderem über regionale Zusammenarbeit, die Parteienregistrierung im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr und den Dialog zwischen Regierung und Opposition. Zur Frage des illegalen Handels wurde im März in Taschkent mit Erfolg das dritte Vorbereitungsseminar für das Elfte Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums zum Thema „Drogenhandel – Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene“ abgehalten.

Im Sinne der besonderen Aufmerksamkeit, die laut Beschluss des niederländischen Vorsizes Zentralasien gelten soll, wurde Ende 2002 ein niederländischer Diplomat in die italienische Botschaft in Taschkent (Usbekistan) entsandt. Eine seiner Aufgaben bestand darin, Bereiche für Projekte mit OSZE-Bezug zu ermitteln. Derzeit werden mehrere Projekte durchgeführt.

Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Ein wichtiger Punkt für den niederländischen Vorsitz ist die Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen. So wurden auf politischer und amtlicher Ebene neue Pläne etwa zur Verbesserung der Abstimmung mit der EU entwickelt. Sowohl die griechische als auch die italienische Präsidentschaft stimmten zu, Treffen zwischen der OSZE-Troika und der EU-Troika abzuhalten, die hauptsächlich aktuellen Fragen gewidmet waren. Diese Treffen fanden im Februar und September 2003 am Rande des *EU-Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) (GAERC)* statt. Im GAERC informierten die Niederlande über OSZE-Angelegenheiten, die auch für die EU relevant sind, und machten auf diese aufmerksam. Auf politischer Ebene unterhielt der OSZE-Vorsitz enge Kontakte zur EU-Präsidentschaft, zum Sekretariat des Rates und zur Europäischen Kommission. Die anderen EU-Mitgliedstaaten wurden laufend über maßgebliche Entwicklungen innerhalb der OSZE und die grundsatzpolitischen Pläne der Organisation unterrichtet,

um zu EU-Positionen zu ermutigen, die die OSZE-Politik unterstützen. Auch in Wien wurden große Anstrengungen zur Abstimmung mit der EU unternommen. Im Juli sprach der Hohe Vertreter der EU, Javier Solana, auf Einladung des niederländischen Vorsizes im Ständigen Rat.

Die niederländischen Vertreter in der NATO machten regelmäßig auf Veranstaltungen in der OSZE aufmerksam. Im Juni wurde am Rande des NATO-Ministertreffens eine Koordinationssitzung des Amtierenden Vorsitzenden mit Generalsekretär Robertson organisiert. Zur politischen Koordination finden regelmäßig Konsultationen auf operativer Ebene statt, an denen Vertreter der gesamten OSZE-Troika teilnehmen. In Wien fanden die wöchentlichen NATO-Caucus-Sitzungen statt. NATO-Generalsekretär Lord Robertson sprach im Oktober im Ständigen Rat.

Die Abstimmung mit dem Europarat ist Teil der täglichen Routine. Gewisse Dossiers, insbesondere in Bezug auf die menschliche Dimension und die Arbeit des BDIMR, überschneiden sich mit Anliegen des Europarats und verlangen unbedingt eine enge Koordination. Zweimal jährlich finden Treffen auf Ministerebene zwischen der OSZE und dem Europarat statt. An diesen Treffen nehmen nicht nur der Vorsitz der OSZE und der des Ministerkomitees des Europarats, sondern auch die Generalsekretäre und die Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der beiden Gremien teil. Das erste derartige Treffen wurde vom niederländischen Amtierenden Vorsitz der OSZE einberufen und fand im Februar 2003 statt. Das zweite Treffen, das vom moldauischen Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats einberufen wurde, fand im November 2003 statt.

Zu einer weiteren Begegnung kam es im Februar in Form des in Genf abgehaltenen Dreiertreffens zwischen Vertretern der OSZE (einschließlich des Vorsizes), des Europarats und der VN, dem auch Vertreter der Europäischen Kommission, des Sekretariats des Europäischen Rates, des IKRK und der IOM beiwohnten. Schwerpunkt der Konsultationen mit den VN waren 2003 Methoden zur Bekämpfung des Terrorismus und der verschiedenen Formen von illegalem Handel.

Neben der Pflege bestehender Kontakte innerhalb des OSZE-Raumes muss die Organisation auch den Dialog mit anderen Organisationen suchen. Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ist bereit, in einen politischen Dialog mit der OSZE einzutreten. Nach ersten zögernden Kontakten war die OSZE (einschließlich des Vorsizes) auf dem Gipfeltreffen der Islamischen Konferenz Ende Mai in Teheran vertreten. Dieser Dialog verfolgt nicht nur den Zweck, die Ideen der OSZE zu verbreiten, sondern auch Erkenntnisse über die Ansichten und Einstellungen innerhalb der OIC zu gewinnen, um so zum Dialog mit der islamischen Welt zu ermutigen. Diese Initiativen des Vorsizes wurden insbesondere von den Ländern Zentralasiens nachdrücklich unterstützt.

Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in Asien

2003 wurden die Partner im Mittelmeerraum und in Asien zu OSZE-Treffen eingeladen, die für die betreffenden Staaten von speziellem Interesse waren. Die Kooperationspartner wurden auch zu einer Reihe anderer OSZE-Veranstaltungen (*Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, BDIMR-Seminare, Workshops, *Wirtschaftsforum*) eingeladen und von Institutions- bzw. Missionsleitern über OSZE-Aktivitäten unterrichtet. Ferner wurden Parlamentarier aus den Partnerstaaten zur Jahres- und zur Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung eingeladen. Partner beteiligten sich auch an operativen Aktivitäten, etwa an Kurzbesuchen bei OSZE-Missionen und an Wahlbeobachtungsmissionen oder sie entsandten Personal zu Missionen. Vor dem Ministerrat fand am 30. November ein Treffen zwischen der *OSZE-Troika* und den Außenministern bzw. deren Vertretern aus Partnerstaaten statt.

Vertreter des Vorsitzes nahmen an zwei getrennten informellen offenen Kontaktgruppen (eine über Mittelmeerfragen, die andere zu Asien) auf Expertenebene teil, die im Rahmen des Ständigen Rates eingerichtet wurden und regelmäßig zum Dialog mit den betreffenden Staaten zusammentraten, um den Informationsaustausch zu Themen von gegenseitigem Interesse zu erleichtern. Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum stand unter bulgarischem Vorsitz. In der Kontaktgruppe mit den asiatischen Partnern führte Portugal den Vorsitz.

Es fanden Tagungen statt, die den regionalen Überlegungen der jeweiligen Partner gewidmet waren. Korea veranstaltete im September einen Workshop über die Anwendbarkeit von OSZE-Instrumenten (VSBM) in Ostasien, und Jordanien war im Oktober Gastgeber des jährlichen Mittelmeerseminars. An beiden Veranstaltungen nahmen Vertreter des Vorsitzes teil.

Der bulgarische Vorsitz der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum konzentrierte seine Aktivitäten 2003 in enger Absprache mit dem niederländischen Vorsitz und mit Unterstützung der Abteilung Externe Zusammenarbeit des OSZE-Sekretariats auf folgende Fragen:

Sitzungen der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum

Die regelmäßigen Treffen der Mittelmeer-Kontaktgruppe boten den Teilnehmerstaaten und den sechs Kooperationspartnern im Mittelmeerraum Gelegenheit zur Vertiefung des Dialogs sowie zur Erörterung und zum Gedankenaustausch zu verschiedenen Fragen, die auf beiden Seiten des Mittelmeers von Interesse sind. 2003 tagte die Kontaktgruppe insgesamt sechsmal. Davor fand jeweils ein Treffen der Kontaktstellen statt, bei denen die Tagesordnung der Kontaktgruppensitzungen besprochen und andere Formen der Zusammenarbeit geprüft wurden.

Die Treffen der Kontaktgruppe dienten weiter dem laufenden Dialog und der Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten einerseits der Teilnehmerstaaten und der Kooperationspartner im Mittelmeerraum und andererseits zwischen den Kooperationspartnern untereinander. Breiten Raum widmete die Tagesordnung einem

Meinungsaustausch über die laufenden Aktivitäten der OSZE sowie anderen Fragen wie der Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (die den Kooperationspartnern vom Präsidenten der Versammlung, dem Abgeordneten Rt. Hon. Bruce George, vorgestellt wurde), der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, der *Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert*, den in der Wirtschafts- und Umweltdimension anstehenden Aufgaben, den Feldaktivitäten der Organisation und der Rolle des Konfliktverhütungszentrums.

Teilnahme an Sitzungen des Ständigen Rates, anderer OSZE-Institutionen und verschiedenen Veranstaltungen

Die Mittelmeer-Partner wurden regelmäßig zu den Sitzungen des Ständigen Rates eingeladen, insbesondere, wenn besondere Gäste im Plenum sprachen oder wenn Themen von besonderem Interesse auf der Tagesordnung standen. Erwähnt sei vor allem die Rede des tunesischen Außenministers Habib Ben Yahia im März, in der dieser auf die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung und Entwicklung der Zusammenarbeit angesichts neuer Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit und Stabilität hinwies. Ein wertvoller Gedankenaustausch fand auf dem Treffen der Botschafter der OSZE-Troika und des Generalsekretärs mit dem algerischen Präsidenten Bouteflika während seines Besuchs in Wien sowie bei den Diskussionen mit dem algerischen Minister für maghrebische und afrikanische Angelegenheiten, Abdelkader Messahel, statt, der Interesse an einem Informationsaustausch und einer möglichen Zusammenarbeit mit der OSZE betreffend das „*Afrikanische Zentrum für die Erforschung und Untersuchung des Terrorismus*“ zeigte, das in Algier eingerichtet werden soll.

Die Mittelmeer-Partner erhielten Gelegenheit, einen Beitrag zur Arbeit der Organisation zu leisten. Ihre Vertreter nahmen an Konferenzen zu den tagesaktuellen Themen Antisemitismus bzw. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung teil. Auch bei der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE* und bei der Globalisierungskonferenz waren Kooperationspartner vertreten. Die Partner wurden außerdem eingeladen, Beiträge zur Ausarbeitung der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* zu leisten. Die Strategie befasst sich mit der dimensionsübergreifenden Art der neuen Bedrohungen und Herausforderungen, spiegelt aber gleichzeitig die engen Bande zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern wieder.

Bei dem von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gegründeten und erstmals im Oktober 2003 in Rom abgehaltenen *Parlamentarierforum für den Mittelmeerraum* trafen Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum zusammen. Wie üblich wurden Vertreter der Kooperationspartner im Mittelmeerraum zum *Wirtschaftsforum* in Prag, zum *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* in Warschau, zu den *zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension* und zum *Seminar zur menschlichen Dimension* eingeladen.

Vertreter der Mittelmeer-Partner wurden auch eingeladen, an Wahlbeobachtungen teilzunehmen, Missionen zu besuchen und Kandidaten für Posten in Missionen im Rahmen der OSZE-Feldaktivitäten vorzuschlagen.

Minister der Kooperationspartner im Mittelmeerraum wurden eingeladen, am *Ministerratstreffen* im Dezember 2003 in Maastricht teilzunehmen, wobei am Vortag des Ratstreffens eine Sitzung der Minister der OSZE-Troika mit ihren Amtskollegen aus den Partnerstaaten im Mittelmeerraum abgehalten wurde.

Jährliches OSZE-Mittelmeerseminar

Das *Mittelmeerseminar 2003* zum Thema „*Das umfassende Sicherheitskonzept: Die Erfahrungen der OSZE und ihre Bedeutung für den Mittelmeerraum*“ fand am 20. und 21. Oktober in Aqaba (Jordanien) statt. Es wurde vom jordanischen Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Shaher Bak, und dem bulgarischen Außenminister Dr. Solomon Passy eröffnet. An dem Seminar nahmen rund 120 Personen aus den Teilnehmerstaaten und aus den Partnerländern im Mittelmeerraum, aus wissenschaftlichen Einrichtungen, internationalen Organisationen und NGOs teil. Das Seminar bot Gelegenheit zum Meinungsaustausch über Vertrauensbildung, Armutsbekämpfung sowie über den Aufbau demokratischer Institutionen und die Entwicklung der Zivilgesellschaft als wichtige Voraussetzungen für Konfliktverhütung. Die Tatsache, dass dieses Seminar in Jordanien stattfand, einem der Kooperationspartner im Mittelmeerraum, vermittelte eine starke und positive politische Botschaft, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Lage im Nahen Osten.

Die Zusammenfassung der Erörterungen auf dem Seminar enthielt viele interessante Vorschläge, die weitere Behandlung und Konsultationen verdienen, darunter: Aktivitäten zur Einbindung der Hauptstädte von Partnerstaaten in die OSZE-Aktivitäten, die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums im Mittelmeerraum, Zugang der Kooperationspartner im Mittelmeerraum zum Ständigen Rat und zum Forum für Sicherheitskooperation und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Venedig-Kommission des Europarats und interessierten Kooperationspartnern im Mittelmeerraum. Es wurde betont, dass die gemeinsamen Werte der OSZE als Grundlage für den weiteren Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Mittelmeerpartnern dienen könnten.

Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien

Die OSZE-Aktivitäten mit den Kooperationspartnern in Asien wurden 2003 verstärkt. Die Sitzungen der Kontaktgruppe mit den asiatischen Kooperationspartnern sollen den asiatischen Partnern und den OSZE-Teilnehmerstaaten Gelegenheit geben, Fragen von gegenseitigem Interesse zu besprechen. Auf den Tagesordnungen dieser Sitzungen standen alle wichtigen Fragen, die für die Sicherheit im OSZE-Raum von Bedeutung sind, wodurch die erörterten Themen von beiden Seiten beleuchtet werden konnten und auch der künftige Austausch von Informationen und Verfahrensweisen in beide Richtungen erfolgen kann, insbesondere in Bereichen, in denen die OSZE-

Erfahrung für die Regionen der Partnerstaaten an Bedeutung zunimmt. Bei den Sitzungen wurden die eigenen Erfahrungen und Anliegen der Partner in verschiedenen Themenbereichen eingehend besprochen.

Die asiatischen Partner beteiligten sich aktiv an den Sitzungen der Kontaktgruppe und an anderen gemeinsamen Aktivitäten, indem sie unter anderem Diskussionsthemen und Folgeaktivitäten vorschlugen. Die Teilnahme von Experten aus den asiatischen Partnerländern, aus den Hauptstädten und externen Ständigen Vertretungen trug zur Vertiefung der Debatte bei und ermöglichte ein detaillierteres Eingehen auf ihre speziellen Interessengebiete.

Auf den Sitzungen der Kontaktgruppe wurden die Partner regelmäßig von einem Vertreter des OSZE-Vorsitzes über die Fortschritte der Diskussionen vor dem Treffen des Ministerrats informiert. Sie erhielten auch Berichte über die Arbeitsgruppensitzungen und wurden eingeladen, an den Erörterungen über die *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* teilzunehmen und Beiträge dazu zu leisten.

Afghanistan, das im April 2003 den Status eines Kooperationspartners erhielt, wurde am 5. Mai 2003 auf einer Sitzung der asiatischen Kontaktgruppe willkommen geheißen. Am 5. Dezember 2003 hielt der Minister für auswärtige Angelegenheiten Afghanistans, Abdullah Abdullah, eine Ansprache im Ständigen Rat der OSZE.

2003 hielt die asiatische Kontaktgruppe vier Sitzungen ab. Diskutiert wurden unter anderem: Menschen- und Drogenhandel, der illegale Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, Anschlussmaßnahmen an die *OSZE/Korea-Konferenz von 2001 über die Anwendbarkeit der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE (VSBM)*, das *Asiatische akademische Netzwerk der OSZE*, die *OSZE/Japan-Konferenz über Konfliktverhütung*, ein Überblick über VSBM einschließlich eines Berichts des Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation (damals Deutschland) und die Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA). Weitere Diskussionsthemen waren die Gleichberechtigung der Geschlechter, die OSZE-Feldaktivitäten in Zentralasien, die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und die Arbeit der *Gruppe Terrorismusbekämpfung* des OSZE-Sekretariats sowie die *Politik Koreas für Frieden und Wohlstand und ein multilateraler Sicherheitsmechanismus in Nordostasien*.

Die Partner wurden regelmäßig zu Sitzungen des Ständigen Rates der OSZE eingeladen. Die Republik Korea wurde außerdem eingeladen, im PC und im FSK über die Ergebnisse des VSBM-Workshops in Seoul zu berichten. Thailand wurde eingeladen, auf einer gemeinsamen PC/FSK-Sitzung über Antipersonenminen zu sprechen. Die Republik Korea und die OSZE veranstalteten am 22. und 23. September 2003 in Seoul einen Workshop über die Anwendbarkeit vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der OSZE in Nordostasien, an dem über 30 OSZE-Teilnehmerstaaten und Kooperationspartner teilnahmen, einschließlich der fünf Parteien, die am Gesprächsprozess mit Nordkorea beteiligt sind, dessen

diplomatischer Vertreter in Wien anschließend über die Ergebnisse des Treffens unterrichtet wurde.

Am Tag vor dem Ministertreffen in Maastricht fand eine Sitzung der *OSZE-Ministertrioika* mit Amtskollegen aus den Ländern der asiatischen Kooperationspartner statt, bei der hauptsächlich neue Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert sowie die Beziehungen zwischen den Kooperationspartnern und der OSZE, einschließlich der für 2004 geplanten Aktivitäten der OSZE-Partnerstaaten, besprochen wurden. Die OSZE-Ministertrioika und die Partnerstaaten begrüßten

- die Aufnahme von Sitzungen der asiatischen Kontaktgruppe im Jahr 2003, die eine Plattform für Dialog und Zusammenarbeit boten, und zeigten Interesse an der Weiterentwicklung der Gruppe zu einem Forum für die Weiterführung der von der Kontaktgruppe abgegebenen Empfehlungen und für andere gemeinsame Aktivitäten der OSZE und der Partnerstaaten,
- die geplante Verabschiedung der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* sowie den Beschluss des Ständigen Rates über die Erweiterung der Zusammenarbeit auf andere Bereiche,
- die häufigere Teilnahme der Partnerstaaten an den Sitzungen des PC und des FSK,
- die bevorstehende *OSZE/Japan-Konferenz über Konfliktverhütung 2004* und den unmittelbar daran anschließenden Workshop über vorbeugende Diplomatie im Rahmen des ASEAN-Regionalforums (ARF),
- die Vertiefung der Beziehungen zwischen der OSZE und dem ARF,
- die Verstärkung des *Asiatischen akademischen Netzwerks* der OSZE und
- die weitere Zusammenarbeit zu Themen von allseitigem Interesse, einschließlich neuer Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit.

Outreach-Programm

Der bulgarische Vorsitz freut sich auf die gemeinsame Arbeit mit den Mittelmeerpartnern im Rahmen dieses im Entstehen befindlichen neuen Kooperationsmechanismus, der das OSZE-Know-how zu den Partnerländern, ihren offiziellen Vertretern, Experten, ihrer Bevölkerung und ihren Hochschulen bringt. Das Outreach-Programm ist eine Methode zur Verbreitung und zum Austausch von Informationen mit der größtmöglichen Zahl von Teilnehmern in den Partnerländern über den *Acquis* der OSZE. Die erste Aktivität dieser Art soll in den kommenden Monaten in Algerien für die Maghreb-Länder (Algerien, Marokko und Tunesien) zum Thema „Freiheit und Verantwortung – die Medien“ stattfinden. Ähnliche Aktivitäten zu anderen Themen und für andere Ländergruppen werden folgen.

Trotz aller positiven und ermutigenden Entwicklungen müssen weiterhin Möglichkeiten untersucht werden, wie der Dialog zwischen der OSZE und dem Mittelmeerraum verstärkt werden kann. Der Spielraum für vertieften Dialog und intensivere Zusammenarbeit wurde auf dem Seminar von Aqaba erörtert. Spätere Diskussionen im Vorbereitungsausschuss sowohl in Wien als auch in Maastricht auf der Grundlage eines von der Delegation der Türkei eingebrachten Beschlussentwurfs führten schließlich zur Verabschiedung des *Beschlusses Nr. 571 des Ständigen Rates über die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern* und die Erkundung des möglichen Umfangs für die umfassendere Weitergabe der OSZE-Normen, Prinzipien und Verpflichtungen an andere, der für 2004 unter anderem die Ermittlung zusätzlicher Bereiche für die Kooperation und Interaktion mit den Partnern und die Weitergabe der OSZE-Normen, Prinzipien und Verpflichtungen an benachbarte Gebiete sowie Arbeiten an Verfahren für zukünftige Anträge auf Partnerschaft vorsieht.

DIE ARBEIT DES STÄNDIGEN RATES

Im Laufe des Jahres hielt der Ständige Rat (PC) 60 Sitzungen ab. Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten zählten Berichte von Missionsleitern, Beschlüsse über die Verlängerung von Missionen, Tätigkeitsberichte des Generalsekretärs und des Amtierenden Vorsitzenden sowie aktuelle Fragen. Ferner sprachen im PC insgesamt 17 Ehrengäste, eine außergewöhnlich hohe Zahl. Der Zehnte Ministerrat 2002 in Porto hatte dem PC eine Reihe von Aufgaben gestellt. Der niederländische Vorsitz richtete sieben informelle Freundesgruppen ein, die einen wesentlichen Teil dieser Aufgaben erledigen sollten. Die meisten Gruppen traten erstmals im Januar zusammen und setzten ihre Arbeit das ganze Jahr hindurch fort; die dabei erarbeiteten Dokumente wurden dem Vorbereitungsausschuss und dem PC zugeleitet und später vom Elften Ministerrat in Maastricht verabschiedet. Diese Vorgehensweise brachte für die Delegationen in Wien ganzjährig einen äußerst dichten Sitzungsplan mit sich.

Ehrengäste, die 2003 Ansprachen im Ständigen Rat der OSZE hielten:

	Ehrengast	Thema der Ansprache
16. Januar	Benita Ferrero-Waldner , Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Österreichs	Das Netzwerk für menschliche Sicherheit
6. März	Jean Lemière , Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	OSZE-Unterstützung für Kleinunternehmen
27. März	Habib Ben Yahia , Minister für auswärtige Angelegenheiten Tunesiens	Neue Synergie zur Stärkung der OSZE-Mittelmeerpartnerschaft
8. April	Ruud Lubbers , Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	Menschenhandel und Menschenschmuggel
10. April	George Soros , Soros Foundation Network	Demokratiezuwachs im OSZE-Raum und zukünftige Herausforderungen
8. Mai	Michael Steiner , Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für Kosovo	Die VN-Mission im Kosovo in einer kritischen Phase
4. Juni	Lord Paddy Ashdown , Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter in Bosnien und Herzegowina	Sorge über die Gefahr einer Wirtschaftskrise in Bosnien und Herzegowina
16. Juni	Dragan Djurović , Stellvertretender Ministerpräsident Montenegros	Gesetzesreform in Montenegro
17. Juni	Malchas Kakabadse , Minister für besondere Angelegenheiten Georgiens	Entwicklungen in Georgien
10. Juli	Roberto Antonione , Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Italiens	EU-Erweiterung und die OSZE
24. Juli	Walter Schwimmer , Generalsekretär des Europarats	Festigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

	Ehregast	Thema der Ansprache
5. September	Martti Ahtisaari , Persönlicher Gesandter des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien	Zentralasien
4. November	Carla Del Ponte , Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)	Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in Südosteuropa
6. November	Lord Robertson , NATO-Generalsekretär	OSZE fällt kritische Rolle im neuen Sicherheitsumfeld zu
18. November	Inocencio Arias , Vorsitzender des VN-Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus	Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
4. Dezember	Abdullah Abdullah , Minister für auswärtige Angelegenheiten Afghanistans	Ersuchen um OSZE-Unterstützung beim Aufbau von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan
11. Dezember	Harri Holkeri , Leiter der UNMIK und Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs	Standards für Kosovo

GESAMTHAUSHALTSPLAN UND MANAGEMENTREFORM

Die Vorbereitungen für den OSZE-Gesamthaushaltsplan 2003 begannen im Mai 2002 mit einer Reihe programmatischer Erörterungen unter den Teilnehmerstaaten. Die Vorstellung dieses Programmentwurfs wurde allgemein als eine Verbesserung sowohl im Konsultationsprozess als auch bei der Ausarbeitung des Gesamthaushaltsplans des Folgejahres begrüßt. Der Gesamthaushaltsplan 2003 wurde am 30. Dezember 2002 vom Ständigen Rat auf einstimmige Empfehlung des informellen Finanzausschusses genehmigt. Er beträgt 185,7 Millionen Euro und wurde das ganze Jahr über eingehalten. Er sieht eine beträchtliche Verstärkung mehrerer Dienststellen im Sekretariat und fast eine Verdoppelung der Haushaltsmittel für die OSZE-Aktivitäten im Südkaukasus und in Zentralasien vor.

Im ersten Halbjahr 2003 konzentrierten sich die Bemühungen des Vorsitzes auf den Abschluss der Verhandlungen über eine Reihe von Beschlüssen zur Managementreform. Am 27. Juni verabschiedete der erweiterte Ständige Rat das erste umfassende Personalstatut für alle OSZE-Personalkategorien, Festlegungen bezüglich der *Erstellung des OSZE-Gesamthaushaltsplans* sowie das Mandat des Beratungsausschusses für Management und Finanzen, der mit diesem Beschluss den informellen Finanzausschuss ersetzt. Diese Beschlüsse dienen einerseits der Stärkung der Haushaltshoheit des Ständigen Rates und der Straffung der Programm- und Haushaltsverfahren für die verschiedenen Aktivitäten der Organisation in einer Weise, die mit dem konsultativen Charakter der OSZE-Entscheidungsprozesse im Einklang steht. Andererseits verstärken sie den normativen Rahmen der Organisation, womit eine der wichtigsten Empfehlungen der externen Rechnungsprüfer der OSZE erfüllt wurde.

Ferner wurde 2003 auch die Überarbeitung der OSZE-Finanzvorschriften fortgesetzt. Ergebnis dieser Tätigkeit war ein vom Sekretariat erstellter umfassender Vorschlag. Es wird erwartet, dass die Prüfung dieses Vorschlags Anfang 2004 abgeschlossen sein wird.

Insgesamt wurden 2003 bei der Stärkung des Management- und Haushaltsprozesses der OSZE wichtige Fortschritte gemacht, wodurch die Organisation dank einer effizienteren und effektiveren Nutzung der begrenzten Mittel eine zunehmende Zahl von Aufgaben übernehmen kann. Diesbezüglich hat sich die Managementreform-Agenda als ein nützliches Werkzeug für die politischen Entscheidungsprozesse erwiesen.

AKTIVITÄTEN DER PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

Das Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina (Anhang 1-B Artikel II) und das Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton)

Der niederländische Vorsitz verfolgte aufmerksam die Tätigkeit des Persönlichen Beauftragten für Anhang 1-B Artikel II des Friedensübereinkommens von Dayton betreffend vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina und für Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton betreffend subregionale Rüstungskontrolle. Der Vorsitz unterstützte und würdigte die Arbeit der Vertragsstaaten im Hinblick auf die volle Umsetzung dieser Übereinkommen.

Dieses Jahr kam es in Südosteuropa zu tief greifenden Veränderungen positiver Art. Die Initiativen zur Verteidigungsreform in Bosnien und Herzegowina sind ein wichtiger Teil der Anstrengungen des Landes im Hinblick auf die europäische Integration und das Programm „Partnerschaft für den Frieden“. Die Parteien des Übereinkommens nach Artikel IV haben ihre Verhandlungen über die Modalitäten der Inspektionen durch den Staat Bosnien und Herzegowina erfolgreich abgeschlossen. Diese ersten derartigen Inspektionen durch Bosnien und Herzegowina fanden im Oktober dieses Jahres statt. Kurz gesagt: beide Übereinkommen wurden dieses Jahr vollinhaltlich und in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Offenheit und der Transparenz umgesetzt.

Zur Durchführung von Artikel II wurden die üblichen Aktivitäten gesetzt; zusätzlich wurde ein *Seminar zum Verhaltenskodex* abgehalten und unter anderem auch ein Seminar über die *wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit* sowie die *erste Kommandostellenübung für Katastrophenhilfe*. All diese Aktivitäten werden auch 2004 stattfinden.

Alle Parteien des Übereinkommens nach Artikel IV sind dabei, ihre Streitkräfte umzustrukturieren und ihre Truppenstärke zu verringern. Das Endergebnis ist überschüssige Ausrüstung. Es wurde vereinbart, dass bei jeder weiteren Ausrüstungsreduzierung die reduzierende Partei die anderen Parteien benachrichtigt; diese können Beobachter zur Verifizierung des Prozesses entsenden. Diese rein freiwillige Notifikation ist ein Zeichen des guten Willens und der Transparenz zwischen den Parteien von Artikel IV.

Die Parteien kamen überein, das *Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle* zu aktualisieren, indem jene Beschlüsse der Kommission und der drei Überprüfungskonferenzen, die den Inspektionsvorgang oder die gesamte Umsetzung des Übereinkommens nachhaltig beeinflusst haben, als Fußnoten eingefügt werden. 2004 werden die Parteien mögliche Verbesserungen prüfen.

Der Persönliche Gesandte für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Max van der Stoep, der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, begab sich in Unterstützung der allgemeinen politischen Zielsetzungen des OSZE-Vorsitzes regelmäßig in das Land. Einen besonderen Schwerpunkt seiner Besuchsreisen bildete die Südosteuropa-Universität in Tetovo. 2003 befasste sich die OSZE besonders intensiv mit der Umsetzung des *Rahmenabkommens von Ohrid*, um Frieden und Stabilität im Land weiter zu stärken. Es kam zwar weiter zu vereinzelten örtlichen Zwischenfällen, doch setzte sich der Gesamttrend einer schrittweisen Verbesserung der Lage fort.

Der Persönliche Beauftragte für Moldau

Zur Erhöhung des Engagements und zur Intensivierung der Bemühungen um Fortschritte in Richtung einer Lösung im moldauisch/transnistrischen Konflikt ernannte der Amtierende Vorsitzende im Januar 2003 Botschafter Adriaan Jacobovits de Szeged zum Persönlichen Beauftragten für Moldau. Botschafter Jacobovits sollte vor allem die Aktivitäten der OSZE und ihrer Mission in Moldau im Hinblick auf die Lösung von Fragen unterstützen, die dem Land dabei helfen, mehr Frieden, Stabilität und Demokratie zu erreichen. Der Persönliche Beauftragte nahm im Rahmen des politischen Verhandlungsprozesses in Moldau an den monatlichen fünfseitigen Gesprächsrunden (Moldau, Transnistrien, OSZE, Russland und Ukraine) teil. Dabei wurde vereinbart, eine Lösung des transnistrischen Problems durch die Einrichtung einer Gemeinsamen Verfassungskommission anzustreben, deren Aufgabe es ist, nach vorheriger landesweiter Diskussion, gefolgt von einem Referendum und landesweiten Wahlen, gemeinsam eine Verfassung nach bundesstaatlichem Muster auszuarbeiten und anzunehmen. Botschafter Jacobovits de Szeged führte außerdem Konsultationen in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten und nahm an mehreren Föderalismusseminaren teil.

Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Angesichts der stockenden Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach nahm die Rolle des Persönlichen Beauftragten, Botschafter Kasprzyk, insofern an Bedeutung zu, als er den Vorsitz und die Minsk-Gruppe einschließlich ihrer Kovorsitze laufend und ausführlich über die Entwicklungen vor Ort zu informieren hatte. Der Persönliche Beauftragte und sein Büro setzten gleichzeitig die Überwachung der Frontlinie zur Beurteilung der militärischen Lage und im Interesse der Entspannung fort. Diese Funktion war zwischen Mai und August besonders wichtig, hatte es doch den Anschein, als würde sich die Situation verschärfen, wie der Persönliche Beauftragte in seinen Berichten warnend vermerkte. Gegen Ende des Berichtszeitraums schien sich die Frontlinie stabilisiert zu haben.

Der Persönliche Beauftragte unterstützte die Hochrangige Planungsgruppe und hielt Kontakt mit Organisationen wie EU, Europarat, UNHCR, IKRK und verschiedenen internationalen NGOs zu den wichtigsten Problemen der Binnenvertriebenen/Flüchtlinge, Kriegsgefangenen, Vermissten/Inhaftierten sowie in Fragen der Minenräumung.

Die vom Büro geförderten *vertrauensbildenden Maßnahmen* der Konfliktparteien beschränkten sich weitgehend auf Maßnahmen, die zur Durchführung der Überwachungstätigkeit und zur Unterstützung der Rückkehr von Kriegsgefangenen und anderen, von den Konfliktparteien an der Frontlinie festgenommenen Personen notwendig waren. Es wurde aktiv zu Kontakten zwischen den Parteien auf lokaler Ebene ermutigt. Dabei wurden keine nennenswerten Fortschritte erreicht, doch gelang es dem Persönlichen Beauftragten, die Rückstellung von Vieh von der armenischen auf die aserbajdschanische Seite zu vermitteln, wobei es zu direkten Begegnungen zwischen militärischem und zivilem Personal beider Seiten kam. Die Planung zukünftiger vertrauensbildender Maßnahmen wurde fortgesetzt. Für ihre Umsetzung muß allerdings das geeignete Klima abgewartet werden.

Die Hochrangige Planungsgruppe

Die *Hochrangige Planungsgruppe (HLPG)* wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der OSZE (damals KSZE) mit dem Auftrag eingerichtet, dem Amtierenden Vorsitzenden hinsichtlich des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, anhand bestimmter Vorgaben Optionen für die Planung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe zu empfehlen. Sie steht dabei in Kontakt mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe sowie mit dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden

Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und mit den beitragenden Staaten.

Im Juli 2003 gab der Amtierende Vorsitzende die Anweisungen 7 und 7a heraus, in denen unter anderem angeordnet wird, nach einem Zeitraum von sechs Jahren eine unauffällige Erkundungsmission in der Region durchzuführen, um Informationen und Kenntnisse über die operativen, logistischen und finanziellen Aspekte der vorhandenen Notfallplanung zu gewinnen.

In Anweisung 7a wird die Gruppe zwecks Ausweitung ihres Wirkungsbereichs beauftragt, nach Konsultationen mit dem Vorsitz ihre Erkenntnisse und Erfahrungen der gesamten OSZE mitzuteilen.

Durch mandatskonforme Korrekturen an den Einsatzplänen passt sich die HLPG laufend an die Entwicklungen an.

Der Persönliche Gesandte des Amtierenden Vorsitzenden für die Teilnehmerstaaten in Zentralasien, Präsident Martti Ahtisaari

Der Amtierende Vorsitzende ernannte Präsident Ahtisaari Anfang 2003 zu seinem Persönlichen Gesandten für die Teilnehmerstaaten in Zentralasien. Die Hauptaufgabe von Präsident Ahtisaari ist es, auf höchster politischer Ebene Kontakt mit den Teilnehmerstaaten in Zentralasien zu halten.

Im Zuge seiner Besuche wurden folgende Fragen erörtert: die Zusammenarbeit mit der OSZE in verschiedenen Bereichen, die Rolle von NGOs, Pluralismus im politischen Leben, Menschenrechtsfragen, Rechtsreformen und regionale Zusammenarbeit. Konkretere Fragen betrafen unter anderem die Lage von Inhaftierten oder Strafgefangenen, deren Schicksal der internationalen Gemeinschaft ein besonderes Anliegen ist.

Unter gebührender Anerkennung der Besonderheiten bzw. der Unterschiede zwischen den fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten ging der Persönliche Gesandte speziell auf drei Bereiche ein, die für die Zukunft der betreffenden Länder äußerst wichtig sind: ein gutes Bildungssystem, gutnachbarliche Beziehungen und die Stärkung der Zivilgesellschaft durch die Gründung von NGOs.

All diese Fragen sind besonders für die junge Generation von Bedeutung, die dazu ermutigt werden muss, sich auch weiterhin aktiv in die Prozesse des wirtschaftlichen und rechtlichen Wandels einzubringen.

In seinen Gesprächen betonte der Persönliche Gesandte die Bedeutung von Dialog und Zusammenarbeit durch gegenseitiges Verständnis und die Notwendigkeit, sichtbar auf die Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen hinzuwirken.

BERICHTE DER VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPEN MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM BZW. MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN

Mittelmeerpartner sind derzeit: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien
Kooperationspartner sind derzeit: Afghanistan, Japan, Korea und Thailand

Ausweitung und Veränderung der Beziehungen zu den Partnerstaaten

Der Elfte Ministerrat

Die verstärkten Bemühungen, die Beziehungen zu den OSZE-Kooperationspartnern enger zu gestalten, gipfelten 2003 in der Verabschiedung einschlägiger Beschlüsse durch das Elfte Treffen des Ministerrats. In der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert* beschlossen die Außenminister, „die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien [zu] intensivieren, indem sie beizeiten Bereiche gemeinsamer Interessen und Anliegen und Möglichkeiten für ein weiteres abgestimmtes Vorgehen“ aufzeigen.

Ferner beschlossen die Teilnehmerstaaten, dass die OSZE prüfen sollte, „auf welche Weise die OSZE-Normen, -Prinzipien, -Verpflichtungen und -Werte anderen Regionen, insbesondere benachbarten Gebieten, vermittelt werden können“.

Sie äußerten ihr Interesse, gemeinsam mit den Partnern an der Verbesserung der beiderseitigen Sicherheit zu arbeiten, indem diese im Wege von Vereinbarungen in verschiedene Formen des Informationsaustauschs einbezogen werden, die Teil der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE sind. Es wurde ferner beschlossen, dass die Kooperationspartner häufiger als bisher als Beobachter an Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation teilnehmen sollen.

Die Ministertrioika

Zu den Höhepunkten des Jahres 2003 zählte die OSZE-Ministertrioika, die am Vortag des Elften Ministerrats mit ihren Amtskollegen aus den Ländern der Kooperationspartner im Mittelmeerraum bzw. in Asien zusammentraf. Sie waren sich darin einig, dass die Beziehungen durch Förderung des Dialogs und gemeinsame Aktivitäten, auch in den Partnerstaaten selbst, enger gestaltet werden sollten.

Sitzungen des Ständigen Rates

Das ganze Jahr hindurch lud der Vorsitz im Interesse einer engeren Interaktion regelmäßig Vertreter der Partnerstaaten zu den Sitzungen des Ständigen Rates ein, insbesondere, wenn besondere Gäste wie die Generalsekretäre des Europarats und der NATO geladen waren. Auf Einladung des Vorsitzes sprachen der Außenminister Tunesiens, Habib Ben Yahia, und der Außenminister Afghanistans – des jüngsten Kooperationspartners der OSZE –, Abdullah Abdullah, im März bzw. Dezember im Ständigen Rat.

Auf der Ebene der Botschafter der OSZE-Troika und des Generalsekretärs kam es bei einer Begegnung mit dem algerischen Präsidenten Bouteflika während seines Besuchs in Wien zu einem nützlichen Gedankenaustausch.

OSZE-Mittelmeerseminar

Im November wurde Jordanien eingeladen, dem Ständigen Rat über die Ergebnisse des *OSZE-Mittelmeerseminars* zum Thema „Das umfassende Sicherheitskonzept: die Erfahrungen der OSZE und ihre Bedeutung für den Mittelmeerraum“ zu berichten, das im Oktober in Aqaba stattgefunden hatte. Die Tatsache, dass dieses Seminar in Jordanien abgehalten wurde, war ein deutliches und positives politisches Signal, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Lage im Nahen Osten.

Das Seminar wurde vom jordanischen Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Shaher Bak, und vom bulgarischen Außenminister Dr. Solomon Passy eröffnet. An dem Seminar nahmen rund 120 Personen aus den Teilnehmerstaaten und aus den Partnerländern im Mittelmeerraum, aus wissenschaftlichen Einrichtungen, internationalen Organisationen und NGOs teil. Das Seminar bot Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über wichtige Voraussetzungen für die Konfliktverhütung: Vertrauensbildung, Aufbau von Kapazitäten und Armutsbekämpfung, Aufbau demokratischer Institutionen und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Es wurde erneut betont, dass die gemeinsamen Werte der OSZE als Grundlage für den weiteren Dialog zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten und den Mittelmeerpartnern dienen könnten.

Auf dem Seminar gemachte Vorschläge betrafen Aktivitäten zur Einbindung der Hauptstädte der Partnerstaaten in die OSZE-Aktivitäten, die Einrichtung eines Konfliktverhütungszentrums im Mittelmeerraum, den regelmäßigen Zugang der Partnerstaaten zu den Sitzungen des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Venedig-Kommission des Europarats und interessierten Mittelmeerpartnern.

Neue Formen der Zusammenarbeit

Der bulgarische Vorsitz des Jahres 2004 freut sich auf die gemeinsame Arbeit mit den Mittelmeerpartnern im Rahmen eines im Entstehen begriffenen neuen Kooperationsmechanismus, der das OSZE-Know-how zu den Partnerstaaten und dort zu deren offiziellen Vertretern, zu Experten, zur Bevölkerung, zu Hochschulen und Medien, zur Zivilgesellschaft und zu NGOs bringen wird. Das ist eine Methode, eine größtmögliche Zahl von Teilnehmern in den Partnerstaaten mit dem *Acquis* der OSZE vertraut zu machen. Die erste Aktivität dieser Art soll in Algerien für die Maghreb-Länder (Algerien, Marokko und Tunesien) zum Thema „Freiheit und Verantwortung – die Medien“ stattfinden. Es ist zu hoffen, dass ähnliche Aktivitäten zu anderen Themen und für andere Ländergruppen folgen werden.

Der Spielraum für vertieften Dialog und intensivere Zusammenarbeit wurde auf dem Seminar von Aqaba erörtert. Spätere Diskussionen im Vorbereitungsausschuss sowohl in Wien als auch in Maastricht auf der Grundlage eines von der Delegation der Türkei eingebrachten Beschlussentwurfs führten schließlich zur Verabschiedung des *Beschlusses Nr. 571 des Ständigen Rates über die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und die Erkundung des möglichen Umfangs für die umfassendere Weitergabe der OSZE-Normen, Prinzipien und Verpflichtungen an andere*, der für 2004 unter anderem die Ermittlung zusätzlicher Bereiche für die Kooperation und Interaktion mit den Partnern und die Weitergabe der OSZE-Normen, Prinzipien und Verpflichtungen an andere, einschließlich benachbarter Gebiete, sowie Arbeiten an Verfahren für zukünftige Anträge auf Partnerschaft vorsieht.

Der Workshop von Seoul

Die Republik Korea wurde ihrerseits eingeladen, dem Ständigen Rat und dem Forum für Sicherheitskooperation über die Ergebnisse des (von der OSZE und dem *Institut für auswärtige Angelegenheiten und nationale Sicherheit, IFANS*, organisierten) gemeinsamen Workshops zu berichten, der im September in Seoul – wie schon zuvor – zum Thema „Die Anwendbarkeit vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen der OSZE in Nordostasien“ stattgefunden hatte. Über 30 OSZE-Teilnehmerstaaten und -Kooperationspartner – einschließlich der fünf Parteien, die am Dialogprozess mit Nordkorea beteiligt sind – nahmen an der Veranstaltung teil. Der diplomatische Vertreter Nordkoreas in Wien wurde anschließend über die Ergebnisse des Treffens unterrichtet. Der Workshop bot Gelegenheit zur Erörterung von Möglichkeiten für die

Aufnahme eines multilateralen Dialogs über Sicherheit und vertrauensbildende Fragen in Nordostasien. Ein weiterer Kooperationspartner, Thailand, wurde eingeladen, in einer gemeinsamen PC/FSK-Sitzung über Antipersonenminen zu sprechen. Alle Partner nahmen im Dezember an einer FSK-Sitzung über zivile Notfallplanung teil.

Sitzungen der Kontaktgruppen

Die Sitzungen der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und jener mit den asiatischen Kooperationspartnern gaben weiter Gelegenheit zur Vertiefung des laufenden Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern sowie zwischen den Kooperationspartnern untereinander. Der Gedankenaustausch über die OSZE-Aktivitäten war ein wichtiger Schwerpunkt in diesen Sitzungen, die in enger Konsultation mit dem niederländischen Vorsitz sowie mit beratender und praktischer Unterstützung der *Abteilung Externe Zusammenarbeit des OSZE-Sekretariats* stattfanden.

„Die Sicherheit im Mittelmeerraum hängt vor allem von einer engen, verlässlichen und gleichberechtigten Beziehung zwischen allen Anrainerstaaten ab.“

Der tunesische Außenminister Habib Ben Yahia in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 27. März.

Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum

Bei den sechs Treffen der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum kamen die Teilnehmerstaaten und die Mittelmeerpartner zusammen. Die Kontaktgruppe ermöglichte weiterhin den Austausch von für alle Seiten interessanten Informationen und fungierte als Ideenwerkstatt. Unter dem Vorsitz des nächsten OSZE-Vorsitzlandes Bulgariens wurden unter anderem folgende Themen erörtert: die Arbeit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die vom Präsidenten der Versammlung, dem Abgeordneten Rt. Hon. Bruce George, dargelegt wurde, die Aufgaben in der Wirtschafts- und Umweltdimension, die Vor-Ort-Aktivitäten der Organisation und die Rolle des Konfliktverhütungszentrums. Den Treffen der Kontaktgruppe für den Mittelmeerraum gingen Sitzungen auf der Ebene der Kontaktstellen zur Vorbereitung der Tagesordnung und Erkundung anderer Formen der Zusammenarbeit in der Mittelmeerdimension der OSZE voraus.

Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien

Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien, die 2003 zum ersten Mal einberufen wurde, trat unter dem Vorsitz Portugals, des scheidenden Mitglieds der OSZE-Troika, vier Mal zusammen. Die Teilnehmerstaaten und die asiatischen Partner erörterten bei diesen Treffen unter anderem folgende Themen: Menschenhandel, Drogenhandel und illegaler Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen, das *Akademische OSZE/Asien-Netzwerk*, die *OSZE/Japan-Konferenz über Konfliktverhütung*, ein VSBM-Überblick und die

Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA). Die Diskussionen befassten sich ferner mit der Gleichstellung der Geschlechter, Vor-Ort-Aktivitäten der OSZE in Zentralasien, der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, der koreanischen Strategie für Frieden und Wohlstand und mit einem multilateralen Sicherheitsmechanismus in Nordostasien.

Der neue Kooperationspartner Afghanistan

Im April wurde Afghanistan Kooperationspartner und einen Monat später als solcher bei einem Treffen der Asien-Kontaktgruppe willkommen geheißen. Afghanistan hat mit drei zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten – Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan – gemeinsame Grenzen und Sicherheitsinteressen. Afghanistan nahm an OSZE-Veranstaltungen in Kirgisistan (Sicherheit von Reisedokumenten) und Usbekistan (Ausbildung für Grenzschutz- und Zollbeamte) teil.

Die bevorstehende OSZE/Japan-Konferenz

Japan erklärte sich bereit, im März 2004 in Tokio als Gastgeber einer *OSZE/Japan-Konferenz zum Thema „Die Suche nach Konfliktverhütung unter den neuen Sicherheitsbedingungen – europäische Sicherheitsmechanismen und Sicherheit in Asien“* zu fungieren. Mitglieder des ASEAN-Regionalforums werden zur Teilnahme eingeladen.

Sonstige Aktivitäten

Im Laufe des Jahres wurden alle Kooperationspartner eingeladen, an der Arbeitsgruppe für die *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im*

einundzwanzigsten Jahrhundert teilzunehmen und schriftliche Vorschläge einzubringen. Die Partnerstaaten wurden eingeladen, sich an anderen OSZE-Aktivitäten zu beteiligen, wie der erstmals abgehaltenen *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, der *Antisemitismuskonferenz*, der *Konferenz über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung* und der *Globalisierungskonferenz*.

Die Beziehungen mit den Partnerstaaten wurden 2003 ausgebaut und umgestaltet. Es gilt nach wie vor, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Mittelmeerdimension der OSZE und die Beziehungen zu den Kooperationspartnern in Asien unter Nutzung der neu gewonnenen Dynamik verstärkt werden können. Die Partner werden auch dazu ermutigt, an verschiedenen, ihnen offen stehenden OSZE-Aktivitäten teilzunehmen. Die weitere Stärkung der fruchtbaren Zusammenarbeit hängt gleichermaßen von den Partnerstaaten und den Teilnehmerstaaten ab.

Weitere Informationen zu den Aktivitäten der Vorsitzenden finden sich im Abschnitt „Externe Zusammenarbeit“ dieses Berichts.

„Jordanien war Gastgeber des jährlichen Treffens der OSZE mit ihren Mittelmeerpartnern, bei dem die Relevanz der Erfahrungen der OSZE in Europa für den Nahen Osten geprüft werden sollte. Es erwies sich als wichtiger Schritt in den Diskussionen zur Suche nach einem geeigneten Modell für den regionalen Dialog“.

Auszug aus einem Artikel des dänischen Außenministers Per Stig Møller und des jordanischen Außenministers Marwan Muasher in der Financial Times vom 16. November.

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Das FSK widmete einen Großteil seiner Aufmerksamkeit dem Erkennen und der Bewältigung von Bedrohungen für Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert sowie anderen Aufgaben im Gefolge des Zehnten Ministerrats und setzte sich daneben sehr produktiv mit den Themen aus seinem üblichen Aufgabenkreis auseinander. Mandatsgemäß war einer der Schwerpunkte die Stärkung der Sicherheit durch Ausarbeitung konkreter Maßnahmen, Programme und Projekte wie des *OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition*.

Das zentrale Bemühen des FSK-Vorsitzes galt 2003 einer Verstärkung der Sichtbarkeit des FSK innerhalb und außerhalb der Organisation und der Erhöhung seiner Durchschlagskraft sowohl in Bezug auf seine eigene Arbeit als auch als Bestandteil der OSZE.

Eine bemerkenswerte Seite seiner Arbeit war die Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Ständigen Rat in politisch-militärischen Angelegenheiten auf mehreren Ebenen. Dies erwies sich besonders bei der Erfüllung der vom Zehnten Ministerrat gestellten Aufgaben als nützlich. Ein Beispiel dafür war die erste *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, bei der das FSK – neben seinen Beiträgen zur Vorbereitung – eine aktive Rolle spielte. Der Großteil der FSK-Tätigkeit zur Friedenserhaltung erfolgte in einer informellen Arbeitsgruppe. Diese Arbeit, die die allgemeinere Überprüfungstätigkeit des Ständigen Rates ergänzt, hob im FSK das Bewusstsein für die Komplexität friedenserhaltender Einsätze beträchtlich und machte auch deutlich, welche Erfordernisse und Ressourcen dafür erforderlich sein können.

Nach wie vor erleichtert das FSK die Umsetzung des *Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen*. Im Juli ersuchte Belarus als erster Teilnehmerstaat die OSZE um Hilfestellung bei der Vernichtung und Reduzierung überschüssiger SALW. Im Einklang mit den im Expertengutachten über Hilfestellung im Rahmen des SALW-Dokuments vorgeschlagenen Schritten finden derzeit Konsultationen des FSK-Vorsitzes in Abstimmung mit dem Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden statt. Inzwischen wurde ergänzend dazu das OSZE-Handbuch „*Praxisleitfäden zu SALW*“ fertiggestellt, ein Dokument, das allen OSZE-Teilnehmerstaaten sowie der weltweiten Staatengemeinschaft in allen sechs Sprachen zur Verfügung steht.

Das im November verabschiedete *Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition* schafft einen Mechanismus, der es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, um internationale Hilfestellung entweder bei der Vernichtung oder bei der besseren Verwaltung von Lagerbeständen konventioneller Munition sowie konventioneller Sprengstoffe und Zündmittel zu

ersuchen. Dieses Dokument ist ein wichtiger Beitrag zu umfassenderen OSZE-Bemühungen im politisch-militärischen Bereich und stellt den Willen der Teilnehmerstaaten unter Beweis, kooperative Antworten auf Bedrohungen in der OSZE-Region zu fördern.

Nach wie vor steht das Thema Terrorismusbekämpfung auf der Tagesordnung des FSK. Als Beispiel dafür sei auf die Bemühungen des FSK verwiesen, durch Ermutigung zu wirksamen und umfassenden Ausfuhrkontrollen auf die Bedrohung zu reagieren, die der potenzielle Zugang terroristischer Gruppen zu *tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS)* darstellt.

Der *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* steht nach wie vor im Zentrum des traditionellen Aufgabenbereichs des FSK. Er hat sich als eines der wichtigsten Instrumente der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus erwiesen. In dem Bestreben, ihn zu einem nützlicheren Werkzeug für die Teilnehmerstaaten zu machen, stellte das FSK Anfang 2003 eine technische Aktualisierung des Fragebogens über die Durchführung des Verhaltenskodex fertig.

Das FSK widmet seinen traditionellen Aktivitäten nach wie vor große Aufmerksamkeit. 2003 wurden zwar keine neuen konventionellen Rüstungskontroll- oder vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen geschaffen, doch war das Interesse der Teilnehmerstaaten an einer Verbesserung der Umsetzung bestehender Vereinbarungen ungebrochen. Am häufigsten kam das FSK seiner Aufgabe als regelmäßiges Forum für den Sicherheitsdialog durch die Prüfung aktueller Sicherheitsfragen in der politisch-militärischen Dimension nach. Der Sicherheitsdialog erfüllt für das FSK die Funktion eines transparenten Instruments für Vertrauensbildung und ermöglicht den Teilnehmerstaaten die Stärkung von Sicherheit und Stabilität.

Dass der Schwerpunkt des FSK auf praktischen Programmen liegt, zeigt, dass es einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit in der gesamten OSZE-Region geleistet hat und auch weiterhin leisten kann.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE

„Das Großartige an der OSZE ist ihre Vielseitigkeit, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Ihre Einzigartigkeit liegt in der Verknüpfung so vieler scheinbar nicht zu vereinbarender Fragen und in ihrer Fähigkeit, sich in ein- und derselben Organisation zugleich mit Sicherheit und Menschenrechten auseinander zu setzen.“

Bruce George, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

DIE AKTIVITÄTEN DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE

Hintergrund

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV) verkörpert die parlamentarische Dimension der 55 Staaten umfassenden *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*.

Die erste Aufgabe der 317 Mitglieder der Versammlung ist die Ermöglichung eines interparlamentarischen Dialogs – ein wichtiger Aspekt in den Bemühungen, den Herausforderungen an die Demokratie im gesamten OSZE-Raum gerecht zu werden.

Die Gründung der Parlamentarischen Versammlung erfolgte auf dem Pariser Gipfeltreffen 1990, durch sie sollten die nationalen Parlamente stärker in die OSZE einbezogen werden; heute ist sie ein äußerst aktives Mitglied der OSZE-Familie.

Der Dialog im Dienste der weiteren Stärkung der Verbindungen und der Zusammenarbeit zwischen dem Regierungszweig und dem parlamentarischen Zweig der OSZE erwies sich als positiv und produktiv. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nimmt regelmäßig auf politischer Ebene an der OSZE teil, auch an den Treffen der Ministertroika und des Ministerrats. Der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und die Mitarbeiter des Internationalen Sekretariats der Versammlung in Kopenhagen arbeiten eng mit dem OSZE-Sekretariat und den anderen OSZE-Institutionen zusammen.

Die Struktur der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist einzigartig.

Der Präsident der Versammlung wird jedes Jahr durch einfache Mehrheit von der Versammlung gewählt; er führt bei den Tagungen den Vorsitz und tritt als Hoher Vertreter der Versammlung auf. Der Generalsekretär wird alle fünf Jahre durch annähernden Konsens oder einfache Mehrheit des *Ständigen Ausschusses der Delegationsleiter* aller OSZE-Mitgliedparlamente gewählt. Dem Präsidenten stehen neun gewählte Vizepräsidenten und ein gewählter Schatzmeister zur Seite. Der Generalsekretär führt die Tagesgeschäfte der Versammlung und ist für das Internationale Sekretariat verantwortlich; gemeinsam mit dem Schatzmeister verwaltet er die Finanzgebarung.

Ministerratstreffen in Maastricht im Dezember 2003

Forderung nach Flexibilität bei der Handhabung der Konsensregel

In ihren Reden vor dem Elften Ministerrat in Maastricht stellten sowohl der Amtierende Vorsitzende als auch der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE die derzeitige Konsensregel der OSZE in Frage und empfahlen größere Flexibilität.

In seiner Ansprache vor dem Ministerrat führte PV-Präsident Bruce George ins Treffen, dass die NATO trotz einer der OSZE ähnlichen Konsensregel andere Formen der Flexibilität entwickelt habe, die verhindern, dass es bei Entscheidungsprozessen zu einer Lähmung kommt. „Konsens hat seinen Preis. Wenn dieser Preis darin besteht, dass richtige und notwendige Entscheidungen nicht getroffen werden, die richtige Entscheidung verschoben wird oder Entscheidungen verwässert werden, fragt man sich, ob der Preis dafür nicht zu hoch ist. Vielleicht sollten Sie noch einen Blick auf den Grundsatz der Versammlung werfen, gelegentlich mit annäherndem Konsens zu arbeiten.“

Die Versammlung empfiehlt seit mehr als zehn Jahren ein Überdenken der Konsensregel.

Jahrestagung in Rotterdam im Juli 2003

Die Rolle der OSZE in der neuen europäischen Architektur

Die Zwölfte Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Rotterdam galt dem Thema „*Die Rolle der OSZE in der neuen europäischen Architektur*“. Rund 300 Parlamentarier verabschiedeten die *Rotterdamener Erklärung*, die ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher und menschenrechtlicher Überlegungen zum Generalthema umfasst.

Es wurden auch mehrere zusätzliche Dokumente verabschiedet, unter anderem folgende Entschlüsse:

- *Die Begrüßung Afghanistans als neuer Kooperationspartner*
- *Die Erneuerung der Partnerschaft in der OSZE*
- *Parlamentarische Folgemaßnahmen zu OSZE-Aktivitäten auf nationaler Ebene*
- *Friedenserhaltende Einsätze der OSZE*

- *Mittelmeerdimension der OSZE*
- *Die Bekämpfung des Kinderhandels und der Ausbeutung von Kindern*
- *Die Rolle der OSZE für das größere Europa*
- *Die Bekämpfung des Antisemitismus im 21. Jahrhundert*
- *Der Internationale Strafgerichtshof und die von den Vereinigten Staaten am Stützpunkt Guantanamo festgehaltenen Gefangenen*
- *Moldau*
- *Belarus.*

Einer bewährten Praxis folgend, hielten der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär sowie die Leiter der Institutionen der OSZE auf der Jahrestagung in Rotterdam eine Rede und stellten sich dann den Fragen der Abgeordneten.

Eine eigene Sitzung der abgeordneten Frauen befasste sich mit dem Gender-Bericht 2003 der PV. Am letzten Tag der Jahrestagung wurde der *Vorsitzende des Verteidigungsausschusses* im britischen Unterhaus, Bruce George, einstimmig für eine zweite einjährige Amtszeit zum Präsidenten der Versammlung wiedergewählt, ebenso wie der Schatzmeister Jerry Grafstein (Kanada) für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren.

Die Versammlung wählte vier neue Vizepräsidentinnen und -präsidenten: Nino Burdtschanadse (Georgien), Giovanni Kessler (Italien), Tone Tingsgaard (Schweden) und Nevzat Yalcintas (Türkei). Präsident Bruce George ernannte die Vizepräsidentin Tone Tingsgaard zur neuen *Gender-Sonderbeauftragten* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Wintertagung in Wien im Februar 2003

Debatte zur Irakkrise

Einer der Hauptpunkte der Zweiten Wintertagung in Wien war eine eigene Debatte zur Lage im Irak. Es war das erste Mal, dass eine derartige Debatte zu einem speziellen Thema im Zusammenhang mit einer aktuellen internationalen Krise geführt wurde.

Die Wintertagung nahm auch Bezug auf die Erklärung des Vorjahres, bereitete die nächste Jahrestagung vor und nahm Berichte der Führungsebene der OSZE entgegen, darunter den Bericht des Amtierenden Vorsitzenden Jaap de Hoop Scheffer, der die OSZE-Parlamentarier dringend ersuchte, ihren Einfluss zur Stärkung demokratischer Strukturen und Institutionen in der gesamten OSZE-Region geltend zu machen.

Federführend in der Wahlbeobachtung

Wie in den Vorjahren hatte die Parlamentarische Versammlung auch 2003 eine Schlüsselrolle bei der Beobachtung von Wahlen im OSZE-Raum, insbesondere von Parlamentswahlen, inne.

Immer wenn die PV bei der Beobachtung von Wahlen eine Führungsrolle übernimmt, bestellt der Amtierende Vorsitzende der OSZE ein hochrangiges Mitglied der Versammlung zu seinem Sonderkoordinator, der an der Spitze der OSZE-Beobachter steht und die Schlussfolgerungen der Beobachtungsmission in Absprache mit anderen offiziellen Beobachtern vorträgt. 2003 wurden für die Wahlen in Armenien, Aserbaidschan, Georgien, der Russischen Föderation sowie Serbien und Montenegro Sonderkoordinatoren bestellt.

Wahlbeobachtungsaktivitäten

2003 bestellte der Amtierende Vorsitzende folgende Sonderkoordinatoren:

- *den PV-Präsidenten Bruce George für die Wahlen in Georgien (November) und in der Russischen Föderation (Dezember)*
- *den Vizepräsidenten Giovanni Kessler für die Wahlen in Armenien (Mai) und Aserbaidschan (Oktober)*
- *den Vizepräsidenten Ihor Ostasch für die Wahlen in Serbien und Montenegro (Dezember).*

Diese Wahlbeobachtungsmissionen erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte* der OSZE (BDIMR), der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dem Europäischen Parlament. Einige hundert Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum nahmen daran teil.

Parlamentarierbesuche vor Ort

Die PV organisierte regelmäßige Besuche von Parlamentariern bei Außenstellen und Missionen der OSZE, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Aktivitäten der OSZE vor Ort zu beobachten und die Missionen bei ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen.

2003 wurden Besuche bei den Feldpräsenzen der OSZE in Kroatien, Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien organisiert.

Ad-hoc-Ausschüsse

Die *Ad-hoc-Ausschüsse* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE – die zur Behandlung konkreter Fragen oder Themenbereiche eingerichtet wurden, bei denen Beachtung durch die Parlamentarier nützlich sein kann – leisteten auch weiterhin einen positiven Beitrag zur Arbeit der OSZE.

Weitere Initiativen für Transparenz und Rechenschaftspflicht

Auf Initiative des *Ad-hoc-Ausschusses für Transparenz und Rechenschaftspflicht* unterrichtete der Generalsekretär der OSZE die Parlamentarier zum zweiten Mal über den Haushaltsvoranschlag der OSZE für das folgende Jahr. Bei ihrer Tagung im Oktober in Rom erörterten die Mitglieder des Ständigen Ausschusses den OSZE-Haushaltsvoranschlag für 2004 und richteten Fragen an den Generalsekretär.

Nach der Diskussion wurde vereinbart, dem Vorsitz und dem Generalsekretär im November die Kommentare und

Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung zu übermitteln. Der Präsident betonte in seinem diesbezüglichen Schreiben, dass es ausreichender Mittel bedarf, um dem verstärkten Augenmerk der OSZE auf der Bekämpfung des Menschenhandels nachkommen zu können – ganz konkret zum Aufbau polizeilicher Kapazitäten und wirksamer Grenzkontrollen, zur Stärkung der Wirtschaftsdimension der OSZE und zur Unterstützung der Bemühungen um größere Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern insbesondere auf höheren OSZE-Posten.

Erleichterung des Dialogs in Belarus

Bei drei Besuchen in Minsk setzte sich die *Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Belarus* unvermindert für die Erleichterung des Dialogs zwischen den politischen Kräften des Landes ein, insbesondere im Hinblick auf die vorläufig auf Oktober 2004 angesetzten Parlamentswahlen.

Am Rande der *Rotterdam Jahrestagung* veranstaltete die Arbeitsgruppe auch eine Diskussionsrunde zur belarussischen Wahlordnung und auf Betreiben des Vorsitzes der Arbeitsgruppe verabschiedete die Versammlung in Rotterdam eine Entschließung zu Belarus.

Regelung des Status von Transnistrien

Da es dieser Frage besondere Priorität einräumt, organisierte das *Parlamentarierteam für Moldau* in enger Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission im Mai und im September in Moldau zwei Parlamentarierseminare zum Thema Föderalismus. Die Seminare sollten die laufenden Verhandlungen zwischen Moldau und der Region Transnistrien über eine neue Verfassung für Moldau weiter fördern.

Treffen, Konferenzen und Seminare

Zentralasien: Verstärkt im Brennpunkt

„Die transasiatische Dimension der OSZE – eine Schnittstelle im Sicherheitsgeflecht“ lautete das Hauptthema des *Transasiatischen Parlamentarierforums*, das die PV im Juni in Almaty (Kasachstan) veranstaltete.

Über 90 Parlamentarier aus 30 OSZE-Teilnehmerstaaten kamen zu dem Forum, dessen Hauptzielsetzung die verstärkte Sensibilisierung und Intensivierung des parlamentarischen Dialogs über Sicherheitsfragen in der transasiatischen Dimension der OSZE war.

Förderung der KMU im OSZE-Raum

Im Mai beschlossen in Bern Parlamentarier aus mehr als 30 OSZE-Teilnehmerstaaten die *Berner Erklärung über die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)* im OSZE-Raum. Diese Erklärung appelliert an die Teilnehmerstaaten, günstige rechtliche und normative Rahmenbedingungen für die Entwicklung von KMU sowie steuerliche Anreize zu schaffen und den Zugang zu Infrastruktur jeglicher Art zu garantieren.

Die Konferenz in Bern war die dritte von der PV veranstaltete Konferenz auf dem Gebiet der subregionalen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich nach Monaco (1997) und Nantes (1999). Die

nächste derartige Konferenz wird 2005 in Norwegen stattfinden.

Aufsicht über die Streitkräfte

Im Juni veranstalteten das *Konfliktverhütungszentrum* der OSZE und die PV in Kiew zum zweiten Mal ein gemeinsames Seminar. Es machte auf die im *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* enthaltenen Aufgaben der Parlamentarier aufmerksam und förderte den Dialog zwischen hochrangigen Militärangehörigen und Parlamentariern, die mit der Aufsicht über die Streitkräfte befasst sind.

Herbsttreffen: Religiöse Freiheit und das Mittelmeerforum

Über 160 Parlamentarier aus 49 Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten nahmen im Oktober an den *Herbsttreffen* der PV in Rom teil.

Die Konferenz galt den Schwerpunkten

„Religionsfreiheit – Recht und Politik“, „religiöse Toleranz in pluralistischen Gesellschaften“ sowie „Religionsfreiheit und Demokratie“; im Anschluss daran fand eine Audienz beim Papst statt. Das nachfolgende *Parlamentarierforum zum Mittelmeerraum* war der Stärkung der Sicherheit in diesem Raum und der Entwicklung der Mittelmeerdimension der OSZE gewidmet.

Weitere Aktivitäten

PV-Führungstreffen

Die Führungsrunde der Parlamentarischen Versammlung fand sich zu ihren ordentlichen Tagungen in Wien (Ständiger Ausschuss), Kopenhagen (Erweitertes Präsidium), Rotterdam (Präsidium, Ständiger Ausschuss), Rom (Ständiger Ausschuss) und Maastricht (Präsidium) ein.

Aktivitäten des Präsidenten

Präsident George nahm 2003 seine Aufgaben als Hoher Vertreter der Versammlung höchst aktiv wahr.

George führte in diesem Jahr nicht nur den Vorsitz bei allen satzungsgemäßen Tagungen der Versammlung sondern war als Vertreter der Versammlung auch im ganzen OSZE-Gebiet unterwegs.

Dabei besuchte er mehrere OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation, Italien, Bulgarien, Polen, die Niederlande, Moldau, die Ukraine, Georgien, Kasachstan und Kirgisistan.

Präsident George stattete auch Algerien, einem der Kooperationspartner der OSZE im Mittelmeerraum, einen offiziellen Besuch ab.

Er nahm auch an anderen Veranstaltungen der PV teil, darunter das *Transasiatische Parlamentarierforum* im Juni und die *Subregionale Wirtschaftskonferenz* der Versammlung in Bern.

Präsident George hielt auch eine Ansprache bei der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Januar in Straßburg ebenso wie bei der Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung der NATO im November in Orlando.

An der Spitze der PV-Delegation absolvierte er im November den ersten offiziellen PV-Besuch bei den Vereinten Nationen und nahm auch an OSZE-Konferenzen teil, darunter die *Antiterrorkonferenz* in Lissabon, die *Konferenz über die Verhütung von Fremdenfeindlichkeit* in Wien und das *OSZE-Mittelmeerseminar* in Aqaba (Jordanien).

Verbindungsbüro der PV in Wien

Im Januar eröffnete die PV ein Verbindungsbüro in Wien, mit dessen Leitung Botschafter Andreas Nothelle betraut wurde, der den Ständigen Rat im Juli über die Ergebnisse der Rotterdamer Jahrestagung unterrichtete.

Journalismuspreis

Auf ihrer Wintertagung im Februar 2003 verlieh die PV zum achten Mal den Preis der OSZE für Journalismus und Demokratie, diesmal an Anna Politkowskaja. Die Preisträgerin arbeitet als Journalistin für die unabhängige russische Zeitung Nowaja Gaseta und erhielt internationale Anerkennung für ihre ausführlichen und ausgewogenen Reportagen aus Tschetschenien, mit denen sie auf Menschenrechtsverletzungen in der Region aufmerksam machte.

„Ich glaube, es war ein sehr gutes Jahr für die Parlamentarische Versammlung. Wir sind zusammengewachsen und funktionieren besser im Zusammenspiel mit der OSZE und können, glaube ich, unsere Dynamik gut nutzen.

Durch unsere gemeinsame Arbeit mit dem BDIMR bei der Beobachtung von Wahlen haben wir Großes geleistet. Wir können uns auf ein ausgezeichnetes Verhältnis berufen und haben im Rahmen unserer Besuche bei den Feldmissionen viel Gutes getan.

Meiner Ansicht nach liegt die Stärke der OSZE in ihrer Präsenz vor Ort, wo die Arbeit an der Basis erfolgt. Dort werden Parlamentarier angeleitet, wie sie die Ausschüsse besser einsetzen können, dort erhalten Richter und Grenzschutzbeamte Aus- und Fortbildung. Es liegt an uns allen, in Zukunft noch mehr zu leisten. Denn wir können es, wenn wir nur wollen.

Die Parlamentarische Versammlung und das BDIMR haben ihre Arbeitsmethoden nunmehr gestrafft – und diese zunehmend enge Verbindung zeigte sich bereits deutlich bei den Wahlen in Georgien, zum russischen Parlament und in Serbien. Gibt es einen besseren Beweis dafür als die Mitglieder der Versammlung und des BDIMR, als die Frauen und Männer die aus ihren Hauptstädten in viele, viele Länder reisten, um dort im tiefen Winter, zwischen Weihnachten und Neujahr, Wahlen zu beobachten? Damit stellten sie ihr wahres Engagement unter Beweis. Ich glaube, dass gerade diese Faktoren es waren, die die Beziehung zwischen den Institutionen wesentlich verbessern halfen.

Wir (die Parlamentarische Versammlung und das BDIMR) bekennen uns zu ein- und derselben Aufgabe: Länder mit einer jungen oder kurzen demokratischen Tradition, die ihren Verpflichtungen nachkommen möchten, zu beobachten und zu ermutigen. Das Expertenwissen der Parlamentarischen Versammlung und des BDIMR und der Rückhalt aus der übrigen OSZE – das ist der Weg, auf dem wir uns fortbewegen.

Ich bin sehr stolz darauf, dass die Versammlung die OSZE ermutigt hat, ihr Engagement im Mittelmeerraum zu verstärken. Wir haben Partner im Mittelmeerraum und ich glaube, dass wir auf dem Weg zu ihrer verstärkten Einbindung in den Prozess schon ein gutes Stück vorangekommen sind.

In Summe ergeben diese Faktoren – eine gute Beziehung zur OSZE und ihren Institutionen und der Mittelmeerdiallog – ein Resultat, mit dem ich durchaus zufrieden bin.“

Bruce George, President of the Parliamentary Assembly.

OSZE-FELDEINSÄTZE 2003

SÜDOSTEUROPA



Die OSZE-Präsenz in Albanien

VORWORT DES LEITERS DER PRÄSENZ

2003 stand im Zeichen einer Reorganisation der Präsenz, einer Neugewichtung ihrer Aktivitäten und eines neuen Mandats, das am 24. Dezember verabschiedet wurde. Diese Änderungen ermöglichten es der Präsenz, ihre zentrale Rolle als Vermittler in wichtigen politischen Fragen beizubehalten.

Gemeinsam mit den Partnern in Albanien und dem BDIMR trug die Präsenz wesentlich zur Wahlreform sowie zur Verabschiedung der neuen Wahlordnung im Juni bei.

Unter Führung der OSZE kamen in der Gruppe technischer Experten renommierte nationale und internationale Fachleute zusammen, die im Oktober ein neues Gesetz für die Wiederherstellung früherer Eigentumsverhältnisse und Entschädigung ausarbeiteten, welches das Dauerthema Eigentum in Albanien endgültig einer Lösung zuführen soll. Der Entwurf passierte erfolgreich die verschiedenen Parlamentsausschüsse, seine Verabschiedung wird im Laufe des Jahres 2004 erwartet.

In ihrem gesamten Tätigkeitsbereich setzte die Präsenz die aktive Zusammenarbeit mit der albanischen Regierung, anderen staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft fort, um die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit voranzubringen.

Die OSZE stellt eine Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage in Albanien fest.

Die Präsenz hat folgende Schwerpunkte:

- Gesetzes- und Justizreform einschließlich der Reform des Eigentumsrechts
- Reform der Regionalverwaltung
- Wahlreform
- Aufbau von Kapazitäten im Parlament
- Bekämpfung des Menschenhandels und der Korruption, u. a. Unterstützung bei der Umsetzung der einschlägigen nationalen Strategien
- Entwicklung eines Medienrechts
- Förderung von Good Governance und Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Hilfestellung für die Polizei, insbesondere Ausbildung der Grenzpolizei.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLREFORM UND DEMOKRATISIERUNG

Der Zweiparteienausschuss und die neue Wahlordnung

Die Präsenz ermöglichte und unterstützte die Arbeit des Zweiparteienausschusses für die Wahlreform. Mit Zustimmung der beiden größten Parteien und Beiträgen von den kleineren hatte der Ausschuss bis zum April die meisten der im *Abschließenden Bericht des BDIMR über die Wahlen 2001* enthaltenen Empfehlungen behandelt. In bilateralen Verhandlungen der beiden größten Parteien kam es zu zusätzlichen Änderungen in anderen Fragen wie etwa der verwaltungstechnischen Abwicklung der Wahlen. Die daraus hervorgegangene *Wahlordnung* wurde im Juni vom Parlament beschlossen, womit die zehnjährigen Unstimmigkeiten zwischen Opposition und Mehrheit über den rechtlichen Rahmen für Wahlen endeten. Die beiden größten Parteien sagten zu, eine zweite Diskussionsrunde über noch ungelöste Fragen abzuhalten, die nach den Kommunalwahlen im Oktober beginnen soll.

Im Zusammenhang mit ihrem Wahlhilfeprojekt finanzierte die Präsenz die lokale Begutachtung von zentralen Kapiteln der Wahlordnung und organisierte Medienschulungen zu den neuen Bestimmungen über die Rolle der Medien im Wahlkampf und journalistisches Berufsethos im Zusammenhang mit Wahlen.

Am 12. Oktober fanden in 384 albanischen Stadt- und Landgemeinden Kommunalwahlen nach der neuen Wahlordnung statt. Die Präsenz unterstützte die *Wahlbeobachtungsmission des BDIMR* bei ihrer Arbeit und übernahm auch die Beobachtung mehrerer Nachwahlgänge im ganzen Land.

Aufbau nationaler Wahlbeobachtungskapazitäten

Mit Hilfe eines Projekts zum Aufbau von Kapazitäten ermöglichte die Präsenz die Gründung eines *Forums einheimischer Wahlbeobachter* für die Kommunalwahlen; 18 Organisationen übernahmen in der Folge die standardisierten Wahlbeobachtungsmethoden und gaben einen gemeinsamen Vorbericht heraus. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten baute die Präsenz auch einen Pool albanischer Staatsangehöriger auf, die bei Wahlbeobachtungsmissionen als Kurz- bzw. Langzeitbeobachter eingesetzt werden sollen.

Kommunale Selbstverwaltung

Die Präsenz setzte ihre Unterstützung für die Umsetzung der Dezentralisierungsstrategie der Regierung fort und wurde gebeten, bei der Reform der territorialen Einteilung – unter anderem durch fachliche Beratung – Hilfe zu leisten.

Unterstützung des Parlaments

2003 standen im Parlamentsunterstützungsprojekt der Präsenz, bei dem es um die Modernisierung der Kapazitäten im albanischen Parlament geht, zwei Bereiche im Vordergrund: die Arbeit mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung im Hinblick auf dessen umfassendere und verstärkte Einbindung in das jährliche Haushaltsverfahren und auf dessen diesbezügliche Kontrollfunktion und die Fortsetzung des Ende 2002 aufgenommenen Ausbildungsprogramms für Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung.

Gemeinsam mit dem Ausschuss wurde im Rahmen dieses Projekts eine Reihe von Seminaren zu verschiedenen Aspekten des Verfahrens zur Erstellung des jährlichen Haushalts sowie zum *mittelfristigen Ausgabenrahmen und zur nationalen Strategie für sozioökonomische Entwicklung* organisiert. Mitte März wurde im Zusammenhang mit dem Projekt eine Studienreise zu den Parlamenten in Finnland, Schweden und Polen veranstaltet. Die bei diesem Studienbesuch gewonnenen Erkenntnisse boten den Ausschussmitgliedern weiteren Rückhalt in ihren Bestrebungen nach Novellierung des Haushaltsorganisationsgesetzes zugunsten einer verstärkten Rolle des Parlaments im Haushaltsverfahren.

Im Rahmen des Projekts wurde die erste Runde der Einführungskurse zur Verbesserung der Fachkenntnisse des parlamentarischen Verwaltungspersonals abgeschlossen. In Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Missionen in Südosteuropa wurde im Oktober in Sarajewo eine Regionalkonferenz zur Rolle der Parlamente in der menschlichen und wirtschaftlichen Entwicklung organisiert.

Verbreiterung der Unterstützung für die Zivilgesellschaft

Das Projekt „*Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft*“ (CSDC), das 2001 zur Erstellung eines Basis-Entwicklungsprogramms für NGOs und Bürgergruppen in fünf albanischen Regionen ins Leben gerufen wurde, verbesserte den Zugang der Zivilgesellschaft in den Regionen sowohl zur Lokalverwaltung als auch zu internationalen Organisationen. Die Zentren wurden auch zunehmend zur Förderung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft

und Lokalverwaltung und zur Koordinierung unterschiedlicher örtlicher zivilgesellschaftlicher Gruppierungen beigezogen. Eine externe Evaluierung ergab, dass diese CSDC die einzigen derartigen Regionalzentren sind, die verschiedene Arten von Diensten sowie Ausbildung für Personengruppen der Zivilgesellschaft anbieten.

Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft im politischen Entscheidungsprozess

Die Präsenz half der Regierung bei der Ausarbeitung einer *nationalen Strategie für Behinderte*, indem sie eine Eröffnungskonferenz zur Strategie unterstützte und den Anstoß zu einem institutionalisierten Austausch zwischen den mit dieser Frage befassten Ministerien und Organisationen der Zivilgesellschaft gab. In Zusammenarbeit mit der albanischen Regierung und einem hochrangigen deutschen Experten sorgte die Präsenz auch dafür, dass NGOs in ein *nationales Monitoring- und Berichterstattungsschema* eingebunden werden. Mitte 2004 soll in Tirana eine Geberkonferenz abgehalten werden.

Förderung der Chancengleichheit

Die Präsenz unterstützt den staatlichen Ausschuss für Chancengleichheit in seinen Bemühungen um Ausarbeitung eines *nationalen Aktionsplans für Gleichberechtigung*. In enger Zusammenarbeit mit albanischen NGOs bemüht sich die Präsenz darum, das bestehende Netz von Frauenberatungszentren und Rechtsberatungsstellen im Hinblick auf die Behandlung des Problems der Gewalt im familiären Bereich auszuweiten.

Die Rechtsberatungsstelle in Elbasan wurde als Bestandteil des Frauenberatungszentrums eingerichtet, nachdem eine Erhebung ergeben hatte, dass eine Ergänzung der psychologischen und medizinischen Hilfe für die Opfer familiärer Gewalt durch konstruktive Rechtsberatung dringend notwendig wäre.

Seitdem das Büro im Dezember 2002 seine Arbeit mit Hilfe der Präsenz aufgenommen hat, wurden 36 Frauen und Männer juristisch beraten. Im Durchschnitt behandelt die Rechtsberatungsstelle pro Monat fünf neue gerichtsanhängige Fälle.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND JUSTIZREFORM

Lösung offener Eigentumsfragen

In der Frage der Rückerstattung von Haus- und Grundbesitz und der Entschädigung hierfür spielt die Präsenz eine aktive Rolle, indem sie politische Diskussionen ermöglicht und Kompromisse aushandelt. Eine Expertengruppe von nationalen und internationalen Fachleuten unter OSZE-Führung erteilte dem albanischen Parlament juristische Unterstützung und technische Beratung bei der Ausarbeitung eines ausgewogenen Gesetzes zu dieser Frage. Die Gruppe unterbreitete dem Parlament einen abschließenden Entwurf zum Eigentumsgesetz.

Ermittlung reformbedürftiger Bereiche

Zur Erstellung einer umfassenden Strategie für eine Justizreform in Absprache mit den albanischen Behörden und Akteuren im Justizbereich verfasste die Präsenz einen *Bericht über die Rechtspflege*. Darin werden die rechtlichen Rahmenbedingungen, die organisatorischen Strukturen, die Tätigkeit und einige der

Herausforderungen in diesem Bereich beschrieben. Nach den ersten Beobachtungen veranlasste die Präsenz ein *Entwicklungsprojekt für faire Gerichtsverfahren*, das die Transparenz bei Prozessen erhöhen und die Standards von Gerichtsverfahren anheben soll.

Zeugenschutz

Mit Hilfe der Präsenz wurde im Juni zwischen den Behörden Albaniens und internationalen Organisationen ein Memorandum of Understanding über den Schutz von Zeugen unterzeichnet. Durch das Memorandum wurde die Sonderarbeitsgruppe Zeugenschutz unter dem Vorsitz der Präsenz und unter Beiziehung neuer Akteure institutionalisiert. Die Arbeitsgruppe konnte Opfern, deren Aussage die strafrechtliche Verfolgung von Menschenhändlern und anderen gefährlichen Verbrechen ermöglichte, zu einem Ortswechsel verhelfen. Sie trug zur Fertigstellung des *Zeugenschutzgesetzes* bei, das als Regierungsvorlage dem Parlament zur Verabschiedung vorgelegt wurde.

MENSCHENRECHTE

Bekämpfung des Menschenhandels

Die Präsenz unterzeichnete mit dem Ministerium für öffentliche Ordnung, dem Ministerium für kommunale Verwaltung und Dezentralisierung und internationalen Partnern ein Memorandum of Understanding betreffend ein erstes Auswahlverfahren unter illegalen Migranten. Dadurch wird es möglich, festgenommene Ausländer einem entsprechenden Asylverfahren und einem Verfahren für freiwillige Heimkehr zuzuleiten. Ein weiteres Memorandum soll die Ausweitung dieses Auswahlverfahrens auf Grenzübertrittsstellen ermöglichen.

Im Rahmen des von Oktober 2002 bis September 2003 durchgeführten Projekts „*Hilfsteam für Opfer*“ stellte die Präsenz albanischen Frauen, die aus westeuropäischen Ländern zurückgekehrt sind, Rechtsberatung zur Verfügung. Die albanischen Behörden konnten dadurch bei der Feststellung der Identität von Opfern des Menschenhandels größere Erfolge erzielen. Das Projekt stärkte die Zusammenarbeit zwischen albanischen Polizeieinheiten zur Bekämpfung des Menschenhandels und anderen einschlägigen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und verbesserte auch das bereits bestehende Leitsystem, an dem die IOM, das Ministerium für öffentliche Ordnung und das Büro des Generalstaatsanwalts mitwirken.

Auseinandersetzung mit den Untersuchungshaftbedingungen

Die Präsenz führte eine Erhebung über die Achtung der Menschenrechte während der Untersuchungshaft durch, die aufzeigte, dass sich die Haftbedingungen in den Zellen in den letzten Jahren verschlechtert haben.

Arbeit an Roma- und Minderheitenfragen

Die Präsenz war der Regierung bei der Veranstaltung der ersten landesweiten Diskussionsrunde über Roma und der Erstellung einer *nationalen Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma* behilflich. Die Präsenz beobachtet auch weiterhin die Umsetzung dieser Strategie und hat damit begonnen, den Zugang von Minderheiten zum Schulwesen zu durchleuchten.

ENTWICKLUNG DER MEDIEN

Unterstützung für die Regulierung des Rundfunkspektrums

Die Präsenz erstellte Empfehlungen an die Regulierungsbehörde – den staatlichen Rundfunk- und Fernsehrat – betreffend die Ausarbeitung eines Frequenzplans. Das gemeinsame Projekt ist ein wichtiger Beitrag zur Regulierung des Rundfunkspektrums; es entstand aus der Zusammenarbeit der Präsenz mit dem *International Research and Exchanges Board* und dem Europäischen Büro für Funkverbindungen.

Begutachtung von Mediengesetzen

Im Juli erteilte die Präsenz dem albanischen Parlament Empfehlungen bezüglich der Novellierungsentwürfe zum Gesetz über elektronische Medien. Eine Reihe von Vorschlägen wurde angenommen. Die Kommentare wurden von *ARTICLE 19* zusammengestellt und über das Büro des *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* weitergeleitet.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Verbesserung des Konjunkturklimas

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium unterstützte die Präsenz den KMU-Sektor in Albanien, indem sie durch eine Serie landesweiter Seminare über Freihandelsabkommen eine Annäherung zwischen Regierung und Privatwirtschaft zustande brachte. Im Rahmen dieses Projekts wurde auch für Wirtschaftstreibende bestimmtes Informationsmaterial über *Freihandelsabkommen* veröffentlicht. In Anbetracht des Erfolgs des Projektes und des anhaltenden Interesses bemühte sich das Ministerium um eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit durch Planung einer Reihe von TV-Sendungen mit Wirtschaftsvertretern und Freihandelsfachleuten.

Einbindung der Jugend in den Demokratisierungsprozess

In Albanien wurde eine Reihe von *Seminaren für Jungunternehmer* veranstaltet. Ziel der Seminare war eine Mobilisierung der jungen Generation im Hinblick auf ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft durch die Förderung von unternehmerischer Selbständigkeit und des Bewusstseins für ihre Aufgabe in einer demokratischen Gesellschaft.

Förderung von Good Governance bei den verschiedenen Interessengruppen

Das besondere Interesse der Präsenz galt den Themen Good Governance und Transparenz im Hinblick auf die Förderung von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Beamten und die verstärkte Rechenschaftspflicht öffentlicher und privater Interessengruppen. Das Finanzministerium erhielt technische Unterstützung und Schulung für analytische Aufgaben; weitere Aktivitäten werden ins Auge gefasst.

Es wurde ein Projekt zur Einführung von Wirtschaftsethik als Unterrichtsfach an albanischen Universitäten aufgenommen, das die junge Generation dazu befähigen soll, Korruption aus ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu verbannen. Das Projekt

umfasste Ausbildungsseminare für Vortragende und Studenten und die Veröffentlichung des Lehrbuchs *Ethics, Economy and Business*.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Ankurbelung grenzübergreifender Kooperation

Die Präsenz ermöglichte *gemeinsame Treffen für Grenzzusammenarbeit* zwischen der staatlichen albanischen Polizei und UNMIK/KFOR. Diese Treffen bieten ein Forum für den Informationsaustausch im grenzüberschreitenden Kooperationsprozess. Seit der *Ohrid-Konferenz* im Mai und im Einklang mit dem Mandat des *Dokuments Way Forward* unterstützte die

Präsenz die albanische Regierung, indem sie der Staatspolizei bei der Durchführung des *Strategieplans für integrierten Grenzschutz* Hilfestellung leistete.

„Es reicht!“

Gemeinsam mit Bürgergruppen führten die OSZE-Präsenz in Albanien und der niederländische OSZE-Vorsitz einen viermonatigen Werbefeldzug für die verstärkte Teilnahme an der Zivilgesellschaft durch. Zielgruppe der am 15. März 2003 gestarteten Kampagne *MJAFT!* („Es reicht!“) waren rund drei Millionen Albaner im In- und Ausland; die Kampagne wurde als die größte PR- und Aufklärungskampagne gefeiert, die je in Albanien veranstaltet wurde. *MJAFT!* gab im ganzen Land den Anstoß zu Diskussionen und öffentlichen Erörterungen über zahlreiche wichtige Fragen.

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Die vertiefte und produktive Partnerschaft zwischen der OSZE und den Behörden von Bosnien und Herzegowina ermöglichte 2003 große Fortschritte.

Die Mission widmete sich mit beträchtlichem Einsatz der Förderung der Umsetzung einer umfassenden Reform des Schulwesens in Bosnien und Herzegowina. Im Juni verabschiedete das Staatsparlament einstimmig ein Rahmengesetz für Primar- und Sekundarschulen, im August vereinbarten die Unterrichtsminister einen gemeinsamen Kernlehrplan und die Regierung ratifizierte das Übereinkommen von Lissabon und unterzeichnete die Erklärung von Bologna.

Daher werden die Schüler im ganzen Land schon bald die Vorteile einer gemeinsamen Grundlage für die weitere Modernisierung des Unterrichtswesens nützen können, die bessere Qualität und höhere Standards für alle sicherstellt.

Zum ersten Mal seit dem Konflikt von 1992 bis 1995 werden die Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina ein einheitliches Kommando und eine einheitliche Struktur haben und dieselbe Uniform tragen. Mit Stolz kann die Mission auf ihren Beitrag zu diesen positiven Entwicklungen blicken.

Gemeinsam mit den Behörden von Bosnien und Herzegowina arbeitete die Mission auch an einer Reform der Regierungsführung und der öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene: Das Hauptaugenmerk der Mission gilt den Bürgern und insbesondere der heranwachsenden Generation; sie wurden zur Teilnahme am öffentlichen Leben und zur aktiven Unterstützung der laufenden Reformen ermutigt. Ganz oben auf der Prioritätenliste stand nach wie vor die Wiederherstellung der Eigentumsverhältnisse aus der Zeit vor dem Krieg, und im Gegensatz zu früheren Jahren war die Bilanz 2003 höchst positiv. Zu Jahresende waren 93 Prozent der Anträge erledigt.

Obwohl noch viel zu tun bleibt, bis dauerhafte Stabilität und Wirtschaftsentwicklung in Bosnien und Herzegowina Einzug halten, kann die Arbeit der Mission im Jahr 2003 als höchst realer Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger im gesamten Land bewertet werden.

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung von Frieden, Stabilität und Demokratie im Land. 2003 lag der Schwerpunkt auf folgenden Aufgaben:

- Umsetzung umfassender Reformen im Bildungswesen und Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung
- Förderung der Bürgerbeteiligung am öffentlichen Leben und Stärkung der Rechenschaftspflicht gewählter Gremien gegenüber der Öffentlichkeit
- Unterstützung der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen
- begleitende Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit und Mentoring für Menschenrechtsinstitutionen
- Hilfe bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension und Unterstützung der Reform der Verteidigungsstrukturen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

BILDUNGSWESEN

In Zusammenarbeit mit den Behörden von Bosnien und Herzegowina und anderen internationalen Stellen setzte sich die Mission für die Umsetzung der 2002 beschlossenen Reformziele für das Unterrichtswesen ein. Im Juni wurde ein Rahmengesetz für den Primar- und Sekundarschulbereich verabschiedet, das Kernstandards festlegt.

Förderung von Strukturreformen

In Zusammenarbeit mit dem Europarat, der Europäischen Kommission, der Weltbank und VN-Agenturen kanalisierte die Mission die Bemühungen in die Förderung von Strukturreformen im Bildungswesen. Als Folge davon wurde im Juni auf Staatsebene ein *Rahmengesetz für den Primar- und Sekundarschulbereich* verabschiedet, das grundlegende Bildungsnormen vorgibt und für größere Mobilität aller Schüler in ganz Bosnien und Herzegowina sorgt.

Kurz darauf beschlossen die Behörden von Bosnien und Herzegowina einen gemeinsamen Kernlehrplan, der die Grundlage für die Vereinheitlichung der Lehrpläne für den Primarschulbereich und für allgemeinbildende höhere Schulen sowie für die weitere Modernisierung des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina bildet. Gemeinsam mit ihren Partneragenturen setzte sich die Mission auch für die Ausarbeitung eines Hochschulgesetzes für das gesamte Staatsgebiet ein.

Wiedervereinigung des Alten Gymnasiums von Mostar

Die Mission ermutigte die Behörden zur Wiedervereinigung des Alten Gymnasiums in Mostar, die bosnischen und kroatischen Kindern den gemeinsamen Schulbesuch ermöglicht. Das wiedervereinigte Gymnasium erhielt im August die

Missionsleiter: Botschafter Robert Mason Beecroft | Revidierter Haushalt: € 18.750.400

rechtliche Selbständigkeit. Zur Zeit unterstützt die Mission gemeinsame Aktivitäten außerhalb des Lehrplans, um die Zusammenarbeit zwischen Schülern und Lehrern und die Beschaffung von Mitteln für den Wiederaufbau der Schule zu fördern.

Seit es 1893 seine Pforten öffnete, stand das Alte Gymnasium von Mostar in der Region immer für gute Qualität in der Ausbildung. In den letzten Jahren verfiel die Schule langsam und wurde ein Opfer der ethnischen Trennung. Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina setzt sich zur Zeit für die Wiederherstellung des früheren guten Rufes der Schule ein. In einem ersten Schritt soll dafür gesorgt werden, dass Schüler ohne Rücksicht auf ihren kulturellen Hintergrund aufgenommen werden. Ab 2004 werden Schüler unterschiedlicher ethnischer Herkunft die Bildungseinrichtung besuchen, die nunmehr den Namen Gymnasium Mostar trägt.

Förderung der Berufsbildung

In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem Europarat arbeitete die Mission einen Entwurf für ein gesamtstaatliches Rahmengesetz über Berufsausbildung und -weiterbildung aus, das den rechtlichen Rahmen für die weitere Modernisierung dieses für die wirtschaftliche Entwicklung strategisch wichtigen Bereichs schaffen soll.

Eine weitere Priorität war die Unterstützung der Behörden von Bosnien und Herzegowina, um sicherzustellen, dass öffentliche Mittel transparenter, gerechterer, kostenwirksamer und finanziell nachhaltiger in den Bildungsbereich investiert werden.

Beendigung der Segregation in Bildungseinrichtungen

Die Mission ermutigte die Kinder von Rückkehrern, Schulen ihrer unmittelbaren Umgebung zu besuchen, anstatt in Schulen zu pendeln, die nach dem Prinzip der ethnischen Trennung funktionieren. Die Mission unterstützt auch die Behörden von Bosnien und Herzegowina dabei, der Segregation ein Ende zu bereiten und Einrichtungen vom Typ „zwei Schulen unter einem Dach“ abzuschaffen.

Die Mission unterstützte die Arbeit der für alle Teilgebiete zuständigen Lehrbuchkommission, die bis zum Beginn des Schuljahrs 2003/2004 ungeeignete Texte aus den Lehrbüchern entfernen sollte.

Förderung von gleichem Zugang zu Schulen für alle Kinder

Ein weiteres wichtiges Element der Tätigkeit der Mission auf diesem Gebiet ist die Förderung eines nicht diskriminierenden Bildungszugangs für alle Kinder – seien sie Kinder von Rückkehrern oder Roma oder Kinder mit Bedarf an sonderpädagogischen Maßnahmen. Für Romakinder wurden Sommerkurse abgehalten, um sie zum Besuch regulärer Schulen zu ermutigen.

Ein Anstoß für das Hochschulwesen in Bosnien und Herzegowina

Ganz besonders bemühte sich die Mission gemeinsam mit ihren örtlichen und internationalen Partnern darum, Bosnien und Herzegowina bei einer Reihe wichtiger Schritte in der Reform des Hochschulwesens, vor allem in folgenden Schlüsselbereichen, zu unterstützen:

- Unterzeichnung des *Übereinkommens über die Anerkennung von Hochschul-Qualifikationen in der europäischen Region* im Juli
- Beitritt zum *Bologna-Prozess*, dessen Ziel die Errichtung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 ist; dieser wird den Studenten in Bosnien und Herzegowina größere Mobilität sowohl im Land selbst als auch im Ausland ermöglichen, die Anerkennung der Qualifikationen vereinfachen und die Qualität der Diplomstudienprogramme verbessern helfen.

DEMOKRATISIERUNG

Förderung der Rechenschaftspflicht der Regierung

Das *Parlamentsunterstützungsprogramm (PSP)* führte dazu, dass die Abgeordneten im Parlament von Bosnien und Herzegowina ihre Funktionen besser wahrnehmen können. Es erleichterte auch die Zusammenarbeit zwischen dem Staatsparlament und den Parlamenten der Teilgebiete.

Die zentralen Bestandteile des PSP betrafen die Verbesserung der Arbeit in den Ausschüssen, die Leistungsfähigkeit des Personals, das die Parlamentarier unterstützt, und die Unterstützung der Zusammenarbeit mit den Parlamenten anderer OSZE-Teilnehmerstaaten. Die Mission veranstaltete auch Schulungsseminare für Journalisten zur Förderung der Parlamentsberichterstattung.

Auf lokaler Ebene half die Mission den Gebietskörperschaften bei der Umsetzung von Maßnahmen für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht im Sinne der *Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung*.

Mit dem Ziel, auf allen Ebenen eine bedarfsgerechtere und rechenschaftspflichtigere Staatsführung zu entwickeln, unterstützt die Mission die Bemühungen der Behörden von Bosnien und Herzegowina zur vollständigen Umsetzung des Gesetzes über die Informationsfreiheit.

Förderung der Bürgerbeteiligung

Die Aktivitäten der Mission in diesem Bereich galten der Förderung der Entwicklung einer engagierten, informierten und eigenverantwortlichen Bürgerschaft, die in der Lage ist, Rechenschaft von der Regierung einzufordern und sich selbst für die Erfüllung ihrer eigenen Bedürfnisse einzusetzen.

Die Arbeit an der Entwicklung eines entsprechenden rechtlichen und normativen Rahmens für die Förderung von freiwilligen Aktionen und Bürgerinitiativen wurde aufgenommen.

Einbindung von Bürgern der jungen Generation

Ziel des Jugendprogramms der Mission ist die verstärkte Einbindung junger Menschen in das Gemeinwesen insbesondere im städtischen Bereich. Im September organisierten die Mission und der Europarat gemeinsam eine Konferenz zur Förderung einer eigenen Jugendpolitik und appellierten an die Behörden von Bosnien und Herzegowina, die *Europäische Charta über die Partizipation Jugendlicher auf lokaler und regionaler Ebene* umzusetzen.

Im Rahmen ihres Projekts „*Initiative für die junge Generation*“ arbeitete die Mission direkt mit ausgewählten jungen Führungskräften unterschiedlicher Herkunft zusammen, um deren Möglichkeiten zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu verbessern, damit sie als Anwälte für den Wandel agieren können.

Mehr Wirksamkeit und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung

Die Mission arbeitete sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kantonsebene mit den öffentlichen Verwaltungsstellen zusammen und stellte ihnen Analysen, Empfehlungen und Mentoring in den Bereichen öffentliches Finanzwesen und Personalwesen zur Verfügung.

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Rückkehrer erhalten ihr Eigentum zurück

Die Mission setzte ihren Einsatz zur Förderung und Unterstützung des Prozesses zur Wiederinbesitznahme von Eigentum fort, damit dieser bis Jahresende im Wesentlichen abgeschlossen werden kann. Die Bemühungen erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Büro des Hohen Repräsentanten, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der Kommission für Grundeigentumsansprüche.

Auch die Frage der Flüchtlingsrückkehr auf regionaler Ebene stand zur Behandlung an, und zwar gemeinsam mit den OSZE-Missionen in Kroatien und Serbien und Montenegro und UNHCR. Derzeit wird ein *gemeinsamer Aktionsplan* durchgeführt, der durch genau definierte Schritte zur Erleichterung des regionalen Rückkehrprozesses beitragen soll.

Die Mission möchte auch sicherstellen, dass die Rückkehrer gleichen Zugang zu Sozialleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Pensionen, öffentliche Dienstleistungen, Bildung und Beschäftigung erhalten.

Unterstützung von Menschenrechtsinstitutionen

Die Mission beobachtete wie bisher die Umsetzung von Beschlüssen der Menschenrechtskammer und unterstützte die Arbeit der in inländische Strukturen eingebundenen Volksanwaltschaften in den Teilgebieten.

Monitoring in Bezug auf die Rechtsordnung

Die Umsetzung des *Strafrechts* und der *Strafprozessordnung* mit gesamtstaatlicher oder auf die Teilgebiete beschränkter Geltung wurde begleitend kontrolliert, um den Bedarf an weiteren Rechtsreformen zu ermitteln und Empfehlungen für eine verstärkte Anwendung der Rechtsbestimmungen auszuarbeiten. Die Mission setzte das Monitoring in Bezug auf die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen durch inländische Stellen fort, um festzustellen, ob die Verfahren unparteiisch, wirksam und im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards durchgeführt werden.

Die Mission setzte auch die Beobachtung von Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Menschenhandel, Gewalt im Umfeld von Rückkehrern und Amtsmissbrauch fort, um an die örtlichen Behörden Empfehlungen betreffend die ordnungsgemäße Strafverfolgung in derartigen Fällen abzugeben.

Bekämpfung des Menschenhandels

Im Rahmen der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels arbeitete die Mission intensiv mit den Behörden von Bosnien und Herzegowina, örtlichen NGOs und anderen internationalen Organisationen zusammen. Die Unterstützung der inländischen Behörden bei der Umsetzung eines nationalen *Aktionsplans zur Verhütung von Menschenhandel* bildete einen besonderen Schwerpunkt.

Unterstützung der Justizreform

Die Mission war in das Verfahren zur Neubestellung von Richtern und Staatsanwälten eingebunden und lieferte der Unabhängigen Justizkommission Informationen über die Bewerbungen.

Darüber hinaus erfolgte technische Hilfestellung für und durch die Schulungszentren der Teilgebiete für Justizpersonal und Staatsanwälte.

Eintreten für die Rechte der Roma und anderer Minderheiten

Die standesamtliche Eintragung ist Voraussetzung für den Schulbesuch der Kinder und den Zugang zu Sozialleistungen. Daher arbeitete die Mission in dieser Frage mit Roma-NGOs und den inländischen Behörden zusammen, um Roma dazu zu ermutigen, ihre Kinder bei der Geburt standesamtlich eintragen zu lassen.

Es wurde eine Beurteilung des aktuellen Standes der informellen Roma-Ansiedlungen in Bosnien und Herzegowina vorgenommen, wobei auch Fragen der Sicherung besitzrechtlicher Ansprüche und der Bedarf an Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung untersucht wurden.

Dank der von der Mission unterstützten Reformen des Bildungswesens erhalten Roma-Kinder zunehmend mehr Zugang zu Schulen in Bosnien und Herzegowina. Die OSZE half bei der Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe für Roma, die Teil der Zusage 1 laut Bildungsreformstrategie von Bosnien und Herzegowina ist. In Sarajewo besuchen jetzt alle Romakinder der örtlichen Gemeinde die Džemaludin-Čaušević-Volksschule.

Unterstützung der staatlichen Wahlbehörde

In ihrer Funktion als ständiges Mitglied unterstützte die Mission die staatliche Wahlbehörde, an deren Aktivitäten sie sich auch beteiligte. Ihre Hauptanliegen waren dabei das Monitoring in Bezug auf die Umsetzung des Gesetzes betreffend Interessenkonflikte und die Wahlrechtsreform.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Unterstützung für die Reform der Verteidigungsstrukturen

Die derzeitigen Verteidigungsstrukturen in Bosnien und Herzegowina verhindern eine vollständige Einhaltung der Verpflichtungen des Landes im Rahmen der politisch-militärischen Dimension der OSZE, insbesondere eine demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die Mission nahm an den Arbeiten der im Mai 2003 vom Hohen Repräsentanten ins Leben gerufenen Verteidigungsreformkommission teil und unterstützte diese. Die Reform hat zum Ziel, unter anderem die Verteidigungsstrukturen und die damit

zusammenhängenden Gesetze vollständig mit den OSZE-Verpflichtungen von Bosnien und Herzegowina in Einklang zu bringen.

Die Kommission beendete ihre Arbeit mit der Veröffentlichung ihres abschließenden Berichts im September. Im Anschluss daran setzte sie sich für die notwendige politische Unterstützung im Hinblick auf eine rasche Verabschiedung der für die Reform der Verteidigungsstrukturen maßgeblichen Gesetze ein. Im Dezember 2003 wurden das Verteidigungsgesetz für Bosnien und Herzegowina und weitere einschlägige Rechtsvorschriften erlassen.

Befürwortung einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte

Besondere Bedeutung wurde der Schaffung einer funktionierenden demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte beigemessen und zu diesem Zweck sollte die parlamentarische Aufsichtsfunktion auf staatlicher Ebene gestärkt werden. Dazu arbeitete die Mission mit beiden Kammern des Staatsparlaments von Bosnien und Herzegowina zusammen, um einen gemeinsamen Ausschuss für Verteidigungs- und Sicherheitsfragen einzurichten.

Nach wie vor unterstützte die Mission auch die Schaffung eines uneingeschränkt einsatzfähigen Sekretariats für den Ständigen Ausschuss für Militärangelegenheiten.

Anhaltende Hilfestellung der Mission für die Umsetzung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen

Die Mission leistete den Behörden von Bosnien und Herzegowina Expertenhilfe beim Entwurf von *Staatsgesetzen für die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Militärausrüstung und für die Waffenproduktion und den Waffenhandel*, die sich an den einschlägigen OSZE-Dokumenten orientieren sollen. Sie stellte auch IT-Unterstützung zur Verfügung, damit Bosnien und Herzegowina am *OSZE-Kommunikationsnetz* teilnehmen kann, das einen sicheren Austausch militärischer Informationen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gewährleistet.

Umsetzung von Anhang 1B des Übereinkommens von Dayton

Nach wie vor unterstützte die Mission auch den *Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden* für Anhang 1B Artikel II und IV des *Friedensübereinkommens von Dayton*.

Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina hilft gemeinsam mit der IOM, der Weltbank und dem IWF ehemaligen Soldaten bei der Umstellung auf ein ziviles Leben. Infolge des militärischen Schrumpfungsprozesses baute das Land seine Streitkräfte auf nunmehr 20.000 Mann ab und erzielte damit Einsparungen von rund 102 Millionen Euro.

Die OSZE-Mission in Kroatien

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Der Regierungswechsel in Kroatien nach den Parlamentswahlen im November 2003 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Kroatiens Bemühungen um einen Beitritt zur Europäischen Union in eine entscheidende Phase eintraten. Deshalb hat die OSZE-Mission in Kroatien mehr zu tun als je zuvor. Die Themen, die ihr Mandat abdeckt, sind ungefähr dieselben, mit denen sich Kroatien auch im Zusammenhang mit dem angestrebten EU-Beitritt befassen muss. Da die Regierung und andere maßgebliche politische Akteure diesen Fragen nunmehr größere Beachtung schenken, bietet die Mission Beratung und Unterstützung an und erleichtert und koordiniert die externe Beratung.

Im letzten Jahr fanden in einigen Bereichen ihres Mandats wichtige positive Veränderungen statt. Die Umsetzung des wichtigen Verfassungsgesetzes über nationale Minderheiten begann mit den Wahlen der neuen Minderheitenräte. Die Regierung legte ein Justizreformprogramm vor, in dem einige der von der Mission geäußerten Bedenken berücksichtigt wurden.

Zum ersten Mal erkannte die Regierung die Notwendigkeit an, allen rückkehrwilligen Flüchtlingen entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auch jenen, die Wohnungen auf Grund so genannter ersessener Wohnrechte bewohnten. Das Parlament verabschiedete einige Mediengesetze, die weitgehend auf Ratschlägen der OSZE und ihrer internationalen Partner beruhen.

Nach wie vor spielt die Mission eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Umsetzung neuer Rechtsvorschriften, während Kroatien darauf wartet, dass die Europäische Kommission sein Beitrittsansuchen beantwortet.

Dank ihrer umfangreichen Präsenz vor Ort ist die Mission wie keine andere geeignet, im ganzen Land die Aussöhnung zu fördern und die Umsetzung von Gesetzen und Programmen zum Schutz der Menschenrechte zu unterstützen. In dieser Phase und auch danach wird die Mission bei der Lösung der Fragen im Zusammenhang mit dem Beitrittsverfahren eng mit der Regierung zusammenarbeiten. In vielen dieser Fragen, wie Flüchtlingsrückkehr und Minderheitenrechte, wird die gesamte kroatische Gesellschaft für einen langen Zeitraum streng zu befolgende Verpflichtungen auf sich nehmen müssen.

Die Mission in Kroatien wurde 1996 eingerichtet, um die kroatischen Behörden und maßgebliche Gruppen in Fragen der Menschenrechte und der Minderheitenrechte und bei der vollständigen Umsetzung der Gesetze zu beraten. Das Mandat wurde 1997 und 1998 erweitert und sieht nun auch Hilfestellung für die Regierung bei ihren Verpflichtungen in Bezug auf die Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen vor.

Alle Aspekte des Mandats der Mission haben Bezug zur menschlichen Dimension. Die Mission konzentriert ihre Aktivitäten auf Fragen, die mit folgenden Problembereichen im Zusammenhang stehen:

- regionale Rückkehr
- Rückgabe von Eigentum
- Medienreform
- Minderheitenrechte in gewählten Gremien
- Justiz
- öffentliche Verwaltung und Entwicklung der Zivilgesellschaft
- polizeiliche Hilfe
- Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen
- Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit und vertrauensbildender Initiativen.

Die Stärke der Mission liegt in ihrer Präsenz in den ehemaligen Kriegsgebieten. Sie verfügt über drei Außenstellenzentren – in Knin, Vukovar und Sisak – sowie über sieben Außenstellen im eigentlichen Sinn. Dadurch ist die Mission in der Lage, die Fortschritte Kroatiens in Bezug auf seine internationalen Verpflichtungen zu beurteilen.

Die Außenstellen bieten auch lokalen und regionalen Behörden sowie NGOs und Bürgern Beratung in mandatsbezogenen Fragen.

„Die Mission finanzierte die Dokumentarserie ‚Kein Niemandland‘, die zum Ausdruck brachte, dass das Thema nicht nur die Flüchtlinge und die kroatischen Siedler aus Bosnien sondern die gesamte kroatische Gesellschaft betrifft. Die in der Serie angesprochenen Fragen waren wichtig im Hinblick auf die Einbindung Kroatiens in europäische Integrationsprozesse.“
Missionsleiter Peter Semneby.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Schwerpunkt aller Kernaktivitäten der Mission ist die Verbesserung der Menschenrechtslage in Kroatien. Dazu gehört die Unterstützung der Reform und der wirksamen Umsetzung der kroatischen Gesetze, die Reform von Justiz und Verwaltung und die Förderung demokratischer Werte und der Zivilgesellschaft.

Um der kroatischen Öffentlichkeit die einheimischen Menschenrechtsinstitutionen näher zu bringen und diesen größere Beachtung zu verschaffen, finanzierte die Mission Projekte zur Unterstützung der Volksanwaltschaft und des Verfassungsgerichtshofs.

Die Mission erarbeitete auch ein landesweites Pilotprojekt für juristische Ausbildung in den Grundsätzen des fairen Verfahrens, das im Frühjahr und Sommer durchgeführt wurde.

Fortschritte bei Minderheitenrechten

Die Mission widmete sich aktiv dem Monitoring in Bezug auf die Durchführung des *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten*, zu dessen Entstehen die OSZE viel beigetragen hatte.

Sie finanzierte die Ausarbeitung und Verteilung von Informationsmaterial für die Wahlberechtigten im Vorfeld der Wahlen zu den Minderheitenräten im Mai, die Teil der im Verfassungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen sind.

Auch eine Reihe von Schulungsseminaren für die neu gewählten Abgeordneten zu den Minderheitenräten wurde von der Mission ausgearbeitet und finanziert.

FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE

Mehr als 100.000 aus Kroatien stammende serbische Flüchtlinge und Vertriebene wurden als Rückkehrer erfasst und leben nunmehr wieder in Kroatien; 200.000 weitere halten sich nach wie vor außerhalb von Kroatien, hauptsächlich in Serbien und Montenegro und Bosnien und Herzegowina, auf.

Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern beriet die Mission die Regierung über Möglichkeiten zur Beseitigung der rechtlichen und administrativen Hindernisse, die der Rückkehr und Niederlassung der Flüchtlinge im Wege stehen. Sie betonte in diesem Zusammenhang immer wieder, wie wichtig die Schaffung eines rückkehr- undiedereingliederungsfreundlichen Klimas in Kroatien ist.

Wiederinbesitznahme von Eigentum

Die Mission beobachtete die Umsetzung einer neuen gesetzlichen Regelung für die Wiederinbesitznahme von Eigentum, die 2002 nach ausführlicher Beratung durch die Mission erlassen wurde.

In Zusammenarbeit mit UNHCR veröffentlichte die Mission vier gemeinsame Monitoringberichte, die Empfehlungen zur Beschleunigung der Wiederinbesitznahme von Eigentum und für Ersatzleistungen an Eigentümer enthalten, die nicht in

der Lage sind, innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Fristen Eigentum wieder in Besitz zu nehmen, das ihnen vor dem Krieg gehört hatte.

Staatliche Wiederaufbauhilfe

Die Regierung hat damit begonnen, zahlreichen kroatischen Serben Wiederaufbauhilfe zukommen zu lassen. Sie folgte damit den übereinstimmenden Empfehlungen der internationalen Gemeinschaft für die vollständige Umsetzung des *Wiederaufbaugesetzes*. So gut wie alle kroatischen Begünstigten sind bereits in den Genuss dieser Hilfe gekommen.

Die Mission verwies abgelehnte Fälle zur Prüfung zurück an die Regierung; diese wurden dann auch positiv erledigt.

Wiedergutmachung für verlorenen Wohnraum und aberkannte Nutzungsrechte

Als Folge der verstärkten Bemühungen der Mission und anderer internationaler Institutionen erließ die Regierung im Juni einen Wohnraumbeschaffungsplan für ehemalige Inhaber von Nutzungsrechten an städtischen Wohnungen, die in gesellschaftlichem Eigentum standen. Damit werden Flüchtlinge aus kroatischen Städten zum ersten Mal ein Recht auf Wohnraum haben, wenn sie sich zur Rückkehr entschließen.

Die Mission trug aktiv zur Ausarbeitung eines Plans für die Durchführung des Programms bei. Für das Jahr 2004 ist ein umfassendes Monitoring geplant.

Gemeinsamer Aktionsplan

Im Mai wurde von den Missionsleitern ein *gemeinsamer Aktionsplan* der Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro beschlossen.

Dieser Aktionsplan beruht auf einem Satz *gemeinsamer Prinzipien für die Rückkehr*, die dem Ständigen Rat der OSZE im Oktober/November 2001 vorgelegt worden waren.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Mission gab Empfehlungen für Rechtsreformen insbesondere im Zusammenhang mit der Rückgabe privaten Eigentums sowie betreffend den Zugang zu Gerichtsverfahren und zu kostenlosem Rechtsbeistand ab. Ein besonderes Anliegen war der Mission die Vollstreckung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Verfassungsgerichtshofs, von denen viele die Arbeitsweise der Justiz betrafen.

Kriegsverbrechen

Die Mission setzte ihr Programm zur Prozessbeobachtung bei rund 70 inländischen Kriegsverbrecherprozessen fort.

Im Herbst verfasste die Mission einen Jahresüberblick über ihre Monitoringaktivitäten 2002. Diesem Tätigkeitsbereich kam Ende 2003 noch größere Bedeutung zu, da der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Hinblick auf die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien angestrebte Rückzugsstrategie verstärkt auf der Schlüsselrolle der inländischen Rechtsprechung beharrte.

ENTWICKLUNG DER MEDIEN

Medienrecht nach europäischen Standards

2003 inszenierte die Mission ihre Aktivitäten, als die Regierung mit der Reform des Medienrechts begann. In Zusammenarbeit mit dem *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit*, dem *Europarat*, der *Europäischen Kommission* und dem *Stabilitätspakt* stellte die Mission in der Entwurfsphase Expertenhilfe zur Verfügung.

Das kroatische Parlament verabschiedete vier wichtige Mediengesetze: das *Gesetz über die kroatische Rundfunk- und Fernsehanstalt (HRT)*, das *Gesetz betreffend elektronische Medien*, das *Mediengesetz* und das *Telekommunikationsgesetz*.

Üble Nachrede

Die Mission machte der Regierung eine OSZE-Analyse zugänglich, die sich auf Änderungen im Strafrecht bezog, durch die eine Bestimmung zum Schutz von Journalisten vor strafrechtlicher Verfolgung weggefallen war. Die vom *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* verfasste Analyse befürwortete die Entkriminalisierung des Tatbestands üble Nachrede und die Rücknahme der umstrittenen Bestimmungen.

Konsolidierung der Entwicklung von Lokalmedien

In ganz Kroatien fanden regelmäßig Treffen von Missionsmitgliedern mit Mitarbeitern privater und öffentlicher Medienunternehmen statt, bei denen Hilfestellung und Beratung für die Entwicklung lokaler Medien angeboten wurde.

Finanziert wurden unter anderem folgende Aktivitäten zur Entwicklung der Medien:

- zwei Monitoringprojekte des Medienrates des kroatischen Helsinki-Komitees für Menschenrechte betreffend den politischen Inhalt der Sendungen des kroatischen Fernsehens (HTV) und betreffend die Medienberichterstattung im Vorfeld der Wahlen
- Druckkosten für drei Minderheitenzeitungen und deren gemeinsame Berichterstattung über die Wohnraumproblematik
- eine Dokumentarserie über Flüchtlinge und Rückkehrer, die vom kroatischen Fernsehen (HTV) ausgestrahlt werden soll.

POLIZEIENTWICKLUNG

Die in der Mission tätigen Beauftragten für Polizeiangelegenheiten beraten ihre kroatischen Kollegen in folgenden Fragen:

- polizeiliche Aus- und Fortbildung
- Personalmanagement
- bürgernahe Polizeiarbeit
- Verwaltungs- und Strukturreform
- internationale und regionale Zusammenarbeit.

Derzeit befasst sich die Mission mit Strukturreformen. Nach wie vor führt sie auch den Vorsitz im informellen Koordinierungsgremium der Geldgeber für polizeiliche Hilfe in Zagreb.

Bürgernahe Polizeiarbeit

Bürgernahe Polizeiarbeit nach dem Vorbild der Polizeiarbeit in Großbritannien und Deutschland wurde

in Kroatien mit weitgehender Hilfestellung durch die Mission weiterentwickelt.

2002/03 unterstützte die Mission die kroatische Regierung bei der Ausbildung von rund 100 Beamten für bürgernahe Polizeiarbeit, so genannten Kontaktbeamten, die in sechs Piloteneinrichtungen im ganzen Land tätig sind.

Diese Einrichtungen befinden sich unter anderem in ehemaligen Kriegsgebieten in Vukovar und Sisak. Die ersten Ergebnisse waren ermutigend und für 2004 plant die Regierung die Einführung bürgernahe Polizeiarbeit flächendeckend im ganzen Land, wofür weitere 700 Beamte ausgebildet und eingesetzt werden sollen.

ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

2003 standen zwei Schlüsselbereiche im Mittelpunkt des *Demokratisierungsprogramms*: der institutionelle Aufbau und die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus wurde in Zusammenarbeit mit der Regierung und internationalen Geldgebern eine *PR-Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Rückkehr und Versöhnung* vorbereitet. Eines der zentralen Ziele dieser Kampagne, die 2004 beginnen soll, ist die Förderung eines rückkehrfreundlichen Umfelds für Flüchtlinge.

76 von der Mission, örtlichen Partnern und Mitgliedstaaten initiierte Projekte im Wert von insgesamt 1,2 Millionen Euro wurden verwirklicht. Sie umfassten ein breites Themenspektrum:

- Förderung multiethnischer Zusammenarbeit und Aussöhnung
- Vergrößerung der Reichweite und des Gewichts der kroatischen Volksanwaltschaft
- Verbesserung der Kapazität und des Know-how der örtlichen Verwaltung, von NGOs, Roma und anderen Minderheitenvereinigungen
- Einschulung der Abgeordneten zu den neu gewählten nationalen Minderheitenräten auf lokaler Ebene in ihre Aufgaben im Rahmen der derzeitigen Gesetze und praktische Anleitungen für die Organisation und Aufnahme ihrer Arbeit
- psychologische und soziale Unterstützung für Kriegsoffer.

Multiethnische Zusammenarbeit und Aussöhnung

2003 wurden verschiedene örtliche Projekte zur Aussöhnung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen unterstützt, darunter Folgende:

- Frauen in Kleinunternehmen
- grenzübergreifende Projekte, in deren Rahmen NGOs, lokale Verwaltungen und andere Vereinigungen aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina zusammengefasst wurden, um die Rekrutierung, Motivierung und Förderung von Freiwilligen zu erörtern
- Sommerlager und Klubs für Jugendliche, Studienbesuche im Parlament und Unterstützung für junge Erwachsene, die an der Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben ihrer Gemeinden interessiert sind.

Die OSZE-Mission im Kosovo (OMiK)

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Die Partnerschaft mit der OSZE, die dem Kosovo beim Übergang von einer unruhigen Vergangenheit zu einer stabilen Zukunft helfen soll, entwickelte sich 2003 zügig weiter. Die OSZE-Mission im Kosovo (OMiK) unterstützt das Kosovo dabei, mit den Herausforderungen der Selbstverwaltung zurechtzukommen.

Die Aufgaben der OMiK sind jedoch keineswegs erfüllt. Im Kosovo entwickeln sich die Dinge ständig weiter und die Arbeit der Mission richtet sich nach den Gegebenheiten vor Ort. Zentrales Thema ist nach wie vor der institutionelle Aufbau, doch hat die Mission ihre Pläne, die zur Schaffung lebensfähiger Institutionen im Kosovo beitragen sollen, umstrukturiert.

Die Hauptzielsetzungen waren 2003:
Qualifizierungsmaßnahmen für die provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen und die Zivilgesellschaft
Förderung der Aussöhnung und des Dialogs zwischen den Volksgruppen
Beobachtung und Förderung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit unter besonderer Berücksichtigung der Diskriminierungsproblematik und Sensibilisierung für diese Fragen
Entwicklung der Medien
Fortsetzung der Ausbildung und Spezialisierung des Polizeidienstes im Kosovo
Vorbereitung der Wahlen zum Kosovo-Parlament 2004
Übergabe der von der OMiK geschaffenen Gremien an lokale Stellen

Die OMiK, der Pfeiler III der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), orientierte sich erfolgreich an den jüngsten Entwicklungen und bringt sichtbare Ergebnisse zustande. Die Selbstverwaltung ist im Entstehen, die Demokratie beginnt Wurzeln zu schlagen.

Die UNMIK und die internationale Gemeinschaft verfolgen nach wie vor ganz allgemein die Politik, vorgegebene Standards anzupeilen, und haben der Gesellschaft im Kosovo und den provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen erreichbare Leistungsziele gesetzt, die dem Kosovo zu einem späteren Zeitpunkt die Integration in ein größeres Europa ermöglichen könnten.

Die Mission ist bereit, sich den neuen Herausforderungen, die auf sie warten, zu stellen und erfolgreich mit allen Partnern zusammenzuarbeiten.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLEN

Die OMiK unterscheidet sich insofern von allen anderen OSZE-Missionen, als sie selbst direkt für die Organisation und Abwicklung von Wahlen verantwortlich ist. Bei den nächsten Wahlen im Kosovo wird sie sich diese Verantwortung mit einer örtlichen Stelle teilen.

Im Jahr 2003 – in dem nach drei Jahren erstmals keine Wahlen stattfanden – lag der Schwerpunkt auf der Planung und Vorbereitung des Terrains für die Übergabe des Know-how für Wahlen und der operativen Verantwortlichkeiten an einen neu geschaffenen lokalen Partner.

Übertragung der Wahlkompetenz an eine Behörde des Kosovo

Als ausführendes Organ einer zukünftigen Wahlbehörde wurde in der Zentralen Wahlkommission ein Sekretariat eingerichtet. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Übertragung von Kompetenzen. Um seine Bestandfähigkeit zu gewährleisten, wurde der Kernmitarbeiterstab nach den örtlichen Vorschriften für den öffentlichen Dienst und zu den dafür üblichen Gehältern eingestellt. Das Sekretariat der Zentralen Wahlkommission und die OMiK werden gemeinsam für die Organisation und Abwicklung der Wahlen zum Kosovo-Parlament im Jahr 2004 zuständig sein.

Schaffung der Voraussetzungen für die Wahlen 2004

Um den Prozess nach und nach in lokale Hände legen zu können, trat die Arbeitsgruppe Wahlen in diesem Jahr mehrmals zusammen, um einvernehmliche Empfehlungen für Änderungen des bisherigen Wahlrahmens abzugeben. Die Arbeitsgruppe Wahlen ist ein beratendes Gremium unter der Schirmherrschaft und dem Vorsitz der OMiK, dem Vertreter der wichtigsten politischen und zivilen lokalen Kräfte angehören. Die Empfehlungen sind dem Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs vorzulegen und werden, wenn dieser sie für geeignet hält, die Grundlage einer Wahlordnung bilden, die die Rahmenbedingungen für die Wahlen 2004 festlegt.

DEMOKRATISIERUNG

Unterstützung des Kosovo-Parlaments

Die Entwicklung des Parlaments als Institution wird seit 2001 von der *Initiative zur Unterstützung des Parlaments* unter Leitung der OMiK begleitet. Im Rahmen dieser Initiative wurden im Kosovo und im Ausland nach wie vor Schulungskurse für Parlamentsarbeit und politische Fragen abgehalten.

Viele Programme befassten sich schwerpunktmäßig mit der Befähigung der Parlamentsausschüsse und des Sekretariats zur Abwicklung des

Gesetzgebungsprozesses. Die Initiative ermutigte auch zur Arbeit außerhalb des rein legislativen Bereichs, etwa zu Besuchen vor Ort, zur Veranstaltung öffentlicher Anhörungen und zur Abfassung von Berichten zu politischen Fragen.

Die OMiK setzte sich für die Herausgabe eines *Parlamentsbulletins* in Albanisch und Serbisch ein, um der Öffentlichkeit und damit den Wählern ein positives Bild von der Arbeit des Parlaments zu vermitteln. Fortschritte wurden auch in Bezug auf eine verstärkte regionale parlamentarische Unterstützung und Zusammenarbeit erzielt.

Die Mission ermöglichte die Zusammenarbeit zwischen dem Kosovo-Parlament, einem Organ der provisorischen Selbstverwaltung, und der Nationalversammlung der Republik Slowenien. Gemeinsam mit anderen OSZE-Missionen in Südosteuropa und dem BDIRM organisierte sie im Oktober eine Konferenz, auf der Parlamentarier aus der Region zur Erörterung von Problemen und Möglichkeiten der Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess zusammenkamen.

Unterstützung von Good Governance auf kommunaler Ebene

Das Programm zur *Unterstützung von Gemeindeversammlungen* hat sich die Stärkung von Good Governance auf lokaler Ebene zum Ziel gesetzt. Im Laufe des Jahres verlagerte sich der Schwerpunkt des Programms vom Technischen zum Politischen; es verfolgt nunmehr das Ziel, das Know-how der Abgeordneten in kommunalen Vertretungsorganen in Bezug auf politische Planung und Umsetzung, einschließlich Haushaltsplanung und Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, zu stärken.

Die OMiK führte auch das *Programm für verantwortungsvolles Regieren und Bürgerbeteiligung* durch, zu dem eine Reihe von Volksbefragungsprojekten gehört, die eine verstärkte Einbindung in kommunale Strukturen bewirken sollen. Weitere Initiativen wie etwa das *Jugendparlamentprojekt* sollen das Verständnis junger Bürger für Gemeindepolitik und Bürgerarbeit fördern.

Pflege der Bürgerbeteiligung

Zivilgesellschaftliche Organisationen treten zunehmend als Anwälte für die Einforderung öffentlicher Rechenschaftspflicht seitens der Regierungsinstitutionen auf. Die Mission ermutigt Basisinitiativen, die sich für Bürgerrechte einsetzen, wobei auf die Beziehungen zwischen den Volksgruppen geachtet wird und demokratische Werte innerhalb der Gruppen und Gemeindestrukturen gefördert werden.

Das Projekt „*Zivilgesellschaftlicher Dialog*“ bringt NGOs und andere Bürgergruppen aus dem Kosovo und aus Serbien im Rahmen von unpolitischen Aktivitäten und Versöhnungsprojekten zusammen. Die Hauptpartner dieser Bemühungen der OMiK sind die Mutter-Theresa-Gesellschaft aus dem Kosovo und das Regionalismuszentrum aus Novi Sad im eigentlichen Serbien. Alle Programme unterstützen die Mitsprache von Frauen in der Gesellschaft durch Stärkung ihres Beitrags als Entscheidungsträgerinnen im politischen wie im sozialen Bereich.

Das Gemeindezentrennetz der OMiK funktioniert auf kommunaler Ebene nach wie vor als wichtiger Träger der Förderung bewährter Praktiken im gesamten Kosovo.

GOOD GOVERNANCE

Beratung des Büros des Ministerpräsidenten

Die Mission unterstützt zwei Beratungsbüros im Büro des Ministerpräsidenten, das eine für Good Governance, Menschenrechte, Chancengleichheit und Genderfragen, das zweite für Volksgruppenfragen. Die Gruppe unterstützt den Dialog zwischen den provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen und der UNMIK in vorbehaltenen und abgetretenen Bereichen, darunter:

- Eigentumsfragen betreffend ethnische Minderheiten und Gemeinschaften
- Beschäftigungssituation von Minderheiten
- Vermeidung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt und bei Dienstleistungen
- Genderfragen
- Erhaltung des kulturellen Erbes.

Die Beratung erstreckt sich auch auf andere Dienststellen innerhalb des Büros des Ministerpräsidenten und auch auf andere Ministerien. Da die OMiK im Büro des Ministerpräsidenten präsent ist, trägt sie zu dessen Kompetenzbildung bei und überwacht die Leistungen der provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen in OSZE-relevanten Schlüsselbereichen.

Reform der örtlichen Verwaltung

Im Laufe des Jahres 2003 verfolgte der Europarat ein Dezentralisierungsprogramm, das ein Reformkonzept für die lokale Verwaltung im Kosovo erstellte. Die Erfahrungen der OMiK flossen in diese Bemühungen zur Entwicklung von Leitsätzen ein, die Alternativen für eine wirksamere und verantwortungsvollere Verwaltung auf lokaler Ebene anbieten sollen und die Verbesserung des Angebots öffentlicher Dienstleistungen für alle Bürger zum Ziel haben.

Rückkehr und Versöhnung

Im Rahmen des Rückkehrprozesses konzentriert die OMiK ihre Aktivitäten in erster Linie darauf, den Rückkehrerfamilien zu ermöglichen, im Kosovo zu bleiben, sich niederzulassen und funktionierende Beziehungen zu ihren Nachbarn aufzubauen. Die Mission bemühte sich um die Herstellung der notwendigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Rückkehr, wie etwa gleichen Zugang für alle zu grundlegenden Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie zu Grund und Boden. Sie legte den Regierungsstellen, die diese Dienstleistungen sowie Schutz und Rechtsmittel anbieten, nahe, die Menschenrechte aller ohne Diskriminierung einzuhalten.

Die OMiK unterstützte mit ihrem *Fonds für Kleininvestitionen für Minderheiten* die Aussöhnung und die Integration kleinerer Gemeinschaften in die Gesellschaft, und zwar durch 47 wirksame interethnische und toleranzbildende Projekte. Diese Bemühungen setzten weitgehend auf unterster Ebene vor Ort an und sollten die Gemeinschaften zur Verwirklichung gemeinsamer Anliegen zusammenführen. Örtliche Institutionen wurden zur Streitbeilegung durch Konsultation und Mediation befähigt.

Durch Monitoring und Berichterstattung in Bezug auf lokale und internationale Institutionen und direkte Vertretung ihrer Interessen übernahm die Mission eine Schlüsselrolle bei der De-facto-Festlegung der Agenda für die dringendsten Probleme im Kosovo in den Bereichen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Die OMiK widmete sich unermüdlich der Förderung und Pflege einer Menschenrechtskultur und erreichte damit tausende Schüler und Studenten, Lehrer, NGOs und Amtsträger der provisorischen Übergangsverwaltung.

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT

Berichterstattung über Menschenrechtsanliegen

Die Mission beobachtete auch weiterhin die Lage der Menschenrechte im Kosovo, insbesondere was die funktionierende Rechtsdurchsetzung und die Justiz sowie Fragen der Nichtdiskriminierung und des Eigentumsrechts und den Schutz gegen und die Verhütung von Menschenhandel sowie das Problem der Gewalt in der Familie anbelangt.

Zu folgenden Themen wurden große Berichte erstellt:

- die Lage der Minderheiten
- der aktuelle Stand der Eigentumsrechte
- die Arbeitsweise der Justiz und insbesondere der Zeugenschutz
- das Bestehen und die Auswirkung von Parallelinstitutionen
- der Stand und die Zugänglichkeit von Rechtsmitteln.

Die OMiK hält systematisch Verbindung zu den einschlägigen Institutionen.

Befassung mit Eigentumsfragen und Minderheitenrechten

Eine Lösung des Problems der Eigentumsrechte insbesondere in Bezug auf Minderheiten ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Kosovo und die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit. Das Monitoring durch die OMiK ergab, dass kein uneingeschränkter Schutz für Eigentumsrechte besteht und kleinere Volksgruppen im Kosovo nach wie vor diskriminiert sind.

Obwohl noch viel zu tun bleibt, gibt es schon jetzt bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen, unter anderem die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für Eigentumsfragen, an der verschiedene Stellen mitwirken und die sich rasch der Behandlung der dringendsten Eigentumsprobleme im Zusammenhang mit Minderheiten zuwandte. Die Mission gab auch den Anstoß zu regionalen Bemühungen um eine kohärente Regierungspolitik zur Verbesserung der Menschenrechtssituation der Roma und anderer schutzbedürftiger Gruppen, die nicht in festen Ansiedlungen leben.

„Wehre dich! Gewalt ist ein Verbrechen“

Die OMiK lancierte eine PR-Kampagne zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problem der Gewalt gegen Frauen, mit der sie die Bevölkerung aufforderte, aktiv zu werden. Überall im Kosovo wurden öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Live-Sendungen im Fernsehen und Kunstausstellungen organisiert und weiße Bänder an Männer verteilt, die damit zeigen wollen, dass das Thema auch ihnen ein Anliegen ist.

Verstärkter Schutz gegen Diskriminierung

Durch ihr unmittelbares Eintreten für dieses Anliegen wirkte die OMiK am Entwurf eines Gesetzes gegen Diskriminierung mit, das nach Zustimmung durch die Regierung dem Parlament des Kosovo vorgelegt wurde.

Dieses Gesetz soll flächendeckenden Schutz gegen Diskriminierung fördern, einschließlich der Bereiche Beschäftigung, öffentliche und soziale Dienste, Bildung und Eigentum.

Wenn der Gesetzesentwurf in dieser Form verabschiedet wird, wäre er eines der fortschrittlichsten Gesetze gegen Diskriminierung in Europa.

Schutz für Opfer von Gewalt

Opferschutz und vorbeugende Maßnahmen sind Teil der Bemühungen der OMiK, den Opfern von Menschenhandel oder Gewalt in der Familie umfassende Hilfe und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Der erste Schritt der Mission war ihre Hilfe bei der Schaffung einer sicheren Aufnahmeeinrichtung, in der die Opfer des Menschenhandels psychologische und juristische Beratung erhalten. Auf ähnliche Weise spielte die Mission eine wesentliche Rolle bei den kombinierten Bemühungen verschiedener Stellen, einen kosovoweiten Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels auszuarbeiten. Nach einer Konferenz im Oktober stimmten die provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen des Kosovo der Erstellung und Genehmigung eines solchen Planes zu. Die Mission leistete auch Aufklärungsarbeit über Gewalt in der Familie und deren potenzielle Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft.

Förderung qualifizierter Strafverfolgungssysteme

Die Mission setzte ihr Monitoring betreffend die Entwicklung der Rechtsordnung und ihre Unterstützung für die UNMIK fort, um Standards für einen fairen Prozess und faire Gerichtsverfahren durchzusetzen. Auf Empfehlung der OMiK überprüft die UNMIK derzeit das Zeugenschutzsystem im Hinblick auf größere Wirksamkeit und Einhaltung internationaler Standards.

Dieses Problem verursachte im abgelaufenen Jahr im Kosovo besonderes Aufsehen, da mehrere wichtige Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen entweder ermordet oder das Ziel von Anschlägen wurden. Derzeit wird ein Bericht über die Entwicklung der Gerichte der untersten Instanz veröffentlicht.

Auf dem Gebiet der Strafverfolgung überprüft und überarbeitet die Mission zurzeit gemeinsam mit der UNMIK und dem Kosovo-Polizeidienst die Unterlagen betreffend Polizeihaft, um den Schutz der Rechte von Häftlingen zu verstärken. Dabei geht es auch um eine Empfehlung der OMiK zur Verbesserung der

Arrestzellen der Polizei, damit sie internationalen Menschenrechtsstandards genügen.

Rückhalt für Vertreter der Rechtsberufe

In diesem Jahr ging die Mission daran, die Unabhängigkeit und Bestandfähigkeit der von der OMiK geschaffenen rechtsstaatlichen Institutionen abzusichern, die den immer zahlreicher werdenden Vertretern der Rechtsberufe im Kosovo Rückhalt geben sollen. Das Zentrum für Strafverteidigungsressourcen, das Hilfestellung für Strafverteidiger anbietet, wird 2004 von der Mission in seine Unabhängigkeit entlassen.

Das Kosovarische Institut für juristische Fortbildung ist auf dem Weg zu einer unabhängigen Ausbildungseinrichtung für Rechtsberufe. In diesem Jahr nahmen über 500 Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte und andere Amtsträger an den Schulungskursen zum neuen Strafrecht des Kosovo teil, mehr als in den Jahren zuvor. Das Kosovarische Rechtszentrum hilft nach wie vor bei der Heranbildung der nächsten Generation von Rechtskundigen.

MEDIENENTWICKLUNG

Förderung der Entwicklung lokaler Medien

Die OMiK setzte ihre Unterstützung der Medien und ihre Schulungsprogramme zur Förderung der Entwicklung professioneller, toleranter und unparteiischer Medien im Kosovo fort. Die Unterstützung erfolgte in Form von neu geschaffenen lokalen Presseklubs und journalistischen Fortbildungskursen zu aktuellen Themen. Die beiden wichtigsten Themen waren Aussöhnung und Unterstützung von Minderheitensendern.

Folgende Veranstaltungen verdienen besondere Erwähnung:

- eine Reihe multiethnischer Diskussionssendungen im Radio zu Fragen, die alle Volksgruppen betreffen
- eine regionale Konferenz für serbische und kosovo-albanische Redakteure, bei der Fragen der Meinungsfreiheit und aktuelle grenzüberschreitende Aktivitäten erörtert wurden
- die Gründung des Kosovarischen Medienverbandes (KOSMA), eines Netzwerks aus 27 kosovo-serbischen Radiosendern; jeder Radiosender erhielt Ausrüstung und Ausbildung, um in der Lage zu sein, Nachrichten in der eigenen Sprache zu produzieren und zu senden.

Im Vorgriff auf ein einschlägiges Gesetz begann der Interimistische Medienkommissar der OMiK mit der Planung für die Übertragung der Aufgaben an die kosovoeigene Unabhängige Medienkommission. Vorläufig aber kann der Interimistische Medienkommissar auf eines der erfolgreichsten Jahre seiner Tätigkeit im Hinblick auf die Durchsetzung von Medienstatuten, die Schutz vor Verhetzung bieten, zurückblicken.

POLIZEIAUSBILDUNG UND –ENTWICKLUNG

Das Ziel der Polizeischule für das Kosovo (KPSS) – zum Aufbau eines neuen Polizeidienstes beizutragen – ist so gut wie abgeschlossen. Im Laufe des Jahres 2003 wurden an der KPSS mehr als 700 neue Polizeibeamte ausgebildet; damit haben mehr als 6200 Polizeirekruten eine Grundausbildung erhalten, davon 16 Prozent Frauen und 16 Prozent aus Minderheiten. Voraussichtlich wird Mitte 2004 das Endziel von 6500 Rekruten erreicht sein, doch sind weitere Kurse notwendig, um die seit 1999 aus dem Polizeidienst im Kosovo ausgeschiedenen Beamten zu ersetzen.

Die KPSS nahm ihre Arbeit 1999 auf; seither ist sie ein Beispiel für nachahmenswerte Methoden zur Polizeiausbildung und -entwicklung in ehemaligen Konfliktgebieten.

Die künftigen Beamten der Kosovopolizei erhalten eine Menschenrechtsausbildung von internationalem Niveau, unter anderem betreffend moderne Methoden im Umgang mit Gewalt in der Familie, Sensibilisierung für Menschenhandel und bürgernahe Polizeiarbeit.

Um einen bestandfähigen Polizeidienst zu schaffen, müssen die Offiziere der Kosovopolizei auch ihr Können und ihre Fähigkeiten in Bezug auf Supervisions- und Managementtechniken erweitern. Die fortgeschrittenen und spezialisierte Polizeiausbildung umfasst Ermittlungstechniken bei Mordfällen und organisierter Kriminalität. Um diesen Bedarf abzudecken, bot die KPSS zunehmend Spezialkurse für Verbrechensermittlung, Grenzschutz, Kriminaltechnik und Drogenbekämpfung an.

Nach wie vor arbeitet die KPSS auf die Übergabe der Verantwortung an das Kosovo hin, indem internationale Dienstposten von örtlichen Berufsbeamten übernommen werden. Ein gut Teil der Ausbildung an der KPSS wird bereits jetzt von spezialisierten Beamten der Polizei des Kosovo durchgeführt.

Aufgrund der Erfolge der KPSS wurden Ausbilder eingeladen, ihre Erfahrungen anderen Polizeiausbildungsprogrammen in Georgien, Afghanistan und dem Irak zukommen zu lassen – sie exportieren damit dieses erfolgreiche Beispiel in andere ehemalige Konflikt- und Entwicklungsgebiete im OSZE-Raum und außerhalb.

„Die Führungsrolle der OSZE auf dem trägen und schwierigen Gebiet der Demokratisierung ist allgemein anerkannt, wobei die Welt draußen mit dem Begriff Demokratisierung – der doch ein wertvolles Gut bezeichnet – wenig anzufangen weiß. Damit ist gemeint, dass man sich mit den Problemen einer Gesellschaft auf allen Ebenen auseinandersetzt und neue Lösungsmethoden einführt, die besser geeignet sind als die herkömmlichen Methoden der Konfrontation und Gewalt.“

Harri Holkeri, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs, Mission der Vereinten Nationen im Kosovo.

Die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Wenn von der Reform der Polizei und der Justiz, von Kriegsverbrecherprozessen, Menschenrechten, dem Kampf gegen Korruption und von Medien die Rede ist – Bereiche, in denen die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro ihre Hilfe und ihr Expertenwissen zur Verfügung stellt –, meinen wir damit im Wesentlichen das direkte Engagement der OSZE in Schlüsselbereichen, von denen es abhängt, ob Serbien und Montenegro der Schritt zur Demokratie und damit nach Europa gelingt.

Trotz der zahlreichen Probleme, die das Land im vergangenen Jahr zu bewältigen hatte, müssen wir die bisherigen Fortschritte anerkennen. 2003 wurden die Verfassungsurkunde und der Aktionsplan für die Harmonisierung in Serbien und Montenegro verabschiedet. Sie ebneten den Weg zur Aufnahme des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses mit der EU.

2003 wurde Serbien und Montenegro Mitglied des Europarats und machte beachtliche Fortschritte im Hinblick auf die Reform und Demokratisierung der Streitkräfte.

Die Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjić am 12. März und der 42 Tage dauernde Notstand belasteten die innenpolitische Lage und beeinträchtigten teilweise die Fortführung der Reformagenda. Es gelang dem Land aber trotzdem, „Kurs zu halten“ und mit Hilfe der OSZE sogar bedeutsame Ergebnisse zu erzielen.

Neue gesetzliche Regelungen für Kriegsverbrechen wurden erlassen und in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden setzte die Mission die Umsetzung einer Strategie für Kompetenzbildung in Gang, so dass inländische Kriegsverbrecherprozesse im Einklang mit internationalen Standards durchgeführt werden können.

Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung stellte die Mission fachliche Unterstützung für die Ausarbeitung von Schlüsselgesetzen wie dem im August verabschiedeten Parteienfinanzierungsgesetz zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium führte die Mission mehrere Programme zur Förderung der Rechte nationaler Minderheiten durch. Im März wurde eine neue Charta über Menschen- und Minderheitenrechte verabschiedet und eine Reihe nationaler Minderheitenräte wurde eingerichtet.

Die größte Herausforderung sowohl für Serbien als auch für Montenegro wird weiterhin die Konsolidierung der Reform im Hinblick auf ein besseres Funktionieren von Polizei und Justiz und deren Entpolitisierung bleiben. Die OSZE-Mission hat sich mit großem Nachdruck der Unterstützung des Reformprozesses in diesen Bereichen verschrieben und wird damit auch 2004 fortfahren. Und schließlich wurde 2003 auch die Konsolidierung des Friedensprozesses in Südserbien fortgesetzt und von der OSZE-Mission genauestens beobachtet. Die größte Herausforderung in Südserbien ist die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlage für Sicherheit durch Projekte zur Wirtschaftsentwicklung und zur Schaffung multiethnischer Arbeitsplätze.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

STRAFVERFOLGUNG

Seit der Ermordung von Ministerpräsident Djindjić hat die Bekämpfung der organisierten Kriminalität Vorrang vor allen anderen Aspekten der Polizeireformbemühungen in Serbien und Montenegro. Mittel- und langfristig zielt die Polizeireformstrategie darauf ab, den Regierungen bei der Durchführung der Reform zu helfen. Nach wie vor orientiert sich die Strategie an den sechs Prioritätsbereichen vom Dezember 2001, als die OSZE zum Koordinator der internationalen Unterstützung für die Polizeireform bestellt wurde. Diese Prioritätsbereiche sind:

- Polizeiausbildung und -entwicklung
- Rechenschaftspflicht und interne Kontrolle
- organisierte Kriminalität
- Kriminaltechnik
- Grenzpolizeiarbeit
- bürgernahe Polizeiarbeit.

Strategie für die Polizeireform

Um gegen die organisierte Kriminalität wirkungsvoll und umfassend vorgehen zu können, konzentrierte sich die Mission in diesem Jahr vorrangig auf die Rechenschaftspflicht und die interne Kontrolle von Polizeistrukturen.

In enger Zusammenarbeit mit dem serbischen Innenministerium nahm sich die Mission vorrangig der bürgernahen Polizeiarbeit in Südserbien an. Dieses Programm soll zwischen Polizei und Bevölkerung ein partnerschaftliches Verhältnis entwickeln, das das Zusammenleben der Volksgruppen in der Region fördert.

Mit Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration und der Regierungen Italiens und des Vereinigten Königreichs wurde ein umfangreiches Projekt für Polizeiarbeit an der Grenze in Angriff genommen, um den Behörden bei der Bekämpfung von Menschenhandel und organisierter Kriminalität zu helfen.

Missionsleiter: Botschafter Maurizio Massari (seit 8. Januar 2003) | Revidierter Haushalt: € 8.604.000

In Montenegro haben die Beziehungen zwischen der Mission und den Behörden eine beträchtliche Entwicklung erfahren, seit die Strategie für *polizeiliche Rechenschaftspflicht* erstellt und das *Schulungsprogramm für Polizeientwicklung* in Montenegro aufgenommen wurde. Zur Unterstützung der Behörden im Kampf gegen Menschenhandel und organisierte Kriminalität erhielten 500 Beamte der Grenzpolizei durch das Büro der Mission in Podgorica in fünf Lehrgängen eine Sonderausbildung.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Die Mission beobachtet mit Aufmerksamkeit die seit Dezember laufenden Prozesse rund um den Mordfall Djindjić. In diesem Jahr unterstützte die Mission durch ein Ad-hoc-Schulungsprogramm auch den Sonderstaatsanwalt für organisierte Kriminalität, der während des Ausnahmezustandes nach dem Mord eingesetzt wurde. Darüber hinaus stellte die Mission juristische Beratung für die Anpassung des Sondergesetzes für organisierte Kriminalität zur Verfügung.

Das Büro der Mission in Podgorica unterstützte die Prüfung der *montenegrinischen Strafprozessordnung*, die eigene Verfahren für Straftaten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität vorsieht. Das Büro beteiligte sich auch an der Ausarbeitung des *Gesetzesentwurfs für die Staatsanwaltschaft*, der als Neuerung auch die Institution eines Sonderstaatsanwalts für organisierte Kriminalität enthält.

Kriegsverbrechen

Die Mission nahm eine Beurteilung des Innenministeriums bezüglich seiner Eignung zur Durchführung von Ermittlungen im Fall von Kriegsverbrechen vor. Für die Zukunft plant die Mission die Umsetzung der einzelnen Schritte der *OSZE-Strategie gegen Kriegsverbrechen*. Sie wird sich für die Schaffung eines Zeugenschutzprogramms und eines Internationalen Büros zur technischen Unterstützung des Sondergerichtshofs für Kriegsverbrecherprozesse einsetzen.

Im April erließ die serbische Regierung das Gesetz über Kriegsverbrechen, zu dessen Entwurf die Mission in enger Zusammenarbeit mit dem serbischen Justizministerium beigetragen hatte. Über die *International Bar Association* richtete die Mission eine internationale Expertengruppe ein, die gemeinsam mit Vertretern des Europarats größere Änderungen zum ursprünglichen Entwurf ausarbeitete.

Seit Januar beobachtet die Mission auch die laufenden Kriegsverbrecherprozesse in Serbien.

Das Büro in Podgorica führte Workshops zum Entwurf für eine montenegrinische Strafprozessordnung im Hinblick auf dessen Vereinbarkeit mit dem *Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs* durch. Mit diesem Strafrecht wird Montenegro in der Lage sein, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu verfolgen.

Kampf der Korruption

Seit die serbische Regierung 2001 den Rat für Korruptionsbekämpfung ins Leben gerufen hat, bietet die Mission fundierte juristische Beratung an, insbesondere in Bezug auf verschiedene Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Korruption.

Unabhängige Rechtsprechung

Das serbische Justizministerium kündigte eine Initiative zur Prüfung des Strafrechts an. Die Mission wird gesetzgeberische und programmatische Hilfestellung in Schlüsselbereichen leisten und sowohl direkt mit dem Ministerium als auch über den Justizreformrat, in dem sie vertreten ist, zusammenarbeiten.

Das Büro in Podgorica setzte seine Unterstützung für die Reform der Strafverfolgung in Montenegro fort. Das Büro organisierte im Juni einen Workshop zum *Gesetzesentwurf für eine Staatsanwaltschaft* und die abschließende öffentliche Diskussion dazu im September. Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen aus diesem Workshop wird das Justizministerium eine zusammengefasste Version als Gesetzesvorlage ausarbeiten – ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Reform der gesamten Judikative in Montenegro.

Weiterführung der Gefängnisreform

Es wurden Strategien entwickelt, um sowohl interne als auch externe Kontrollmechanismen für Gefängnisse in Serbien besser miteinander in Einklang zu bringen. Diese Initiativen werden dazu beitragen, ein Berufungssystem für Strafgefangene und Untersuchungshäftlinge zu schaffen, das ihre Grundrechte gewährleistet.

Die Mission setzte ihre Strukturarbeit mit dem Justizministerium und der Strafvollzugsverwaltung fort, um die Reform des Gefängniswesens voranzutreiben. Die zentrale Priorität war dabei der Aufbau von Schulungskompetenz, durch die im Bereich der Menschenrechte Verbesserungen erzielt werden sollen.

Mehr als 300 Strafvollzugsbeamte erhielten eine Grundausbildung in Menschenrechten und zehn Ausbilder eine „Ausbildung für Ausbilder“. In Serbien gab es für Leiter von Strafanstalten eine Fortbildungsveranstaltung betreffend die Verwaltung von Gefängnissen, und Mitarbeiter des Ministeriums und der Strafvollzugsverwaltung absolvierten Studienreisen. Im Rahmen ihrer Bemühungen um mehr Transparenz in Gefängnissen ermöglichte die Mission darüber hinaus einen Workshop für Journalisten und Leiter von Strafanstalten.

Das Büro der Mission in Podgorica unterstützt die Arbeit des Fortbildungszentrums für Strafvollzugsanstalten. Es sei darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte der Strafvollzugsbeamten einen Lehrgang zur Drogenmissbrauchproblematik absolviert haben. Im August wurde als Teil des *Ausbildungsprogramms zu Fragen der Gefängnisverwaltung* ein Studienbesuch in den Niederlanden organisiert.

Während des Ausnahmezustands organisierte die Mission auch ein Koordinierungstreffen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Ferner fand eine Diskussionsrunde über die Zukunft der Gefängnisreform in Serbien statt.

DEMOKRATISIERUNG

Unterstützung für Parlamentarier

Für manche Parlamentsausschüsse organisierte die Mission Diskussionsrunden, Seminare und Schulungsprogramme. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung sowie dem Ausschuss für europäische Integration im serbischen Parlament und im Parlament des Staatenbundes.

Beschleunigung der Flüchtlingsrückkehr

Die Mission entschied sich für einen regionalen Ansatz, um die nach wie vor bestehenden Hindernisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, die aus Bosnien und Herzegowina und Kroatien zurückkehren möchten, abzubauen. Die im Programm vorgesehenen Aktivitäten werden in enger Zusammenarbeit mit allen im Bereich des Flüchtlingsschutzes tätigen internationalen Akteuren und den jeweiligen Regierungen durchgeführt.

Die Fortschritte bei der Flüchtlingsrückkehr ermöglichten die Annahme gemeinsamer Prinzipien und eines *Gemeinsamen Aktionsplans* für drei OSZE-Missionen und die Einrichtung eines regionalen Rechtshilfeprogramms. Diese Strategien beschleunigen die Lösung von Schwierigkeiten in Eigentumsfragen und in Bezug auf gesetzliche und erworbene Rechte.

NATIONALE MINDERHEITEN

Serbien und Montenegro erhielten technische Unterstützung im Hinblick auf die Verabschiedung der *Charta über Menschen- und Minderheitenrechte* im Jahr 2003, die einen festen Bestandteil der Verfassung des Staatenbundes bildet. In diesem Jahr beteiligte sich die Mission auch an der Unterstützung des Prozesses rund um die Wahlen zu den Nationalen Minderheitenräten im Einklang mit dem *Gesetz des Staatenbundes über nationale Minderheiten und Volksgruppen*. Bis heute wurden zehn Minderheitenräte gewählt, die Wahl des Albanischen Nationalrates steht noch aus.

Befähigung der Gemeinden zu einer nachhaltigen Politik

Das Büro in Podgorica setzte seine Hilfestellung für die Gemeinden durch Stärkung des rechtlichen und institutionellen Rahmens für Minderheitenrechte in der Republik Montenegro fort. Ebenso führte es ein umfassendes Schulungsprogramm zur Verbesserung der beruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten der Mitarbeiter in den Ministerien weiter; auch die Kenntnis internationaler Standards in Bezug auf den Schutz der Menschenrechte und der Minderheitenrechte sollte verbessert werden. Das Büro unterstützte aktiv die Expertengruppe im Minderheitenministerium beim Entwurf des neuen montenegrinischen Minderheitengesetzes.

Eine nationale Strategie zur Integration der Roma

Die Mission finanzierte und beaufsichtigte gemeinsam mit Partnern in den Vereinten Nationen den Entwurf einer *Nationalen Strategie zur Integration der Roma*. Das Dokument wird zur öffentlichen Lesung sowohl dem serbischen Parlament als auch dem Nationalen Romarat zugeleitet werden. 2003 finanzierten die Mission und einige Partner die Arbeit des Romasekretariats im Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, dessen Aufgabe es ist, die Diskussion und die

nachfolgende Verabschiedung einer Roma-Strategie zu erleichtern.

PROGRAMM GEGEN MENSCHENHANDEL

In diesem Jahr stärkte und unterstützte das Programm das Team der Republik Serbien bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Es leistete auch zuständigen Ministerien und Fach-NGOs Hilfestellung bei der Ausarbeitung und Durchführung nationaler Aktionspläne zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Besondere Bedeutung wurde dabei den Bereichen Rechtsprechung und Strafverfolgung zugemessen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium, dem Sozialarbeitszentrum in Belgrad und zwei NGOs unterstützte die Mission die Einrichtung eines Leit- und Beratungszentrums für Opfer des Menschenhandels. Es soll zum Zentralen Beratungs- und Koordinierungsorgan des *Nationalen Leitsystems* in Serbien werden.

Monitoring in aktuellen Fällen von Menschenhandel

Das Büro in Podgorica war 2003 Kovorsitzender im Leitungsgremium des montenegrinischen Projekts zur Bekämpfung des Menschenhandels. Neben dem Monitoring in anhängigen Fällen hilft das Gremium, frühzeitig potenzielle Opfer des Menschenhandels zu erkennen. Das Büro bemüht sich auch, den Behörden in Montenegro bei der weiteren Institutionalisierung der politischen Grundsätze für die Bekämpfung des Menschenhandels behilflich zu sein und wirksame Maßnahmen gegen den Menschenhandel auf kommunale Ebene zu übertragen.

Qualifizierungsmaßnahmen für die kommunale Selbstverwaltung

Das Büro in Podgorica hilft lokalen Partnern dabei, die Einbindung der Bevölkerung auf kommunaler Ebene zu institutionalisieren. Dies geschieht im Rahmen von fünf Zentren für Bürgerinformation und -erziehung im Norden, im Zentrum und in der Küstenregion. Diese Zentren sind Schaltstellen für Informationen über Schulung und technische Hilfe sowohl für kommunale Bedienstete als auch örtliche NGOs und andere Bürgergruppen.

Im Zusammenhang damit spielte das Büro eine wichtige Rolle als Beobachter in einem besonders sensiblen Fall von Menschenhandel betreffend eine junge Frau aus Moldau, in dem ein stellvertretender Staatsanwalt angeklagt war. Nach der Entscheidung des Generalanwalts, den Fall nicht weiter zu verfolgen, unterstützte das Büro ein Expertenteam von OSZE und Europarat, das von der Regierung eingeladen worden war, den Fall zu prüfen und weitere Maßnahmen zu empfehlen.

Das Büro ist auch in einem neu geschaffenen ministerienübergreifenden Gremium vertreten, das von der Regierung zur Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für die drei zentralen Bereiche der Bekämpfung des Menschenhandels – Verhütung, Schutz und Strafverfolgung – geschaffen wurde.

MEDIEN

In den drei Parlamenten (Serbien, Montenegro und Staatenbund) setzte die Mission ihre Unterstützung für Medienausschüsse und die Umwandlung der staatlichen Rundfunkanstalten RTS (Serbien) und RTCG (Montenegro) in öffentlich-rechtliche Anstalten fort.

Nach wie vor unterstützte die Mission Gesetzgeber und Vereinigungen von Internet Providern und -benutzern, um gemäß den Prioritäten des OSZE-Medienbeauftragten für das Jahr 2003 zur Entwicklung eines freien und pluralistischen Internetmarkts beizutragen.

In Serbien und Montenegro wurden auch einige Medienkampagnen und Schulungsveranstaltungen zur Aufklärung über Menschenhandel, Kriegsverbrecherprozesse und Umweltprobleme durchgeführt. Darüber hinaus unterstützte die Mission die (rechtliche, finanzielle, organisatorische und redaktionelle) Umwandlung kommunaler Medienunternehmen in multiethnische und mehrsprachige lokale öffentliche Anstalten. Auch Romani-Medien wurden durch die Mission unterstützt. Wie in den Jahren zuvor engagierte sich die Mission für die rasche Verabschiedung bestimmter Mediengesetze, darunter das *Gesetz über den Zugang zu Information*. Im Zusammenhang damit organisierte die Mission im September und Oktober fünf Diskussionsrunden zum serbischen Gesetzesentwurf über den freien Zugang zu Information. Die montenegrinische Rundfunkagentur wurde entsprechend ausgerüstet, um für das Medienmonitoring besser geeignet zu sein.

Das Büro in Podgorica unterstützte wie bisher die Durchführung der Medienreform in Montenegro. Es wird in Kürze ein dreiphasiges Beratungsprojekt zu den Statuten der Rundfunkagentur sowie ein Seminar für Chefredakteure von Printmedien und deren Stellvertreter organisieren, das die professionelle Verantwortlichkeit im Hinblick auf menschliche und moralische Grundsätze des Journalismus heben soll.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Kampf dem Drogenhandel

Im Einklang mit dem Schwerpunkt der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE 2003 auf verschiedenen Formen des illegalen Handels entwickelte die Mission eine nationale Strategie zur Bekämpfung des Drogenhandels. Darin gibt sie einen Überblick über die Lage sowie Empfehlungen, die ein geeignetes Vorgehen gegen dieses Problem ermöglichen sollen.

Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung

In Zusammenarbeit mit diversen Interessenvertretern, darunter kommunale Behörden, die Zivilgesellschaft und lokale Betriebe, setzte die Mission 2003 ihre Unterstützung für eine nachhaltige Entwicklung der montenegrinischen Gebiete Bjelasica und Komovi fort.

Die Mission wirkte auch an einigen Projekten mit, die die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen in Serbien und Montenegro unterstützen.

Ein neues Zentrum für Umweltfragen

Das Zentrum, das in diesem Jahr in Belgrad eröffnet wurde, ist ein gemeinsames Unternehmen der Mission und des serbischen Ministeriums für natürliche Ressourcen und Umweltschutz. Es fungiert als Koordinierungsstelle zwischen der serbischen Regierung und internationalen und lokalen Umweltorganisationen und soll strukturelle Unterstützung bei der vollständigen Umsetzung des Umweltrechts liefern.

Als Teil des Umweltförderungsprogramms stellte die Mission dem Zentrum fünf Umweltexperten zur Verfügung. Das Zentrum arbeitet auch an einer Strategie zur Schaffung eines Umweltinformationssystems für Serbien.

Im Februar hielt die Mission in Belgrad ein zweites Vorbereitungstreffen zum Prozess „Umwelt für Europa“ ab. Das Treffen diente der Vorbereitung der fünften *Gesamteuropäischen Ministerkonferenz über Umweltschutz*, die im Mai in Kiew stattfand

Die Mission unterstützte die Erstellung und Umsetzung einer *PR-Strategie* für das serbische Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz, die zu mehr Transparenz in der Tätigkeit des Ministeriums und zu mehr Verantwortlichkeit seiner Entscheidungsträger führen soll.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

Ihrem Mandat entsprechend, das Hilfestellung und Förderung bei der Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) vorsieht, richtete die Mission ihre Aufmerksamkeit auf den umfassenden Fragenkomplex der Verteidigungsreform sowie auf die Umsetzung des *OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW)*.

Die demokratische Kontrolle der Streitkräfte kommt in Gang

Mit der Unterstützung der Verteidigungsreform, die zunehmend in Gang kommt, folgte die Mission den Vorgaben des *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, in dem die OSZE-Normen für eine demokratische Kontrolle der Streitkräfte festgelegt sind. Eine Gelegenheit zur praktischen Anwendung dieser Normen ergab sich im Zuge der Verbesserung der parlamentarischen Aufsichtsmöglichkeiten in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit sowie durch die Erörterung neuer maßgeblicher Dokumente.

Partnerschaft bei der Vernichtung von SALW

Die Partnerschaft mit der Südosteuropäischen Clearingstelle für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen (SEESAC) kam der Mission bei ihrem Einsatz für Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolle und Vernichtung von Kleinwaffen und leichten Waffen zugute. Die Mission beteiligte sich an der begleitenden Kontrolle mehrerer Projekte zur Vernichtung überschüssiger Kleinwaffen in Serbien und Montenegro.

Südserbien: Konsolidierung des Friedensprozesses

Auch 2003 stand das *OSZE-Programm für Südserbien* auf der Tagesordnung. Mit Nachdruck wurde an der beschleunigten Durchführung des Čović-Plans gearbeitet, um Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in der Region aufzubauen.

Die Mission steht zu ihrer Verpflichtung, den Friedensprozess zu konsolidieren, indem sie die politischen Akteure in Südserbien unterstützt und ihnen dabei hilft, schrittweise die Verantwortung für die Fortführung des Prozesses zu übernehmen.

Im Dienste der Konsolidierung eines multiethnischen Umfelds in Südserbien setzte die Mission ihre Tätigkeit in den folgenden Bereichen fort:

- multiethnische Medienprogramme
- Unterstützung für Minderheitenrechte und kommunale Selbstverwaltung
- Reform multiethnischer Polizeiarbeit
- Unterstützung für die Bereiche Justiz, Bildung und Jugend.

OUTREACH-PROGRAMM

Bewusstseinsbildung für Prioritäten und Werte der OSZE

In diesem Jahr führte die Mission so genannte Outreach-Kampagnen in den Städten Novi Sad, Subotica (Vojvodina), Novi Pazar (Sandschak), Užice, Kragujevac (Zentralserbien), Zaječar, Bor (Ostserbien), Budva und

Nikšić (Montenegro) durch. Dahinter stand die Idee, die aktuellen Projekte der Mission in groben Umrissen vorzustellen und dabei ihre voraussichtliche Wirkung abzuschätzen.

Diese Besuche boten der Mission auch Gelegenheit, mit Vertretern der Kommunalverwaltung sowie von Medien, Zivilgesellschaft, Kirche und Polizei zusammenzutreffen, sich über die Lage vor Ort zu informieren und die Programme der Mission entsprechend nachjustieren.

Im Rahmen der Outreach-Kampagne verteilte die Mission auch Notizbücher mit der Aufschrift „Mein Haus ist in Europa“ an alle Schulanfänger in Südserbien.

Die Rolle des Missionsleiters während des Ausnahmezustands

Während des Ausnahmezustands, der nach der Ermordung von Ministerpräsident Djindjić im März ausgerufen wurde, kam dem Leiter der OSZE-Mission in Serbien und Montenegro, Maurizio Massari, eine wichtige mahnende und leitende Funktion zu, als er auf die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft hinwies.

Am Höhepunkt des Ausnahmezustands erinnerte der Missionsleiter die örtlichen Behörden wiederholt und unmissverständlich daran, dass verstärkt an den notwendigen Voraussetzungen für die Rechtsstaatlichkeit und die Konsolidierung der Demokratie gearbeitet werden muss.

Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Mit Hilfe der OSZE und internationaler Partner gelang es der Regierung, auf dem Weg zur vollständigen Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid und zur Aufnahme in euroatlantische Strukturen beträchtliche Fortschritte zu machen. Insbesondere konnte die Bedingung des Rahmenabkommens erfüllt werden, bis Juli 2003 1000 Polizeianwärter auszubilden, die nicht der Mehrheit angehören (ein gemeinsames Unternehmen des Innenministeriums und der OSZE); desgleichen wurden fast alle Rechtsvorschriften aus dem Rahmenabkommen mit Ausnahme der Dezentralisierung verabschiedet. Die erfolgreich abgeschlossene Volkszählung 2002, deren endgültige Ergebnisse im November 2003 bekannt gegeben wurden, war ebenfalls eine große Leistung für das Land und ebnete den Weg zu endgültigen Reformen und zu den Kommunalwahlen, die im nächsten Jahr stattfinden sollen.

2003 war auch ein Jahr der Veränderungen für die internationale Gemeinschaft: Sowohl die Militärpräsenz der NATO als auch die erfolgreich abgeschlossene erste Militärmission der EU fanden ein Ende. Am 15. Dezember wurden die militärischen Kräfte der EU, Concordia, in die Polizeimission der EU, Proxima, übergeführt; daran lässt sich ablesen, wie weit das Land auf dem Weg zu Sicherheit und Stabilität bereits vorangekommen ist. Die Bemühungen der OSZE um Vertrauensbildung in den ehemaligen Krisengebieten haben viel zu diesen Fortschritten beigetragen.

Auch die Rolle der internationalen Gemeinschaft verlagerte sich endgültig von der Konfliktnachsorge hin zum Aufbau von Kapazitäten und zur Unterstützung von Institutionen. Das ist auch an der zunehmenden Bedeutung der Projektarbeit in der OSZE ersichtlich. Mandatsgemäß nahm die Mission 70 Projekte zur Unterstützung des Rahmenabkommens in den Bereichen Polizeiarbeit, Medien, kommunale Selbstverwaltung, Rechtsstaatlichkeit und interethnische Beziehungen auf. Viele davon wurden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Regierungsvertretern und örtlichen und internationalen Organisationen ausgearbeitet und durchgeführt.

Zentrale: Alle Dienststellen unter einem Dach

Im Zuge ihrer Bemühungen um größtmögliche Durchschlagskraft übersiedelte die Mission in neue Räumlichkeiten im Herzen von Skopje. Die Gruppen Polizeientwicklung und Innerer Dienst, die bis dahin über die Stadt verteilt waren, arbeiten nun unter demselben Dach wie der Rest der Zentrale. Dadurch können Ressourcen und Einrichtungen besser genutzt werden, Kommunikation und Zeitplanung sind effizienter und die Koordinierung zwischen den einzelnen Abteilungen wurde verbessert.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

POLIZEIENTWICKLUNG

Im Anschluss an die erfolgreiche Wiederaufnahme der Arbeit der Polizei in den ehemaligen Krisengebieten konsolidierte die Mission ihre Aktivitäten mit dem Schwerpunkt bürgernahe Polizeiarbeit und Polizeiausbildung.

Konsolidierung der bürgernahen Polizeiarbeit im gesamten Land

Mit Hilfe der Mission startete das Innenministerium eine neue Form der Polizeiarbeit, um Barrieren zwischen Polizei und Bürgerschaft abzubauen. Dahinter steht das Konzept, eine verlässliche Polizeiarbeit mit Vertrauensbildung und Zusammenarbeit zu verknüpfen.

Die Mission entsandte 30 Ausbilder für bürgernahe Polizeiarbeit in ehemalige Krisengebiete. Dort sollen sie direkt mit der örtlichen Polizei zusammenarbeiten. Im Herbst stellte das Innenministerium für das Programm 32 Ausbilder für bürgernahe Polizeiarbeit ab. Nach ihrer Ausbildung durch die Mission werden sie zuerst bei der Umsetzung bürgernaher Polizeiarbeit behilflich sein und danach schrittweise die volle Verantwortung dafür übernehmen.

Die Gruppe Polizeiarbeit, die mit den Missionsbeobachtern für Vertrauensbildung zusammenarbeitet, war dem Innenministerium beim Aufbau so genannter Bürgerberatungsgruppen behilflich. Diese Gruppen bieten die Möglichkeit für eine neue Art von regelmäßigen Begegnungen zwischen der örtlichen Polizei und Bürgern verschiedener Bevölkerungsgruppen, wie Lehrer, Führungspersönlichkeiten der Volksgruppen und Wirtschaftstreibende, die bei diesen Gelegenheiten Informationen über Themen von allgemeinem Interesse austauschen und diese Themen erörtern können. Bisher wurden in mehr als 200 Dörfern 46 derartige Bürgerberatungsgruppen gegründet.

Missionsleiter: Botschafter Carlos Pais (seit 1. Dezember 2003) | **Davor:** Botschafter Craig Jenness | **Revidierter Haushalt:** € 14.587.500

Eine Zielvorgabe des Rahmenabkommens: die Ausbildung von 1176 Jungpolizisten aus Volksgruppen, die nicht die Mehrheit bilden

Eine der Schlüsselaufgaben, die der OSZE durch das Rahmenabkommen übertragen wurden, war die Ausbildung von 1000 neuen Polizisten aus Volksgruppen, die nicht die Mehrheit bilden, bis Juli 2003. Ziel war der Aufbau einer Polizei, deren Zusammensetzung und Verteilung generell den Bevölkerungsverhältnissen von 2004 entspricht.

Dieses zentrale Ziel wurde zum angepeilten Zeitpunkt erreicht, und mit dem Abschluss der Ausbildung weiterer 650 multiethnischer Polizeischüler gab es insgesamt 1176 ausgebildete Jungpolizisten, die nicht der Mehrheitsbevölkerung angehören.

Die *Grundausbildung* umfasst einen dreimonatigen theoretischen Kurs, an den eine sechsmonatige strukturierte Schulung vor Ort anschließt; sie wird von Fachleuten der *OSZE-Gruppe für Lehrpläne zur Polizeientwicklung* konzipiert und konzentriert sich auf demokratische Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit, europäische Standards für Polizeiarbeit und internationale Menschenrechtsstandards.

Ausbildung für eine kompetentere und wirksamere Polizeiarbeit

Die Gruppe Polizeientwicklung begann in Zusammenarbeit mit der IOM und dem Innenministerium mit der Durchführung der *Schulungskurse zu den Themen Genderbewusstsein und Menschenhandel*. 540 Polizisten werden diesen Lehrgang besuchen.

Darüber hinaus wurden in den Bereichen Menschenrechte und demokratische Polizeiarbeit sowie Drogenerkennung vom Innenministerium beantragte und genehmigte professionelle Schulungsprogramme durchgeführt.

Zusätzliche Polizeiausbildung 2003:

Polizei-Praktikum vor Ort: 136 Beamte
Dienstbegleitender Fortbildungskurs: 722 Beamte
Kurs für Menschenrechte und demokratische Polizeiarbeit: 2527 Beamte
Fortbildung für Drogenerkennung: 1135 Beamte
Fortbildung für Verkehrssicherheit: 14 Beamte
Computerschulung: 137 Beamte
Fortbildung für bürgernahe Polizeiarbeit: 943 Beamte

VERTRAUENSBILDUNG

Erhaltung von Stabilität und Sicherheit vor Ort

Die Beauftragten für Vertrauensbildung waren in den gesamten ehemaligen Krisengebieten ununterbrochen für die Erhaltung von Stabilität und Sicherheit im Einsatz. Sie vertieften die Beziehungen zwischen verschiedenen staatlichen Instanzen wie der örtlichen Polizei, Führungspersonlichkeiten der Volksgruppen und dem Militär sowie der örtlichen Bevölkerung. Sie spielen eine zentrale Rolle beim Abbau von Spannungen, bei der Förderung interethnischer Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Bürgern bei deren Anliegen.

Vertrauensbildung durch bürgernahe Projekte

Neben ihrer Beobachtertätigkeit verlagerte die Gruppe Vertrauensbildung ihre Ressourcen zunehmend auf proaktive Projekte. Zu den 2003 verwirklichten Vorhaben zählten Tagungen zu Bildungsfragen, ein breites Spektrum von Jugendprojekten, multiethnische sportliche Wettkämpfe, die Renovierung einer Schule in Gostivar und eines Sportplatzes in Opae – einem ethnisch gemischten Dorf, das von den Feindseligkeiten 2001 besonders betroffen war.

Es sei an dieser Stelle besonders auf eine Tagungsreihe zum Thema Jugendführung mit den Schwerpunkten wirksame Kommunikation und Lösungstechniken für interethnische Konflikte verwiesen, bei der die Gruppe Vertrauensbildung in Zusammenarbeit mit dem Nansen-Dialogzentrum Skopje 125 Sekundarschullehrer aus sechs verschiedenen Volksgruppen Anleitungen gab. Die Teilnehmer erhielten auch Unterricht in Projektmanagement und erstellten in der Endphase des Programms eigene Projekte für Bürgerinitiativen, Peer-Counselling (Betroffene beraten Betroffene), das Säubern von Parkanlagen, interethnische Kulturausflüge u. a.

Bei der Erstellung einer Machbarkeitsstudie über die Wiedereingliederung der von der Krise des Jahres 2001 betroffenen instabilen Bevölkerungsgruppen holte sich die Gruppe Vertrauensbildung auch Anregungen und Anleitung von verschiedenen Partnern aus der internationalen Gemeinschaft wie IOM und NATO.

Die Mission war der Regierung und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen bei einem landesweiten Projekt zur Einziehung von Waffen behilflich, indem sie die Ablieferung der Waffen an den Sammelstellen beobachtete. Dabei wurden mehr als 7000 Waffen eingezogen, was im ganzen Land zu einer wesentlichen Abnahme der Zwischenfälle mit Schusswaffen führte.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

RECHTSSTAATLICHKEIT

Vom Monitoring zur Programmentwicklung auf lange Sicht

In Anbetracht der zunehmenden Stabilisierung der Sicherheitslage verlagerte die Gruppe Rechtsstaatlichkeit der Mission ihre Tätigkeit immer mehr auf die Programmerstellung, etwa in den Bereichen Aufbau von Institutionen und Kapazitäten sowie Bekämpfung des Menschenhandels.

Nach wie vor beobachtete die Gruppe einzelne Fälle von behaupteten Übergriffen der Sicherheitskräfte. Auch Fälle von Kriegsverbrechen und andere Aufsehen erregende Fälle wie Korruptionsprozesse wurden aufmerksam verfolgt.

Bei verschiedenen einheimischen Einrichtungen für Menschenrechtsbeschwerden waren Fortschritte in Bezug auf Professionalität und Harmonisierung festzustellen, darunter die Volksanwaltschaft und die Abteilung des Innenministeriums für interne und fachliche Kontrolle.

Diese Institutionen wurden bei ihren Reformbemühungen von der Mission unterstützt, die eine Zunahme des öffentlichen Vertrauens feststellte.

Institutioneller Aufbau

Die Mission trug zur Verabschiedung eines neuen *Volksanwaltschaftsgesetzes* bei, wie dies im Rahmenabkommen vorgesehen ist. Das Gesetz verleiht der Institution wesentlich mehr Machtbefugnisse, darunter ein neues Mandat betreffend Nichtdiskriminierung und ausgewogene Repräsentation sowie die Schaffung von sechs Regionalbüros.

Die OSZE koordiniert die internationale Unterstützung für die Schaffung dieser neuen Büros und arbeitet an einer landesweiten Aufklärungskampagne, die in der Bevölkerung das Bewusstsein und das Verständnis für diese Institution und ihre neue Kompetenz heben soll.

Verstärkte Unterstützung für NGOs

Die Gruppe nahm ein Großprojekt für Schulung und Mentoring einheimischer NGOs im Umgang mit Beschwerden über Polizeiübergriffe in Angriff. Dadurch wird die Gruppe 2004 in der Lage sein, einen Großteil der Bearbeitung von Einzelfällen an diese NGOs abzugeben. Die Mission unterstützte einige kleinere Projekte, darunter eine Zeitschrift, die grundlegende Informationen zu Rechtsfragen bietet, und Informationskampagnen über familiäre Gewalt in der Volksgruppe der Roma.

Die Gruppe war federführend an der Schaffung eines Netzes für Prozessbeobachtung beteiligt, an dem 18 einheimische NGOs mitwirken. Von Juli bis Oktober nahmen die Beobachter an mehr als 400 Verhandlungen von Straf- und Zivilgerichten im ganzen Land teil.

Justizreform

Im Einklang mit dem Rahmenabkommen befasst sich die Gruppe mit der Frage der ausgewogenen Vertretung von Minderheiten im Justizwesen und trägt zur Stärkung des Vertrauens in das Rechts- und Justizsystem des Landes und zu dessen Effizienz bei.

Die Gruppe gab den Anstoß zu Schulungsprogrammen für lokale Justizbehörden zu Fragen der alternativen Streitbeilegung. Gemeinsam mit der Vereinigung der Staatsanwälte arbeitet sie an einem neuen Gesetzesentwurf und stellt sich damit in den Dienst der Notwendigkeit, den Kampf gegen die organisierte Kriminalität effizienter zu führen.

Die Gruppe finanzierte auch die Veröffentlichung eines *Prozessleitfadens* und ein Projekt, in dessen Rahmen in zwei Städten versuchsweise gebührenfreie Rechtsberatung angeboten wird.

Bekämpfung des Menschenhandels

In enger Zusammenarbeit mit Partnern in Regierung und Zivilgesellschaft bemüht sich die Gruppe um einen verstärkten Kampf gegen den Menschenhandel.

Die seit der Verabschiedung strafrechtlicher Bestimmungen gegen den Menschenhandel im Jahr 2002 erfolgreich durchgeführten strafrechtlichen Verfolgungen sind ein ermutigendes Zeichen für diesen OSZE-Schwerpunkt im Jahr 2003.

Die Gruppe finanzierte Initiativen einheimischer NGOs zur Hebung des Bewusstseins für dieses Problem. Sie trug auch zur Finanzierung von 20 Fachausbildungsveranstaltungen für rund 300 Juristen bei, bei denen es um verbesserte Strafverfolgung und fairere Verfahren in Fällen von Menschenhandel ging.

ENTWICKLUNG DER MEDIEN

Für ausgewogenere, objektivere und nicht ausgrenzende Medien

Die Gruppe Medienentwicklung in der Mission finanziert und unterstützt zahlreiche Projekte zur Verbesserung der journalistischen Standards und zur Förderung eines multiethnischen Ansatzes in den Medien. Ihre Projekte beziehen alle Volksgruppen ein und kommen Universitätsstudenten, Printmedien, privaten Rundfunkanstalten und der öffentlich-rechtlichen Anstalt MRTV (*Radio und Fernsehen von Mazedonien*) zugute.

Einrichtung eines Schulungszentrums

Die Gruppe trug zur Finanzierung und Errichtung eines neuen Schulungszentrums im MRTV bei, durch das die technischen, journalistischen und Managementstandards von MRTV an europäische Normen herangeführt werden sollen. Unter der Leitung der Thomson-Stiftung wurden 600 Mitarbeiter im Schulungszentrum von Fachleuten aus dem Vereinigten Königreich ausgebildet.

Lehrplanerstellung

Die Gruppe sponsert ganz unterschiedliche Schulungsprogramme für alle Medienbereiche, darunter Kurse für praktischen Journalismus für Studenten der Cyrill- und Method-Universität und der Südosteuropa-Universität sowie Fachkurse für investigativen Journalismus oder für computergestützte Recherchen am mazedonischen Institut für Journalismus.

Die Gruppe arbeitet bei der Entwicklung von Programmleiten und Dokumentarserien mit starkem multiethnischen Ansatz eng mit privaten Rundfunkanstalten zusammen. Sie finanzierte eine grundlegende Neugestaltung der albanischsprachigen Nachrichtensendung LOBI und versorgte verschiedenste Medienvereinigungen im ganzen Land mit Fachberatung für Betriebswirtschaft und Marketing.

Das Team der Zeitschrift *Point* betreut journalistisch interessierte Jugendliche, die unter seiner Anleitung lernen, aus Ideen zur Veröffentlichung geeignete Artikel zu machen. Zur Zeit arbeiten mehr als 200 Studenten aus allen Volksgruppen in Tetovo, Gostivar und Kumanovo an der Produktion der Monatszeitschrift mit, die in Mazedonisch und Albanisch erscheint. Die Journalisten betreuen alle Bereiche von der redaktionellen Blattgestaltung bis zum Vertrieb.

Die Gruppe führt auch das Medienmonitoring durch und hält die Medienvorschriften und den rechtlichen Rahmen unter Beobachtung. 2003 unterstützte und förderte sie den Entwurf eines neuen Rundfunkgesetzes, das nach seiner Verabschiedung öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten eine nachhaltige Zukunftsentwicklung ermöglichen soll.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

ANSTOß FÜR DEN DEZENTRALISIERUNGSPROZESS

Die Gruppe zur Unterstützung der öffentlichen Verwaltung wurde eingerichtet, um den im *Rahmenabkommen* geforderten Dezentralisierungsprozesses zu erleichtern.

Mit Forschung und Programmerstellung bemüht sich die Gruppe, Hilfestellung beim Aufbau von Know-how in der Beamtenschaft der Kommunalverwaltungen zu leisten und die Öffentlichkeit über die Vorteile des Dezentralisierungsprozesses aufzuklären. 2003 stellte die Unterstützungsgruppe vier einheimische Fachkräfte ein, die Vorreiter eines intensiven Ausbildungsprogramms für örtliche Beamte sein werden.

Versuchsprojekt für Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für lokale Selbstverwaltung nahm die OSZE ein Pilotprojekt zur Förderung des Konzepts der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene in Angriff, an dem sechs Gemeinden in der ethnisch gemischten Region Kičevo teilnehmen.

Dabei erhielten 23 Bürgermeister und Gemeindebedienstete verschiedener Volksgruppen und unterschiedlicher politischer Ausrichtung eine Grundausbildung und Facheinführung in Fragen der kommunalen Zusammenarbeit, der Strategieplanung und des Projektmanagements.

Mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen als Partner liegt der Schwerpunkt nunmehr auf der Schaffung eines lokalen Wirtschaftsentwicklungsfonds.

Die OSZE und der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Kontext

Die OSZE setzte ihre enge naturgegebene Partnerschaft mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa auch 2003 fort. Bei verschiedenen Gelegenheiten koordinierten die Experten beider Organisationen ihre Arbeit und kamen bilateral oder auch in einem umfassenderen Rahmen unter Beteiligung anderer Kooperationspartner zusammen. Der von der OSZE gebotene ständige Dialograhmen wurde auch vom Sonderkoordinator des Stabilitätspakts und von den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen des Stabilitätspakts genutzt.

Aktivitäten des Stabilitätspakts 2003 in Interessengebieten der OSZE

Lokale Demokratie und grenzübergreifende Zusammenarbeit in Südosteuropa

Diese Initiative des Stabilitätspakts läuft seit November 2002. Der Stabilitätspakt ist dabei verantwortlich für die Koordinierung zwischen den Financiers, die Unterstützung und Entwicklung von Euro-Regionen in Südosteuropa, die Ermutigung zu einem Dezentralisierungsprozess und die lokale Kompetenzbildung durch Unterstützung von Partnerschaften und Ausbildungsaktivitäten.

Die systematische Zusammenarbeit der lokalen Akteure (Regierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft) über nationale Grenzen hinweg liefert den praktischen Unterbau für die regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa.

Starke Unterstützung wurde diesem Prozess auf verschiedenen politischen Ebenen in Südosteuropa und seitens der durchführenden Agenturen und Organisationen vor Ort zuteil. Am erfolgreichsten war der Stabilitätspakt bei der vorrangigen Förderung der lokalen Demokratie und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit. Letztere gilt als Eckpfeiler einer umfassenderen regionalen Zusammenarbeit und zog somit verstärkt die gezielte Aufmerksamkeit der Geldgeber auf sich.

Medien

Indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Geldgebern, internationalen Organisationen und Empfängern gestaltet, hilft die Sonderarbeitsgruppe Medien des Stabilitätspakts bei der Entwicklung unabhängiger und professioneller Medien in Südosteuropa.

Medienarbeitsgruppen mit einem breit gespannten Teilnehmerkreis sorgen in allen Ländern für die vollständige Einbindung der örtlichen Akteure und die Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse. Das Ziel dieser

Sonderarbeitsgruppe Medien ist es, sicherzustellen, dass die notwendigen gesetzlichen Änderungen durchgeführt werden.

Kampf gegen die organisierte Kriminalität

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Region; dafür sind gesunde Justizsysteme und wirksame Institutionen zur Rechtsdurchsetzung erforderlich. Daher zielen die Aktivitäten des Stabilitätspakts auf den Aufbau von Kapazitäten, die Verbesserung des rechtlichen Rahmens und die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit dem Schwerpunkt Verhütung und Strafverfolgung ab.

Zu diesem Zweck gibt es folgende eng miteinander verbundene Instrumente:

- SPOC – die *Initiative des Stabilitätspakts zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität*
- SPTF – die *Sonderarbeitsgruppe des Stabilitätspakts gegen Menschenhandel*
- SPAI – die *Initiative des Stabilitätspakts gegen Korruption*.

Es besteht auch eine enge Zusammenarbeit mit dem SECI-Regionalzentrum zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität in Bukarest. Eng damit verbundene Initiativen sind unter anderem der *Ohrid-Prozess für Grenzschutz und Grenzsicherung* und die *Kleinwaffen-Clearingstelle für Südosteuropa*.

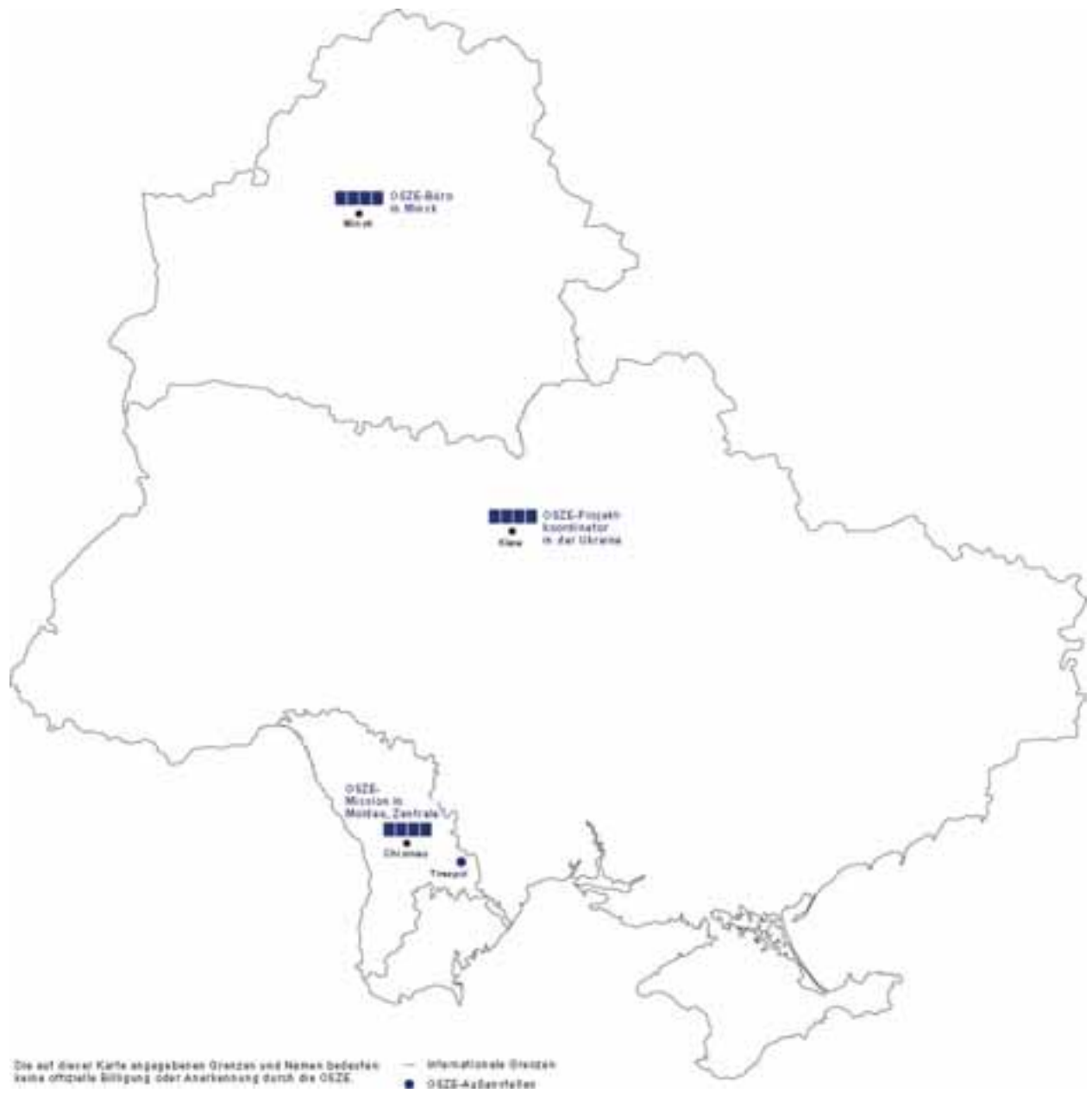
SPOC und damit zusammenhängende Initiativen verfolgen das Ziel, einen ergebnisorientierten Dialog zwischen lokalen, regionalen und internationalen Stellen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu erleichtern. Ein wichtiges Ziel ist die Gewährleistung von Nachhaltigkeit durch verstärkte Eigenverantwortung auf regionaler Ebene.

Lenkung und Stabilisierung von Bevölkerungsbewegungen

Die Zusammenführung der *Initiativen für Migration und Asyl (MAI)* und für *Flüchtlingsrückkehr (RRI)* im Jahr 2003 ist die Grundlage für einen einheitlichen, strafferen und fokussierteren Ansatz zur Lenkung und Stabilisierung von Bevölkerungsbewegungen in Südosteuropa.

Diese Initiative soll nationale Maßnahmen mit grenzübergreifenden und regionalen Bemühungen kombinieren, um den nationalen Aktivitäten größere Wirksamkeit zu verleihen und damit ein schrittweises Auslaufen der derzeitigen Aktivitäten zu ermöglichen, die ausschließlich den humanitären Aspekten der Vertreibung gelten.

OSTEUROPA



Das OSZE-Büro in Minsk

VORWORT DES LEITERS DES BÜROS

2003 war des Jahr des Neubeginns für den Feldeinsatz der OSZE in Belarus.

Am 30. Dezember 2003 verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss Nr. 526, dem zufolge die Beratungs- und Überwachungsgruppe der OSZE in Belarus aufgelöst und an seiner Stelle das Büro der OSZE in Minsk geschaffen wurde.

Das Büro war schon bald einsatzbereit und nahm seine Aktivitäten im Einklang mit seinem Mandat auf. Dieses sieht Hilfestellung für die belarussische Regierung bei der weiteren Förderung des institutionellen Aufbaus, der Festigung der Rechtsstaatlichkeit, der Entwicklung von Beziehungen mit der Zivilgesellschaft und der Entwicklung wirtschaftlicher und umweltbezogener Aktivitäten vor.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden einschlägige Projekte im Bereich der menschlichen Dimension und der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie Beobachtungs- und Berichterstattungsaktivitäten durchgeführt.

Projekte wie der *Workshop über internationale Standards für demokratische Wahlen und Wahlrechtsreform, lokale Demokratie und Hilfestellung beim Aufbau der Lokalverwaltung, die Schaffung eines Zentrums zur Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben im ländlichen Raum* – dies sind nur einige wenige der im Berichtszeitraum durchgeführten Projekte – erfüllten nicht nur den Zweck, in den einschlägigen Bereichen Fortschritte zu erzielen, sondern trugen auch zum Aufbau einer guten Zusammenarbeit zwischen dem Büro in Minsk und der Regierung des Gastlandes sowie der Zivilgesellschaft bei.

Die Errichtung des OSZE-Büros in Minsk in diesem Jahr bedeutet einen Neubeginn des Feldeinsatzes der Organisation in Belarus. Ein wirksames operatives Merkmal der Arbeit des Büros in Minsk ist die verlässliche Zusammenarbeit mit dem BDIMR bei der Umsetzung von Projekten und mit anderen OSZE-Institutionen in breiteren mandatsbezogenen Fragenkomplexen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

DURCHGEFÜHRTE PROJEKTE

Lokale Demokratie und Hilfestellung beim Aufbau lokaler Verwaltungsstrukturen

Ziel des Projekts war es, den Behörden von Belarus bei der Förderung und Entwicklung des Konzepts der lokalen Demokratie behilflich zu sein. Das Büro in Minsk organisierte mit seinen Partnern bei der Projektdurchführung vier Studienreisen zum Zweck des Erfahrungsaustauschs über Selbstverwaltung in den Nachbarländern und zur Unterstützung von Fachkontakten auf internationaler Ebene.

Partner des Büros bei der Durchführung des Projekts waren das Außenministerium, die öffentliche Vereinigung Lew-Sapega-Stiftung und die Vereinigungen lokaler und regionaler Körperschaften von Litauen, Polen, der Tschechischen Republik und Lettland.

Die zweite Phase des Projekts – die Schlusskonferenz zum Thema „*Konzeptionelle Fragen in Bezug auf die Entwicklung und Vervollkommnung des Systems der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung auf Grundlage europäischer Erfahrungen*“ – wurde dank der gemeinsamen Bemühungen des Büros in Minsk und der belarussischen Akademie der Wissenschaften, die die Entwicklung des Konzepts der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung im Land überwacht, durchgeführt.

Fünf Vertreter des Europarats und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas nahmen an der Konferenz teil.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wahlen

Unter den 60 Teilnehmern an einem Seminar über *internationale Standards für demokratische Wahlen* am 22. September waren Vertreter von belarussischen Wahlbehörden, politischen Parteien und NGOs.

Die Veranstaltung wurde vom BDIMR, vom Büro in Minsk und von der Zentralen Wahlbehörde von Belarus organisiert. Zum Abschluss des Ereignisses erklärte sich die OSZE bereit, Nachbereitungsaktivitäten zur Transparenz des Wahlprozesses und zur Hebung des Vertrauens in diesen Prozess zu unterstützen.

Aufbauarbeit im Bereich der Menschenrechtserziehung

Das Büro in Minsk unterstützte die auf eine Initiative des Unterrichtsministeriums zurückgehende Herausgabe eines Lehrbuchs „Was Schüler über Menschenrechte wissen sollen“, das sich mit dem Lehrplan für Menschenrechte an belarussischen Sekundarschulen befasst. Das Büro in Minsk wandte sich an zwei örtliche NGOs und eine russische Fach-NGO mit der Bitte um eine unabhängige Stellungnahme. Das Büro begann in den OSZE-Teilnehmerstaaten mit der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für den Druck des Lehrbuchs.

Das Büro in Minsk unterstützte das BDIMR bei der Projektdurchführung, darunter:

- ein Seminar über die Reform des Wahlsystems
- alternative Spruchpraxis
- die Verbesserung des Meldewesens in der Republik Belarus
- ein Kursprogramm, das mit einem Diplom abschließt, am Zentrum für europäische und transatlantische Studien der Europäischen humanistischen Universität.

ENTWICKLUNG DER MEDIEN

Förderung eines investigativen Journalismus durch offenen Wettbewerb

Das Büro unterzeichnete mit dem Internationalen Bildungszentrum (IBB) in Minsk eine Vereinbarung über ein gemeinsames Projekt zur Förderung des investigativen Journalismus.

Belarussische Journalisten wurden zur Teilnahme an einer Ausleseprüfung eingeladen, um sich dadurch einen Platz für eine internationale Studienreise in ein EU-Land ihrer Wahl zu sichern. Die Journalisten kamen mit Vertretern offizieller und nichtstaatlicher Institutionen zu Gesprächen zusammen und verfassten und veröffentlichten nach ihrer Rückkehr Artikel mit den Ergebnissen ihrer Recherchen.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Sekretariats ermöglichte das Büro in Minsk den Besuch einer Abordnung von Journalisten im OSZE-Sekretariat. Im Anschluss daran veröffentlichten die Journalisten Artikel über ihre neu gewonnenen Erkenntnisse über OSZE-Strukturen.

Bei mehreren Gesprächen mit Regierungsvertretern schlug das Büro in Minsk vor, den Entwurf für das *Massenmediengesetz* der OSZE und dem Europarat zur Begutachtung durch internationale Experten vorzulegen. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, dass das Gesetz den OSZE-Verpflichtungen gerecht werden und ein demokratisches Umfeld für Meinungs- und Medienfreiheit schaffen sollte.

MONITORINGAKTIVITÄTEN

Demonstrationen

In Minsk wurden besonders im März und April einige Demonstrationen der Opposition beobachtet. Bei diesen Ereignissen wurden einige Teilnehmer verhaftet und von örtlichen Gerichten in der Folge zu Geldstrafen oder einer Verwaltungshaft bis zu 15 Tagen verurteilt. Wenn sie es für angebracht hielten, nahmen Beobachter des Büros an diesen Verfahren teil.

Insgesamt beanspruchte die Situation erhöhte Aufmerksamkeit in Bezug auf die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen betreffend das Recht auf friedliche Versammlung.

Gerichtsverfahren

Das ganze Jahr hindurch nahmen Vertreter des Büros als Beobachter an Gerichtsverfahren teil. Mehrheitlich betrafen diese Fälle NGOs, darunter eine Gewerkschaft, während es bei anderen Verhandlungen um Anklagen wegen Verleumdung oder Widerstand gegen die Staatsgewalt ging.

Sich mit der Einstellung von NGOs auseinander zu setzen, wurde für das Büro in Minsk eine immer wichtigere Aufgabe. Darüber hinaus unterstützte das Büro mehrere belarussische NGOs im Hinblick auf ihre Teilnahme am *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* im Oktober in Warschau.

Einzelbeschwerden

Das Büro setzte sich nach wie vor mit zahlreichen Einzelbeschwerden wegen behaupteter Menschenrechtsverletzungen auseinander, insbesondere betreffend Polizeiorgane.

Bei den Beschwerden ging es sowohl um zivilrechtliche als auch um strafrechtliche Fälle – viele davon im Zusammenhang mit Verletzungen des Rechts auf ein faires Gerichtsverfahren und mit der Behandlung von Gefangenen.

Das Büro in Minsk brachte seine Ergebnisse und Besorgnisse den Behörden von Belarus regelmäßig zur Kenntnis. Im Allgemeinen erfolgte eine Antwort umgehend und in mehreren Fällen sorgten die betreffenden Stellen aufgrund der Intervention des Büros für Abhilfe.

Das Gefängniswesen

Auf Ersuchen von NGOs und Einzelpersonen führte das Büro Besuche in Haftanstalten durch, um sich ein Bild von den Verhältnissen in den Gefängnissen von Belarus zu machen.

Im Juni wurde einem Untersuchungsgefängnis in Minsk ein Besuch abgestattet. Als Folge davon schlug das Büro in Minsk Maßnahmen zur Verbesserung der Lage vor und erklärte seine Bereitschaft, den zuständigen staatlichen Stellen behilflich zu sein.

Im August besuchten Vertreter des Büros einen in Belarus zum Tode verurteilten ukrainischen Staatsbürger. In der Folge wandte man sich an das belarussische Helsinki-Komitee und andere Stellen mit der Bitte, sich das formelle Verfahren in diesem Fall näher anzusehen und die Möglichkeit der Beistellung eines Rechtsanwalts zu prüfen. Das Büro schloss sich auch dem Appell an, das Urteil in lebenslängliche Haft umzuwandeln.

Im Dezember besuchte der Leiter des Büros Professor Juri Bandaschewski im Gefängnis, der eine achtjährige Haftstrafe wegen angeblicher Bestechung verbüßt. Der Besuch wurde durch den Ausschuss für Strafvollzug ermöglicht. Sowohl *Amnesty International* als auch andere Organisationen sind der Meinung, dass der Fall des ehemaligen Rektors der Staatlichen medizinischen

Hochschule Gomel einen politischen Hintergrund hat; dadurch erhielt er auch beträchtliche internationale Aufmerksamkeit.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Das Büro in Minsk stellte positive Arbeitsbeziehungen mit mehreren Regierungsinstitutionen und NGOs in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt her. Es arbeitete auch eng mit dem *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE* zusammen.

In diesem Jahr wurden fünf Programme abgeschlossen. Im Zentrum der Aktivitäten standen die Stärkung der lokalen Eigenverantwortung, die Weitergabe von Know-how der internationalen Experten zu einer Reihe von Fragen und die Weitergabe von Informationen an nationale Experten und die Zivilgesellschaft.

WIRTSCHAFTSAKTIVITÄTEN

Reform des Pensionssystems

Im Vorfeld der geplanten Reform entwickelte das Büro in Minsk in Zusammenarbeit mit dem Arbeits- und Sozialministerium ein Programm, in dessen Rahmen ein Expertenteam nach Belarus eingeladen werden soll, um die möglichen Optionen für ein Pensionssystem zu erörtern. An dem Programm nahmen Vertreter offizieller Organisationen und NGOs teil.

Unternehmensentwicklung im ländlichen Raum

Im Rahmen eines nationalen Programms zur Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen führten das Büro und internationale Partner mehrere Aufgaben durch, um zur Förderung der Unternehmensentwicklung im ländlichen Raum beizutragen.

Dabei wurden zwei Hotlines für juristische und wirtschaftliche Beratung für ländliche Jungunternehmer eingerichtet. Die Werbung dafür erfolgte durch eine landesweite Fernseh- und Radiokampagne.

Gemeinsam mit örtlichen Unternehmern leistete das Büro in Minsk Hilfestellung bei der Schaffung eines

Zentrums zur Unterstützung ländlicher KMU in Komarowa in der Region Mjadel.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Aufklärung über die Aarhus-Konvention

Nach der jüngst erfolgten Unterzeichnung der *Aarhus-Konvention* durch Belarus arbeitete das Büro in Minsk gemeinsam mit dem Ministerium für Naturressourcen und Umweltschutz sowie *Eco-Prava Belarus* an einer Analyse der Umweltgesetze.

Die Analyse wurde in Form eines Leitfadens veröffentlicht und 1500 Exemplare wurden an Richter, Studenten und Bibliotheken im ganzen Land verteilt.

Vorstellung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Eine vergleichende Analyse über die Wassergesetzgebung in der EU und in Belarus wurde abgeschlossen und den Verantwortlichen aus allen Regionen als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt. Zwei Leitfäden – einer für Wasserfachleute und einer für die Öffentlichkeit – wurden auf der Grundlage der auf dem Seminar gemachten Empfehlungen ausgearbeitet und in der Folge an ein breites Publikum verteilt. Vorreiter des Projekts war das Büro in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Naturressourcen und Umweltschutz und TACIS; es wurde aufbauend auf der vorjährigen Arbeit von TACIS erstellt.

Schaffung eines grenzübergreifenden Biosphärenreservats

In Zusammenarbeit mit der nationalen Akademie der Wissenschaften und dem belarussischen Ausschuss für Mensch und Biosphäre vollzog das Büro in Minsk alle Schritte, die für einen Antrag an die UNESCO notwendig sind, um in Westpolesien ein grenzübergreifendes Biosphärenreservat zu schaffen.

Der erfolgreiche Abschluss des Projekts gab Belarus die Möglichkeit, gemeinsam mit Polen und der Ukraine für das Reservat einen geschützten Status zu beantragen.

Die OSZE-Mission in Moldau

VORWORT DES MISSIONSLEITERS

Für die OSZE-Mission in Moldau war 2003 ein Jahr voller Verheißungen, Errungenschaften und Enttäuschungen. Dank des außergewöhnlichen Einsatzes des niederländischen Vorsitzenden und insbesondere des Persönlichen Beauftragten des Vorsitzenden für Moldau, Botschafter Adriaan Jacobovits de Szeged, konnte die OSZE bei den Verhandlungen über eine politische Regelung der Transnistrienfrage eine entscheidende Rolle spielen.

Moldau und die örtlichen Behörden in Transnistrien stimmten der Einrichtung einer Gemeinsamen Verfassungskommission zu, die eine neue Verfassung für ein wiedervereinigtes Land ausarbeiten soll; die OSZE-Mission eröffnete ein neues Büro in Bendery, um für dieses Unternehmen die Räume und Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Durch die Verhandlungsinitiativen im Herbst schien eine Lösung zwischen Chişinău und Tiraspol in greifbarer Nähe, doch gelang es den Parteien nicht, sich endgültig zu einigen. Trotzdem bleibt die Rolle der OSZE und der Mission in Chişinău nach wie vor ein zentrales Element bei der Suche nach einer Lösung für diesen „eingefrorenen Konflikt“.

Die OSZE-Mission trug auch zu noch nie dagewesenen Fortschritten in der Koordinierung der Unterstützung und Sicherstellung von Transparenz beim Abzug der Waffen und Truppen der Russischen Föderation aus Moldau bei. Die drei Frühlingsmonate waren von intensiver Aktivität gekennzeichnet, als die russischen Streitkräfte über ein Drittel der riesigen Munitionsbestände aus der letzten verbleibenden großen militärischen Einrichtung der Russischen Föderation, dem Munitionsdepot in der Nähe des im Norden gelegenen Dorfes Colbasna, abzogen. Örtlicher Widerstand am linken Ufer verhinderte einen vollständigen Abzug im Jahr 2003, doch ist die OSZE-Mission darauf vorbereitet, 2004 die zügige Erfüllung dieses zentralen Punktes ihres Mandats zu ermöglichen.

Die OSZE-Mission in Moldau engagierte sich auch in einem breiten Spektrum von Fragen zur menschlichen Dimension. Mitglieder der Mission handelten eine Lösung für den Betrieb von Schulen am linken Ufer, die Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichten, aus und kämpften – allerdings erfolglos – für deren Verwirklichung. Die Mission übernahm auch eine unerlässliche Rolle als führende Instanz und Koordinator im Kampf gegen den Menschenhandel in Moldau und initiierte in diesem Zusammenhang auch ein wichtiges Projekt für Opferhilfe und Zeugenschutz. Bei allen ihren Bemühungen im Dienste der Konfliktlösung und der Schaffung regionaler Stabilität legten die internationalen und nationalen Mitarbeiter der OSZE-Mission unvergleichliches Engagement und einzigartige Professionalität an den Tag.

Politische Verhandlungen

Auf der Grundlage der vom moldauischen Präsidenten im Februar initiierten Ausarbeitung eines Entwurfs zu einer neuen Verfassung für einen vereinigten Bundesstaat unterstützte die Mission aktiv die Schaffung und die Arbeit einer Gemeinsamen Verfassungskommission, der Vertreter aus Moldau und der transnistrischen Region angehören. Diese Kommission übt ihre Tätigkeit neben den laufenden Verhandlungen über eine politische Regelung aus.

Vertreter der drei Mediatoren – OSZE, Russische Föderation und Ukraine – haben in der Gemeinsamen Verfassungskommission Beobachterstatus. Den Vertretern und den Experten der Europäischen Union und der Venedig-Kommission des Europarats wurde auch eine beratende Rolle für die Kommission zugewiesen. Die Mission stellte der Kommission Räumlichkeiten, Büroeinrichtung und andere logistische Unterstützung zur Verfügung. Gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE organisierte die Mission zwei Seminare für die Mitglieder der Kommission und Parlamentarier beider Seiten, um diese mit europäischen Modellen und Aspekten des Föderalismus vertraut zu machen.

Zu Ende des Jahres hatte die Kommission einen Entwurf für das Kapitel über Menschenrechte und Grundfreiheiten ausgearbeitet. In Bezug auf die bundesstaatlichen Strukturen des künftigen Staates und die Aufteilung der Kompetenzen zwischen lokalen und Zentralbehörden war sie jedoch nicht vorangekommen.

Mitte Oktober legten die drei Mediatoren eine Reihe von Vorschlägen und Empfehlungen als Hilfestellung für die beiden Seiten bei der Behandlung strittiger Fragen in der Kommission vor.

Parallel zur Aufmerksamkeit, die die Mission der Frage eines Sonderstatus für die Region Transnistrien widmete, versuchte sie das ganze Jahr hindurch mit beträchtlichem Einsatz die Spannungen zwischen den beiden Seiten abzubauen, die in einer breiten Palette strittiger Wirtschafts- und Rechtsfragen bestehen.

Als Reaktion auf die zunehmenden Spannungen zwischen den Seiten in Bezug auf die rechtliche Eintragung transnistrischer Unternehmen, Zölle und Zolldokumente sowie Festnetz- und mobile Telefonsysteme am rechten und linken Ufer und andere Fragen schlug die Mission vor, im Rahmen des umfassenden Verhandlungsprozesses eine Arbeitsgruppe von Wirtschaftsexperten einzurichten.

In der zweiten Jahreshälfte befassten sich die Wirtschaftsexperten eingehend mit der Suche nach Kompromisslösungen, allerdings nur mit mäßigem Erfolg.

Die wichtigste Zielsetzung der OSZE-Mission in Moldau ist Hilfestellung für die Aushandlung einer dauerhaften politischen Lösung des Transnistrienkonflikts. Das Mandat der Mission umfasst auch eine Reihe von Sicherheitsfragen, insbesondere den Abzug ausländischer Streitkräfte aus der Republik Moldau.

Politisch-militärische Aktivitäten

DIE GEMEINSAME KONTROLLKOMMISSION (JCC)

Die militärischen Mitglieder der Mission setzten 2003 ihre Bemühungen fort, mit der JCC, dem für die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1992 zuständigen Gremium, zusammenzuarbeiten und deren Arbeit zu unterstützen.

Die JCC ist auch das Kontrollorgan für die *gemeinsamen friedenserhaltenden Kräfte* in der Sicherheitszone, einem Landstreifen entlang des Dnjestr, des Grenzflusses zwischen den beiden Streitparteien.

Die Mission nahm an den wöchentlichen Sitzungen der JCC als Beobachter teil.

ENTMILITARISIERUNG UND TRANSPARENZ

Im August trugen die Bemühungen der Mission in der JCC um Vertrauensbildung und militärische Transparenz erste Früchte, als es gelang, eine Vereinbarung über den vollständigen Abzug der bei den friedenserhaltenden Truppen innerhalb der Sicherheitszone in Dienst stehenden Panzerfahrzeuge durch das moldauische und transnistrische Militär auszuhandeln.

Diese Maßnahme beruhte auf einer Empfehlung, die eine Gruppe von OSZE-Militärexperten 2001 abgegeben hatte, die jedoch in Ermangelung eines Konsenses innerhalb der JCC niemals durchgeführt wurde.

Am 27. Mai stimmte die JCC schließlich dieser Maßnahme zu, doch zögerten Streitigkeiten über praktische Details die Umsetzung hinaus. Nachdem diese Details am 1. August bei einem Treffen in der Missionszentrale geregelt worden waren, wurden in zwei Phasen am 14. bzw. 21. August insgesamt 71 Panzerfahrzeuge aus der Sicherheitszone abgezogen. Mitglieder der OSZE-Mission beobachteten und verifizierten alle Phasen dieses Abzugs.

Zur Verbesserung der militärischen Transparenz stellte Ende August die moldauische Delegation unilateral allen anderen Kommissionsmitgliedern umfassende Daten über die moldauische Heeresstruktur zur Verfügung, einschließlich der Standorte militärischer Truppenteile, ihrer Personalstärken und ihrer Ausrüstung.

Ungelöste Fragen

Ungeachtet der beschriebenen Erfolge wurde die Arbeit der JCC 2003 von mehreren seit langem bestehenden Streitfragen über die Region Transnistrien überschattet, darunter die Abschaltung von Versorgungseinrichtungen, die erzwungene Verlegung rechtmäßig stationierter Polizeieinheiten, die nach wie vor bestehende Sperre einer Dnjestrbrücke und Zwischenfälle mit moldauischen Bauern in der Region.

Diese Fragen brachte der Missionsleiter bei mehreren Zusammenkünften mit Führern der Region Transnistrien zur Sprache, ohne dass zu Jahresende eine dieser Fragen als gelöst bezeichnet werden konnte.

ABZUG UND REDUZIERUNG VON WAFFEN UND AUSTRÜSTUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION

2003 setzte sich die Mission äußerst aktiv für die Ermöglichung und Unterstützung des Abzugs von Waffen, Munition und Militärausrüstung der Russischen Föderation aus der Region Transnistrien (Moldau) bzw. für deren Vernichtung ein, insbesondere nach Maßgabe der Bestimmungen, um die das Mandat der Mission beim *Gipfeltreffen der OSZE von Istanbul 1999* erweitert worden war.

In diesem Jahr beobachtete und verifizierte die in der Mission für das Programm-Management zuständige Dienststelle den Abzug von 11 Zügen mit militärischer Ausrüstung und 31 Zügen mit einer Ladung von über 15.000 Tonnen Munition.

Im Einklang mit früheren Vereinbarungen leistete die Mission dem russischen Verteidigungsministerium für die durch den Abzug verursachten Aufwendungen eine finanzielle Entschädigung.

Dennoch blockierten die Behörden in der Region Transnistrien im Sommer und Herbst vier Monate lang den Abzugsprozess. Daher befindet sich schätzungsweise die Hälfte der ursprünglich 42.000 Tonnen Munition nach wie vor in den Lagern.

Trotz umfassender Bemühungen konnten die 2002 importierten technischen Anlagen zur Zerstörung der Munition in diesem Jahr nicht eingesetzt werden. Die Behörden in der Region Transnistrien erteilten keine Genehmigung für die Lieferung der Anlagen an die Zerstörungsstätten, was im Widerspruch zu den mit der Mission und der Russischen Föderation getroffenen Vereinbarungen steht.

VERIFIZIERUNG DER ZERSTÖRUNG VON WAFFEN

Bei der Beobachtung und Verifizierung der Zerstörung russischer Militärausrüstung vor Ort in Tiraspol arbeitete die Mission erfolgreich mit militärischen Vertretern der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte zusammen.

In zwei umfangreichen Reduzierungsschritten zerstörten russische Militäranghörige 51 Panzerfahrzeuge, die nicht unter die durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa begrenzten Typen fallen.

Auf diesen Fahrzeugen waren Abschussvorrichtungen für Panzer- und Luftabwehrkraketen sowie radiologische, Aufklärungs- und Kommunikationseinrichtungen montiert.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

SPRACHENRECHTE

Unterstützung der freien Wahl der Unterrichtssprache durch die Eltern

Die Auseinandersetzungen um sieben moldauische Schulen in Transnistrien gehen trotz der in diesem Jahr von der Mission und dem *Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten* ausgehandelten Vereinbarungen weiter.

An diesen Schulen wird Rumänisch/Moldauisch in lateinischer Schrift unterrichtet; sie werden von der moldauischen Regierung finanziert und halten sich an moldauische Lehrpläne.

Zu Beginn des Jahres wiederholten die Behörden in Transnistrien ihre Drohung, diese Schulen zu schließen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Büro des *Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten* und dank der substantiellen Unterstützung durch dieses Büro in Schlüsselbereichen konnte die Mission im Spätsommer mit den Unterrichts- und Justizbehörden in der Region Transnistrien eine Vereinbarung treffen. Diese sollte den Schulen die Möglichkeit bieten, in das Regelschulwesen am linken Ufer übernommen zu werden und ungehindert den Unterricht aufzunehmen.

Leider hielten sich die offiziellen Stellen in der Region Transnistrien weder an diese Vereinbarung noch an deren im Oktober über Vermittlung der Mission zustande gekommene abgeänderte Fassung. Stattdessen kehrten sie zu ihrer früheren Taktik zurück, insbesondere in Bezug auf die Schulen in der im Norden am Fluss gelegenen Stadt Ribnița und im transnistrischen Verwaltungszentrum Tiraspol. Gegen den Direktor und einige Lehrer der Schule in Ribnița wurden strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Zu Ende des Jahres stand die Anerkennung der Schulen noch immer aus und ihr weiteres Schicksal war ungeklärt.

Aufnahme eines Dialogs über die Reform des Geschichtsunterrichts

Die Mission setzte ihre Unterstützung für die Seminarreihe des Europarats unter dem Titel „*Geschichtsunterricht in Moldau*“ fort. Diese und andere damit zusammenhängende Initiativen waren für die Umsetzung der Empfehlungen des Europarats für den *Geschichtsunterricht im Europa des einundzwanzigsten Jahrhunderts* gedacht.

WAHLEN

Bei den Lokal- und Kommunalwahlen im Mai bzw. Juni in Moldau arbeitete die Mission eng mit der *Wahlbeobachtungsmission* des BDIMR zusammen. Sie nahm als Kurzzeitbeobachter am ersten und zweiten Wahlgang teil.

In der Folge befassten sich Mitglieder der Mission mit Beschwerden von politischen Parteien und Einzelpersonen, darunter auch Beschwerden gegen die Anwendung von Verwaltungsanktionen der Regierungsstellen gegen Kandidaten der Opposition. Mitglieder der Mission fungierten bei mehreren Nachwahlen ebenfalls als Beobachter.

Im November beobachteten Mitglieder der Mission die Vorbereitungen für die Wahlen zur Gagausischen Volksversammlung in der Autonomen Region Gagausien (Gagauz Yeri). Mit Hilfe eines vom BDIMR zur Verfügung gestellten Wahlexperten wurde eine politische Beurteilung durchgeführt. Missionsmitglieder besuchten während beider Wahlgänge so gut wie alle Wahllokale und beobachteten die Auszählung in einigen ausgewählten Orten.

MENSCHENRECHTSMONITORING

Wie in den Jahren zuvor gingen bei der Mission unzählige Anträge und Beschwerden von Einzelpersonen und Gruppen aus der Bürgerschaft beiderseits des Dnjestr ein, die von der Mission beantwortet wurden.

In einigen Fällen wurde den Beschwerdeführern geraten, an welche moldauischen Institutionen sie sich um Abhilfe wenden sollten, in anderen Fällen wandte sich die Mission selbst an die zuständigen Beamten mit der Bitte um Klarstellung oder um Prüfung des Falles.

Darüber hinaus setzte sich die Mission wie schon in den Vorjahren für den Fall der drei verbleibenden Mitglieder der Ilascu-Gruppe ein – Staatsangehörige der Republik Moldau, die von den Behörden in Transnistrien wegen behaupteter Verbrechen während des Konflikts von 1992 angeklagt wurden und sich seither in Tiraspol in Haft befinden.

Im März ermöglichte die Mission im Rahmen des Verfahrens in einem Fall, der von Mitgliedern der Gruppe dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zugeleitet worden war, eine Ermittlung vor Ort durch die Große Kammer des Gerichtshofs.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS UND GENDERFRAGEN

Forcierte Bekämpfung

Ausweitung und Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels

2003 konsolidierte und erweiterte die Mission ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, indem sie eine eigene Dienststelle dafür schuf.

Sie konzentrierte sich darauf, Moldau bei der Überwachung, Koordinierung und Vertretung der Interessen sowie bei Qualifizierungsmaßnahmen und beim Aufbau von Institutionen zu helfen.

Die neue Dienststelle der Mission fungiert als wirksame Anlaufstelle für die Koordinierung der lokalen und internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels in Moldau und unterstützt die Synergiebildung.

Es wurde eine weitgehende Koordinierung mit der *BDIMR-Gruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels* und den Sonderarbeitsgruppen des Stabilitätspakts zu den Themen Menschenhandel und Genderfragen entwickelt.

Eine ähnlich intensive Zusammenarbeit mit dem für die Bekämpfung des Menschenhandels zuständigen Mitarbeiternetz in anderen OSZE-Missionen und -Institutionen, internationalen Organisationen und NGOs

erwies sich bei der Behandlung von Fragen der Menschenhandelsbekämpfung in Moldau als wirksam.

Die Dienststelle richtet monatliche Treffen von NGOs sowie nationalen und internationalen Agenturen zur technischen Koordinierung aus. Zur Verbesserung der Koordinierung bei der Bekämpfung des Menschenhandels sowie der Finanzierungsbemühungen unterhält sie auch eine Datenbank mit den laufenden Projekten.

Unterstützung des Nationalen Ausschusses

Die Mission unterstützte auch weiterhin den nationalen moldauischen Ausschuss zur Bekämpfung des Menschenhandels bei seinen Bemühungen um eine umfassende Strategie. Auf Rat der Mission wurden vier themenbezogene Unterarbeitsgruppen gegründet, an denen NGOs und internationale Organisationen teilnehmen. Die Mission ist Kovorsitzender in der Untergruppe Rechtsvorschriften.

Reform der Gesetze gegen den Menschenhandel

Das BDIMR, die Mission und mehrere Partner leisteten bei der Abfassung des im Juni in Kraft getretenen *moldauischen Strafgesetzbuchs und Strafverfahrensrechts* technische Hilfestellung. In beiden wird Menschenhandel als Verbrechen eingestuft, auf das als Höchststrafe lebenslänglicher Freiheitsentzug steht. Die Mission bietet weiterhin ihre Hilfestellung für die Analyse und Überprüfung des Strafrechts und der Zeugenschutzgesetze an.

Aufbau örtlicher Kapazitäten und Institutionen

In Zusammenarbeit mit internationalen Partnern unterstützte die Mission die moldauischen Ministerien für Inneres und für Justiz bei der Ausarbeitung von Schulungsbausteinen gegen den Menschenhandel für Polizisten, Staatsanwälte und Richter.

Zur Förderung eines verantwortungsbewussten Journalismus in Menschenhandelsfragen veranstaltete die Mission eine viertägige Intensivarbeitsgruppe, in deren Rahmen 13 Journalisten von internationalen Experten unterrichtet wurden.

Stärkung des Schutzes und der Hilfe für Opfer

Im Sommer nahm die Mission ein groß angelegtes Projekt mit dem Titel „*Verstärkter Schutz und verstärkte Hilfe für erwachsene und minderjährige Opfer des Menschenhandels*“ in Angriff. Durch dieses Projekt sollen nationale Leitsysteme aufgebaut und Schutzmaßnahmen für Opfer und Zeugen entwickelt werden. Es ist auf zwei Jahre angelegt.

Über ihren durchführenden Partner, *La Strada*, stellte die Mission finanzielle und technische Ressourcen für die direkte Unterstützung von Opfern des Menschenhandels, insbesondere von Frauen und Kindern, zur Verfügung. Über 400 Personen, darunter 260 Kinder von Opfern, erhielten materielle, juristische und psychologische Hilfe.

Dreizehn Opfer konnten inzwischen mit Hilfe von Stipendien eine Berufsausbildung erhalten oder ein Studium aufnehmen.

Eintreten für die Bekämpfung des Menschenhandels in Transnistrien

Die Mission widmete der Bekämpfung des Menschenhandels in Transnistrien große Aufmerksamkeit. Sie begrüßt die neuen Bestimmungen gegen den Menschenhandel im regionalen Strafrecht am linken Ufer.

GENDERFRAGEN

Kompetenzen für Frauen

Das Projekt zur Förderung der Mitsprache von Frauen im politischen und öffentlichen Leben ging im März unmittelbar vor den Lokalwahlen zu Ende.

„*Frauen schaffen es*“ – eine von der *Canadian International Development Agency* finanzierte Maßnahme – bot 37 Seminare an, bei denen 892 Frauen aus 318 Orten eine Ausbildung erhielten. Unter den Teilnehmerinnen waren Vertreter aus zwölf politischen Parteien, von Organisationen der Zivilgesellschaft, von Massenmedien und Gewerkschaften.

MEDIENFREIHEIT

Nach wie vor ist die Mission besorgt über die noch immer andauernden Einschränkungen der freien Meinungsäußerung durch die Behörden in Transnistrien. Leider musste die Mission 2003 sogar eine Zunahme von Fällen am rechten Ufer feststellen, in denen die Behörden die staatlichen Medien manipuliert und Druck auf unabhängige Medien ausgeübt haben sollen.

Die Medienlage in der transnistrischen Region gibt nach wie vor Anlass zu ernster Sorge. Die Behörden in Tiraspol setzten ihre Dauerkampagne zur Knebelung unabhängiger Stimmen der Opposition und von Bewegungen am linken Ufer fort, insbesondere durch die versuchte Schließung unabhängiger Lokalzeitungen und Beschränkungen für andere Medien.

Am rechten Ufer hielten 2003 die Spannungen rund um die Bemühungen zur Umwandlung der staatlichen Rundfunkanstalt *Teleradio Moldova* in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen an. Bei den Diskussionen über dieses Thema ging es in erster Linie um die Umsetzung der Empfehlungen des Europarats und die Novellierung des nationalen Rundfunkrechts. In der zweiten Jahreshälfte beschloss das gesetzgebende Organ in Moldau, *Teleradio Moldova* nicht einer Strukturreform zu unterziehen, sondern einfach zu schließen.

Im Laufe der Umwandlung der staatseigenen Rundfunkanstalt wurden ernst zu nehmende Bedenken geäußert, die Reform könnte als Vorwand für die Ausschaltung unabhängiger oder regierungskritischer Journalisten benutzt werden. Es gab mehrere Fälle von Entlassungen oder Sendeverbote aus politischen Gründen gegen im Dienste der Staatsmedien tätige Journalisten.

Der Mission kamen auch mehrere angebliche Fälle von Begünstigung bei der Erteilung von Radio- und Fernsehsendelizenzen an private Unternehmen zu Ohren. Die Bedenken und Beobachtungen der Mission wurden den Teilnehmerstaaten und dem *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* regelmäßig mitgeteilt.

Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine

VORWORT DES PROJEKTKOORDINATORS

Gemeinsam mit den Behörden des Landes arbeitet der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine an der Weiterentwicklung der neuen Form der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der Ukraine laut Memorandum of Understanding von 1999.

Das Jahr 2003 war in dieser Beziehung eine wichtige Übergangsphase. Im April wurde ein neuer Projekt Koordinator ernannt. Auf diese Bestellung folgte eine Phase, in der mit den ukrainischen Behörden Überlegungen darüber angestellt wurden, wie die neue Form der Zusammenarbeit die etablierten Institutionen der Ukraine und deren Leistungen im Hinblick auf das selbst gesetzte Ziel Good Governance ergänzen könnte.

Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine befasst sich gemeinsam mit den ukrainischen Behörden einschließlich des Außenministeriums mit der Entwicklungsplanung und der Umsetzung wichtiger Projekte. Die ukrainischen Behörden haben dem OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine breite Unterstützung zugesagt.

Durch die Fortschritte der Ukraine im Hinblick auf die Ziele, die sie sich in den von ihr entwickelten Aktionsplänen gesetzt hat, zeitigt diese neue Form der Zusammenarbeit sichtbare Ergebnisse.

Entwicklung eines Instruments für die Vernetzung von Aktivitäten

Als Unterstützung für die Entwicklung neuer Projekte richtete das Büro eine Datenbank entsprechend den Bestrebungen des Gastlandes ein, wie sie in dessen Aktionsplänen zum Ausdruck kommen.

Die Datenbank umfasst auch die Aktivitäten von NGOs, internationalen Organisationen und der in der Ukraine tätigen internationalen Gemeinschaft.

Dieses Instrument, das Querverweise ermöglicht, hilft Doppelarbeit zu vermeiden und lässt jene Bereiche erkennen, auf die das Büro seine Ressourcen konzentrieren sollte.

Zusammenarbeit mit dem Gastland 2003 und darüber hinaus

Zum Zeitpunkt der Bestellung des neuen Projekt Koordinators waren mehrere Projekte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Konversion von Rüstungsgütern und soziale Eingliederung des abgerüsteten Militärpersonals, Menschenhandel, Reform des Einwohnermeldewesens und Abfassung von Gesetzen in Durchführung.

Einige dieser Aktivitäten gehen weiter, andere wurden abgeschlossen oder sind in eine neue Phase getreten. Neue und zusätzliche Projekte sind in Planung, mit dem Ziel, breit angelegte Initiativen großen Umfangs zu entwickeln.

Dieses Jahr baute die dynamische Feldpräsenz eine echte Partnerschaft mit der Ukraine auf. Die neuen Projekte betreffen in erster Linie folgende Bereiche:

- Rechtsstaatlichkeit – ein Bündel maßgeblicher Projekte
- Grenzüberwachung – einschließlich Ausbildung, Ausrüstung und Grenzziehung
- Entwicklung von Wirtschaft und Gemeinwesen – insbesondere durch Unterstützung von KMU
- Wahlen.

Die für das nächste Jahr zugesagten außerbudgetären Beiträge übersteigen bei weitem die in diesem Jahr eingegangenen Summen; dadurch wird die Verwirklichung vieler dieser Projekte möglich.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Rechtsstaatlichkeit ist eine der Haupttätigkeitsbereiche des Büros im Zusammenhang mit der Entschlossenheit der ukrainischen Gerichte, verstärkt moderne Verfahren zu entwickeln.

Das Büro bietet den Gerichten und Forschungsinstituten in folgenden Bereichen finanzielle und logistische Unterstützung:

- Sprachkurse für Richter
- Veröffentlichung von juristischem Material und juristischen Forschungsarbeiten
- Veröffentlichungen von Unterlagen für Richter, die mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu tun haben, in ukrainischer Sprache
- Aufbau eines Bibliotheks- und Informationszentrums im Justizministerium für Mitarbeiter, die mit der europäischen Integration befasst sind
- Fortbildung für Rechtsanwälte und Richter in Bezug auf neue Gesetze und internationale Übereinkommen, denen die Ukraine beigetreten ist
- Teilnahme ukrainischer Rechtsanwälte, Richter und Verwaltungsbeamter an internationalen Foren, deren Thema in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fällt.

Als Teil der aktuellen Umsetzung der Justizreform wird die Schaffung eines Verwaltungsgerichtswesens unterstützt. Parlamentsausschüsse und Stellen, die legislative Forschungen anstellen und Gesetze formulieren, erhalten Hilfestellung.

In Zusammenarbeit mit dem Justizministerium unterstützt der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine auch die Begutachtung von Gesetzen und die Angleichung vorgeschlagener Rechtsvorschriften an europäische Standards.

Mit der Präsidentschaftskanzlei und dem BDIMR als Partnern unterstützt das Büro die fortgesetzte Arbeit am

landesweiten Einwohnermeldewesen durch internationale Konferenzen und Konsultationen mit anderen Ländern, die ihr System bereits nach europäischem Muster reformiert haben.

AKTIVITÄTEN FÜR GEMEINWESEN UND WIRTSCHAFT

Ein neuer Projektbereich

Heranziehen von Unternehmern

In Zusammenarbeit mit den zuständigen ukrainischen Behörden in den verschiedenen Regionen auf allen Ebenen unterstützt der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine Bemühungen, Möglichkeiten für etablierte und künftige Unternehmer zu schaffen. Durch die Entwicklung von Beschäftigungszentren werden Möglichkeiten für Weiterbildung, fachliche Hilfe und KMU-Finanzierung geboten.

Wirtschaftsinitiativen

Im Zusammenhang mit der Einbeziehung in Umschulungsmaßnahmen für ehemalige Militärangehörige und in die Bekämpfung des Menschenhandels unterstützt das Büro Programme, die zur Schaffung der Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung verarmter Regionen der Ukraine beitragen sollen.

Eine Initiative hat die Schaffung der Infrastruktur zur Unterstützung von Unternehmen in abgelegenen Gebieten zum Ziel, die kaum oder gar keinen Zugang zu wirtschaftlichen Beratungseinrichtungen haben. Andere Initiativen zielen auf die Verbesserung und Modernisierung des vorhandenen betriebswirtschaftlichen Schulungsmaterials ab, um Jungunternehmer mit der neuesten juristischen Literatur zu versorgen, in der das 2004 in Kraft *tretende Handels- und Zivilrecht* kommentiert wird.

Förderung überlebensnotwendiger Investitionen

Das Büro ist sich der Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen in der Ukraine bewusst, da sie ein Mittel zur Stimulierung lokaler Wirtschaftstätigkeit, zur Linderung der Armut, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und für größeres Wohlergehen der Bürger sind. Daher arbeitet es mit den regionalen Behörden an der Entwicklung von Strategien zur Förderung von Investitionsmöglichkeiten durch

- Entwicklung langfristiger Pläne zur Investitionsförderung,
- Vorbereitung von Investitionsfachmessen und Werbung bei ausländischen Investitionsforen für Investitionsmöglichkeiten in der Ukraine und
- Networking für Unternehmen.

Besonders aktiv ist der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine bei der Unterstützung der Bemühungen der Ukraine zur Bekämpfung des Menschenhandels, mit dem Ergebnis, dass die Ukraine in der Region beispielgebend für bewährte Praktiken ist. Delegationen aus anderen Ländern reisen in die Ukraine, um aus ihren Erfahrungen zu lernen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE UND BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Mit den zuständigen ukrainischen Behörden – insbesondere dem Staatskomitee für Familie und Jugend und einigen NGOs – unterstützten der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine und das BDIMR landesweite Kampagnen zur Verhütung des Menschenhandels.

Hebung des Bewusstseins durch gezielte Erziehung und Hotlines

Zu den wirksamsten, vom Projektkoordinator unterstützten Instrumenten gegen den Menschenhandel zählen die von NGOs betriebenen nationalen und regionalen gebührenfreien Beratungs-Hotlines. Es wurden bisher mehr als 22.000 Anfragen entgegengenommen und Auskünfte zu Auslandsreisen, Arbeits- und Studienbedingungen im Ausland vor dem Hintergrund einer Sensibilisierung für die Gefahr des Menschenhandels erteilt. Im Rahmen dieser Programme erhält auch das Auskunftspersonal der Hotlines eine Schulung.

In enger Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden wurde im Rahmen der Kampagnen zur Verhütung des Menschenhandels die Aufklärung von besonders gefährdeten Risikogruppen und von Schülern und Studenten unterstützt. Im Laufe des Jahres hörten mehr als 11.000 Personen Vorträge zum Problem des Menschenhandels.

Planung wirksamer Kampagnen zur Bekämpfung des Menschenhandels

2003 wurde vom Büro eine Bedarfserhebung im Hinblick auf die Identifikation und Rehabilitation der Opfer mitfinanziert. Das Büro prüft auch mögliche Verbesserungen der laufenden Aufklärungskampagnen. Das Ergebnis dieser Erhebung und die daraus abgeleiteten Empfehlungen werden in der Tätigkeit des Büros im Jahr 2004 ihren Niederschlag finden.

Das Propiska-System im Einwohnermeldewesen

Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine und das BDIMR unterstützen die Behörden des Landes bei der Reform des im Einwohnermeldewesen geltenden *Propiska-Systems*.

Internationale Experten haben die einschlägigen Gesetzesentwürfe begutachtet. Dabei wurden die Erfahrungen anderer Länder in diesem Bereich untersucht und die ukrainischen Meldegesetze analysiert. Unterstützung gab es in Form von Seminaren, einer Studienreise nach Litauen und der Veröffentlichung einschlägigen Materials.

Im Januar erließ der Ministerrat eine vorläufige Verordnung betreffend die Meldepflicht für Bürger, die durch ein neues Gesetz abgelöst werden soll. Ein *Gesetzesentwurf über Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit* steht vor der zweiten Lesung im ukrainischen Parlament.

***Wiedereingliederung ehemaliger
Militärangehöriger in die Gesellschaft***

Als Folge der Verkleinerung des Militärs gibt es in der Ukraine zahllose Einrichtungen und tausende ehemalige Soldaten, die auf ein ziviles Leben vorbereitet werden müssen. Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine finanzierte ein Musterprojekt für die Konversion von Rüstungsgütern an einem Militärstützpunkt. Im Rahmen dieses Projekts wurde auch der Stand der Konversion in der Ukraine insgesamt erhoben.

Das Projekt schuf eine Grundlage für weitere Aktivitäten des Büros in diesem Bereich, das in der Folge in enger Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium der Ukraine und dem nationalen Koordinierungszentrum für Konversion und soziale Anpassung Schulungszentren für Soldaten finanziert, die sich auf dem Weg in das Zivilleben befinden.

In diesen Zentren erhalten die ehemaligen Soldaten Informationen über Wohnungs- und Pensionsrechte sowie über andere Möglichkeiten, die ihnen zur

Verfügung stehen. Es wird auch psychologische Unterstützung angeboten. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung von Umschulungsmöglichkeiten.

Zu den ersten Schritten zählt ein neues Programm, das abgerüsteten höheren Offizieren ein betriebswirtschaftliches Diplomstudium ermöglicht.

WAHLEN

Im Anschluss an Erklärungen höchster ukrainischer Stellen, in denen die Ukraine sich zur Durchführung fairer und transparenter Wahlen bekennt, setzt sich der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine dafür ein, dass bei den Wahlen höchste demokratische Standards gelten. Zu diesem Zweck haben die ukrainischen Behörden, NGOs und die internationale Gemeinschaft ihre Zusammenarbeit vertieft.

Im Hinblick auf die Wahlen 2004 wurde ein umfassender Aktionsplan erstellt und den ukrainischen Behörden zur Prüfung vorgelegt.

Das OSZE-Büro in Baku

VORWORT DES BÜROLEITERS

Das Jahr 2003 kann man zweifellos als das arbeitsreichste und erfolgreichste Jahr für das Büro seit seiner Gründung vor rund vier Jahren bezeichnen.

Bei der Wahrnehmung seines Mandats setzte das Büro den Schwerpunkt auf Rechtsstaatlichkeit und Good Governance, die sie zu ihren wichtigsten Zielen erklärte.

Mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtete es die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, zu denen es auch Stellung nahm, und stand in einem ständigen viel versprechenden Dialog mit den zuständigen Stellen. Das Büro bemühte sich, die Umsetzung dieser Verpflichtungen durch die Ermöglichung und Koordinierung von Aktivitäten und entsprechenden Veranstaltungen zu unterstützen. Einen wichtigen Platz nehmen die entwickelten und durchgeführten Projekte und die mit den Behörden gemeinsam erstellten Aktionspläne ein.

In politischer Hinsicht stand das abgelaufene Jahr in Aserbaidschan unter dem Zeichen der Präsidentenwahlen im Oktober. Zu diesem Zweck arbeitete das Büro eng mit dem BDIMR zusammen, um – wo immer möglich – im Wahlprozess bewährte Verfahren zu unterstützen.

Daneben befasste sich das Büro auch mit so unterschiedlichen Fragenkomplexen wie Menschenhandel und Wasserwirtschaft, Gesetzen gegen Terrorismus und Entwicklung der Zivilgesellschaft, Ökotourismus, Medienfreiheit und Polizeientwicklung.

2003 bemühte sich das Land um die Absicherung einer wichtigen Verpflichtung und einer der prioritären OSZE-Fragen – der Bekämpfung des Menschenhandels. Mit unserer Unterstützung ratifizierte Aserbaidschan die Palermo-Protokolle und wurde zu einem der wenigen Länder, die zur Bekämpfung dieses Phänomens den Entwurf für einen nationalen Aktionsplan verabschiedet haben.

In Erfüllung seiner Aufgabe in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung hat Aserbaidschan wesentliche Schritte gesetzt, und das Büro ermöglicht die Unterstützung Aserbaidschans bei der Übernahme internationaler Vertragswerke und Beschlüsse in seine Gesetze.

Die in jüngster Zeit dem Büro zugewiesenen beträchtlichen OSZE-Ressourcen gaben der programm- und projektbezogenen Arbeit einen starken Impuls. In Zukunft soll sich das Büro schwerpunktmäßig der Planung und Umsetzung von Projekten widmen, die auf die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen abzielen.

POLIZEIENTWICKLUNG

Aufbauend auf der erfolgreich laufenden Umsetzung eines Polizeiunterstützungsprogramms in Kirgisistan wählte die *OSZE-Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* (SPMU) Aserbaidschan als nächsten Schwerpunkt für eine OSZE-Polizeipartnerschaft.

Ein Team aus SPMU-Referenten besuchte im April 2003 das Land und einigte sich grundsätzlich über die prioritären Bereiche für Hilfe von Seiten der OSZE.

Mit dem Ziel wirksamer und nachhaltiger Verbesserungen in der Polizeiarbeit entstand auf Grundlage der Beurteilung der in Aserbaidschan angewendeten Methoden durch Fachleute die Agenda für das *Polizeihilfsprogramm*. Diese Bedarfserhebungsphase erstreckte sich über fünf Monate und bezog sich auf folgende Themenbereiche:

- bürgernahe Polizeiarbeit: ein Pilotprojekt
- Verbesserung der Grundausbildung von Polizeirekruten in der Polizeischule
- Verstärkung der kriminalpolizeilich ausgerichteten Ermittlungstätigkeit in Drogenangelegenheiten.

Zentrales Anliegen bürgernaher Polizeiarbeit ist der Dienstleistungscharakter gegenüber der Bevölkerung, indem die legitimen Interessen des Gemeinwesens geschützt und verteidigt werden.

In diesem Sinne umfasst das *Polizeientwicklungsprojekt* des Büros folgende Elemente:

- Neustrukturierung verschiedener Polizeidienste, einschließlich Patrouillen, Nachbarschaftsinspektoren, Verkehrspolizei und operative Polizeiermittlung, vor dem Hintergrund einer ausgewählten Rechtsprechung, um vertikale Trennlinien abzubauen und der Bevölkerung einen umfassenden Dienst bieten zu können
- Einführung von Ausleseverfahren und transparenten Rekrutierungsverfahren für die Nachbarschaftsinspektoren
- Änderung des Systems zur Leistungsbeurteilung von Polizisten durch Aufnahme der Lebensqualität und der Genauigkeit der kriminalpolizeilichen Berichterstattung in die Beurteilungskriterien
- Entwicklung der Verbrechenanalyse und Umsetzung einer Strategie zur Aufklärung der Öffentlichkeit über bestimmte Verbrechenmuster
- Umsetzung des Konzepts der problemorientierten Polizeiarbeit.

Schaffung solider Grundlagen – drastische Verbesserungen der Verhältnisse an der Polizeischule

Im Rahmen des umfassenden Pakets unter dem Titel eines Polizeiunterstützungsprogramms konzentrierten sich das Büro und die SPMU auf die Polizeischule, indem sie die Lehrpläne verbesserten und geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellten.

Zu den Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten gehörte auch ein neues Dach, eine neue Heizungsanlage, der Einbau von zwei Duschanlagen für den Sportbereich und die vollständige Renovierung von zwei Stockwerken im eigentlichen Unterrichtsgebäude.

Vor Durchführung dieser Arbeiten waren die Polizeischüler in verwahrlosten Gebäuden untergebracht, wo sie bei eingeschränkter elektrischer Versorgung ohne Temperaturregelung lernen mussten (bis zu 40° C im Sommer und Temperaturen unter dem Gefrierpunkt bei 90 Prozent Luftfeuchtigkeit im Winter).

Verbesserung der Grundausbildung von Polizeirekruten an der Polizeischule

Zentrale Zielsetzung der Erkundungsphase des Programms war der Aufbau einer tragfähigen und transparenten Partnerschaft mit den zuständigen örtlichen Stellen. Dazu zählten auch Verbesserungen in der Polizeischule, in der Polizeirekruten für die unteren Dienststränge ausgebildet werden.

Das Büro und die SPMU konzentrierten sich auf zwei Hauptbereiche:

- grundlegende Sanierung der Gebäude
- umfassende Neuausrichtung der Lehrpläne anhand der am besten bewährten internationalen Methoden und Anforderungen an den Dienst.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

In den letzten Jahren entsandte Aserbaidschan größere Kontingente von Streitkräften zu internationalen friedenserhaltenden Einsätzen, darunter in das Kosovo, nach Afghanistan und in den Irak.

Deshalb machte sich das Büro gemeinsam mit dem Verteidigungs- und dem Außenministerium daran, jene Bereiche zu ermitteln, in denen die OSZE am besten die Kenntnis internationaler Normen für militärische Aktivitäten fördern kann.

Ausbildung aserbaidchanischer Streitkräfte vor internationalen Einsätzen

Unter Mitwirkung des Schweizer Verteidigungsministeriums und des *OSZE-Forums für Sicherheitskooperation* bot das Büro eine umfassende Schulung für das *International Co-operation Battalion* im Sinne des *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit* an.

Das Büro verteilte an das Personal auch in Folie eingeschweißte Merkblätter mit der Darstellung internationaler Warnsignale und der Embleme von Organisationen und ein ähnliches Dokument zu den Verpflichtungen aus der Genfer Konvention und anderen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht, die auf kämpfende Truppen Anwendung finden.

Dadurch verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen dem Büro und dem Verteidigungsministerium und im

November wurde unter Leitung von Experten aus dem finnischen Verteidigungsministerium für Offiziere mittlerer Ränge ein großes Seminar zu den praktischen Aspekten des Verhaltenskodex organisiert. Diese Offiziere sollen dann ihrerseits diese Ausbildung weitergeben.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Ein neuer Aktionsplan

Ende 2002 wurde auf informeller Basis ein Fahrplan für das weitere Vorgehen vereinbart, nachdem das Büro und die IOM Vertretern von zehn Ministerien einen Überblick über die Auswirkungen des Menschenhandels gegeben hatten.

2003 unterstützte das Büro die Regierung im Hinblick auf die Ratifizierung der *Palermo-Protokolle der Vereinten Nationen*, durch die sich das Land dazu verpflichtet, bestimmte Rechtsinstrumente und andere Verträge zu übernehmen. Damit wurde der Grundstein für die Entwicklung eines funktionellen nationalen Aktionsplans gelegt.

Auf dem *Wirtschaftsforum der OSZE* im Mai kündigte Aserbaidschan die Verabschiedung des Entwurfs eines nationalen Aktionsplans an.

Seither kanalisiert das Büro die Unterstützung internationaler Organisationen und bilateraler Vertretungen, um mit der Umsetzung des Planes zu beginnen. Der erste Schritt war die Einrichtung einer nationalen Helpline in Zusammenarbeit mit der IOM und einer örtlichen NGO. Mit der Einschulung von Sozialarbeitern und anderen professionellen Mitarbeitern zur Unterstützung der Opfer des Menschenhandels wurde begonnen.

Das Büro begann auch mit der Unterstützung der Rechtsreform, um in mutmaßlichen Fällen von Menschenhandel ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen; es begann auch mit der Einschulung von NGOs im Hinblick auf die Durchführung von Aufklärungskampagnen zum Schutz gefährdeter Personengruppen, die Einrichtung und richtige Handhabung einer gebührenfreien Helpline für potenzielle und tatsächliche Opfer des Menschenhandels und Schutzmaßnahmen für potenzielle und tatsächliche Opfern des Menschenhandels in sicheren Unterbringungsmöglichkeiten. In diesem Bereich waren auch rasch Fortschritte zu verzeichnen: im November 2002 war Menschenhandel in Aserbaidschan noch nicht offiziell anerkannt, nun verfügt das Land bereits über einen Entwurf für einen Aktionsplan auf der Grundlage international anerkannter Vereinbarungen und Praktiken.

WAHLEN

Die innenpolitische Agenda stand in der ersten Hälfte des Jahres ganz im Zeichen der Ausarbeitung einer neuen Wahlordnung. Im Februar organisierte das Büro eine Konferenz, auf der der Verfasser des *Wahlordnungsentwurfs* und einer der Koautoren des Gutachtens der Oppositionskoalition zu diesem Entwurf ihre Standpunkte darlegten und sich einer Diskussion stellten.

Die Wortmeldungen und Diskussionen wurden vom Leiter des Staatlichen Fernsehbüros moderiert.

Das Büro unterstützte die Wahlbeobachtungsmission des BDIMR bei den Präsidentenwahlen. Rund um die Wahlen kam es zu Unruhen in der Bevölkerung und einigen Hundert Verhaftungen, von denen auch führende Persönlichkeiten der politischen Opposition, ein Religionsführer und Vertreter der Presse betroffen waren.

Das Büro, das die Unruhen in der Bevölkerung verfolgt hatte, prüfte in der Folge die Lage von über hundert nach wie vor inhaftierten Personen und ging Fällen angeblicher Kündigungen durch Arbeitgeber nach. Mit Erlaubnis der Behörden von Aserbaidschan besuchte das Büro regelmäßig die Häftlinge und erstellte in Zusammenarbeit mit dem BDIMR ein Beobachtungsprogramm für alle Gerichtsverfahren, die in letzter Zeit begonnen haben.

Es bot den Behörden Aserbaidschans auch wieder seine Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen des BDIMR-Wahlberichts betreffend die Wahlstandards an und zeigte sich zu jeder Form von Hilfe bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2004 bereit.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Hilfestellung für den Verfassungsgerichtshof der Republik Aserbaidschan

Auf der Grundlage der 2002 in einer Volksabstimmung verabschiedeten Änderungen der aserbaidschanischen Verfassung und des *Verfassungsgesetzes über die Umsetzung der Menschenrechte* wurde den Bürgern von Aserbaidschan ein neuer Mechanismus für den Schutz und die Wiederherstellung der Menschenrechte zur Verfügung gestellt. Der Verfassungsgerichtshof ist nun befugt, durch seine Entscheidung die Bestimmungen einzelner und allgemeiner normativer Akte außer Kraft zu setzen, wenn sie gegen die Menschenrechte verstoßen.

Um dem Verwaltungspersonal des Verfassungsgerichtshofs die Möglichkeit zu bieten, Mittel und Wege zur Bewältigung einer großen Anzahl von Fällen in der Praxis kennenzulernen, organisierte das Büro eine Studienreise für leitende Mitarbeiter: drei Mitarbeiter, die direkt mit der Abwicklung der Beschwerden von Einzelpersonen zu tun haben, besuchten den polnischen Verfassungsgerichtshof. Bei diesem Aufenthalt hatten die Teilnehmer Gelegenheit, sich mit den Gepflogenheiten und Erfahrungen des Gerichtshofs des Gastlandes im Case Management und bei der Durchführung von Entscheidungen vertraut zu machen.

Beschleunigung der Advokaturreform

Das Büro stellte das Konzept einer unabhängigen Berufsorganisation für Rechtsanwälte vor – das Nationale Forum der Rechtsanwälte. Das Forum bietet mehr als 400 Rechtsanwälten Gelegenheit, sich mit besonders wichtigen Angelegenheiten zu befassen.

Gegen Jahresende organisierte das Büro eine eintägige Diskussionsrunde zum Thema Advokaturreform, die zwei Aufgaben erfüllte:

- als Diskussionsplattform für die von der Regierung vorgeschlagene Rechtsreform zu fungieren und
- ausübenden Rechtsanwälten Gelegenheit zu bieten, bei Gesetzesentwürfen beigezogen zu werden.

Das Büro war auch eingebunden in eine Serie von

- Schulungsaktivitäten zum Thema Menschenrechte für NGOs und die Volksanwaltschaft,
- Veranstaltungen im Hinblick auf eine Lösung des aktuellen Problems der Registrierung von NGOs,
- Fortbildungsveranstaltungen für ausübende Rechtsanwälte im Hinblick auf fortschrittliche Prozessführungstechniken,
- Schulungsveranstaltungen für 100 Studenten der Rechtswissenschaften zum Thema Prozessabwicklung, Abfassung von juristischen Dokumenten und faire Verfahren.

Menschenrechtsausbildung für NGOs

Das ganze Jahr hindurch organisierte das Büro für Vertreter örtlicher NGOs Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Menschenrechtsmonitoring und -berichterstattung.

Zum Projekt gehörte auch eine Nachsorgephase, in der die Teilnehmer angeregt wurden, Vorschläge für Monitoringprojekte kleineren Umfangs zu unterbreiten. Für drei Monitoringprojekte gab es Geldpreise:

- Verfügbarkeit staatlicher juristischer Hilfe
- Einhaltung des Grundsatzes der Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren und Aufnahme von Gerichtsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist laut Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention
- das Tragen von Kopftüchern als Ausdruck religiöser Zugehörigkeit.

Religionsfreiheit

Das Büro arbeitete in einer Arbeitsgruppe des Parlaments mit, wo es bei der Abfassung eines neuen Gesetzes über Religionsfreiheit in Aserbaidschan Auskünfte erteilte und über vorbildliche internationale Praktiken informierte.

In Zusammenarbeit mit dem BDIMR wurde eine Vergleichsstudie darüber in Auftrag gegeben, wie die in dem vorgeschlagenen Gesetz behandelten Themenbereiche in den verschiedenen europäischen Ländern geregelt sind. Daraus ergab sich ein Überblick über mögliche Vorbilder, deren sich der Gesetzgeber bedienen kann. Das Büro ist bereit, die Regierung bei ihren weiteren Bemühungen um Durchführung des daraus resultierenden Gesetzes zu unterstützen.

Staatsbürgerliche Erziehung für NGOs und Polizei

Gemeinsam mit dem Innenministerium organisierte das Büro eine Serie von Schulungskursen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen NGOs und der Polizei. Dank der finanziellen Unterstützung durch *British Petroleum* konnten im ganzen Land Seminare abgehalten werden, womit eine offene Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen NGOs und Einrichtungen des Innenministeriums in Gang gesetzt wurde.

Vereinigungsfreiheit

Eine der Prioritäten des Büros waren Aktivitäten auf dem Gebiet der Förderung einer uneingeschränkten Vereinigungsfreiheit in Aserbaidschan.

In Zusammenarbeit mit dem *International Centre for Not-for-Profit Law* wurde vom Büro eine Umfrage zu dem Thema durchgeführt und als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt. Als Teil einer Gesamtstrategie führte das Büro ein Projekt durch, in dessen Rahmen NGOs Kompetenzen vermittelt wurden, die sie als Interessenvertreter benötigen.

Gemeinsam mit seinem durchführenden Partner, der NGO *Tolerance*, informierte das Büro örtliche NGOs über die für die Interessenvertretung zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumente und ermutigte sie, von diesen Instrumenten Gebrauch zu machen; das Büro warb auch um Unterstützung für NGOs, die mit Problemen bei der für ihre Existenz wichtigen Registrierung konfrontiert sind. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand der Grundsatz der Vereinigungsfreiheit, der in der Registrierung von NGOs zum Ausdruck kommt. NGOs, die bereit sind, ihre Rechte über die Volksanwaltschaft, den Verfassungsgerichtshof und internationale Mechanismen einzuklagen, erhielten juristische Hilfe.

MEDIENENTWICKLUNG

Zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation von Journalisten organisierte das Büro gemeinsam mit dem *BBC Training Centre* Schulungskurse für Journalisten aus Aserbaidschan zum Thema Wahlberichterstattung.

Für Mitglieder des neu geschaffenen unabhängigen Presserates wurde eine Studienreise zu dessen deutschem Pendant in Bonn organisiert. Durch diesen Besuch konnte sich die auf die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Medien spezialisierte Institution aus erster Hand über die Erfahrungen eines etablierten Presserates in einem Land informieren, das über eine langjährige Medientradition in einer demokratischen Gesellschaft verfügt.

Im September erhielt eine vierköpfige Gruppe junger Journalisten Gelegenheit, sich mit der Arbeitsweise der Medien in den Vereinigten Staaten vertraut zu machen. Die Teilnehmer lernten auf umfassende Art und Weise investigative und tatsachenorientierte Berichterstattung kennen und erfuhren, wie Reportagen abzufassen sind, bei denen mit Problemen zu rechnen ist. Vor allem aber erlebten sie während ihres einwöchigen Aufenthalts in einer Presseredaktion, wie ihre neu erworbenen Kenntnisse praktisch umgesetzt werden können.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Einen Großteil seiner Energie konzentrierte das Büro im abgelaufenen Jahr auf die Entwicklung von KMU und Arbeitsplätzen, insbesondere in den weniger wohlhabenden Regionen außerhalb von Baku.

Führungsrolle bei der Einführung neuer betriebswirtschaftlicher Systeme

Im Einklang mit den Plänen der Regierung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen Gründerzentren einzurichten, trat das Büro als Sponsor einer Studienreise nach Österreich und Ungarn und eines gemeinsam von OSZE und UNIDO veranstalteten *Nationalen Workshops über Gründerzentren* auf.

Bei beiden Veranstaltungen kamen führende Vertreter von Wirtschaft und Regierung zur Erörterung der Vorzüge und bewährten Methoden der bestehenden Strukturen zusammen.

Unternehmensförderung

Ein Hindernis für die regionale Entwicklung von KMU ist der fehlende Zugang zu betriebswirtschaftlicher Ausbildung und zu Kleinstkrediten. Zu diesem Zweck griff das Büro auf die Erfahrung internationaler und einheimischer Organisationen zurück, die es bei zwei Ausbildungslehrgängen für besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen – Frauen und Jugendliche – weitergab.

In fünf westlichen Grenzregionen zu Georgien initiierte das Büro das *YES-Programm (Jungunternehmerseminare)* und in zehn Regionen von Aserbaidschan trat es auch als Sponsor von Schulungsseminaren für aussichtsreiche Jungunternehmerinnen auf. Auf diese Schulungsseminare folgte ein nationaler Workshop über Frauen als Unternehmerinnen, der die Rolle von Frauen in der Wirtschaft fördern sollte.

Strategien gegen das Problem des schlechten Zugangs zu Kleinstkrediten

Das Büro war auch Sponsor einer *Konferenz zu praktischen Fragen der Finanzierung durch Kleinstkredite*, bei der es zur Begegnung von Kleinstkredit-Erfahrenen mit dem Regierungssektor und internationalen Akteuren kam. Bei dieser Gelegenheit wurden Erfahrungen ausgetauscht und Zukunftsstrategien entwickelt.

Das Büro gab auch den Anstoß zu einem *Wirtschaftsausbildungsprogramm* für leitende Gemeindefunktionäre und Verwaltungspersonal zum Thema strategische Wirtschaftsplanung und zu ihrer Rolle bei der KMU-Entwicklung in örtlichen Gemeinden.

BEWUSSTSEINSBILDUNG FÜR UMWELTSICHERHEIT

Unterstützung für den Beitritt Aserbaidschans zur Aarhus-Konvention

Am 21. September eröffnete das Büro im Gebäude des aserbaidschanischen Ministeriums für Ökologie und Naturressourcen offiziell das Aarhus-Zentrum für Umweltinformation.

Das Aarhus-Zentrum besteht aus einer Bibliothek, Internet- und Konferenzeinrichtungen und steht allen gleichermaßen offen, die sich in Aserbaidschan für Umweltfragen interessieren. Darüber hinaus wird der Konferenzsaal des Zentrums von vielen NGOs für ihre öffentlichen Veranstaltungen und Workshops benutzt.

Das Büro führte auch eine Reihe von Veranstaltungen zur Förderung des Journalismus, der Erziehung und der NGO-Tätigkeit im Umweltbereich durch und sponserte

- ein ökologisches Jugendausbildungsprogramm, das Schülern in zehn Regionen von Aserbaidschan Umweltunterricht erteilt, und
- den *Jugendumweltkongress* in Baku.

Förderung umweltfreundlicher Unternehmen

Das Büro bemühte sich auch darum, die Wirtschaft für umweltfreundliche Unternehmenspraktiken zu gewinnen, und war in Koordination mit der Allianz für Unternehmensentwicklung Sponsor einer Konferenz zum Thema „*Soziale Verantwortung von Unternehmen und Umwelt*“. In Anbetracht des Erfolgs dieses ersten Versuchs, bei dem ein breites Spektrum an Teilnehmern aus in Aserbaidschan tätigen internationalen Unternehmen und lokalen Unternehmen zu einer offenen Erörterung von Umweltverträglichkeitsfragen zusammenkam, werden 2004 stärker tätigkeitsorientierte Folgeveranstaltungen stattfinden, die sich damit auseinandersetzen werden, wie sich die Entwicklung bestimmter Unternehmen mit der Erhaltung und dem Schutz der Umwelt vereinbaren lässt.

Bestimmung der Prioritäten in der Wasserwirtschaft

Im Laufe des Jahres veranstaltete das Büro in Koordination mit USAID mehrere regionale und nationale Treffen mit Wasserexperten, um einen Dialog aufzubauen und prioritäre Wasserprobleme in Aserbaidschan und in der südkaukasischen Region zu ermitteln.

Darüber hinaus unterstützte das Büro die Regierung des Gastlandes, indem es für die Schaffung einer nationalen Wasserkommission eintrat, um die verschiedenen Akteure im Bereich der Wasserwirtschaft besser koordinieren zu können.

Das zweite Jahr des Südkaukasus-Projekts von OSZE und NATO für einheitliche Wassernormen

Das Büro setzte seine Unterstützung für die OSZE/NATO-Initiative im Rahmen des Programms „*Wissenschaft im Dienste des Friedens*“ fort, die zur Errichtung von 30 Wasserbeobachtungsstationen im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax führen soll. Das Projekt ist insofern einzigartig, als alle drei Staaten des Südkaukasus daran teilnehmen: Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Im Rahmen dieser Initiative sprach sich das Büro mit den OSZE-Kollegen in Georgien und Armenien ab. Dank seiner Hilfe gelang es, private Spenden für die Finanzierung der Gehälter der aserbaidschanischen Wissenschaftler aufzubringen, die an dem Programm mitarbeiten.

KAMPF GEGEN GELDWÄSCHE

Gegen Geldwäsche wird hart durchgegriffen

Als direkte Folge einer Intervention des Büros schuf die Regierung eine hochrangige Arbeitsgruppe, die die Rechtsvorschriften im Hinblick auf eine wirksamere Behandlung dieser Problematik modernisieren soll.

Das Büro veranstaltete eine Reihe von Workshops für Bewusstseinsbildung und Politik, die der Regierung bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus helfen sollen.

Das Büro organisierte den ersten nationalen Workshop zur Übernahme der Bestimmungen einschlägiger internationaler Übereinkommen und von Gerichtsentscheidungen. Daran schloss eine Fortbildungsveranstaltung für Richter an, bei der es um Ermittlungen im Rahmen des Untersuchungsverfahrens bei Drogenfällen und die Entwicklung eines rechtlichen Rahmens für die Bekämpfung der Geldwäsche ging.

Die OSZE-Mission in Georgien

VORWORT DES LEITERS DER MISSION

Die im Brennpunkt der Weltöffentlichkeit stehenden politischen Umwälzungen im November/Dezember 2003 in Georgien, in deren Folge die Mission sofort und tiefgehend in den Prozess der Präsidenten- und Parlamentswahlen eingebunden wurde, sollten nicht von den beträchtlichen Leistungen ablenken, die die Mission während des Jahres in anderen Bereichen aufzuweisen hatte.

In den ersten Monaten des Jahres 2003 vergrößerte sich der Aufgabenbereich des *Grenzüberwachungseinsatzes*: seine Beobachtungen erstrecken sich nun auf einen Grenzabschnitt von mehr als 280 Kilometern zwischen Georgien und der Russischen Föderation. Gleichzeitig konnten die technischen Fähigkeiten zur Beobachtung von Grenzübertreten und zur Berichterstattung darüber beträchtlich verbessert werden. Um diese Ergebnisse zu erzielen – noch dazu in weniger als vier Monaten – mussten alle Mitglieder der Mission großen Einsatz und großes Engagement an den Tag legen, was auch vom neuen Präsidenten Georgiens besonders honoriert wurde. Dank großzügiger Beiträge aus den Teilnehmerstaaten konnte die Mission auch die georgischen Teams der Grenzsicherheitswache mit einer besseren technischen Ausrüstung ausstatten, wodurch diese wiederum besser in der Lage waren, das notwendige Sicherheitsniveau für unsere Grenzbeobachter zu gewährleisten.

Obwohl sich im politischen Prozess zur Lösung des georgisch-ossetischen Konflikts kaum Fortschritte in Richtung einer Weiterentwicklung feststellen ließen, kann die Mission auf einige praktische Leistungen bei der freiwilligen Abgabe von Waffen, der gemeinsamen Polizeiarbeit und der Entwicklung und Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft verweisen. Wichtig ist, dass zu Ende des Jahres endlich alle Parteien übereinkamen, die von der Europäischen Kommission der Mission gewährte Subvention von 2,5 Millionen Euro für die Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen und von Infrastrukturverbesserungen in den vom Konflikt betroffenen Gebieten zu verwenden. Diese Projekte, die der Vertrauensbildung an der Basis dienen sollen, werden 2004 in Zusammenarbeit mit UNHCR und UNDP umgesetzt.

Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für den UNOMIG-Einsatz im Gebiet des georgisch-abchasischen Konflikts fort, indem sie Menschenrechtsprojekten in dieser Region personelle und finanzielle Unterstützung zukommen ließ.

Einen Großteil ihrer Ressourcen widmete die Mission Fragen der menschlichen Dimension. Juristische und technische Unterstützung und Hilfestellung floss sowohl in staatliche als auch in zivilgesellschaftliche Strukturen im Hinblick auf die Programmentwicklung in den Bereichen lokale Selbstverwaltung, Religionsfreiheit, Stärkung von Menschenrechtsinstitutionen, Zugang zu Informationen über die Medien und Entwicklung der Zivilgesellschaft zur Förderung der Konfliktlösung. Darüber hinaus führte die von der Mission begonnene Arbeit zur offiziellen Verabschiedung eines *Nationalen Planes zur Bekämpfung der Folter*, und sie trug auch zur Umsetzung eines *Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel* bei. Eine weitere wichtige Aktivität im Jahr 2003 war die Arbeit mit allen an Gefängnisreformen Beteiligten.

Im Bereich der Wirtschaftsdimension wurde neben Entwicklungsprojekten für kleine Unternehmen in den Regionen Georgiens die Arbeit im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Flüssen und Fragen der Wasserbewirtschaftung fortgesetzt.

Aufgrund des politischen Klimas und der Veränderungen in Georgien in der zweiten Jahreshälfte engagierte sich die Mission jedoch kurzfristig sehr stark in Wahlfragen. Das ganze Jahr 2003 hindurch führte die Mission den Vorsitz in einer internationalen technischen Arbeitsgruppe, die das Parlament und die Wahlbehörden in legislativen und praktischen Dingen beriet und unterstützte. Infolge des fehlenden politischen Willens zogen die gescheiterten Wahlen im November einen Machtwechsel nach sich und machten dringend eine direkte Hilfestellung erforderlich, um sicherzustellen, dass die Präsidentenwahlen im Januar 2004 sich deutlich positiv von den früheren Gepflogenheiten unterscheiden.

Damit die Mission dieses Ziel erreichen kann, erhielt sie von den Teilnehmerstaaten Beiträge in Höhe von rund 4 Millionen Euro. Es gelang der Mission, dieser Herausforderung gerecht zu werden, wofür sie ein eigenes Wahlteam auf die Beine stellte, das derzeit ein ähnliches Programm zur Unterstützung der bevorstehenden nächsten Parlamentswahlen ausarbeitet.

Schließlich sei auch die zentrale Rolle der Mission bei der Vernichtung und Wiederverwertung von Munitionsbeständen erwähnt, die gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium und georgischen Forschungseinrichtungen erfolgt. Es handelt sich dabei um eine wichtige Aufgabe, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Leiter der Mission: Botschafter Roy Reeve (seit 1. August 2003) | Davor: Botschafter Jean-Michel Lacombe | Revidierter Haushalt: € 20.565.500

DER GEORGISCH-OSSETISCHE KONFLIKT

Trotz sporadisch aufflammender Spannungen zwischen Georgien und Ossetien kam der Prozess zur Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts 2003 nicht zum Erliegen. Dieser Prozess stützt sich auf zwei Mechanismen, in denen auch die Mission vertreten ist: die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) und die Treffen der Expertengruppen zu politischen Fragen. Dass der Prozess unermüdlich fortgeführt wurde ist an der Anzahl der – insgesamt sechs – im Rahmen der JCC abgehaltenen Treffen abzulesen.

Als Ergebnis davon kam es zu Vereinbarungen über wichtige Fragen von besonderer Dringlichkeit, insbesondere zu einem Beschluss, folgende Angelegenheiten zu beschleunigen:

- die Ausarbeitung georgisch-russischer Programme für die *Rückkehr, Eingliederung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen* und für die *wirtschaftliche Sanierung des Konfliktgebiets*
- die Herausgabe eines JCC-Nachrichtenbulletins.

Wirtschaftliche Sanierung – an vorderster Stelle auf der Konfliktregelungssagenda

Die georgische und die ossetische Seite sind übereinstimmend der Ansicht, dass die wirtschaftliche Sanierung für eine Gesamtlösung des georgisch-ossetischen Konflikts immer wichtiger wird. Die Erörterung der Durchführung der damit verbundenen Projekte wurde 2003 fortgesetzt. Die Schlüsselprojekte, die mit einer Subvention der Europäischen Kommission in Höhe von 2,5 Millionen Euro dotiert sind, beziehen sich in erster Linie auf die Sanierung und auf die Wiederansiedlung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

Finanzspritze für vertrauensbildende Maßnahmen

Zur Erhaltung der Dynamik des Ansiedlungsprozesses war eine zweite Subvention der Europäischen Union zur Unterstützung der JCC und der Expertengruppen unerlässlich. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im August von der OSZE und der Europäischen Kommission unterzeichnet.

Geplant ist, dass ein Teil der Subvention, der von der Mission verwaltet wird, in die Finanzierung des JCC-Bulletins und anderer vertrauensbildender Aktivitäten fließt.

Auf der Suche nach einer friedlichen Lösung – Treffen in Den Haag

Auf Einladung des niederländischen Vorsitzes fand das zehnte Treffen der Expertengruppe im Oktober in Den Haag statt; im Rahmen des Verhandlungsprozesses über eine Gesamtlösung für den georgisch-ossetischen Konflikt nahmen daran die bevollmächtigten Delegationen der Konfliktparteien teil.

Obwohl sich bei den Gesprächen deutliche Differenzen zwischen den Beteiligten in Schlüsselfragen der politischen Regelung zeigten und diese sich nicht auf ein Protokoll des Treffens in Den Haag einigen konnten, erneuerten die Konfliktparteien ihr Bekenntnis zur Fortsetzung des politischen Dialogs über die Schlüsselfragen und bekräftigten ihren festen Entschluss, die Suche nach einer Konfliktlösung mit ausschließlich friedlichen Mitteln fortsetzen zu wollen.

Transparenz und Beobachtung

Die Mission setzte ihre Beobachtung der gemeinsamen Friedenstruppen im georgisch-ossetischen Konfliktgebiet fort. Die Bemühungen der OSZE leisteten einen Beitrag zur Stärkung der Transparenz in den Aktivitäten und der Zusammenarbeit aller drei Seiten, die die Friedenstruppen stellen (Georgien, Ossetien und Russland).

FREIWILLIGE ABGABE VON KLEINWAFFEN

Die Mission unterstützt das Programm der gemeinsamen Friedenstruppen für die freiwillige Abgabe von Kleinwaffen und Munition seit seinem Beginn im Jahr 2000.

Projekt zugunsten der Gruppierungen, die freiwillig Waffen abgeben

Im Rahmen eines *Sofortprogramms* setzte die Mission die Umsetzung gezielter Kleinprojekte fort, in deren Rahmen jenen Gruppierungen, die sich zu einer freiwilligen Abgabe von Kleinwaffen an die gemeinsamen Friedenstruppen bereit erklären, Güter und Dienstleistungen angeboten werden.

Die Umsetzung dieser Projekte bot 2003 Gelegenheit, das Programm in der ganzen Konfliktzone bekannt zu machen. Aufgrund des lebhaften Interesses an dem Programm rechnet die Mission mit wesentlichen Fortschritten bei der Einziehung von Waffen im Jahr 2004.

Das Programm bietet Gemeindeprojekte als Gegenleistung für die freiwillige Abgabe von Waffen und fungiert im Konfliktgebiet auch als starke vertrauensbildende Maßnahme, indem es die Bevölkerung in Georgien und Ossetien im Geiste der Zusammenarbeit zusammenführt.

2003 wurden acht Projekte durchgeführt, darunter folgende:

- Instandsetzung von Straßen und Bewässerungskanälen
- Ankauf medizinischer Ausrüstung
- Sanierung illegaler Mülldeponien.

Zentrum für Sonderkoordination

Die Mission legte der *Gemeinsamen Kontrollkommission* einen Aktionsplan zur Stärkung der operativen Fähigkeit des Zentrums für Sonderkoordination vor. Er sieht die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller und materieller Unterstützung und polizeiliche Schulungsmaßnahmen vor.

Ein Vertreter der *OSZE-Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* reiste zweimal ins Konfliktgebiet, um den Plan an die Gegebenheiten anzupassen. Zu Ende des Berichtszeitraums stand die Annahme der endgültigen Empfehlungen der Mission und der Gruppe *Strategische Polizeiangelegenheiten* durch die Konfliktparteien noch aus.

Die Kriminalität im Konfliktgebiet gibt zunehmend Anlass zu Besorgnis und isolierte Zwischenfälle könnten die Spannungen und die Gewalt zwischen den Volksgruppen wieder anfachen. Daher ermutigt die Mission auch weiterhin beide Seiten dazu, ihre Arbeit mit verstärktem Einsatz im Rahmen des Zentrums für Sonderkoordination fortzusetzen.

UNTERSTÜTZUNG EINER LÖSUNG FÜR DEN GEORGISCH-ABCHASISCHEN KONFLIKT

Seit der letzten Sitzung des unter VN-Führung stehenden Koordinierungsrates im Januar 2001 und dem Treffen über vertrauensbildende Maßnahmen in Jalta im März desselben Jahres trat der Friedensprozess politisch auf der Stelle.

Die Gesamtlage war 2003 vor Ort im Wesentlichen ruhig. Allerdings stiegen die Spannungen nach der Entführung von drei VN-Beobachtern im Juni im Kodori-Tal und die Lage im oberen Teil des Tales galt als instabil. Daher wurden alle VN-Aktivitäten in diesem Teil der Region in der zweiten Jahreshälfte ausgesetzt.

Schritte zur Eröffnung eines Menschenrechtsbüros in Gali

Das Jahr 2003 stand unter dem Zeichen der Entscheidung der abchasischen Seite, der Beobachtermision der VN in Georgien die Entsendung von 20 internationalen zivilen Polizeibeamten zu gestatten, die die Strafverfolgungsbehörden im Konfliktgebiet schulen und ausrüsten sollen (insbesondere in den Bezirken Gali und Sugdidi).

Dieses Schlüsselereignis im Friedensprozess wird als notwendige Voraussetzung für die Eröffnung des Menschenrechtsbüros in Gali erachtet, wie dies im Bericht der gemeinsamen OSZE/VN-Beurteilungsmission 2001 empfohlen wurde.

Beim zweiten Treffen der Gruppe der Freunde des Generalsekretärs im Juli in Genf bekundete die abchasische Seite zum ersten Mal ihre Bereitschaft, sich mit den verbleibenden Hindernissen auseinander zu setzen, die derzeit der Eröffnung des Büros im Wege stehen (weitere Aktivitäten der Mission in Abchasien sind dem Abschnitt über die menschliche Dimension in diesem Bericht zu entnehmen).

GRENZÜBERWACHUNGSEINSATZ (BMO)

Der Grenzüberwachungseinsatz der OSZE-Mission in Georgien (BMO) trug auch in diesem Jahr wesentlich zum Aufbau von Vertrauen und zur Förderung der Stabilität in der Region bei. 2003 erfolgte eine verstärkte Beobachtung entlang des tschetschenischen und des inguschetischen Abschnitts und die Ausweitung des Einsatzes auf den dagestanischen Abschnitt der Grenze zur Russischen Föderation.

Grenzbeobachter führen Patrouillen bei Tag und Beobachtungen bei Nacht durch. Die Beobachtung erfolgt in Form von Patrouillengängen zu Fuß aber auch aus Fahrzeugen und Hubschraubern. Die Beobachter sind unbewaffnet und haben keinerlei Polizei- bzw. Grenzwachefunktion. Sie werden immer von Ärzten und einem Sicherheitstrupp der georgischen Grenzwa- che begleitet.

VERSTÄRKUNG DES EINSATZKONZEPTE

Einrichtung von vier neuen Stützpunkten und elf ständigen Beobachtungspatrouillen

Im Grenzabschnitt zu Dagestan wurden vier neue Patrouillenstützpunkte und ein vorgeschobener Nachschubposten eingerichtet. Dies war eine Folge der Ausweitung des Mandats der Mission im Jahr 2003 auf

die Beobachtung und Berichterstattung in Bezug auf Bewegungen im dagestanischen Abschnitt der Grenze zwischen Georgien und der Russischen Föderation.

Der Beobachtungseinsatz umfasst nunmehr:

- 8 Patrouillenstützpunkte entlang der Grenze
- eine ständige Grenzpatrouille
- einen vorgeschobenen Nachschubposten in Telawi (auf halber Strecke zwischen der Zentrale in Tiflis und der Grenze).

Die Verstärkung des Einsatzkonzepts im Mai führte zur Einrichtung von 11 ständigen Beobachtungspatrouillen an einem 280 Kilometer langen Grenzabschnitt im Einsatzbereich der Patrouillenstützpunkte.

Im Rahmen dieses Einsatzes findet eine intensive Beobachtungstätigkeit mit Hilfe einer Kommunikationsausrüstung statt, die Echtzeitberichte zwischen den Patrouillen und dem BMO-Hauptquartier in Tiflis ermöglicht.

Üblicherweise werden die Grenzbeobachter mit dem Hubschrauber zu ihren Beobachtungsposten gebracht. Die Hälfte der Stützpunkte im Gebirge kann nur auf dem Luftweg mit Nachschub versorgt werden, weshalb die drei BMO-Hubschrauber durchaus als überlebenswichtige Versorgungsbrücke für den Einsatz bezeichnet werden können.

Die Ausrüstung für Beobachtung, Aufzeichnung und Berichterstattung entspricht dem neuesten Stand der Technik. Sie umfasst Wärmebild-Sichtgeräte für die Beobachtung bei Nacht, digitale Fotografie und Video. Mit Hilfe der Satellitenkommunikation können die Patrouillen Daten direkt von ihren Beobachtungsposten im Gebirge zur Zentrale senden.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

DEMOKRATISIERUNG

Vgl. Seite 100.
Die Wahlen in Georgien

MEDIENFREIHEIT

Ausfüllen des Nachrichtenvakuums
Das von der Mission betriebene *Programm für Medienfreiheit* konzentrierte sich auf den fehlenden Zugang der in geographischer, sozialer oder konfliktbedingter Isolation lebenden Bevölkerung zu Informationen.

Es wurden einige Projekte durchgeführt, um diesen Gruppen Medienöffentlichkeit und Zugang zu Informationen zur Verfügung zu stellen.

Die Mission unterstützte das Erscheinen von drei Zeitungen, die Informationen für weibliche Zielgruppen in den georgisch-abchasischen und georgisch-ossetischen Konfliktgebieten und für binnenvertriebene Frauen enthalten. Südossetische Journalisten erhielten mit Unterstützung der *Knight Foundation* und des *International Centre for Journalists* eine Ausbildung. Es wurden zwei Initiativen gestartet, um der Zivilgesellschaft in Suchumi und Zchinwali einen

eigenen Internetzugang zur Verfügung zu stellen – ein ausschlaggebender Faktor für die Ankurbelung der Entwicklung der Zivilgesellschaft in beiden Gebieten.

Beobachtung der Pressefreiheit und ihres rechtlichen Schutzes

Die Mission beobachtete den Gesetzgebungsprozess und erstattete darüber Bericht, insbesondere in Bezug auf die Änderungsentwürfe zum Strafrecht, durch deren Verabschiedung bestimmte Formen von übler Nachrede und Beleidigung kriminalisiert worden wären. Die Mission befasste sich eingehend mit dieser Frage und leitete ihre Bedenken an den *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* weiter, nach dessen Intervention der Änderungsentwurf zurückgezogen wurde.

BEKÄMPFUNG DES MENSCHENHANDELS

Die Mission entwickelte ein breit gespanntes Programm zur Bekämpfung des Menschenhandels, dessen Schwerpunkt die Unterstützung der Regierung im Hinblick auf die Entwicklung einer Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels war – durch die Umsetzung eines *Aktionsplans gegen Menschenhandel*, der im Januar 2003 verabschiedet wurde. Die Unterstützung bezog sich auch auf die Verbesserung der gesetzlichen Grundlage für diese Frage und auf die Ermutigung zur Kontaktaufnahme zwischen politischen Entscheidungsträgern, Regierungsbeamten und NGO-Experten.

Zu den Aktivitäten im Rahmen des Projekts zählen auch die Übersetzung

- des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Übereinkommen von Palermo)* und
- des *Protokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels*, ins Georgische und
- eine vom Fonds des BDIMR zur Bekämpfung des Menschenhandels finanzierte Initiative zur Entwicklung einer umfassenderen Gesetzgebung in Ergänzung der Strafrechtsänderungen vom Juni 2003.

In dem Bemühen, den Schutz der Opfer von Menschenhandel zu fördern, unterstützte die Mission ein Projekt zur Ausarbeitung von Standards für Mitarbeiter von Hotlines gegen Menschenhandel. Dies ist ein erster Schritt zu weiteren Maßnahmen auf dem Weg zu einem nationalen Leitsystem.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Zugang zum Recht

Der Mission ist der Zugang der Bevölkerung zu Informationen über Rechtsvorschriften ein besonderes Anliegen. Besonders wichtig sind die Veröffentlichung der verfassungsgerichtlichen Entscheidungen und die Verfügbarkeit multilateraler Übereinkommen in georgischer Übersetzung.

Monitoring im Bereich der Rechtsreform

Die Rolle der Mission in Bezug auf Monitoring und Berichterstattung bezieht sich auch auf die institutionelle Reform der Strafverfolgungsbehörden einschließlich des Ermittlungsverfahrens.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der laufenden Reform des Strafvollzugs: die Mission unterstützt das Justizministerium bei der Abfassung eines Entwurfs zur Strafvollzugsordnung. Die Hilfestellung erfolgt, indem durch den Einsatz örtlicher Spezialisten und ihres Sachwissens, georgischer Juristen und Vertreter von NGOs die Voraussetzungen für den Entwurf des Kodex geschaffen werden.

MENSCHENRECHTE

Unterstützung umfassender Maßnahmen gegen Folter

Die Mission unterstützte den Nationalen Sicherheitsrat bei der Ausarbeitung eines *Nationalen Aktionsplans gegen Folter 2003 - 2005*, der am 27. September durch Präsidentenerlass in Kraft gesetzt wurde.

Zur Absicherung dieses Plans wurden mit finanzieller Unterstützung der Mission im ganzen Land acht Diskussionsrunden mit einem breiten Spektrum von Teilnehmern durchgeführt – Strafverfolgungsbehörden, Vertreter der Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivisten, Strafverteidiger, der Nationale Sicherheitsrat und die Staatsanwaltschaft.

Damit das Entwurfverfahren transparent und demokratisch verläuft, gestaltete die Mission mit dem Nationalen Sicherheitsrat eine Website, um den Entwurf des Anti-Folter-Plans der Öffentlichkeit vorzustellen und diese zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Der neue Plan gilt als Muster für alle weiteren, da er sich für die praktische Durchführung wirksamer Maßnahmen gegen Folterpraktiken besonders eignet.

Stärkung der Menschenrechtsanwälte

Die Mission unterstützte die Volksanwaltschaft beim Aufbau von Kompetenz und bei der Schaffung eines Netzes von Rechtsvertretern in den Regionen.

Die Mission gestaltete für alle Mitarbeiter der sechs Regionalbüros der Volksanwaltschaft mehrere umfassende Schulungsveranstaltungen zum Thema Schutz der Menschenrechte.

Zum Schwerpunkt Schutz der Rechte von Häftlingen veranstaltete die Mission regionale Diskussionsrunden für Menschenrechtsanwälte, Juristen und örtliche Strafverfolgungsbehörden.

Festigung von Menschenrechtswissen

Es wurden Broschüren zur Rolle der Volksanwaltschaft und über die Rechte von Häftlingen in Georgien zusammengestellt und verbreitet. Den Regionalbüros der Volksanwaltschaft stellte die Mission auch nationale und internationale juristische Lehrbücher zur Verfügung.

Monitoring bei Verletzungen der Menschenrechte

Das Monitoring von angeblichen Menschenrechtsverletzungen sowie juristische und administrative Beratung bei Beschwerden sind eine Schlüsselkomponente der Aufgaben der Mission im Bereich der Menschenrechte. Ein Menschenrechtsbeauftragter nimmt die Beschwerden von Einzelpersonen betreffend Menschenrechtsverletzungen entgegen und sorgt für die entsprechende Weiterleitung vieler dieser Beschwerden an eine immer größer werdende Zahl nationaler Rechtshilfestellen und an die Volksanwaltschaft.

Juristische und administrative Beratung erhalten Einzelpersonen, die Beschwerden gegen Menschenrechtsverletzungen – insbesondere in Bezug auf Religion und faire Gerichtsverfahren – einbringen. Die Mission verfolgt Prozesse, die entweder einen Präzedenzfall schaffen oder an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verwiesen werden könnten.

Die Mission überwacht weiterhin die Lage religiöser Minderheiten sowohl in der Gesellschaft als auch vor Gericht. Sie behält die Fälle von Gewalt, Bedrohung und Diffamierung durch Extremisten im Auge, denen verschiedene nichtorthodoxe religiöse Gruppierungen immer öfter ausgesetzt sind.

Menschenrechte in Abchasien

Die Mission hat einen Menschenrechtsbeauftragten zum Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Abchasien (Georgien) (HROAG) abgestellt.

Das Büro hat den Auftrag, sich mit aktuellen Menschenrechtsproblemen zu befassen, indem es in Menschenrechtsangelegenheiten, die Einzelpersonen betreffen, direkte Unterstützung und direkten Schutz bietet und sich für die Verhütung von Menschenrechtsverletzungen einsetzt. In diesem Sinne trachtet die Mission danach, sich direkt an die örtliche Bevölkerung und die de facto zuständigen örtlichen Stellen, NGOs und Strafverfolgungsbeamte zu wenden, um das Menschenrechtsbewusstsein zu verbessern und zu stärken.

Darüber hinaus umfassen die Menschenrechtsaktivitäten der Mission in Abchasien sechs Projekte, in deren Rahmen durch Schulungsprogramme und die Medien Bewusstseinsarbeit geleistet werden soll.

Alle von der Mission unterstützten Projekte wenden sich an junge Menschen in ganz Abchasien. Zugleich bemüht man sich auch um die Steigerung der Managementfähigkeiten örtlicher NGOs.

Ethnische Minderheiten

Seit 1997 ist der *Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten* in Georgien tätig, hauptsächlich in Bezug auf die Lage in Samtsche-Dschawacheti, einem geschlossenen armenischen Siedlungsgebiet.

Die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Integration im Interesse des Abbaus von Spannungen in dieser Region erfolgt in vier Bereichen:

- Sprache: Georgischunterricht für Beamte und Studenten
- Recht: Übersetzung von Wahlunterlagen in Minderheitensprachen und Unterstützung für Rechtsberatung und Informationszentren

- Information: Unterstützung für die Übersetzung georgischer Nachrichtensendungen ins Armenische und Entwicklung von Know-how für Journalisten aus Samtsche-Dschawacheti und ihre Kollegen aus Tiflis
- Monitoring in Bezug auf die Beziehungen zwischen den Volksgruppen.

Start eines umfassenden Dreijahresprogramms für Minderheitenfragen im April

Es wurden Projekte zur Hebung des Bewusstseins für Minderheitenfragen, zur Vertrauensbildung und zur Entwicklung von Sprach-, Medien-, Rechts- und Monitoringkompetenz konzipiert.

Um diese Programme voranzutreiben, wurde der Mission im September 2003 ein Programm-Manager aus dem Büro des HKNM beigestellt.

Das mit 1 Million Euro dotierte Programm wurde von der OSZE ausgehandelt. Es wird von der kanadischen *Agency for International Development* und den *Global Conflict Prevention Pools* des Vereinigten Königreichs finanziert.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

In diesem Jahr kam als Gegengewicht zum Monitoring in Bezug auf Wirtschafts- und Umweltfragen unter dem Blickwinkel der Sicherheit – insbesondere standen der Gas- und der Stromsektor unter Beobachtung – ein verstärkter Schwerpunkt in Bezug auf Unterstützungsaktivitäten für folgende Bereiche hinzu:

- Good Governance
- KMU-Entwicklung und Handel
- Zugang zu amtlichen Informationen über Umweltangelegenheiten.

WIRTSCHAFTSAKTIVITÄTEN

Korruptionsbekämpfung und Good Governance

In dem Bestreben, sich mit den Hindernissen für die Entwicklung des Sektors der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu befassen, unterstützte die Mission die Veröffentlichung und Verbreitung von 4000 Broschüren über bewährte Praktiken bei Zoll- und Grenzkontrollverfahren, die für Wirtschaftstreibende und Zollbeamte gedacht sind.

Die Mission und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) riefen gemeinsam eine Initiative für die betriebswirtschaftliche Ausbildung von Jungunternehmern ins Leben. Die Schulungskurse wurden in der Gegend rund um die Städte Rustawi, Gardabani und Marneuli angeboten – in einem Gebiet mit besonders hoher Arbeitslosigkeit. In der Region Marneuli lebt hauptsächlich eine aserbaidische ethnische Minderheit.

Die Mission nahm mit der Regierung und der Zivilgesellschaft Gespräche über die Entwicklung eines Zentrums zur Förderung der *Aarhus-Konvention* auf. Diese regelt den Zugang zu Informationen, zu Entscheidungsprozessen und zur Justiz in Umweltangelegenheiten. Das Zentrum soll den Zugang zu amtlichen Informationen in Umweltangelegenheiten unterstützen und auf diesem Gebiet eine Partnerschaft

zwischen dem öffentlichen Bereich und der Zivilgesellschaft fördern.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Das zweite Jahr des OSZE/NATO-Projekts für einheitliche Wasserstandards im südlichen Kaukasus

Die Mission setzte ihre Unterstützung für die OSZE/NATO-Initiative im Rahmen des Programms „Wissenschaft im Dienste des Friedens“ fort, die zur Errichtung von 30 Wasserkontrollstationen im Einzugsgebiet der Flüsse Kura und Arax führen soll. Das Projekt ist einzigartig, da alle drei südkaukasischen Staaten daran teilnehmen: Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Die Mission unterstützte zwei Treffen von Kollegen, die an diesem Projekt arbeiten, in Armenien und Aserbaidschan. Durch die Unterstützung der Ausbildung junger georgischer Wasserfachleute trägt die Mission auch zum Aufbau von nationalem Fachwissen bei.

AKTIVITÄTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ZERSTÖRUNG VON ÜBERSCHÜSSIGEN MILITÄRISCHEN BESTÄNDEN IN GEORGIEN

Das erste der beiden 2003 begonnenen Projekte betrifft die zehntausenden Geschosse, Bomben und Raketen jeglichen Typs, die über das ganze Land verteilt sind.

Das zweite Projekt gilt den toxischen Abfällen, der verrottenden und beschädigten Munition, durch die die Böden rund um die Deponien verseucht werden. Etwa 1000 Hektar sind bereits in den Munitionslagern verseucht, weitaus größere Gebiete sind aufgrund der Verseuchung nicht mehr zugänglich. Die nächsten Phasen des Projekts haben eine Neutralisierung der verseuchten Böden zum Ziel.

Ein Zentrum für die Wiederverwertung und Zerstörung von Munition

Mit dem Bau einer eigenen Anlage im ehemaligen Stützpunkt Dedoplistkaro konnte im Mai die erste Phase des Projekts zur Wiederverwertung und Zerstörung der in ehemaligen sowjetischen Militärstützpunkten

gelagerten Munitionsbestände und Bomben abgeschlossen werden.

Die Mission sorgte für

- die Installation der Ausrüstung zur Trennung der verschiedenen Bestandteile von Artilleriemunition,
- die Zerlegung von tausenden Stück Munition und
- die Wiederverwertung von Schießpulver zu industriellen Zwecken.

Die zweite Phase des Projekts begann im August und soll im Juni 2004 abgeschlossen sein. Sie umfasst

- den weiteren Ausbau des Wiederverwertungszentrums für Munition, das moderne Unterbringungsmöglichkeiten für die Angestellten erhalten soll,
- den Transport der Munition aus anderen Stützpunkten zum Zentrum,
- die Zerstörung gefährlicher und instabiler Bomben und die Beurteilung der Kontamination der Böden in den aufgelassenen Stützpunkten.

Die ersten Phasen des Projekts zur Neutralisierung gefährlicher Chemikalien

Tonnen gefährlicher Chemikalien wie Napalm und Dekontaminationsstoffe wurden von den Stützpunkten, an denen sie gelagert waren, zu einer Spezialeinrichtung in Tiflis gebracht.

Mit Hilfe sicherer und umweltfreundlicher Methoden wurden die Chemikalien neutralisiert und zu Analysezwecken wurden Bodenproben entnommen.

Alle oben angeführten Aktivitäten wurden durch Beiträge von Finnland, Deutschland, den Niederlanden, Schweden, der Türkei und dem Vereinigten Königreich finanziert.

Munitionslager könnten unabhängig von ihrem Zustand Nachschubmaterial für terroristische Gruppen liefern und zu einer tödlichen Gefahr für arglose Schrottsammler und neugierige Kinder werden. Das Engagement der Mission entspricht ihrer Verpflichtung zur Bekämpfung des Terrorismus und ihrer Umweltschutzpolitik.

2003 startete die Mission zwei Projekte, durch die die Umwelt gefahrlos von der nicht mehr benötigten Munition – Resten der jüngsten georgischen Vergangenheit – befreit werden soll.

DIE WAHLEN IN GEORGIEN

„Ich war ergriffen, als ich vor dem Parlamentsgebäude 50.000 Menschen stehen sah.

Das ist viel für ein kleines Land mit nicht ganz 5 Millionen Einwohnern!

Viele von ihnen standen Tag und Nacht da draußen, bei Kälte und Regen.“

Die Geschäftsführende Präsidentin Georgiens, Nino Burdschanadse, anlässlich der Ereignisse Ende November 2003.

Mit ihrer Hilfestellung bei den Wahlen in Georgien stellte die OSZE ihr Demokratieverständnis und ihre Fähigkeit unter Beweis, wie keine andere Organisation rasch und wirksam und mit bemerkenswertem Ergebnis auf einen plötzlich eingetretenen Notstand zu reagieren.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom November richtete das BDIMR eine Wahlbeobachtungsmission ein und die OSZE-Mission in Georgien übernahm eine Führungsrolle in den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die Regierung Georgiens in zentralen Punkten zu beraten. Dass es sich dabei um durchaus kritische Fragen handelte, zeigten die Ereignisse, die nach den friedlichen Protestkundgebungen gegen die Ergebnisse der Wahl zum Rücktritt von Präsident Schewardnadse führten. Im November brachte die Öffentlichkeit mit größerem Nachdruck und unmissverständlicher als jemals zuvor, seit Georgien seine Unabhängigkeit erreicht hatte, zum Ausdruck, dass das Volk faire Wahlen wünschte.

Nach den Ereignissen vom November kam die OSZE der Bitte Georgiens um Hilfe bei den bevorstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen im Januar bzw. März 2004 nach.

In der kurzen Zeitspanne zwischen den Ereignissen Ende November und den Wahlen am 4. Januar veranlasste die Organisation rasche Hilfsmaßnahmen:

- Die Teilnehmerstaaten sagten bei einem Treffen von Geldgebern, das vom niederländischen Vorsitz kurzfristig einberufen wurde, rund 6 Millionen Euro zu.
- Das *Wahlhilfeprogramm für Georgien* wurde in der OSZE-Mission in Georgien geplant und aufgestellt und Phase I wurde erfolgreich durchgeführt.
- Das BDIMR stellte erneut eine internationale Wahlbeobachtungsmission aus bewährten Mitgliedern zusammen, der sich wieder Kurzzeitbeobachter der *Parlamentarischen Versammlung* der OSZE und anderer internationaler Organisationen anschlossen.
- Das *OSZE-Konfliktverhütungszentrum* koordinierte die Verbindungsarbeit zwischen den Geldgebern und der Mission.

„Es war wirklich phänomenal zu beobachten, wie innerhalb von 45 Tagen aus einem alten System ein neues entstand.“

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Bruce George, über die Wahlstandards in Georgien.

DIE DEMOKRATISIERUNGSAKTIVITÄTEN DER MISSION IN GEORGIEN

Hilfestellung für die Wahlen im November

Förderung fairer Parlamentswahlen

In enger Zusammenarbeit mit dem BDIMR spielte die Mission eine führende Rolle in den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die Regierung Georgiens in kritischen Fragen zu beraten, deren Nichterfüllung die Glaubwürdigkeit der Parlamentswahlen ernsthaft gefährden würde. Durch die Übernahme einer Koordinierungsrolle sowohl in Bezug auf die technischen Hilfsmaßnahmen zur Regelung dieser Fragen als auch in Bezug auf die politische Warnung vor einer Unterlassung, die im Rahmen einer Arbeitsgruppe auf Botschaferebene unter Leitung des UNDP geäußert wurde, setzte sich die Mission nach Kräften dafür ein, die Regierung durch die Zeit im Vorfeld der Wahlen zu steuern.

Internationale Koordinierung der Wahlhilfe

Im Berichtszeitraum führte die Mission den Vorsitz in der *technischen Wahl-Arbeitsgruppe*, die aus Experten und Vertretern diplomatischer Missionen auf Arbeitsebene bestand. Diese Gruppe wiederum leistet einer *Arbeitsgruppe auf Botschaferebene* technische Unterstützung und analytische Hilfestellung, deren Ziel es ist, die georgischen Behörden in Wahlfragen politisch festzulegen.

Dank ihrer Teilnahme an beiden Gruppen förderte die Mission ein einheitliches Vorgehen aller internationalen

Akteure und legte im Vorfeld der Parlamentswahlen vom November Empfehlungen vor. Durch die Koordinierung der technischen Hilfe und der politischen Aussagen schuf die Mission die Basis für die geplante *BDIMR-Wahlbeobachtungsmission*.

Hilfe für den Amtierenden Vorsitz/Europarat Ad-hoc-Auswahlkomitee für den Vorsitz der Zentralen Wahlbehörde

Die Mission stellte einem *Ad-hoc-Auswahlkomitee* aus Vertretern des Amtierenden Vorsitzes der OSZE und des Europarats technische und logistische Unterstützung zur Verfügung, als es sich in den Konsultationsprozess für die Auswahl eines Vorsitzenden der Zentralen Wahlbehörde einschaltete. Am 30. August wurden Präsident Schewardnadse drei Kandidaten genannt.

Hilfestellung bei der Aufnahme von Bestimmungen zur Verhinderung von Wahlbetrug in die Wahlordnung

Im August verabschiedete das georgische Parlament die seit langem erwarteten Änderungen zur *einheitlichen Wahlordnung*. Neben anderen Maßnahmen zur Verhinderung von Wahlbetrug in dem Gesetz wurde in *Artikel 52* die Verwendung nicht abwaschbarer Tinte zur Verhinderung mehrfacher Stimmabgabe festgelegt. Nach Rücksprache mit den georgischen Behörden und den politischen Parteien sprach sich das BDIMR für die Einführung dieser Maßnahme aus.

DIE BDIMR-WAHLBEOBACHTUNGSMISSION

Im September richtete das BDIMR in Georgien eine Wahlbeobachtungsmission ein, die schließlich zu einer der längsten und größten in der Geschichte der OSZE werden sollte. Sie nahm an den regelmäßigen Treffen mit der OSZE-Mission in Georgien teil, erhielt dort Briefings durch die Mission und informierte ihrerseits über den jeweiligen Stand der Wahlvorbereitungen in technischer und rechtlicher Hinsicht.

Zehn Wahlexperten hatten in der Zentrale der Mission in Tiflis ihren Stützpunkt und 21 Langzeitbeobachter in den Regionen. Sie hatten den gesamten Wahlprozess genau zu beobachten und zu analysieren, einschließlich des Wahlkampfes der politischen Parteien, der Arbeit der Wahlbehörde und der örtlichen Behörden, der Medien, des rechtlichen Rahmens, der Geschehnisse am Wahltag selbst und der Wahlanfechtungsverfahren.

Kurz vor dem Wahltag wurde die Mission durch rund 400 Kurzzeitbeobachter aus 43 OSZE-Staaten verstärkt, die gemeinsam mit Parlamentariern der Parlamentarischen Versammlungen von OSZE und Europarat und des Europäischen Parlaments im gesamten Land zur Beobachtung der Stimmabgabe, der Stimmenausählung und der Berechnung der Wahlergebnisse eingesetzt wurden. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE ernannte den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zum Sonderkoordinator für die Kurzzeitbeobachtung.

Zu den Parlamentswahlen vom 2. November stellte die Beobachtungsmission kritisch fest, sie seien von systematischen Fälschungen in großem Ausmaß gekennzeichnet gewesen und hätten den Anforderungen mehrerer OSZE-Verpflichtungen und anderer internationaler Standards für demokratische Wahlen nicht genügt.

Zur zweiten Runde der Parlamentswahlen, die am 24. November stattfinden und von rund 400 internationalen Wahlbeobachtern verfolgt werden sollte, kam es aufgrund der Ereignisse, die am Vortag zum Rücktritt von Präsident Eduard Schewardnadse führten, nicht mehr. Ein entsprechender Teil der Wahlen wurde vom Höchstgericht am 25. November annulliert und auf den 4. Januar 2004 wurden Präsidentenwahlen angesetzt.

DIE ZUSAGE DER OSZE-TEILNEHMERSTAATEN

Finanzierungszusage beim OSZE-Ministerrat

Auf dem Ministerratstreffen der OSZE in Maastricht am 1. und 2. Dezember 2003 äußerte die Geschäftsführende Präsidentin Georgiens, Nino Burdschanadse, eine dringende Bitte um finanzielle Unterstützung für die bevorstehenden Präsidenten- und Parlamentswahlen im Januar bzw. März 2004.

Der niederländische Vorsitz der OSZE nützte die Anwesenheit einiger Dutzend Außenminister in Maastricht, um eine Geldgeberkonferenz einzuberufen, bei der die Teilnehmerstaaten rund 6 Millionen Euro zusagten.

Aufstellung des Hilfsprogramms

4 Millionen Euro wurden direkt von der OSZE-Mission in Georgien verwaltet. Mit diesen Mitteln wurde das Wahlhilfeprogramm für Georgien geschaffen, um internationale technische und finanzielle Unterstützung für den Wahlprozess in Georgien im Hinblick auf die Präsidenten- und Parlamentswahlen zur Verfügung zu stellen. (Von den zugesagten 6 Millionen Euro gingen 2 Millionen von der Europäischen Kommission an das UNDP für Projekte im Zusammenhang mit den Wahlen.)

Das geplante Programm umfasste zwei Phasen, deren erste sich im Wesentlichen auf die Vorbereitung der Präsidentenwahlen am 4. Januar konzentrierte, während die zweite auf die Parlamentswahlen am 28. März ausgerichtet war. Phase II des Wahlhilfeprogramms sollte auf die Aktivitäten in Phase I aufbauen und diese fortführen.

Eine Arbeitsgruppe auf Botschaferebene unter dem Vorsitz der OSZE-Mission in Georgien kam regelmäßig in Tiflis zusammen, um für Transparenz und Koordinierung zu sorgen.

Koordinierung zwischen politischen Geldgebern und der Mission in Georgien

In Wien fanden Sitzungen der Geldgeber unter dem Vorsitz des OSZE-Sekretariats statt. Das *Konfliktverhütungszentrum* des Sekretariats erfüllte nicht nur eine zentrale Verbindungsfunktion zwischen den finanzierenden Teilnehmerstaaten und der OSZE-Mission in Georgien, sondern war auch dabei behilflich, umgehend zusätzliches Fachpersonal für die Wahlen ausfindig zu machen und zum Einsatz zu bringen.

„Von Anfang an wurde für eine enge, wirksame und produktive Koordinierung zwischen den internationalen Geldgebern, der Regierung, den Wahlbehörden und der Zivilgesellschaft gesorgt. In der Mission wurde eine eigene Sonderarbeitsgruppe eingerichtet, die neben internationalen Wahlexperten auf Vertragsbasis auch Missionsmitglieder umfasste. Rasche Arbeit war gefragt, um die Wahlstandards in Georgien und damit den Ruf des Landes zu verbessern.“
Der Leiter der OSZE-Mission in Georgien, Roy Reeve.

DAS WAHLUNTERSTÜTZUNGSPROGRAMM DER OSZE FÜR GEORGIEN

Unterstützung für die Wahlen 2004

Die im Rahmen von Phase I des Wahlunterstützungsprogramms für Georgien von den OSZE-Teilnehmerstaaten geleistete Hilfestellung ermöglichte die rasche Überweisung der Finanzmittel vom Finanzministerium Georgiens an die Wahlverwaltungsbehörden, damit diese die Gehälter der Wahlbeamten bezahlen konnten. Dieser Beitrag stellte sich als ganz wesentlich für die Durchführung der Präsidentenwahlen in einem äußerst knappen Zeitrahmen heraus. Das Programm ermöglichte es auch der Zivilgesellschaft, durch inländische Beobachtung, Schulung und Medienkampagnen das dringend benötigte Vertrauen der Öffentlichkeit in den Wahlprozess zu gewinnen und somit eine wichtige Rolle zu spielen.

Phase I des Programms bestand aus neun Projekten für die Präsidentenwahlen am 4. Januar 2004, die drei Hauptbereiche abdeckten:

- direkte finanzielle und technische Hilfe für die Zentrale Wahlbehörde
- Finanzierung des größten Teils der inländischen Beobachter und des Programms für die parallele Berechnung der Wahlergebnisse

- Finanzierung vielfältigster Kampagnen zur Erziehung der Wähler.

Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Verwaltung der Wahlen

Bei früheren Wahlen wurden die Gehälter der Wahlbeamten, wenn überhaupt, erst spät ausbezahlt. Als unerlässliche Grundlage einer jeglichen Antikorruptionsstrategie verpflichtete sich das georgische Finanzministerium dazu, allen Mitarbeitern in der Wahlverwaltung die Gehälter rechtzeitig auszubezahlen. Dies wurde durch die von der OSZE bereit gestellte Finanzierung für die grundlegenden laufenden und logistischen Kosten der Wahlabwicklung ermöglicht.

Unterstützung der Kampagne zur Information der Öffentlichkeit

Die Dienststelle für Öffentlichkeitsinformation in der Zentralen Wahlbehörde erhielt finanzielle und technische Unterstützung für die Ausarbeitung und Durchführung einer Kampagne für Wählereintragung sowie einer Informationskampagne zum Wahltag. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass die engagierte Medienpolitik der Zentralen Wahlbehörde zu größerem Vertrauen, größerem Bewusstsein und verstärkter Teilnahme der Öffentlichkeit am Wahlprozess führte.

Schulung des Personals der Wahlbehörde

Neben anderen Mängeln in der Wahlverwaltung stellten die internationalen Beobachter auch fest, dass die Zentrale Wahlbehörde nicht in der Lage war, ihre Mitarbeiter auf Bezirks- und Wahlkreisebene zu schulen. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde unter Anleitung der Zentralen Wahlbehörde und unter Heranziehung der Lehren aus den früheren Wahlen ein Schulungsprogramm erstellt. Das Programm wurde zur Gänze von der OSZE finanziert und in Zusammenarbeit mit IFES und UNDP durchgeführt. Zielgruppe der Schulung waren die Vorsitzenden der Wahlbehörden auf Wahlkreisebene, deren Stellvertreter und Sekretäre; mit dem Programm wurden insgesamt 6144 Mitarbeiter aus 2513 Wahlkreisen erfasst. Die Schulung kam bei allen Teilnehmern sehr gut an und schlug sich am Wahltag in einer wesentlich verbesserten Abwicklung der Wahlen nieder.

Im Rahmen des Wahlunterstützungsprogramms für Georgien wurde ein umfassendes Schulungsprogramm für Mitarbeiter von Wahlbehörden finanziert, um die Leistungen am Wahltag zu verbessern. Insgesamt nahmen 6144 Mitarbeiter von Wahlbehörden aus 2513 Wahlkreisen im Rahmen dieses Programms an Schulungen teil.

Maßnahmen zur Verhinderung von Wahlbetrug – Kennzeichnung der Wähler

Ausgehend von den Erfahrungen bei den Wahlen im November wurde im Rahmen des Wahlunterstützungsprogramms für Georgien ein breites Programm gegen Wahlbetrug mit Hilfe nicht abwaschbarer Tinte für die Kennzeichnung von Wählern durchgeführt. Diese Maßnahme galt als notwendig für die Stärkung des Vertrauens der Wähler in den

Wahlprozess. Das Programm enthielt folgende praktische Maßnahmen:

- Beschaffung von Tintenvorräten für die Zentrale Wahlbehörde
- Bereitstellung von technischer Hilfe für die Durchführung
- eine Reihe von Aktivitäten für die Information der Öffentlichkeit, darunter die Produktion von Fernsehspots und PR-Plakaten.

Unterstützung der inländischen Wahlbeobachtung und der parallelen Berechnung der Wahlergebnisse

Das Wahlunterstützungsprogramm für Georgien stellte der georgischen NGO „Internationale Gesellschaft für freie Wahlen und Demokratie“ (ISFED) Mittel zur Durchführung einer landesweiten Wahlbeobachtung zur Verfügung. Insgesamt wurden von ISFED rund 2550 Freiwillige in fast allen Wahllokalen und Bezirkskommissionen eingesetzt. ISFED beobachtete mit Erfolg die Vorwahlphase, die Stimmabgabe, die Auszählung und die Zusammenstellung der Ergebnisse und nahm auch eine parallele Berechnung der Wahlergebnisse vor.

Kampagnen zur Erziehung der Wähler

Mit dem Ziel, der Öffentlichkeit Kenntnisse über den Wahlprozess zu vermitteln und sie damit letztlich zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen, wurden vier verschiedene Projekte zur Erziehung der Wähler durchgeführt. Insgesamt 13 örtliche NGOs nahmen daran teil und konnten damit örtliche Gemeinden im größten Teil Ost- und Westgeorgiens erreichen. Während die Wählererziehung auf Basis örtlicher Gemeinschaften ein breites Publikum erreichte, zielte ein Projekt direkt auf die Mobilisierung des jüngeren Wählersegments ab.

Für den Erfolg des Wahlunterstützungsprogramms für Georgien war eine wirksame und produktive Koordination, sowohl innerhalb der Organisation als auch mit den internationalen Geldgebern, der Regierung, den Wahlbehörden und der Zivilgesellschaft ausschlaggebend.

DIE WIEDEREINSETZUNG DER WAHLBEOBACHTUNGSMISSION

Am 7. Dezember setzte das BDIMR seine Wahlbeobachtungsmission wieder ein. Die meisten der 37 Langzeitbeobachter hatten bereits an der vorangegangenen Mission teilgenommen. 13 Beobachter waren in Tiflis eingesetzt, 27 in den Regionen. Kurz vor dem Wahltag selbst kamen zur Langzeitmission wieder Kurzzeitbeobachter hinzu: 450 Beobachter aus 37 Ländern unter Führung des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Die Beobachtungsmission stellte fest, dass die Präsidentenwahlen vom 4. Januar gegenüber früheren Wahlen wesentliche Fortschritte gezeigt hätten und dass das Land dadurch in verschiedener Hinsicht an die OSZE-Verpflichtungen und andere internationale Standards für demokratische Wahlen herangeführt worden sei.

Ein Bericht über die Tätigkeit des BDIMR im Rahmen von Wahlen findet sich auch im Kapitel über das BDIMR auf Seite 137.

Im November brachte die Öffentlichkeit mit größerem Nachdruck und unmissverständlicher als jemals zuvor, seit Georgien seine Unabhängigkeit erreicht hatte, zum Ausdruck, dass das Volk faire Wahlen wünschte.

„Ohne den festen Willen der internationalen Gemeinschaft, die junge georgische Demokratie zu unterstützen, wäre es dem Volk und der Regierung von Georgien sehr schwer gefallen, Präsidentenwahlen zur Mitte der Amtszeit innerhalb der von der Verfassung vorgegebenen Frist durchzuführen. Ich möchte den Geldgebern – den Ländern und internationalen Organisationen – für ihre unverzügliche und wirksame finanzielle und technische Unterstützung und Beratung danken.

Als Bürger Georgiens kann ich nicht genug danken für die ungeheure moralische Unterstützung, die die demokratische Welt Georgien zuteil werden ließ.“

Der Vorsitzende der Zentralen Wahlbehörde, Surab Tschiaberaschwili.

Das OSZE-Büro in Eriwan

VORWORT DES LEITERS DES BÜROS

Dieses Jahr stand in Armenien ganz im Zeichen wichtiger Ereignisse und Entwicklungen. In der ersten Jahreshälfte fanden Präsidenten- und Parlamentswahlen statt. Das Büro betätigte sich höchst aktiv als Gastgeber der internationalen Wahl-Arbeitsgruppe, die die Aktivitäten der in Eriwan an der Wahlvorbereitung beteiligten internationalen Akteure koordinierte. In technischer Hinsicht half das Büro der Zentralen Wahlbehörde bei der Beschaffung durchsichtiger Wahlurnen, die zum ersten Mal in einem GUS-Land zum Einsatz kamen.

Ein großes OSZE-Polizeiunterstützungsprogramm wurde in Angriff genommen, das eine Partnerschaft zwischen der armenischen Polizei und der OSZE begründete. Armenien war Gastgeber des ersten Vorbereitungsseminars für das Wirtschaftsforum – eine wichtige OSZE-Veranstaltung auf diesem Gebiet. Einer der Schwerpunkte in der Tätigkeit des Büros war auch die Förderung von Initiativen für Good Governance und insbesondere setzte es seine Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption fort.

In diesem Jahr erlebte das Büro wesentliche Fortschritte bei der Rechtsreform in Armenien: ein neues Strafrecht wurde verabschiedet und ist gemeinsam mit den Gesetzen über Informationsfreiheit und den Volksanwalt ein Beispiel für Entwicklungen, an denen auch das Büro nicht unbeteiligt war.

Das Büro nahm 2000 seine Arbeit auf. Sein umfassendes Mandat gibt ihm den Auftrag, zum Aufbau von Sicherheit und Stabilität in Armenien durch die Entwicklung demokratischer Institutionen im Land, durch die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Förderung von OSZE-Standards und -Prinzipien beizutragen.

Dank seines flexiblen Mandats arbeitet das Büro in gleicher Weise mit der Regierung, dem Parlament, der Zivilgesellschaft, den Medien und der internationalen Gemeinschaft zusammen. Daher wurde das Büro auch oft ersucht, als Vermittler zwischen den verschiedenen Akteuren zu fungieren.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

WAHLEN

Beobachtung und Berichterstattung im Allgemeinen

Als Teil seiner laufenden Beobachtung und Berichterstattung in Bezug auf Lage und Entwicklungen der Politik im Land befasste sich das Büro nach wie vor schwerpunktmäßig mit Wahlfragen. Die Wahlbeobachtungsmissionen des BDIMR, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und des Europarats erhielten Hilfestellung und Informationen über die Lage.

Nach der Veröffentlichung der Wahlberichte des BDIMR zu den Präsidenten- und Parlamentswahlen wandte sich das Büro erneut der Frage der Wahlreform zu und begann mit der Koordinierung der Bemühungen, nicht nur zur Überarbeitung der Wahlordnung sondern auch zu Mechanismen zur Verbesserung der gesamten Abwicklung der Wahlen in Armenien beizutragen.

Daraus folgten im Dezember gemeinsame Empfehlungen des BDIMR und der Venedig-Kommission des Europarats zum Thema Wahlordnung und Abwicklung von Wahlen. Das Büro sorgte für die Nachbereitung dieser Empfehlungen in Form von Diskussionsrunden zur Wahlreform.

Die Internationale Wahl-Arbeitsgruppe

Das Büro führt nach wie vor den Vorsitz in der Internationalen Wahl-Arbeitsgruppe, die zum Informationsaustausch, zu einer besseren Koordinierung der Aktivitäten und zur Zusammenarbeit zwischen den internationalen Akteuren bei der Wahlhilfe beitrug.

Durchsichtige Wahlurnen

Das Büro war der Zentralen Wahlbehörde bei der Beschaffung und Lieferung durchsichtiger Wahlurnen behilflich, die bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen in allen Wahllokalen zum Einsatz kamen. Derartige Wahlurnen fanden in Armenien und auf dem Hoheitsgebiet der GUS zum ersten Mal Verwendung.

Insgesamt wurden etwa 5400 Wahlurnen ausgeliefert, 1000 von ihnen wurden an Georgien für die Parlamentswahlen im November verliehen. Der Einsatz der Wahlurnen trug zu größerer Transparenz des Wahlprozesses bei und wurde von den Beobachtungsmissionen der OSZE und des Europarats als Fortschritt bezeichnet.

Verbesserung der Wählerlisten

Das Büro ermöglichte und unterstützte ein Projekt zur Verbesserung der Wählerlisten. Im Zentrum der Bemühungen stand die Vereinheitlichung und systematische Erstellung der Melderegister in örtlichen Gemeinden im Vorfeld der Wahlen.

Zielgruppe des Wählerlistenprojekts waren 22 Gemeinden in ganz Armenien, die etwa 27 % aller Wähler umfassten.

Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der erfassten Wähler auf etwa 70 %. In dieser Zahl sind die Daten der 20 Gemeinden enthalten, in denen die entsprechende Software bereits im Zuge früherer derartiger Projekte installiert worden war.

Das Büro unterstützte diese wichtige Aufgabe auch nach den Wahlen.

Versammlungsfreiheit: Versammlungen und Demonstrationen im Zusammenhang mit den Präsidentenwahlen

Im Anschluss an Berichte über die Verhängung administrativer Haftstrafen gegen Demonstranten betrieb das Büro Untersuchungen und Monitoring betreffend das Recht auf friedliche Zusammenkünfte und die Versammlungsfreiheit.

Es erstellte eine Reihe von Empfehlungen, wie die Situation verbessert werden könne, wobei im Zentrum die Notwendigkeit wirksamer Gesetze zur Gewährleistung dieses Verfassungsrechts stand.

GOOD GOVERNANCE

Eine neue Strategie zur Bekämpfung der Korruption

Das Büro setzte die Koordination der internationalen Arbeitsgruppe fort, die der Regierung bei der Ausarbeitung und Verabschiedung einer nationalen Antikorruptionsstrategie behilflich ist. Die neue Koalitionsregierung machte schon bald nach der Machtübernahme die Korruptionsbekämpfung zu einer ihrer Prioritäten. Die Bemühungen mündeten in der Verabschiedung einer Strategie, die jedoch noch weiter erörtert und bearbeitet werden muss. Das Büro ermöglichte die Erörterung der Strategie in der Öffentlichkeit und beabsichtigt, bei ihrer Durchführung behilflich zu sein.

Staatliche Anerkennung für den Einsatz des Leiters des Büros im Kampf gegen die Korruption

Bei der Eröffnung des staatlichen Ressourcenzentrums zur Bekämpfung der Korruption im Juli wurde der damalige Leiter der Mission für seinen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung in Armenien ausgezeichnet.

MILITÄRISCHE UND SICHERHEITSFRAGEN

Experten helfen Experten: das Büro organisiert einen Workshop zur Terrorismusbekämpfung

Dieser ergebnisorientierte Workshop verfolgte ganz allgemein das Ziel, die Kommando- und Kontrollstrukturen für den Notfall zu verbessern und sich mit den operativen und legislativen Kapazitäten des Sicherheitssektors im Hinblick auf die Terrorismusbekämpfung auseinander zu setzen.

Im Laufe des Workshops wurden fünf Fallstudien behandelt:

- Flugzeugentführung
- Belagerung eines öffentlichen Gebäudes
- Fahrzeuge als Tatwaffe
- Belagerung einer diplomatischen Vertretung
- sensible strategische Einrichtungen – Kernkraftwerke.

Polizeireform

Nach mehreren Besuchen der OSZE-Gruppe *Strategische Polizeiangelegenheiten* wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, das eine Partnerschaft zwischen der armenischen Polizei und dem Büro begründete. Im Vorfeld des für 2004 geplanten *Polizeiunterstützungsprogramms* ermittelte eine Bedarfserhebungsmission folgende Zielsetzungen:

- versuchsweise Einführung eines Systems für bürgernahe Polizeiarbeit im Polizeibezirk Arabkir in Eriwan
- Ausbau des Polizeiausbildungszentrums im Hinblick auf einen Grundkurs für Polizeirekruten und Auffrischkurse
- Verstärkung der Katastropheneinsatzkompetenz der Polizei in Eriwan.

Ausarbeitung von Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus – Umsetzung der 12 VN-Protokolle und -Übereinkommen

Das Büro organisierte ein Expertenseminar zur Umsetzung der *Resolution 1373 des VN-Sicherheitsrats* und internationaler Übereinkommen gegen den Terrorismus. Diese Initiative wurde in Zusammenarbeit mit dem armenischen Außenministerium, der OSZE-Gruppe *Terrorismusbekämpfung*, dem BDIMR, dem UNODC und dem UNCTC verwirklicht.

Anschluss Armeniens an das OSZE-Kommunikationsnetz

Das Büro leistete Armenien technische Hilfe beim Anschluss an das modernisierte OSZE-Kommunikationsnetz, das den Teilnehmerstaaten einen sicheren Weg für den Austausch militärischer Informationen bietet.

Praktische Ausbildung zum Verhaltenskodex

Das Büro und internationale Partner schulten die Streitkräfte im Sinne des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, wobei der Schwerpunkt auf den praktischen Fragen der demokratischen Kontrolle, dem humanitären Völkerrecht und den Rechten und Pflichten der Soldaten lag.

MEDIEN

Koordinierung der NGOs und Geldgeber vor Ort

Das Büro gründete eine informelle Arbeitsgruppe „Mediengesetze“ für internationale Organisationen sowie lokale und internationale Medien-NGOs. Dieses Forum für Informationsaustausch bietet Gelegenheit für die Ausarbeitung gemeinsamer Maßnahmen, durch die Probleme wirksamer angegangen werden können.

Größere Transparenz durch die Verabschiedung des Gesetzes über Informationsfreiheit

Das Gesetz wurde im Anschluss an die Hilfestellung des Büros für eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Vertretern von NGOs, der Regierung und der Nationalversammlung verabschiedet. Es betrifft sowohl die Medien als auch die Öffentlichkeit, gibt den Anstoß zu mehr Transparenz in den Regierungsinstitutionen und ist zugleich ein Beispiel für die erfolgreichen Bemühungen des Büros im Dienste der Korruptionsbekämpfung. Im Rahmen einer Bürgerinitiative wurde das Büro ersucht, bei der Durchführung des Gesetzes behilflich zu sein.

MEDIENMONITORING

In Zusammenarbeit mit dem *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* beobachtete das Büro auch weiterhin die Lage der Medien in Armenien und berichtete darüber.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Vergabe von Sendefrequenzen, insbesondere im Fall zweier TV-Stationen, *A1+* und *Noyan Tapan*, die ihre Frequenzen 2002 verloren hatten. Das Büro verfolgte alle Ausschreibungen, an denen die Genannten teilnahmen, und berichtete darüber.

Auf Ersuchen des Präsidenten von Armenien und des OSZE-Vorsitzes wird das Büro mit Hilfe des *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* die Medienlage einem Monitoring unterziehen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Unterstützung für die Schaffung einer Volksanwaltschaft – ein entscheidender Schritt zur Verteidigung der Menschenrechte

Nach Armeniens Zusage, ein Gesetz zur Einrichtung einer Volksanwaltschaft im Einklang mit seinem Beitritt zum Europarat zu verabschieden, gab das BDIMR ein Rechtsgutachten zum Entwurf des neuen Gesetzes ab. Darin wurde unterstrichen, dass die Bestellung und Entlassung des Volksanwalts durch die Legislative und nicht durch die Exekutive erfolgen sollte.

Das Büro, das BDIMR, das Parlament und der Europarat organisierten gemeinsam einen Experten-Workshop über Abänderungen zu dem Gesetzesentwurf. Das im Oktober verabschiedete *Gesetz über den Menschenrechtsanwalt* behielt die Übergangsbestimmung bei, der zufolge der Anwalt vom Präsidenten ernannt wird.

Das Büro führt auch den Vorsitz in einer internationalen Arbeitsgruppe zur Volksanwaltschaft. Diese Gruppe diente auch als Diskussionsforum für Fragen im Zusammenhang mit der im Oktober erfolgten Verabschiedung des Gesetzes. Seither dient die Gruppe

als Diskussionsforum für wichtige Aspekte im Zusammenhang mit der Schaffung dieser Institution.

An der Spitze der führenden Kampagne zur Aufklärung über Menschenrechte

Mehr als 5000 Personen aus verschiedenen Zielgruppen nahmen an 160 Vorträgen teil, die von einem vom Büro unterstützten PR-Team organisiert wurden und das Verständnis für folgende Themen vertiefen sollten:

- Standards und bewährte Praktiken bei Menschenrechten
- logistische und Schutzmechanismen im Inland und auf internationaler Ebene
- 16 verschiedene Menschenrechtsthemen, die den wichtigsten Tätigkeitsbereichen der OSZE entsprechen.

Abgesehen von den 16 bereits vorhandenen Filmen, die bei diesen Vorträgen gezeigt wurden, wurden zwei weitere Filme über die Justiz in Armenien und die Rechte von Kindern produziert. Dafür war das Büro in Zusammenarbeit mit dem BDIMR zuständig. Die Filme bilden die Grundlage für die Vorträge der PR-Teams. Die zunehmende Nachfrage nach diesen Vorträgen ermutigt das Büro zur Fortsetzung des Projekts.

Einrichtung eines Monitoringmechanismus für Gefängnisse

Das Büro, das BDIMR, das Justizministerium und die Zivilgesellschaft arbeiteten gemeinsam an der Ausarbeitung einer Rechtsgrundlage zur Schaffung einer zivilgesellschaftlichen Monitoringgruppe für Strafvollzugsanstalten. Der Erlass des Justizministers wurde abgeändert, um der Gruppe größere Monitoringrechte zu geben und sie vom Ministerium unabhängiger zu machen. Ein ähnlicher Mechanismus wird auch für polizeiliche Hafteinrichtungen ins Auge gefasst.

Einführung eines Wehrrersatzdienstes

Gemeinsam mit dem BDIMR war das Büro den armenischen Behörden behilflich, indem es Experten für das neue Gesetz über den Wehrrersatzdienst zur Verfügung stellte, das im Dezember 2003 verabschiedet wurde. Bei dem Experten-Workshop, den das Büro, das BDIMR, das Parlament und der Europarat gemeinsam veranstalteten, kamen die Verfasser des Entwurfs überein, Änderungen zu folgenden Punkten vorzunehmen:

- Berechtigung zum Wehrrersatzdienst
- Art und Länge des Dienstes
- Auswahl- und Berufungsverfahren
- Zeitpunkt, zu dem Verweigerer aus Gewissensgründen einen Ersatzdienst beantragen können.

Förderung der Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit

Das Büro beobachtet die Lage der Religionsfreiheit in Armenien genau und pflegt regelmäßige Kontakte mit den verschiedenen Glaubensgemeinschaften und religiösen Gruppierungen im Land. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt den rechtlichen und strukturellen Aspekten der Religionsfreiheit sowie der Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen.

Schulung von NGOs in Fragen des Monitoring und der Berichterstattung in Bezug auf die Menschenrechte

Im Anschluss an die Schulung armenischer NGOs durch Fachleute der polnischen Helsinki-Stiftung für Menschenrechte führten armenische NGOs drei Monitoringprojekte in folgenden Bereichen durch:

- verfahrensrechtliche Schutzbestimmungen betreffend die Untersuchungshaft
- das Recht von Schülern der Sekundarstufe auf physische Integrität und persönliche Würde
- Verwirklichung gleicher Rechte und Zugang zu guter Schulausbildung auf der Sekundarstufe für Schüler in Städten und auf dem Land.

Umgang mit Beschwerden von Einzelpersonen gegen Menschenrechtsverletzungen

Seit 2000 hat das Büro mit der Abwicklung von Beschwerden von Einzelpersonen gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen zu tun. Das Büro arbeitet ein Verfahren für die Entgegennahme der Beschwerden aus und richtete eine systematisierte Datenbank ein. In Bezug auf die Behandlung der Beschwerden von Einzelpersonen arbeitet es auch eng mit den zuständigen armenischen Behörden zusammen.

Kompetenzbildung für Personal in Haftanstalten

Auf Ersuchen des Justizministeriums organisierten das Büro und das BDIMR gemeinsam mit *Penitentiary Reform International* und dem *Open Society Institute* eine Ausbildung für Ausbilder zum Thema „Sichere Leitung von Strafanstalten“. Dabei wurden interaktive Ausbildungsmethoden verwendet, um einen lokalen Pool von Experten für die Ausbildung in internationalen Standards und nachahmenswerten Praktiken zu schaffen.

Weitere Schulungskurse für Ausbilder im Bereich Gefängnisverwaltung sind für die sozialen und psychologischen Dienste in Haftanstalten geplant – eine neu eingerichtete Dienststelle im armenischen Strafvollzugssystem, deren Entwicklung vom Büro von Anfang an unterstützt wurde.

Gemeinsam mit dem BDIMR war das Büro beim Ausbau des Rechtsinstituts des Justizministeriums zu einem vollwertigen Schulungszentrum für Gefängnispersonal behilflich. Am Anfang des Aufbaus dieser Institution stand eine Beurteilung des Rechtsinstituts durch einen internationalen Experten im Dezember 2003. Sein Bericht wird die Grundlage für die künftige Politik in Bezug auf den institutionellen Aufbau als Komponente des Schulungszentrums bilden.

KAMPF DEM MENSCHENHANDEL

Anstoß für Gesetze gegen den Menschenhandel

In Zusammenarbeit mit dem BDIMR stellte das Büro Expertenhilfe für die Aufnahme des Tatbestands Menschenhandel in das neue Strafgesetzbuch zur Verfügung.

Das Büro leistete auch Hilfestellung im Hinblick auf die Entwicklung wirksamer Durchführungsmechanismen und den Schutz der Menschenrechte der Opfer.

Innerhalb des umfassenden Programms zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption gibt es

auch ein Projekt zur Entwicklung eines konsistenten rechtlichen Rahmens für eine wirksame Kriminalisierung des Menschenhandels und für Opfer- und Zeugenschutz. Dieses Projekt betrifft die Analyse vorhandener Gesetzeslücken und die Überprüfung eines Bündels von Gesetzesentwürfen und Abänderungen zum *Strafprozessrecht*.

Daneben seien noch folgende Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels angeführt:

- Vorkehrungen für ein Expertengutachten zum Entwurf eines *nationalen Aktionsplans*
- Hilfe bei der Erstellung eines einheitlichen Rasters für Projekte internationaler Organisationen und örtlicher NGOs.

Verbesserte Hilfeleistung für Opfer des Menschenhandels

Im Juli 2003 organisierte das Büro in Zusammenarbeit mit dem BDIMR und dem Büro des Projektkoordinators der OSZE in der Ukraine eine Studienreise in die Ukraine zum Thema Hilfe für Opfer des Menschenhandels und Entwicklung nationaler Leitsysteme.

Die Studienreise brachte maßgebliche Regierungsbeamte und NGO-Vertreter zusammen und vermittelte ihnen einen Einblick in das Konzept nationaler Leitsysteme und in nachahmenswerte internationale und regionale Praktiken zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels.

Als Folgemaßnahme organisierte das Büro eine Nachbesprechung, bei der bestehende Lücken festgestellt und gemeinsam neue Strategien entwickelt werden sollten. Die Empfehlungen, die aus der Erörterung hervorgingen, wurden der interministeriellen Kommission gegen Menschenhandel vorgelegt, die der armenischen Regierung unterstellt ist.

Im Dezember 2003 organisierte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium, der IOM, dem BDIMR und der Botschaft der Vereinigten Staaten in Armenien einen Workshop zum Thema Feststellung der Identität und Weiterleitung von Opfern des Menschenhandels. Als wesentliche Elemente des neuen nationalen Leitsystems nahmen Vertreter der Strafverfolgungsbehörden, NGOs, Personal der armenischen Botschaften in Griechenland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland sowie Vertreter des russischen Konsulats in der Türkei und der Grenzschutz teil.

GENDERFRAGEN

Förderung der Rolle der Frau in der Gesellschaft

Zur Entwicklung eines nationalen Aktionsplans, der die Grundsatzpolitik der armenischen Regierung in Bezug auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft definieren soll, wurde Expertenwissen zur Verfügung gestellt.

Ein langfristiges Ziel dieses Aktionsplans ist es, in Armenien die Verfassungsbestimmung über Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in die Tat umzusetzen.

Frauenrechte und „Ausbildung für Ausbilder“ im Hinblick auf Führungskompetenz

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des Jahres 2003 war die Entwicklung der Führungskompetenz von Frauen. Die Teilnehmerinnen leiten regelmäßig Workshops in ihren Gemeinden, um Bewusstseinsbildung für Frauenrechte zu betreiben und Basisarbeit zu leisten.

Förderung einer geschlechtssensiblen Pädagogik

In Zusammenarbeit mit dem BDIMR führte das Büro ein Projekt durch, das die Einführung von Genderunterricht im sekundären und tertiären Bildungsbereich vorsieht. Das Büro setzte sich auch für die Institutionalisierung der Genderforschung als Unterrichtsfach in den Universitätslehrplänen ein.

Kampf gegen Gewalt in der Familie

Hohe Polizeibeamte aus Eriwan und den angrenzenden Regionen erhielten im Rahmen einer gemeinsamen Initiative des Büros, des BDIMR und der lokalen NGO „Zentrum für Frauenrechte“ eine Ausbildung zur Sensibilisierung für das Problem der Gewalt in der Familie.

Das Büro arbeitet in dieser Frage eng mit anderen internationalen und lokalen Akteuren zusammen. Im September war es Mitveranstalter einer Online-Diskussion für Polizeibeamte und NGOs zum Thema Verhütung und Bekämpfung von Gewalt in der Familie, einschließlich wirksamer Modelle für die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und NGOs und für Polizeiarbeit.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Politische Entscheidungsträger an einem Tisch

In Zusammenarbeit mit dem armenischen Außenministerium und dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE organisierte das Büro im November in Eriwan das *erste Vorbereitungsseminar zum zwölften Wirtschaftsforum*.

Das wichtigste Thema auf der Tagesordnung war für die 200 politischen Entscheidungsträger aus den Teilnehmerstaaten und internationalen Organisationen die Unterstützung der KMU-Entwicklung. Das Büro wird in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Behörden und der Wirtschaft nach Möglichkeiten für die Erstellung von Nachfolgeprogrammen suchen.

Bekämpfung der Geldwäsche und Verhinderung der Terrorismusfinanzierung

Auf dem ersten einschlägigen nationalen Workshop, den das Büro in Zusammenarbeit mit dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE und dem UNODC organisierte, wurden umfassende Gesetze und wirksame Strukturen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Verhinderung der Terrorismusfinanzierung erörtert.

Zu diesem Themenbereich unternahm das Büro 2003 folgende Aktivitäten:

- Erstellung eines Aktionsplans gemeinsam mit den armenischen Behörden
- Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe

- Koordinierungsbestrebungen im Hinblick auf die Gründung und Beratung einer *Zentralstelle für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen* in Armenien
- Organisation zweier Workshops für Parlamentarier zum Thema rechtliche Rahmenbedingungen.

Wirtschaftlicher Wettbewerbsschutz

Im Anschluss an das erfolgreiche Seminar über Wettbewerbspolitik befasste sich das Büro gemeinsam mit der *staatlichen Kommission für wirtschaftlichen Wettbewerbsschutz* mit der Einrichtung ihrer öffentlichen Internetseite. Diese soll Informationen über die staatliche Kommission und über politische Reformen auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik anbieten.

Bereitstellung von Expertenwissen für die Reform des Arbeitsrechts

Das Büro trug zum Entwurf eines neuen Arbeitsrechts bei, um die Einhaltung internationaler Standards und die Schaffung günstiger Voraussetzungen für deren Anwendung zu gewährleisten. Das Büro war auch Mitorganisator eines Expertenworkshops im Oktober, bei dem der Entwurf und Empfehlungen erörtert wurden.

Förderung von Jungunternehmern (YES-Projekt)

Dieses Projekt wurde vom Büro zur Förderung unternehmerischen Denkens in der jungen Generation aufgenommen und um brauchbare Unterstützung für weitere Wirtschaftsinitiativen zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen des Projekts wurden Betriebswirtschaftskurse für junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren angeboten und den Teilnehmern Unterstützungseinrichtungen vorgestellt. Als Teil des Projekts wurde ein TV-Programm unter dem Titel *„Jungunternehmer – Probleme und Perspektiven“* produziert.

Aufbau von Handels- und Wirtschaftskammern

Förderung internationaler Partnerschaften für Wirtschaftskammern

Im Interesse einer institutionellen Bereitstellung von wirtschaftlichen Dienstleistungen organisierte das Büro mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im Rahmen des *proSME*-Projekts (Förderung von Klein- und Mittelunternehmen) für leitende und mittlere Führungskräfte eine Studienreise nach Deutschland.

Das Büro setzte sich für die institutionelle Entwicklung von Handelskammern auf nationaler und regionaler Ebene ein. Ein internationaler Experte führte eine Bedarfserhebung bei der *Handelskammer und dem Wirtschaftsnetz der Republik Armenien* durch. Bei den Gesprächen – die die Grundlage für die weitere Hilfestellung durch das Büro bilden werden – wurden die inländischen und ausländischen Aktivitäten der Kammern, die Beziehungen zwischen Landes- und Provinzkammern, die angebotenen Dienstleistungen und Fortbildungsbedürfnisse erörtert.

Anstoß zu einer Wirtschaftsstrategie für die abgelegene Provinz Syunik

Zum ersten Mal gelang es dem Büro, alle Beteiligten zur Erörterung jener Faktoren zusammenzubringen, die einer Entwicklung der lokalen Wirtschaft in der abgelegenen Provinz Syunik im Wege stehen. In der Folge wurde eine

Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Vertreter des öffentlichen Sektors und der Privatwirtschaft eine lokale Entwicklungsstrategie für dieses Gebiet ausarbeiten sollen.

Das Aarhus-Zentrum: an einem neuen Ort, mit neuen Aufgaben

Nach Erörterungen mit dem Ministerium für Naturschutz und dem *Expertenrat* wurde für das Aarhus-Zentrum ein neuer Standort ausfindig gemacht und eine Agenda beschlossen. Das öffentliche Zentrum für Umweltinformationen (Aarhus-Zentrum) wurde 2002 auf der Grundlage des Memorandum of Understanding zwischen dem OSZE-Büro in Eriwan und dem Ministerium für Naturschutz errichtet, um Armenien bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention behilflich zu sein (Übereinkommen der Vereinten Nationen über den *Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten*).

Das Zentrum ist unter anderem mit Folgendem befasst:

- Schaffung einer eigenen Website
- Erstellung einer Übersicht über die in Armenien vorhandenen Bodenschätze
- Ausbildung von Journalisten in Umweltfragen
- Hebung des Umweltbewusstseins bei Studenten und Schülern
- Veranstaltung öffentlicher Hearings zu Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Ausschreibung eines Umweltpreises für Journalisten.

Das zweite Jahr des OSZE/NATO-Projekts für einheitliche Wasserstandards im Südkaukasus

Das Büro setzte seine Unterstützung für die im Rahmen des Programms „*Wissenschaft im Dienste des Friedens*“ laufende OSZE/NATO-Initiative zur Errichtung von 30 Wasserüberwachungsstationen im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax fort. Das Projekt ist insofern einzigartig, als daran alle drei Staaten im Südkaukasus beteiligt sind: Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Die Ausbildung von Experten konnte erfolgreich beendet werden und auf Grundlage der neuen Methoden wurde mit der Sammlung von Daten, der Entnahme von Proben und deren Analyse begonnen.

Das OSZE-Zentrum in Almaty

VORWORT DES LEITERS DES ZENTRUMS

Das OSZE-Zentrum in Almaty spielt auch weiterhin eine führende Rolle bei der Abstimmung mit den kasachischen Behörden, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. Es verfolgt politische, rechtliche und wirtschaftliche Entwicklungen zur Förderung der Stabilität im Land und unterstützt Kasachstan bei der Erfüllung seiner OSZE-Verpflichtungen.

Das Zentrum leistete Kasachstan maßgebliche Hilfe bei der Reform des Strafvollzugssystems, das heute als Musterbeispiel für Best Practice in der zentralasiatischen Region gilt. Die Arbeit im Bereich der Rechtsreform und der Schulung von Personal geht weiter.

Gleichzeitig wurden bei der Abfassung eines neuen Mediengesetzes und bei der Novellierung des Wahlgesetzes BDIMR-Verpflichtungen berücksichtigt. Es fanden zahlreiche Runde Tische statt und es wurden Analysen durch Experten durchgeführt, um den kasachischen Behörden in diesem Bereich Hilfestellung zu leisten.

Das Zentrum ist neuen Herausforderungen gegenüber unverändert aufgeschlossen, wodurch es in der Lage war, sich ausgewogen allen drei Dimensionen zu widmen. Ein wichtiges Ergebnis bestand darin, dass ein Viertel von 500 repatriierten (Oralman) Frauen nach einem siebenmonatigen Trainingsprogramm erfolgreich ihre eigenen Betriebe eröffnen konnte.

Dank zusätzlicher Finanzierungsgelder konnte das Zentrum seine Rolle ausweiten und Fachberatung in verschiedenen Tätigkeitsfeldern, die für die Behörden und die Zivilgesellschaft von Bedeutung sind, anbieten. Beispiele hierfür sind ein Programm zur Bewertung der Polizei, die Ausbildung in zivilem Lobbying und Entwicklungsaktivitäten zugunsten der Jugend.

Dieses Engagement, mit dem Kasachstan bei der Verwirklichung der angestrebten demokratischen Reform und der Achtung der Menschenrechte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und unter Berücksichtigung von Umweltbelangen geholfen werden soll, wird 2004 verstärkt fortgeführt.

Im September dieses Jahres eröffnete das Zentrum ein neues Verbindungsbüro in der kasachischen Hauptstadt Astana, das von einem Koordinator betreut wird. Dadurch kann das Zentrum seine Zusammenarbeit mit Regierungspartnern verstärken und gleichzeitig seine engen Kontakte mit der NGO-Gemeinde fortsetzen, die nach wie vor hauptsächlich von Almaty aus tätig ist.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Prüfung internationaler Sicherheitsmodelle

Kasachstan ist im Begriff, verschiedene Sicherheitsmodelle zu analysieren, um die Sicherheit und Stabilität des Staates zu gewährleisten. In diesem Bestreben wurde die internationale Konferenz „*Neue Sicherheitsparameter in Zentralasien: Eurasische, europäische und atlantische Aspekte*“ organisiert.

Die Veranstaltung, die im Juni stattfand, wurde vom OSZE-Zentrum in Almaty unterstützt und vom Kasachischen Institut für strategische Studien (KISI), das dem Präsidenten Kasachstans untersteht, organisiert. Das Zentrum schlug die Tagesordnung vor und machte Experten namhaft, die die Korrelation zwischen Sicherheit in Zentralasien und geopolitischen Prozessen analysieren und den Zusammenhang zwischen den zentralasiatischen, eurasischen und euroatlantischen sicherheitspolitischen Konzepten aufzeigen sollten.

Kapazitätsaufbau für professionellen Grenzschutz

Im Rahmen des Grenzsicherungsprojekts stellte das Zentrum einem militärischen Ausbildungszentrum für Grenzschutzbeamte in Almaty dringend benötigte technische Hilfe zur Verfügung. Die Ausrüstung wurde auf Ersuchen der Lehrkräfte des Ausbildungszentrums gespendet und wurde eingesetzt, um die Unterweisungen durch interaktive Techniken zu ergänzen und Handbücher zu publizieren.

Bekämpfung des illegalen Drogenhandels in Zentralasien

Eine der Prioritäten sowohl der OSZE als auch Kasachstans ist es, den illegalen Drogenhandel wirksam zu verhindern und zu bekämpfen. Angesichts des Umstandes, dass Kasachstan ein wichtiges Transitland zwischen Europa und Asien ist, kommt dieser Frage ganz besondere Bedeutung zu.

In diesem Bemühen veranstaltete das Zentrum in Zusammenarbeit mit dem KISI eine Konferenz, auf der eine breite Skala von aktuellen Fragen betreffend die Herstellung, den Missbrauch und den illegalen Handel mit Drogen besprochen wurde.

Es wurden verschiedene Modelle zur Bekämpfung dieses Übels auf ihre Anwendbarkeit auf Zentralasien untersucht. Die Ergebnisse der Konferenz wurden all

Leiter des Zentrums: Botschafter Ivar Vikki (seit 4. April 2004) | **Davor:** Botschafter Anton Rupnik | **Revidierter Haushalt:** € 1.173.600

jenen Kreisen zugänglich gemacht, die mit dieser Frage befasst sind und Strategien umzusetzen haben.

Erleichterung des Handels

Im Rahmen seines Zollunterstützungsprojekts startete das Zentrum mit internationalen Partnern das Projekt „Leitfaden zum internationalen Handel“, mit dem die Professionalität der Zollbeamten erhöht werden soll. Ferner sollen damit auch externe Wirtschaftsakteure auf die derzeit geltenden Zollverfahren, -rechte und -rechtsvorschriften in der Republik aufmerksam gemacht werden.

Der Leitfaden ist ein landesspezifisches Dokument, das die Wirtschaft mit Informationen über alle mit der Wareneinfuhr und Warenausfuhr verbundenen Erfordernisse versorgt. Eine regelmäßig aktualisierte Fassung wird ins Internet gestellt.

Ein neues Polizeiunterstützungsprojekt

Das Polizeiunterstützungsprojekt wurde vom Zentrum und der OSZE-Gruppe *Strategische Polizeiangelegenheiten* ins Leben gerufen. Langfristig wird das Projekt Kasachstan bei der Schaffung eines modernen und fortschrittlichen Systems für den Austausch und die Speicherung von Informationen nach internationalen Standards unterstützen.

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung für strafrechtliche Information des kasachischen Innenministeriums gestartet.

Auch an der Durchführung des für 2004 vorgesehenen umfangreicheren OSZE-Polizeiprojekts mit dem Titel „Schaffung des Kerns eines Analyzesystems für Einsatzinformationen in der kasachischen Polizei“ wird bereits gearbeitet.

VERBESSERUNG DES WAHLSYSTEMS

Ausarbeitung einer Wahlordnung

Ein wichtiger Schwerpunkt für das Zentrum und das BDIMR war in den letzten Jahren die Überarbeitung der Wahlordnung.

Das Zentrum war weiterhin bemüht, in die Novellierung des Wahlgesetzes die OSZE-Standards einfließen zu lassen. Im Mai ermöglichte es den Dialog zwischen den staatlichen Behörden und politischen Parteien in Form eines Runden Tisches. Auch NGOs, die Medien und die Öffentlichkeit beteiligten sich an diesem Forum unter dem Titel „Bevorstehende Urnengänge in Kasachstan: 2003 - 2006“.

Außerdem verteilte das Zentrum an staatliche Vertreter und politische Parteien das Dokument „Vorläufige Bewertung des Entwurfs zur Wahlgesetznovelle durch das BDIMR der OSZE“ und hielt mit politischen Parteien einen abschließenden Runden Tisch über weitere Verbesserungen und Verfeinerungen des Wahlgesetzentwurfs ab.

In enger Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission (CEC) befasste sich das Zentrum mit Entwicklungen im Zusammenhang mit der Wahlordnung und es koordinierte Sitzungen zwischen der CEC und dem BDIMR.

Beim *Transasiatischen Parlamentarierforum* der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, das vom 7. bis 9. Juni 2003 in Almaty stattfand, brachte Botschafter Christian Strohal als BDIMR-Vertreter verschiedene Fragen zur Sprache, die Auswirkungen auf freie und faire Wahlverfahren haben können. Strohal hatte auch Gelegenheit zu einem Treffen mit dem Leiter der Zentralen Wahlkommission.

Überwachung des Wahlprozesses

Ein wesentlicher Tätigkeitsbereich war die Überwachung der Wahlen zum örtlichen *Maslichat* (kommunales Verwaltungsorgan) im Herbst. Mitarbeiter des Zentrums verfolgten den Urnengang als Beobachter und unterstützten die Arbeit der beiden abgestellten BDIMR-Experten.

Während des gesamten Zeitraums bestand eine gute Koordination zwischen den Beobachtern und den politischen Parteien. Die Feststellungen des BDIMR zu diesen Kommunalwahlen, die nach dem derzeit geltenden Wahlgesetz abgehalten wurden, wurden den zuständigen Stellen zur Kenntnis gebracht.

MEDIENFRAGEN

Das Büro des *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* wies wiederholt auf Unzulänglichkeiten bezüglich der Freiheit und professionellen Entwicklung der Medien in Kasachstan hin.

Gemeinsam mit dem Büro des Medienbeauftragten bot das Zentrum zusätzliche Unterstützung zur Verbesserung der Qualität des örtlichen Journalismus und zur Beseitigung von Hindernissen auf dem Weg zu freien und unabhängigen Medien an.

Mediengesetze

Das Zentrum trug aktiv zur Verbesserung der Mediengesetze bei und stellte den staatlichen Behörden Rechtsberatung zur Verfügung. Es veröffentlichte eine vorläufige Rechtsanalyse des Entwurfs zum *Gesetz über Massenmedien* und nahm nach der Einbringung des Gesetzes im Oktober auch an parlamentarischen Debatten teil.

Förderung der freien Meinungsäußerung von Journalisten

Das Zentrum organisierte ein zweitägiges Seminar über Rufschädigung in den Medien und die diesbezüglichen internationalen Standards. Die im Februar abgehaltene Veranstaltung, die gemeinsam mit örtlichen und internationalen Partnern organisiert wurde, versorgte örtliche Journalisten und Rechtsanwälte mit Informationen aus erster Hand über rechtliche Präzedenzfälle und internationale Standards zu diesem Thema.

Das Zentrum eröffnete in seinen Räumlichkeiten in Almaty mit Unterstützung des Büros des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit ein Internet-Café für Journalisten. Es bietet Journalisten, Medienstudenten, Wissenschaftlern und NGO-Mitgliedern freien Zugang zum Internet und zur Bibliothek des OSZE-Zentrums sowie zum gesamten in der OSZE und in ausländischen und lokalen Publikationen vorhandenen Wissensstand.

Enquête unter kasachischen Journalisten

Es war dies die erste Untersuchung des örtlichen Journalismus im Land. Bei dieser Umfrage wurde die Meinung der Journalisten zu den Massenmedien und zur freien Meinungsäußerung erhoben und es wurde der Frage nachgegangen, welche Probleme auftreten und welche Rolle die OSZE bei der Bewältigung dieser Probleme spielen kann.

Die soziologische Studie beruhte auf der Auswertung von 680 Fragebogen aus 13 Städten Kasachstans. Sie wurde vom Zentrum in Zusammenarbeit mit örtlichen Medien-NGOs und internationalen Geberorganisationen durchgeführt.

Förderung professioneller Medienarbeit

Zur Hebung der journalistischen Standards in örtlichen Medien veranstaltete das Zentrum Schulungen und Wettbewerbe. Es wurden regionale Journalistenpreise für die beste Publikation im Umweltbereich und die eindrucksvollste journalistische Arbeit zum Thema Todesstrafe vergeben.

Kasachische Wirtschaftsjournalisten hatten Gelegenheit, an Unterweisungen durch Sachverständige teilzunehmen. Ferner gab es ein dreitägiges Schulungsseminar zu Schreibtechniken.

Sitzungen mit den Medien

Das Zentrum führte monatliche Sitzungen mit den Medien ein, um die Transparenz und das Profil der OSZE-Aktivitäten vor Ort zu erhöhen.

Bei diesen Sitzungen informiert das Zentrum Journalisten über seine aktuellen Aktivitäten, es beantwortet Fragen und verteilt offizielle OSZE-Bulletins, -Berichte und -Publikationen.

FRAGEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Förderung des Dialogs mit den Bürgern und Bewusstseinsbildung

Das Zentrum sah eine wichtige Aufgabe darin, durch Unterstützung verschiedener Projekte den Dialog mit den Bürgern zu fördern und ihnen ihre zivilen und politischen Rechte bewusst zu machen.

Dieses von NGOs in Zusammenarbeit mit den Behörden und mit deren Unterstützung geleitete Programm machte mit politischen und Wahlprozessen und mit der Zivilverwaltung in verschiedenen Regionen Kasachstans vertraut.

Das Zentrum sponserte in mehreren Regionen einen Kurs mit internationalen Experten für Ausbilder in zivilem Lobbying.

Die gemeinsam mit der nationalen NGO *Echo* durchgeführte Schulung zielte darauf ab, die Zivilgesellschaft zu verstärkter politischer Mitsprache zu ermutigen, und vermittelte den Teilnehmern Kenntnisse in Verhandlungsführung, Mobilisierung von Geldmitteln, wirksamem Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Grundlagen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Bildung

Das Zentrum war bestrebt, in den Studienplänen der örtlichen Universitäten Sondervorlesungen über die OSZE einzuführen. Die Erörterungen dienten der weiteren Festigung der Zusammenarbeit, unter anderem auch der Verbindung zur OSZE-Akademie in Bischkek und zu akademischen Partnerinstitutionen.

Das Zentrum unternahm erste Schritte im Hinblick auf die Versorgung örtlicher Universitäten und öffentlicher Büchereien mit OSZE- und NGO-Literatur.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

HAFTANSTALTEN UND JUSTIZ

Reform des Strafvollzugssystems

Ein besonderer Erfolg des Zentrums in den vergangenen Jahren war die Reform und humanere Gestaltung des Strafvollzugssystems. Besondere Aufmerksamkeit galt der interaktiven Schulung von Gefängnispersonal in den grundlegenden Menschenrechten.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Übertragung der Zuständigkeit für Hafteinrichtungen vom Innenministerium an das Justizministerium. Das Zentrum unterstützte auch Diskussionen über die Einführung öffentlicher Inspektionen von Haftanstalten in Kasachstan.

Justizreform

Das Zentrum verfolgte die Frage der Übertragung der Kompetenz für die Verhängung von Haftstrafen von der Staatsanwaltschaft an die Gerichte, die das BDIMR während des Berichtsjahrs als eine seiner Prioritäten ansah. Die OSZE betrachtet diese Übertragung als ein Schlüsselement zur Gewährleistung fairer Gerichtsverfahren in Kasachstan.

Es setzte auch seine Unterstützung für die Schulungsakademie für Richter fort und führte ein neues Schulungsprogramm für junge Anwälte ein, das hauptsächlich jungen Juristen aus den Regionen zugute kommt.

Diskussion über die Todesstrafe

Das Zentrum unterstützt die Bemühungen der Regierung um eine verstärkte Diskussion im Land über die Abschaffung der Todesstrafe. Im Januar war das Zentrum Gastgeber einer Tagung des Koordinierungsrates für die Abschaffung der Todesstrafe in Kasachstan, an der auch staatliche Institutionen und Menschenrechts-NGOs teilnahmen.

Das Zentrum bietet fachliche Beratung bei Reformen an, deren Ziel es ist, die Todesstrafe durch lebenslange Haft zu ersetzen. Es organisierte eine Konferenz, bei der internationale Erfahrungen in diesem Bereich besprochen und notwendige Änderungen vorgeschlagen wurden.

Dank dieser Aktivitäten ist geplant, Anfang 2004 lebenslange Haft als Alternative zur Todesstrafe einzuführen.

MENSCHENHANDEL

In seinen Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel arbeitete das Zentrum eng mit der IOM zusammen, die in dieser Frage federführend ist. Gemeinsam traten sie für Gesetzesänderungen und für die Einrichtung einer staatlichen Kontaktstelle für Fragen des Menschenhandels ein.

ZIVILGESELLSCHAFT

Unterstützung für die NGO-Gemeinde

Das Zentrum befasste sich intensiv mit den Rechtsvorschriften betreffend NGOs und konzentrierte seine Bemühungen auf den diesbezüglichen Gesetzesentwurf. Eine vom BDIMR in Auftrag gegebene Analyse des Gesetzesentwurfs hat ergeben, dass das Gesetz in dieser Form die Arbeit der Zivilgesellschaft massiv behindern würde.

In Unterstützung der Zivilgesellschaft organisierte das Zentrum gemeinsam mit dem BDIMR, dem kasachischen Ministerium für Kultur, Information und nationale Eintracht und mit finanzieller Unterstützung der finnischen Regierung im Juni einen Runden Tisch in Almaty.

Im Anschluss an diese Veranstaltung erarbeitete eine Gruppe von Leitern kasachischer NGOs ihre eigenen Empfehlungen, die sie in einem offenen Brief dem Präsidenten zur Kenntnis brachte. Im Oktober wurde der Gesetzesentwurf von der Tagesordnung des Parlaments genommen.

Genderfragen

Die Aktivitäten des Zentrums in Gleichstellungsfragen bauten auf jenen Fortschritten auf, die im Rahmen des umfangreichen Programms des Vorjahres erzielt worden waren. Eine der Hauptbestrebungen war es, Frauen zur Teilnahme an den Kommunalwahlen zu veranlassen. Es fanden mehrere Schulungsveranstaltungen und Runde Tische statt, die Frauen zur Kandidatur ermutigen und weibliche Kandidaten unterstützen sollten. Am 8. März, dem Tag der Frau, wurden die Wähler aufgerufen, bei den bevorstehenden Wahlen Frauen zu wählen.

Volksgruppenzugehörigkeit und Migration

Toleranz zwischen den Volksgruppen ist eine ganz besonders wichtige Frage für die kasachische Regierung und Gesellschaft. Zur Unterstützung dieser Bemühungen veranstaltete das Zentrum ein Seminar über die Rolle der Medien bei der Verbesserung des Einvernehmens zwischen Volksgruppen.

Das Zentrum machte sich auch laufend ein Bild von der Lage ethnischer Gruppen und gab eine Untersuchung über Wanderarbeitnehmer in Südkasachstan in Auftrag.

INDIVIDUALBESCHWERDEN

Wie schon in der Vergangenheit nahm das Zentrum Beschwerden von Bürgern entgegen, die ein wertvoller Gradmesser für die Menschenrechtslage in Kasachstan sind.

Viele dieser Beschwerden zeigten, dass die Bevölkerung nur ungenügend über institutionelle

Unterstützungsmöglichkeiten informiert ist. Deshalb unterstützte das Zentrum eine für die allgemeine Öffentlichkeit bestimmte Informationsschrift des Hohen Kommissars für Menschenrechte in Kasachstan über Rechtsmittelverfahren.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Das Zentrum hat 20 wichtige Projekte im Wirtschafts- und Umweltbereich eingeleitet. Diese neue Kapazität verdankt es hauptsächlich einer verbesserten Finanzausstattung, die es ihr ermöglichte, mittel- und langfristige Projekte zu erstellen. Besondere Aufmerksamkeit gilt Regionen mit gravierenden Umweltproblemen.

Durch die Bereitstellung erhöhter Geldmittel kann sich das Zentrum einer ganzen Reihe von Projekten widmen, die zum Teil auch mittel- und langfristig angelegt sind. Einige dieser neuen Projekte betreffen:

- Unternehmen für repatriierte Frauen
- Förderung von KMU-Rechten
- Schulung für Vorsitzende und Richter von Handelsgerichten
- Untersuchung betreffend die Transparenz in der Öl- und Gaswirtschaft
- Entwicklung betriebswirtschaftlich orientierter Landwirtschaft.

WIRTSCHAFTSAKTIVITÄTEN

Ermutigung repatriierter Frauen zum Unternehmertum

Als Kasachstan unabhängig wurde, bemühte sich das Land, mit einem Programm im Ausland lebende Kasachen in die Heimat zurückzuholen. Dabei ergab sich eine Reihe von Problemen im Zusammenhang mit der Eingewöhnung der Oralman-Rückkehrer.

Das Zentrum erstellte ein über sieben Monate laufendes Projekt, das mithelfen sollte, Repatriierungsprobleme besser zu bewältigen, indem repatriierte Oralman-Frauen zur Beteiligung an KMU ermutigt werden. Rund 500 Frauen wurden in den wichtigsten unternehmerischen Fähigkeiten ausgebildet, darunter:

- bürokratische Prozesse und Sprache
- Einführung in Unterstützungsnetze
- Hilfe bei der Erlangung von Kleinstkrediten zur Gründung eines eigenen Betriebs
- Marketing
- Personaleinstellung und Personalverwaltung.

Dank dieses Projekts kam es zu Betriebsgründungen.

Unternehmerqualifizierung

Angesichts der Bedeutung neuer, lebensfähiger KMU für die wirtschaftliche und politische Stabilität führte das Zentrum in diesem Bereich ein mittelfristiges Projekt mit dem Titel „Staatliche Inspektionen und Unternehmer: Ethik der Wechselbeziehungen“ durch.

Das Projekt bestand aus mehreren Komponenten:

- Überwachung von KMU-Inspektionen
- Untersuchung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Betriebsprüfern
- Schulung von Unternehmern in Steuerfragen
- zwei Konferenzen.

Das Projekt bot Unternehmern Gelegenheit zu Gesprächen mit verschiedenen staatlichen Stellen, in denen sie Fragen von beiderseitigem Interesse zur Sprache bringen konnten. Das Zentrum wird seine Projektarbeit in den kommenden Jahren auf dieser soliden Grundlage weiterführen.

Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Ein gut funktionierender Zoll ist von größter Wichtigkeit für die Entwicklung von KMU in den Grenzregionen Kasachstans und Russlands. Das Zentrum organisierte gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen sowie mit Kommunalverwaltungen und Zentralregierungen ein Projekt zur Förderung des grenzüberschreitenden Handels.

Eines der wichtigsten Ziele des Projekts war es, den Zugang zu Informationen über Zollverfahren und Abgaben zu gewährleisten.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Kartierung radiologischer Stätten

Mit der Auflösung der Sowjetunion wurden viele radiologische Produktionsstätten aufgegeben, wodurch gefährliche Schadstoffe freigesetzt wurden. In vielen Fällen ist sich die Bevölkerung der Gefahr nicht bewusst. Einer dieser gefährlichen Orte ist Aktau und Umgebung.

Das Zentrum und die örtlichen Umweltbehörden starteten ein Projekt, das Strahlenaktivität in und um die Stadt aufzeichnet. Die Schlussfolgerungen dieser Erfassungstätigkeit und die diesbezüglichen Erkenntnisse eines unabhängigen Strahlenexperten wurden in einer leicht verständlichen und zugänglichen Publikation festgehalten.

Das Projekt machte auf die potenziellen Gefahren für die örtliche Bevölkerung aufmerksam und informierte die Kommunalbehörden.

Umsetzung der Aarhus-Konvention

Das Zentrum setzt sich verstärkt für die Umsetzung der Konvention ein und überwacht ihre Indikatoren.

Bestandteil dieses Projekts waren eine öffentliche Informationskampagne und eine Videokonferenz über die praktische Umsetzung der Konvention.

Die wichtigsten Akteure – staatliche Vertreter, NGOs sowie internationale und lokale Experten – nahmen außerdem an einem dreitägigen Workshop teil, bei dem Überwachungssysteme entwickelt, die Kenntnisse der Teilnehmer vertieft und Bereiche identifiziert wurden, in denen die gesammelten Informationen praktisch angewendet werden können.

Unterstützung für Öko-Journalismus

Das Zentrum unterstützte das *Zentralasiatische Festival des Umweltjournalismus*. Es veranlasste die Produktion einer Kompaktdiskette mit Umweltinformationen, förderte den Öko-Tourismus durch Unterstützung örtlicher Gemeinden und Beseitigung administrativer Hürden und organisierte eine Konferenz über Umweltprobleme in der Stadt Balchasch und in anderen Gebieten.

Eine wichtige Aufgabe ist die Erfassung gesundheitsgefährdender Umweltschäden und die Bereitstellung einschlägiger Daten. Das Zentrum wird seine Arbeit für mehr Umweltbewusstsein im Sinne der OSZE-Prinzipien fortsetzen.

Das OSZE-Zentrum in Aschgabad

VORWORT DES LEITERS DES ZENTRUMS

Das Zentrum konzentrierte sich in seiner Arbeit auf die Förderung und Vertiefung des Dialogs mit dem Gastland und warb im Land um mehr Interesse für die Werte, Verpflichtungen und Aktivitäten der OSZE.

Das Zentrum baute die Zusammenarbeit und Interaktion mit dem Gastland, internationalen Präsenzen und Organisationen sowie mit den örtlichen NGOs weiter aus. In enger Zusammenarbeit und Absprache mit seinen Partnern war das Zentrum bemüht, gemäß seinem Gesamtkonzept Projekte in allen drei Dimensionen umzusetzen. Es wirkte an der Erstellung des Entwicklungshilfe-Programmrahmens der Vereinten Nationen und an der Allgemeinen Länderbeurteilung des VN-Systems mit.

Mit seinen auf einen ausgewogenen, dimensionsübergreifenden Ansatz ausgerichteten Programmen verfolgte das Zentrum das Ziel, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu stärken, einen Rahmen für die Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung eines marktorientierten Systems zu schaffen und das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu heben.

Das Zentrum vermittelte mehrere hochrangige offizielle Besuchsreisen nach Turkmenistan, etwa die Besuche des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und seines Persönlichen Gesandten für Zentralasien sowie den Besuch des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten. Die Begegnungen des Amtierenden Vorsitzenden und seines Persönlichen Gesandten mit dem Präsidenten des Landes und anderen offiziellen Vertretern Turkmenistans waren wichtige Schritte im Hinblick auf den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen dem Gastland und der OSZE.

Die OSZE verurteilte den Mordanschlag vom 25. November 2002 und verfolgte gleichzeitig die von den turkmenischen Behörden ergriffenen Maßnahmen. Sie rief die Regierung zur Zusammenarbeit mit der OSZE im Rahmen des Moskauer Mechanismus auf, der von zehn Teilnehmerstaaten in Kraft gesetzt wurde, und verwies auf den Bericht des OSZE-Berichterstatters, in dem eine Reihe von Empfehlungen enthalten sind und betont wird, dass sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch von der gesamten Staatengemeinschaft Folgemaßnahmen erforderlich sind.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Förderung von Transparenz in militärischen Angelegenheiten

Das Zentrum in Aschgabad und das Konfliktverhütungszentrum der OSZE veranstalteten einen zweitägigen Ausbildungsworkshop über die Durchführung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM) und anderer vereinbarter OSZE-Dokumente in der politisch-militärischen Dimension.

Diese Veranstaltung diente dem Zweck, praktische Fragen im Zusammenhang mit den VSBM der OSZE und dem Informationsaustauschsystem sowie die Grundsätze der Organisation betreffend Transparenz in militärischen Angelegenheiten bewusst zu machen. Im Zuge des Workshops fanden auch praktische Übungen statt.

Teilnehmer an der Schulung waren Vertreter der Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und nationale Sicherheit sowie des staatlichen Grenzschutzes. Der Workshop bot Gelegenheit zu intensiverem Dialog und verstärkter Zusammenarbeit mit den turkmenischen Behörden und ließ Bereiche von gemeinsamem Interesse bei der Förderung der Durchführung bestehender Vertragswerke über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung erkennen.

Erstes Regionalforum über Entwicklung und Sicherheit

Das in New York angesiedelte Konfliktverhütungs- und Friedensforum, die Vereinten Nationen und die OSZE veranstalteten gemeinsam ein Forum über Konfliktverhütung und nachhaltige Entwicklung für Zentralasien, zu dem die Regierung Turkmenistans eingeladen hatte.

Wichtige Punkte auf der Tagesordnung des Forums waren Probleme und Chancen Zentralasiens mit den Schwerpunkten Grenzschutz, Transit und Handel.

Vertreter aller zentralasiatischen Staaten erörterten Möglichkeiten, wie Grenzschutzerfordernisse und Zollverfahren durch verbesserte Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Handels bestmöglich aufeinander abgestimmt werden können.

Die Tagung in Aschgabad war die erste in einer Reihe informeller, dem Dialog dienender Veranstaltungen zwischen den Ländern der Region und ihren internationalen Partnern und bereicherte den Dialog und die Zusammenarbeit in kritischen Entwicklungs- und Sicherheitsfragen.

Medien

Im Bereich Medienunterstützung und Medienförderung berichtete das Zentrum über seine eigenen Aktivitäten und über regionale Initiativen der OSZE im Allgemeinen. Medienvertreter verwiesen auf die Notwendigkeit engerer Kontakte mit der OSZE durch ihre Teilnahme an Veranstaltungen der Organisation außerhalb Turkmenistans.

Förderung der menschlichen Sicherheit

Das Zentrum sorgte für die Übersetzung des Berichts *Human Security Now* der Kommission für menschliche Sicherheit in die russische Sprache sowie für seine Veröffentlichung und Verbreitung in Turkmenistan. Bei der offiziellen Präsentation wurde darauf hingewiesen, dass der Bericht im Zusammenhang mit den wachsenden Herausforderungen, mit denen die Welt konfrontiert ist, gleichzeitig aber auch mit den gestiegenen Chancen zu sehen sei. Zur Verwirklichung der menschlichen Sicherheit bedürfe es einer entschlosseneren und besser abgestimmten Reaktion seitens der Gemeinschaften und Staaten der ganzen Welt.

Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich

Erstes Regionalseminar über Umwelt und Sicherheit in Zentralasien

2003 organisierten das Zentrum und das UNDP-Büro in Aschgabad das erste *Regionalseminar über Umwelt und Sicherheit in Zentralasien* im Rahmen der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative von OSZE, UNDP und UNEP*. Mit der Initiative soll zur Förderung von Frieden und menschlicher Sicherheit ein Prozess der Zusammenarbeit und Konsultation eingeleitet und eine Verbindung zwischen natürlichen Ressourcen und Außen- und Entwicklungspolitik hergestellt werden. Die Delegationen setzten sich aus Regierungsbeamten und NGOs aus allen zentralasiatischen Staaten zusammen. Es gab lebhafte Erörterungen, und aus den Kommentaren der Teilnehmer konnte geschlossen werden, dass die Veranstaltung und die Initiative an sich sehr positiv aufgenommen wurden. Am Ende des Seminars wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Der erste Abschnitt der Initiative schloss mit einem Referat auf der *Ministerkonferenz über Umwelt für Europa* in Kiew und dem *OSZE-Wirtschaftsforum* im Mai 2003 in Prag.

Hebung des Umweltbewusstseins

In Zusammenarbeit mit dem Außen- und dem Unterrichtsministerium organisierte das Zentrum in Regionen außerhalb Aschgabads drei eintägige Seminare, um das Umweltbewusstsein der Mittelschüler zu heben.

Die Seminare waren Teil eines nationalen Umweltprogramms. In der zweiten Phase sollen Lehrer angesprochen werden.

Kontaktstelle für die Umsetzung der Aarhus-Konvention

Das Zentrum setzte sich für die Schaffung eines Büros der Nationalen Kontaktstelle für die Umsetzung der Aarhus-Konvention im Umweltschutzministerium ein.

Die Kontaktstelle ist mit Informationstechnologie ausgerüstet und berät NGOs und die Öffentlichkeit in

Fragen der Konvention und der Umwelt. Das Zentrum veröffentlichte die russische Übersetzung der Broschüre *„NGOs und staatliche Umweltinstitutionen: Wege der Zusammenarbeit“* in Ergänzung des Regionalseminars des Zentrums zur Aarhus-Konvention im Mai 2000.

Stärkung der KMU

Das Zentrum unterstützte den Unternehmerverband Turkmenistans bei der Einrichtung, Renovierung und Ausstattung eines Ressourcenzentrums, um den Verband in seinen Beratungs- und Ausbildungsaktivitäten zu unterstützen.

Der Verband veranstaltete mit Unterstützung des Zentrums vier Runde Tische über Eintragung, Lizenzerteilung und Besteuerung von KMU sowie vier Schulungskurse über bewährte Geschäftspraktiken. Zwei dieser Veranstaltungen fanden in Regionen außerhalb der Hauptstadt statt.

Das Zentrum gab vier Leitfäden für Unternehmer zu den Themen der Runden Tische heraus, nämlich: *Eintragung juristischer Personen, Lizenzerteilung für die Geschäftstätigkeit, Besteuerung juristischer Personen und Banken und Bankgeschäfte*. Der Verband erhielt auch Hilfe bei der Einrichtung einer eigenen Website, der Beschaffung der nötigen Geräte und der Eingabe von Informationen.

Inzwischen wurde mit der Planung zukünftiger Aktivitäten in Unterstützung des KMU-Sektors begonnen, wobei Unternehmerinnen und Jungunternehmern besonderes Augenmerk gelten soll. Das auf Initiative der OSZE geschaffene YES-Programm diente als Vorbild in diesem Planungsprozess.

Verbesserung des Steuerwesens

Das Zentrum leistete der staatlichen Finanzbehörde Hilfestellung bei der Überprüfung und Überarbeitung der für die Besteuerung geltenden Mechanismen auf der Grundlage zeitgemäßer IT-Applikationen.

Ferner half es der Finanzbehörde bei der Modernisierung ihrer Website. Eine NGO wurde beauftragt, einen Leitfaden zur NGO-Besteuerung in Turkmenistan zusammenzustellen und zu verteilen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

MENSCHENRECHTE

Lehrveranstaltung über internationale Menschenrechtsvereinbarungen

Auch in diesem Jahr veranstaltete das Zentrum wie schon in den vergangenen drei Jahren einen einwöchigen Schulungskurs über internationale Vertragswerke im Bereich der Menschenrechte. Damit sollte das Bewusstsein für die Menschenrechte und der diesbezügliche Wissensstand von Regierungsbeamten und NGO-Vertretern gehoben werden.

Verfolgung angeblicher Fälle von Menschenrechtsverletzungen

Das Zentrum ging einer wachsenden Zahl von Individualbeschwerden nach, die unter anderem das Fehlen einer angemessenen rechtlichen Klärung, Sozialleistungen, die Verweigerung von Ausreisevisa sowie Fragen der Rechtsstellung betrafen. Es gab auch

Klagen von NGO-Mitgliedern und verschiedenen religiösen Gruppen über Schikanen.

Das Zentrum nahm sich besonders der Familien jener Personen an, die wegen ihrer angeblichen Beteiligung am Attentat gegen den Präsidenten verurteilt wurden.

Kapazitätsaufbau für NGOs

Das Zentrum verstärkte seine Unterstützung für die Zivilgesellschaft und hielt regelmäßige Sitzungen mit NGOs zu bestimmten Fragen – Entwicklung der Zivilgesellschaft, Bildung und Gender – ab. NGO-Mitgliedern wurde die Teilnahme an OSZE-Veranstaltungen ermöglicht, und sie erhielten Hilfe bei der Abhaltung von Seminaren und bei der von ihnen angebotenen Rechtsberatung für Bürger und Krisenintervention für Jugendliche. Das Zentrum unterstützte auch eine Notunterkunft für obdachlose Kinder in Aschgabad.

Das Zentrum fungierte mehrmals als Vermittler zwischen der Zivilgesellschaft und der internationalen Gebergemeinde, womit es die Zusammenarbeit förderte und weitere Unterstützung mobilisierte.

Das Zentrum half mit beim Wiederaufbau des Krisenzentrums für Jugendliche und Frauen, der ersten Einrichtung dieser Art in Aschgabad.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Anpassung der turkmenischen Rechtsvorschriften an internationale Standards

Gemeinsam mit den turkmenischen Behörden organisierte das Zentrum fünf Runde Tische über den Entwurf zur *Zivilprozessordnung*.

Mit dieser Reihe von Runden Tischen soll dem Gastland geholfen werden, seinen Rechtsbestand in Einklang mit internationalen Standards und Best Practices zu bringen und den Übergang zur Marktwirtschaft zu bewältigen.

Themen der Runden Tische waren Grundprinzipien des Zivilrechts, Rolle und Aufgaben der Richterschaft,

Strafverfolgung, internationale Schiedsgerichtsbarkeit in Handelsangelegenheiten sowie Sonderverfahren und Kassation.

Runde Tische dieser Art haben sich als geeignete Instrumente zur Förderung von Rechtsreformen erwiesen.

Förderung der Rechtsethik

In Zusammenarbeit mit der *Mittel- und osteuropäischen Gesetzesinitiative* der *American Bar Association* (ABA/CEELI) und des Verbandes junger Rechtsanwälte Turkmenistans (TYLA) führte das Zentrum zwei Runde Tische durch. Sie waren Teil einer Tagungsreihe über Rechtsethik, die theoretischen, praktischen und interaktiven Fragen der Beziehungen zwischen Rechtsanwalt und Mandant gewidmet ist.

Frauenrechte

Das Zentrum leistete einen Beitrag zu einem eintägigen Seminar der ABA/CEELI in Form eines Referats über den *internationalen Schutz von Frauenrechten* und interaktiver Fallstudien.

Nach Ansicht der Teilnehmer, die Bürgerorganisationen und staatliche Institutionen vertraten, war insbesondere die Fallstudienübung des Zentrums ein hervorragendes Mittel zur Förderung der Frauenrechte.

Das Thema Gender ist einer der vielen Bereiche, in denen das Zentrum und internationale Organisationen gemeinsam an der Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Turkmenistan arbeiten.

Ferner begann das Zentrum mit der Durchführung eines Projekts, das die Rolle der Frauen in Turkmenistan zum Gegenstand hat. Dazu finden interaktive Seminare über die Umsetzung des *Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* statt, in deren Mittelpunkt Gesundheits- und Bildungsfragen stehen.

Das OSZE-Zentrum in Bischkek

VORWORT DES LEITERS DES ZENTRUMS

Das OSZE-Zentrum in Bischkek befasste sich im abgelaufenen Jahr intensiv mit der Förderung der Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, soweit sie die politischen, menschlichen, wirtschaftlichen und umweltbedingten Aspekte von Sicherheit und Stabilität betreffen.

Es leistete Beiträge zur laufenden Reformagenda durch Zusammenarbeit und Unterstützung und ermutigte zum Dialog zwischen der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Gebergemeinde.

Nach dem Referendum vom Februar über eine neue Verfassung beschäftigte sich das Zentrum hauptsächlich mit der Änderung der Wahlordnung, des Strafrechts und der Rechtsvorschriften betreffend politische Parteien.

Die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit hat inzwischen hohe Priorität für die Regierung. Das Zentrum reagierte darauf durch Unterstützung von Gesetzesanalysen, durch Teilnahme am Beirat für Good Governance und durch die Veranstaltung von Konferenzen zur Strafrechtsreform.

Der Ausbau der kirgisischen Polizeiakademie – ein Teil des OSZE-Programms für Polizeiunterstützung – begann unmittelbar nach der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding im August. Das Zentrum arbeitet gemeinsam mit der OSZE-Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten an diesem Programm, und beide setzen sich dabei, wie zwischen dem OSZE-Vorsitz und der kirgisischen Regierung vereinbart, für die Mitsprache der Zivilgesellschaft ein.

Das Zentrum setzte seine Unterstützung für die Zivilgesellschaft fort, und einer der Pfeiler seiner diesbezüglichen Arbeit war die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen OSZE-Institutionen und den örtlichen NGOs.

Die gegen einige Zeitungen ergriffenen rechtlichen Maßnahmen waren eines der Themen auf der fünften Zentralasiatischen Medienkonferenz. Das Zentrum organisierte diese regionale Veranstaltung in enger Absprache mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und wird sich in seiner weiteren Arbeit mit den kirgisischen Medien an der vereinbarten Erklärung von Bischkek orientieren. Große Zustimmung fand die Initiative, die OSZE-Akademie zu einem regionalen Kompetenz- und Bildungszentrum für internationale Sicherheit und Zusammenarbeit und für die Förderung der OSZE-Prinzipien auszubauen. In ihrer Weiterentwicklung sieht das Zentrum eine seiner wichtigsten Herausforderungen.

Für 2004 hat sich das Zentrum folgende Prioritäten gesetzt: Unterstützung der Kommunal-, Parlaments- und Präsidentenwahlen 2004/2005, Unterstützung der Gesetzesreform nach Verabschiedung einer neuen Verfassung sowie Konfliktverhütungsaktivitäten im Süden des Landes.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

KONFLIKTVERHÜTUNG UND VERTRAUENSBILDUNG

Das Zentrum setzte seine Bemühungen um Wiederaufnahme und Erleichterung des Dialogs zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft fort. Es unterstützte auch wie bisher die Konfliktverhütungsaktivitäten internationaler und örtlicher NGOs.

Die Außenstelle des Zentrums in Osch hielt eine Seminarreihe ab, die der Begegnung zwischen Frauen und den Behörden diente und Methoden der Konfliktverhütung im südkirgisischen Bezirk Aksy vermittelte, wo es 2002 zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen war.

Prävention von Extremismus und Terrorismus

Extremismus ist eine Folge schwieriger sozioökonomischer Bedingungen, ethnischer Spaltungen und externer Einflüsse und ein latentes Sicherheitsrisiko in der gesamten zentralasiatischen Region. Das Zentrum nahm sich dieser Frage an und organisierte gemeinsam mit der kirgisischen Staatskommission für religiöse Angelegenheiten und dem BDIMR eine Konferenz über Religions- und Glaubensfreiheit. Schwerpunkte der Erörterungen waren die Rolle der Religion in einer modernen demokratischen Gesellschaft und der Kampf gegen Extremismus und Terrorismus.

Vertreter aller Religionsgemeinschaften des Landes verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung und einen Aktionsplan, der im Zuge von Folgeaktivitäten umgesetzt werden wird.

Grenzüberwachung in Südkirgisistan

Den OSZE-Teilnehmerstaaten und dem Konfliktverhütungszentrum wurde mehrmals über diese laufende Überwachungsaktivität berichtet.

Die geographisch günstige Lage der Außenstelle in der südkirgisischen Stadt Osch erleichtert die Behandlung von Fragen des Grenzschutzes und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

VERFASSUNGSREFORM

Das Zentrum und das BDIMR unterstützen die Regierung und das Parlament bei der Anpassung der Rechtsvorschriften an die neue Verfassung. Diese Tätigkeit begann im Sommer, nachdem im Anschluss an das *Verfassungsreferendum* vom Februar eine neue Verfassung ausgearbeitet worden war. Die Hilfe bezieht sich hauptsächlich auf die Abfassung von Gesetzen in den Bereichen Wahlen, Strafrecht und politische Parteien.

Das Zentrum unterhält enge Beziehungen zu den parlamentarischen Strukturen, um sicherzustellen, dass alle politischen Kräfte und die Zivilgesellschaft in den Redaktionsprozess eingebunden sind.

DIE OSZE-AKADEMIE

Aufbau von Institutionen und Erstellung von Lehrplänen

Das Zentrum unterstützt die neu eröffnete Akademie bei der Weiterentwicklung ihres Konzepts unter besonderer Berücksichtigung der zentralasiatischen Staaten und deren Mitarbeit. Es half auch mit bei der personellen und materiellen Ausstattung der Einrichtung.

Zu Jahresende hatte die Akademie alle nötigen Management- und Kontrollorgane eingesetzt, den Lehrplan für einen Modelllehrgang für internationale Studien mit Schwerpunkt Zentralasien erstellt und die Vortragenden und Hörer für das im Februar 2004 beginnende erste Semester ausgewählt.

Die Akademie führte in Zusammenarbeit mit der OSZE und europäischen Partnerinstitutionen auch eine Vorlesungsreihe, Workshops und Seminare zu den Themen Sicherheitspolitik und Konfliktumwandlung durch. Diese Tätigkeit wird 2004 fortgesetzt und ausgeweitet.

Polizeiaufbau

Im August unterzeichneten die OSZE und die kirgisische Regierung ein Memorandum über die Durchführung eines *Polizeiunterstützungsprogramms*.

Das Programm beruht auf den Erkenntnissen mehrerer Bedarfsermittlungsmissionen. Es ist in acht Projektgebiete gegliedert, die von strafrechtlichen Ermittlungen und Drogenverbot bis zum Verhalten bei Unruhen und zu bürgernahe Polizeiarbeit reichen.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung wurden mehrere Projekte eingeleitet, wovon eines den Ausbau der kirgisischen Polizeiakademie betraf.

In enger Zusammenarbeit mit der *OSZE-Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* richtete das Zentrum ein Projektbüro ein. Beide Stellen fördern, wie zwischen dem OSZE-Vorsitz und der kirgisischen Regierung vereinbart, die Mitsprache der Zivilgesellschaft.

Antiterrormaßnahmen

Im Auftrag der *OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung* organisierte das Zentrum im September ein Regionalseminar zur Frage der Fälschung von Reisedokumenten. Das führte zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Grenzschutz und den Strafverfolgungsorganen von vier zentralasiatischen Staaten.

ENTWICKLUNG POLITISCHER PARTEIEN

Prüfung und Beurteilung der Rechtsvorschriften zur Regelung der Parteienlandschaft

Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2004 und die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2005 beschäftigte sich das Zentrum verstärkt mit dem Parteiensystem in Kirgisistan, unter anderem auch mit der Schaffung neuer und der Weiterentwicklung bestehender Parteien.

Das Zentrum unterstützte insbesondere die Bemühungen des BDIMR, internationaler Organisationen und von NGOs in deren Bestreben, den Parteien und dem

Gesetzgeber Hilfestellung bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über politische Parteien zu leisten.

Förderung der Beziehungen zwischen Parlamenten

Im Rahmen seiner engen Zusammenarbeit mit den beiden Kammern des kirgisischen Parlaments förderte das Zentrum dessen Kontakte zu den Parlamenten anderer Teilnehmerstaaten. Acht kirgisische Parlamentsabgeordnete beider Kammern erhielten Gelegenheit, im Juni am *Zentralasiatischen Regionalforum der Parlamentarischen Versammlung* der OSZE in Almaty (Kasachstan) teilzunehmen.

MEDIENENTWICKLUNG

Feststellung von Problembereichen

Das Zentrum organisierte in enger Zusammenarbeit mit dem *OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit* die jährliche Regionale Medienkonferenz. Nach eingehender Erörterung der Probleme und Herausforderungen für Medien und Journalisten in vier zentralasiatischen Staaten verabschiedete die Konferenz die *Erklärung von Bischkek*. In diesem Dokument sind alle Problemkreise und Empfehlungen aufgelistet, die die Grundlage für die weitere Arbeit mit den kirgisischen Medien bilden werden.

Das ganze Jahr hindurch verfolgte das Zentrum Gerichtsverfahren gegen kirgisische Medien. Es unterstützte auch ein Ressourcenzentrum für Medien in Dschalal-Abad, das örtlichen Journalisten seine Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stellt.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Beurteilung des Verfassungsreferendums und der Kommunalwahlen

Die für 2004 und 2005 vorgesehenen Kommunal-, Parlaments- und Präsidentenwahlen bestimmten die Agenda für die gemeinsamen Aktivitäten des Zentrums und des BDIMR, die vorwiegend auf die Verbesserung des Wahlsystems abzielen.

Im Zuge der Anpassung der *Wahlordnung* an die neue Verfassung und internationale Standards förderte das Zentrum Kontakte zwischen der Zentralen Wahlkommission, Parlamentariern und dem BDIMR. Es leistete Hilfestellung bei der Überprüfung von Änderungsentwürfen, richtete Empfehlungen an die gesetzgebenden Organe und widmete sich weiteren Folgeaktivitäten.

DEMOKRATISIERUNG UND GENDER

In Weiterführung des BDIMR-Projekts „*Führerschaft, Lobbying und Networking von Frauen*“ widmete sich das Zentrum der Förderung der Mitsprache und Gleichberechtigung der Frauen in der Politik und bei Wahlen.

Es veranstaltete Konferenzen und Erkundungsmissionen zur Ermittlung geeigneter Maßnahmen, mit denen die Kandidatur von Frauen bei den bevorstehenden Wahlgängen gefördert werden kann.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND GOOD GOVERNANCE

Bewertung der Rechtsvorschriften

Das Zentrum unterstützt das BDIMR nach wie vor bei der Einschätzung der kirgisischen Gesetze und bei der Erarbeitung von Empfehlungen zu ihrer Anpassung an internationale Standards und Verpflichtungen, insbesondere im strafrechtlichen Bereich.

Im Sinne einer Initiative der kirgisischen Regierung schloss sich das Zentrum den Bemühungen anderer internationaler Organisationen und Finanzinstitutionen um Einrichtung eines unabhängigen Beirats an, der den neu geschaffenen Öffentlichen Rat für Good Governance unterstützen soll. Dieser Rat befasst sich mit Korruptionsbekämpfung und mit der Förderung von Best Practices.

JUSTIZREFORM

Reform des Strafvollzugs und des Strafrechts

In seinen Bemühungen um eine Humanisierung des Strafvollzugsystems arbeitet das Zentrum eng mit dem kirgisischen Justizministerium und Gesundheitsministerium sowie mit örtlichen NGOs zusammen.

Es organisierte gemeinsam mit dem BDIMR Konferenzen und Runde Tische zur Strafvollzugsreform, über Resozialisierung und alternative Formen der Bestrafung und beteiligte sich an Inspektionen von Haftanstalten zur Überprüfung der gesundheitlichen und menschenrechtlichen Bedingungen.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Jugendgerichtsbarkeit und der Menschenrechtserziehung für Gefängnispersonal.

MENSCHENRECHTE

Einer der wichtigsten Aspekte der Arbeit des Zentrums im Interesse der Zivilgesellschaft ist die Erleichterung von Kontakten und der Zusammenarbeit zwischen OSZE-Institutionen und örtlichen NGOs – die bei allen Arten von Veranstaltungen wichtige Partner und eine Quelle der Inspiration sind und wertvolle Informationen und Fachkenntnisse beisteuern, seien es Seminare oder *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension*. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kapazitätsaufbau für örtliche NGOs und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Zwei der wichtigsten Projekte des Zentrums im Bereich des Menschenrechtsmonitoring und der diesbezüglichen Berichterstattung bauten auf Schulungen der vorhergehenden Jahre auf. Höhepunkt war eine regionale Folgekonferenz in Almaty. Derzeit werden vom Zentrum und vom BDIMR Überlegungen zu den Projekten der nächsten Phase angestellt.

Als neutraler Dritter fördert das Zentrum den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen NGOs und staatlichen Institutionen. Zu diesem Zweck werden die Ergebnisse von NGO-Untersuchungen und Überwachungsaktivitäten in Bezug auf die Menschenrechte und die Justizreform bei Runden Tischen präsentiert und mit Regierungsvertretern erörtert.

VOLKSANWALTSCHAFT

Das Zentrum und das BDIMR sind stets nachdrücklich für die Schaffung einer Volksanwaltschaft in Kirgisistan eingetreten. Nun hat es in enger Zusammenarbeit mit UNDP den Bedarf der neuen Institution ermittelt und sie bei der Einrichtung ihres Büros und ihrer Infrastruktur unterstützt. Das Zentrum vermittelte Erkundungsmissionen bei ausländischen Ombudsmann-Institutionen und sorgte für Personalschulung. Es unterstützte auch Informationsveranstaltungen und Publikationen.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Umweltsicherheit und das Projekt betreffend Atommülldeponien in Mailuu Suu

Das Zentrum entwickelte sich zur Koordinierungsstelle der internationalen Bemühungen um Beseitigung der Umweltgefahr, die ungesicherte Atommülldeponien in Kirgisistan und in der ganzen Region darstellen.

Eine internationale Konferenz und mehrere Folgeveranstaltungen führten zur Einrichtung einer Datenbank, die es erlauben wird, strategische Bereiche für zukünftige Sanierungsaktivitäten zu ermitteln.

Gleichzeitig unterstützte das Zentrum Informationsveranstaltungen und Publikationen, die das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die betroffenen Gebiete, insbesondere das Tal Mailuu Suu, lenken.

Im Dezember organisierte das Zentrum eine internationale Konferenz über Notmaßnahmen zur Beseitigung von Risiken für die Umweltsicherheit in der gesamten zentralasiatischen Region. Die Konferenz schuf die Grundlage für bilaterale Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und Tadschikistan im Rahmen von Initiativen zur Entschärfung von Gefahren für die Umweltsicherheit.

KMU: Gemeinsame Nutzung von Best Practices

Ein rechtlicher Rahmen, der die Entwicklung von KMU begünstigen soll, muss praktikable Mechanismen zur Konfliktlösung enthalten. Aus diesem Grund organisierte das Zentrum eine Regionalkonferenz über *Streitbeilegung als Instrument zur Erleichterung der Geschäftstätigkeit von KMU im wirtschaftlichen Umfeld*; außerdem setzte es sich für die Schaffung von Mechanismen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene ein. Es vermittelte einen ausführlichen Erfahrungsaustausch und brachte Beispiele von bewährten Praktiken in Ländern der GUS und der EU.

Frauen motivieren, die Initiative zur örtlichen Konfliktlösung zu ergreifen

Unter Berücksichtigung der Grenzen, der ethnischen Zusammensetzung und der sozioökonomischen Lage in Südkirgisistan setzte die Außenstelle des Zentrums in Osh verschiedene Aktivitäten zur Konfliktverhütung, darunter eine Reihe von Schulungsveranstaltungen und eine Konferenz über die Rolle der Frauen in der Konfliktverhütung in der südkirgisischen Provinz Dschalal-Abad.

An diesen Veranstaltungen nahmen Frauen aus der Region Aksy – einem Gebiet, in dem es 2002 zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und örtlichen Demonstranten gekommen war, – sowie Frauen aus der gesamten Provinz, NGOs, offizielle Regierungsvertreter und Journalisten teil. Einige Teilnehmer waren Angehörige von Opfern der Ausschreitungen von 2002, bei denen mehrere Personen ums Leben gekommen waren.

Die Schulung und die dabei erlernten Konfliktverhütungs- und Konfliktlösungstechniken zeigten den Frauen, welchen Beitrag sie zum Frieden leisten können, und ließen sie erkennen, wie wichtig ihre Mitsprache in der Zivilgesellschaft ist.

Die Frauen bildeten Netzwerke und erarbeiteten Lösungen und legitime Wege zur Verwirklichung ihrer Rechte. Sie lernten, auf welche Weise sie mit NGOs und internationalen Organisationen zusammenarbeiten können und wie ein konstruktiver Dialog mit den Kommunalbehörden geführt werden kann.

Die Teilnehmer verfassten und verabschiedeten einen gemeinsamen „Aufruf zum Handeln“, der klare Ziele für die Mitwirkung von Frauen an der Konfliktlösung und am Demokratisierungsprozess festlegt.

Das OSZE-Zentrum in Duschanbe

VORWORT DES LEITERS DES ZENTRUMS

Das Mandat des Einsatzes in Tadschikistan wurde im Oktober 2002 aufgrund der seit dem Ende des Bürgerkriegs erzielten Fortschritte ausgeweitet. Das mit neuen Schwerpunkten versehene Mandat der OSZE ermöglichte 2003 eine weitere Ausdehnung der Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich.

Die Tätigkeit des OSZE-Zentrums in Duschanbe wurde in diesem Jahr neu ausgerichtet, auf neue Initiativen ausgeweitet und weiterentwickelt. Ein Novum für die OSZE war die Initiative des Zentrums, die zu der international unterstützten Minenräumaktion in Tadschikistan führte. Mit einem Durchführungspartner, der Schweizer NGO „Stiftung für Minenräumung“, wurde ein Projekt zur Auffindung von Minen in Angriff genommen.

Dank einer Erhöhung der für die Finanzierung von Projekten bereitgestellten Haushaltsmittel konnte zahlreichen Hilfsersuchen nachgekommen und der Regierung und Zivilgesellschaft Tadschikistans wirksam Hilfestellung geleistet werden. Zentrale Themen des Jahres 2003 waren die Förderung des politischen Dialogs, Unterstützung für die Zivilgesellschaft und für demokratische Institutionen, Überwachung der Menschenrechte und der Aufbau örtlicher Kapazitäten. Das Zentrum befasste sich überdies ausführlich mit Vorbereitungsarbeiten für die Parlamentswahlen 2005.

Das Zentrum engagiert sich in verschiedenen Projekten, die die Reform des Strafvollzugssystems, die Unabhängigkeit der Medien und Gleichbehandlungsfragen zum Gegenstand haben.

Mit den tadschikischen Behörden wurden gute Arbeitsbeziehungen zu den verschiedensten Themen hergestellt, etwa im Bereich der wirtschaftlichen, umweltbezogenen, menschlichen und politischen Aspekte der Sicherheit und Stabilität. Da das neue Mandat auch die Möglichkeit bot, die Tätigkeit geographisch auszuweiten, wurde in der südtadschikischen Stadt Kuljab eine neue Außenstelle eröffnet. Aufgrund der deutlich stabilisierten Lage in der Ostprovinz konnte in der Außenstelle Garm ein internationaler Beamter stationiert werden. 2003 wurden darüber hinaus auch zwei neue Abteilungen, Projektkoordination und Wirtschaftliche Angelegenheiten, eingerichtet.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verbesserung des Wahlsystems

Das Zentrum in Duschanbe befasste sich intensiv mit der Vorbereitung der Parlamentswahlen 2005. Es begrüßte die positive Reaktion des tadschikischen Parlaments auf die Einladung der OSZE, Erörterungen über die Empfehlungen zu den Rechtsvorschriften aufzunehmen, die Berichten des BDIMR über frühere Wahlgänge im Land zu entnehmen sind.

Ermutigende Anzeichen im laufenden Demokratisierungsprozess

Auf der *Arbeitskonferenz zur Vorbereitung der Parlamentswahlen 2005* im April kamen die Teilnehmer überein, die Rechtsgrundlage und Praxis für die Abhaltung von Wahlen zu verbessern. In der Folge wurde eine aus Parlamentsabgeordneten und Vertretern politischer Parteien bestehende Arbeitsgruppe eingesetzt. Das BDIMR bot seine Gutachterdienste an, um sicherzustellen, dass die Rechtsvorschriften im Einklang mit den internationalen Standards für demokratische Wahlen stehen. Seine Empfehlungsentwürfe wurden dem Parlament zugeleitet.

Eine weitere Tätigkeit im Zusammenhang mit Wahlen war die politische Beurteilung des Verfassungsreferendums vom Juni durch das Zentrum und das BDIMR.

Förderung des politischen Dialogs und demokratischer Prozesse

Im Rahmen des vom Zentrum betreuten Projekts „*Schulungsworkshops für politische Parteien in Tadschikistan*“ fand im September in Duschanbe der erste Runde Tisch unter Beteiligung aller politischen Parteien statt. Ihm folgten vier Workshops in der nördlichen, südlichen und östlichen Provinz Tadschikistans. Behandelt wurde die Rolle der politischen Parteien in einer demokratischen Gesellschaft, wobei die Erörterung des tadschikischen *Gesetzes über politische Parteien* im Vordergrund stand. Auf diese Weise verstärkte sich auch der Dialog zwischen den Parteien in Tadschikistan.

Das Zentrum unterstützte den Öffentlichkeitsrat bei der Veranstaltung von Diskussionsrunden über politische Parteien und Wahlen, Glaubensfreiheit und interethnische Beziehungen. Mit diesem Projekt soll der direkte und offene Dialog zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft unter Beteiligung von Vertretern von politischen Parteien, Bewegungen, Vereinigungen, nationalen Minderheiten und NGOs gefördert werden.

Die Seminare über Recht und Religion 2003 in der nördlichen Region Sughd waren äußerst erfolgreich und sollten auch in der südtadschikischen Provinz Chatlon

Leiter des Zentrums: Botschafter Yves Bargain (seit 8. Juli 2003) | Davor: Botschafter Marc Gilbert | Revidierter Haushalt: € 2.673.600

abgehalten werden. Sie gelten als ein wertvolles Werkzeug zur Förderung des Dialogs zwischen religiösen Führern und Kommunalbehörde.

Workshop über politisch-militärische Aspekte der Sicherheit

Tadschikistan hat um OSZE-Unterstützung bei der Umsetzung seiner politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen ersucht. Im Mai organisierte das Zentrum gemeinsam mit dem *Konfliktverhütungszentrum* und dem *Forum für Sicherheitskooperation* der OSZE einen wichtigen Workshop zum Thema „*Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen*“.

Anschluss Tadschikistans an das OSZE-Kommunikationsnetz

Nach dem Workshop leistete das Zentrum dem tadschikischen Verteidigungsministerium Hilfestellung beim Anschluss an das *OSZE-Kommunikationsnetz*.

Das Netzwerk ist ein vor kurzem modernisiertes und sicheres System zum Austausch militärischer Information nach dem *Wiener Dokument*, dem *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)* und dem *Vertrag über den Offenen Himmel* sowie anderer Mitteilungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten.

Das Zentrum leistete dem Gaststaat auch Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Antiterrorgesetzen und beriet die Behörden bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen gemäß *Resolution 1373 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen*. Dabei war darauf zu achten, dass die menschenrechtlichen Verpflichtungen voll eingehalten werden. Im Oktober wurde gemeinsam mit dem BDIMR und dem UNODC ein *nationaler Workshop über die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1373 in innerstaatliches Recht* abgehalten.

Beide Workshops dienten der Durchführung des *Aktionsprogramms*, das von der Internationalen Konferenz von Bishkek zum Thema „*Festigung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Stärkung umfassender Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus*“ im Dezember 2001 verabschiedet worden war.

Initiativen gegen den Terrorismus

Die Bekämpfung der Geldwäsche und anderer Methoden zur Finanzierung des Terrorismus beherrschte die Tagesordnung eines Workshops, den das Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE und dem UNODC im Oktober in Duschanbe abhielt.

Ziel und Zweck der Veranstaltung war es,

- über technische und rechtliche Aspekte von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu informieren,
- die Teilnehmer mit den rechtlichen und administrativen Instrumenten vertraut zu machen, die im Kampf gegen diese Phänomene zur Verfügung stehen, und
- den Bedarf an neuen gesetzlichen Regelungen in diesem Bereich aufzuzeigen, um die Ausarbeitung und Verabschiedung neuer Gesetze im Einklang mit den internationalen Übereinkommen und Standards zu beschleunigen.

MINENRÄUMUNG: Eine neue Aufgabe für die OSZE

Ende 2002 entsprach das OSZE-Zentrum in Duschanbe einem Ersuchen der tadschikischen Regierung um Mobilisierung von internationaler Unterstützung für Entminungsmaßnahmen in Tadschikistan.

Im Mai unterzeichnete das OSZE-Zentrum in Duschanbe eine Vereinbarung mit der Schweizer Stiftung für Minenräumung (FSD) über die Durchführung des Minenräumprojekts in Tadschikistan, in dessen Verlauf speziell ausgebildete örtliche Minensuchteams gefährliche Gebiete orteten und kennzeichneten und, wo nötig, technische Untersuchungen an ausgewählten Stätten durchführten. Arbeitsschwerpunkte waren die Gebiete Tavildara, Sagirdascht und das Rascht-Tal.

Projektergebnisse 2003:

- Zwei Minensuchteams wurden voll ausgebildet und ausgerüstet.
- Anfang September waren die Minensuchteams in Stellung.
- 157 Siedlungen wurden untersucht.
- 8000 Straßenkilometer wurden abgesucht.
- 21 durch Minen/Blindgänger belastete Gebiete wurden festgestellt, registriert und gekennzeichnet.
- Nicht eingerechnet wurden Gebiete, die bereits als vermint gemeldet waren, nämlich geschätzte 124 Kilometer Straßen und 29 Quadratkilometer Land.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Tadschikistan führt Reformen im Sinne der OSZE-Verpflichtungen und internationalen Standards durch. Das Zentrum unterstützt diese Reformen durch Schulungs- und Bildungsinitiativen, durch Information, Bewertung von Gesetzesentwürfen, Kapazitätsaufbau und Überwachung.

Dieses Jahr konzentrierte sich das Zentrum vorwiegend auf die Gefängnisreform, die Arbeitskräftemigration, die Justizreform und die Verhütung von Folter.

Das Zentrum fördert auch die Entwicklung von Richtlinien für Maßnahmen zu konkreten Themen in Form von Workshops.

Gefängnisreform

Aufgrund von OSZE-Initiativen wurde die Zuständigkeit für das Strafvollzugssystem vom Innenministerium an das Justizministerium übertragen. Es wurde eine Reformkommission zu diesem Thema gebildet, und es kam zu strukturellen Verbesserungen.

Das Zentrum unterstützte wie schon bisher Studienreisen von Gefängnisbeamten ins Ausland. Es vermittelte auch eine fachliche Bewertung des *Programmwerfs für die Strafvollzugsreform in Tadschikistan 2003-2008*. Darüber hinaus organisierte es einen Runden Tisch über die Rolle von NGOs bei der Gefängnisreform.

Das Zentrum wertete die Erfahrungen aus diesen Aktivitäten aus und erarbeitete Richtlinien für weitere Aktionen.

Justizreform

Tadschikistan hat die Reform des Strafgesetzbuchs abgeschlossen, andere Gesetze befinden sich in verschiedenen Stadien der Ausarbeitung.

Zur Ergänzung der laufenden Reformen unterstützt das Zentrum Initiativen zur Stärkung der Rolle von Rechtsanwälten.

Das Zentrum förderte in Form einer Konferenz die Gründung der tadschikischen Nationalen Anwaltskammer in Kooperation mit dem *Open Society Institute* und der *American Bar Association*. Zuvor waren regionale Kammern eingerichtet worden.

Verhütung von Folter

2003 gingen im Zentrum nahezu 100 Individualbeschwerden wegen Verletzungen von Menschenrechten ein. Rund 25 % davon betrafen Misshandlungen im Zuge strafrechtlicher Ermittlungen.

Auf Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft Tadschikistans organisierte das Zentrum mit internationalen Partnern eine zweitägige Konferenz über Folterprävention. Ferner wurde tadschikischen Regierungsbeamten und NGOs mit Unterstützung des Zentrums die Teilnahme an internationalen Veranstaltungen zur Verhütung von Folter ermöglicht.

Arbeitskräftemigration

Jedes Jahr ziehen hunderttausende Menschen als Saisonarbeiter durchs Land. Diese Migranten wissen nichts oder nur wenig über ihre Rechte und Pflichten.

Das Zentrum veröffentlichte einen Leitfaden über die grundlegenden Rechte von Wanderarbeitnehmern, der in Zusammenarbeit mit der IOM, zwei tadschikischen NGOs und dem Arbeitsministerium erstellt wurde. Dieses praktische Hilfsmittel soll im Rahmen eines größeren Projekts der IOM, das die Einrichtung eines Informationszentrums zum Gegenstand hat, verteilt werden.

MEDIENFREIHEIT

Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen

Dieses Thema ist unverändert ein wichtiges Anliegen des Zentrums, in einem System, in dem Informationen schwer zugänglich sind und es nur wenige Medienunternehmen gibt. Deshalb wurden für die Bürger in entlegenen Regionen Informationswände errichtet. Sie informieren über aktuelle Ereignisse, Maßnahmen der Regierung, die OSZE und NGOs.

Unterstützung für unabhängige Medien

Im Zusammenhang mit der Förderung der Demokratie durch pluralistische Medien setzt sich das Zentrum für die Einrichtung unabhängiger Nachrichtenagenturen ein. Zu den Nutznießern dieses langfristigen Projekts zählen unter anderem *Varorud* im nordtadschikischen Chudschand, das heute als ein selbsttragendes, glaubwürdiges und unabhängiges Medienunternehmen floriert.

Berichterstattung über Korruption

Im Oktober fand in Duschanbe ein erster Workshop für tadschikische Journalisten zum Thema Berichterstattung über Korruption statt. Dieser Workshop, an dem über 40

Journalisten aus allen Regionen teilnahmen, wurde gemeinsam mit *Transparency International* durchgeführt. Tadschikische Medienunternehmen wurden mit bescheidenen Zuschüssen ermutigt, über Korruption zu berichten.

Ermutigung zur Änderung des Mediengesetzes

Die gemeinsame OSZE/*Internews*-Arbeitsgruppe übermittelte den tadschikischen Behörden einen Entwurf zum *Mediengesetz*, mit dem sie an die Konferenz zum selben Thema vom Dezember 2002 anknüpfte.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Fachberatung zum Gleichbehandlungsgesetz

Das OSZE-Zentrum stellte sachverständige Beratung zu dem im Parlament zur Beratung anstehenden Entwurf zum *Gleichbehandlungsgesetz* zur Verfügung. Die Verabschiedung des Gesetzes bringt Tadschikistan einen wichtigen Schritt näher an die Erfüllung der internationalen Verpflichtungen heran, die die tadschikische Regierung mit der Ratifizierung des *Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* eingegangen ist. Sie ist auch ein Schritt vorwärts bei der Umsetzung des staatlichen Programms „*Gleiche Rechte und Chancen für Frauen in Tadschikistan für 2001-2010*“.

Schulung in Genderfragen

2003 war das dritte Schuljahr für die Rechtsberatungsstelle in Bildungsfragen, die sich hauptsächlich mit Frauenrechten beschäftigt. Die Studenten der Rechtswissenschaften erwarben praktische Erfahrung durch die Erörterung von Menschenrechtsfragen mit Schülern der höheren Klassen. Zusätzlich wurde dadurch die Gleichberechtigung der Geschlechter in Schulen gefördert.

Das Zentrum, das dieses BDIMR-Projekt überwacht und betreut, erhielt äußerst positive Rückmeldungen und wurde ersucht, diese Arbeit fortzusetzen.

Information gefährdeter Gruppen über Menschenhandel

Das Zentrum hat eine landesweite Aufklärungskampagne über Menschenhandel abgeschlossen. Damit sollte dem Mangel an Informationen in dieser Frage in einem Land abgeholfen werden, das als Herkunftsland anzusehen ist. Mit Unterstützung der Außenstellen des Zentrums erreichte das Projekt gefährdete Gruppen in entlegenen Gebieten. Das Zentrum stellte die Verbindung zwischen den BDIMR-Richtlinien und IOM-Initiativen her.

Schwerpunkt: Bewusstseinsbildung

Geldmittel aus dem OSZE-Gesamthaushalt wurden zur Durchführung mehrerer Aufklärungsprojekte zu folgenden Themen eingesetzt:

- Menschen- und Wirtschaftsrechte von Frauen
- Frauenrechte im Islam
- Umgang mit Gewalt gegen Frauen
- Frauenhandel
- betriebswirtschaftliche Schulung.

In Zusammenarbeit mit den örtlichen NGOs überwachen das Zentrum in Duschanbe und seine Außenstellen die Umsetzung der Projekte in entlegenen Gebieten sowie in den Bezirken um die Hauptstadt, die oft von der Schulungstätigkeit nur ungenügend erfasst werden.

Das Zentrum misst der Aufklärungsarbeit große Bedeutung bei, da es viele unzureichend informierte Kriegswitwen und Ehefrauen von Wanderarbeitnehmern sowie eine zunehmende Zahl von Mädchen gibt, denen der Grundschulunterricht verwehrt wird und die schon im Alter von 13 Jahren zur Heirat angeboten werden.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

2003 erhielt das Zentrum in Duschanbe ein neues Mandat, in dem den Aktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich ein höherer Stellenwert eingeräumt wurde. Das Zentrum reagierte auf diesen Umstand, indem es ein fachspezifisches Wirtschaftsbüro eröffnete und seine diesbezügliche Arbeit in ganz Tadschikistan verstärkte.

Praktische Impulse für KMU

Unternehmerausbildung und Kleinstkredite sind die wesentlichen Bestandteile der OSZE-Strategie für wirtschaftliche Entwicklung in Tadschikistan.

Zur Umsetzung dieser Tätigkeit bediente sich das Zentrum seiner Außenstellen im ganzen Land. Seit August wurden 2000 Unternehmer und Bauern in Marketing, Buchführung und Handelsrecht sowie in landwirtschaftlichen Methoden ausgebildet.

Bauern lernten in OSZE-Seminaren, wie sie aus einheimischen Pflanzen natürliche Pflanzenschutzmittel herstellen können. Mit Befriedigung registrierte das Zentrum spätere Meldungen von Bauern aus dem Bezirk Navdi im Rascht-Tal über gestiegene Ernteerträge.

Das Zentrum leitet und koordiniert diese Initiative, die von verschiedenen internationalen Organisationen und NGOs praktisch umgesetzt wird.

Mobilisierung für örtliche soziale und wirtschaftliche Entwicklung

2000 Mitglieder von Dorfvereinigungen einer isolierten Bergregion wurden für ein Projekt mobilisiert, durch das örtliche Verwaltungskapazitäten für soziale und wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden sollen. Bestandteil des Projekts ist auch die Vergabe von Kleinstkrediten.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Aktivitäten im Rahmen der Aarhus-Konvention

Das Zentrum der OSZE in Duschanbe hat seine Arbeit auf der soliden Grundlage des letzten Jahres, in dem mehrere Informationsworkshops zur Konvention abgehalten wurden, fortgesetzt. 2003 gab es mehrere Projekte und Seminare, die das Bewusstsein für die Bestimmungen der Konvention weiter heben und zu ihrer Umsetzung anregen sollten.

Im Rahmen dieser Arbeit

- wurde im September in Duschanbe ein Informationszentrum über die Aarhus-Konvention eingerichtet,
- war das Zentrum im Oktober Gastgeber des *dritten Regionalfestivals des Umweltjournalismus*; unter den Teilnehmern dieser renommierten zentralasiatischen Veranstaltung waren auch zwei afghanische Journalisten,
- war darauf zu achten, dass die einschlägigen Gesetze mit der Aarhus-Konvention im Einklang stehen; das Zentrum stellte einen internationalen Berater, dessen Schlussfolgerungen und Empfehlungen – in Russisch, Tadschikisch und Englisch – der Regierung und nichtstaatlichen Akteuren präsentiert wurden.

Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative

Das Zentrum förderte aktiv die gemeinsame OSZE/UNDP/UNEP-Initiative „Umwelt und Sicherheit in Südosteuropa und Zentralasien“.

Diese in der gesamten Region durchgeführte Initiative befasst sich mit Umweltgefahren wie Wasserverschmutzung und Atommüll sowie mit gemeinsamer Wassernutzung. Das Zentrum veranstaltete einen nationalen Workshop über die zweite Phase der Initiative, bei dem die drei folgenden Schlüsselaktivitäten diskutiert wurden:

- Risiko-/Gefahreinschätzung und -monitoring
- Aufbau von Kapazitäten und institutionelle Entwicklung
- Entwicklung und Umsetzung politischer Grundkonzepte.

AUSSENSTELLEN

Das Zentrum hat fünf Außenstellen in den Städten Garm, Chudschand, Kuljab, Kurgan-Teppa und Schartus, die sich hauptsächlich mit der Beobachtung der politischen Situation und der Sicherheitslage in der Region befassen.

2003 etablierte die OSZE erneut ihre internationale Präsenz in der Außenstelle Garm im Rascht-Tal, nachdem sich die Lage in politischer und sozialer Hinsicht wieder stabilisiert hatte. Um dem Zentrum eine Ausweitung seiner Aktivitäten in der südlichen Region zu ermöglichen, wurde eine neue Außenstelle im Bezirk Kuljab eröffnet.

Die Außenstellen stehen in engem Kontakt mit den Kommunalbehörden und erhalten somit aus der Gemeinde Informationen aus erster Hand. Die Außenstellen leisten Beiträge zu den Berichten des Zentrums, die in regelmäßigen Abständen an die Teilnehmerstaaten geschickt werden. Die Außenstellen erörtern auch verschiedene zur Lösung anstehende Probleme mit den Kommunalbehörden und setzen sich für die OSZE-Prinzipien ein.

Im Sinne der schon Tradition gewordenen Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung durch die OSZE hielten alle fünf Außenstellen Sommerlager für 14- bis 19-Jährige ab, bei denen folgende Themen behandelt wurden:

- demokratische Prozesse und Institutionen
- Wahlen
- Rechtsetzung
- Zivilgesellschaft
- Verhütung von Drogenmissbrauch
- Umweltschutz.

Die Jugendlager waren Teil des jährlichen Programms für staatsbürgerliche Erziehung in ländlichen Schulen, das von der OSZE koordiniert wird.

In größeren Orten wurden dringend benötigte Informationswände aufgestellt, auf denen Zeitungen sowie Informationsblätter zu politischen und sozialen Themen angeschlagen werden. So können die Mitarbeiter der Außenstellen Gebiete, die kaum Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen haben, mit aktuellen Informationen versorgen.

Zur Förderung des Wissens um die Menschenrechte brachte die OSZE ihre Filmtage der Menschenrechte in entlegene Regionen. Die Bevölkerung im Süden hatte somit zum ersten Mal seit zehn Jahren die Möglichkeit, Filme zu sehen. Die Besucher der Filmtage wurden über OSZE-Aktivitäten im ganzen Land informiert.

Das OSZE-Zentrum in Taschkent

VORWORT DES LEITERS DES ZENTRUMS

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben in allen drei Dimensionen der OSZE im Sinne ihres umfassenden Sicherheitsbegriffs arbeitet das OSZE-Zentrum in Taschkent aktiv mit der Regierung Usbekistans, internationalen Organisationen und NGOs zusammen.

Wie in unserem Mandat vorgeschrieben, stehen wir in engem Kontakt mit Kommunalbehörden. Im Geiste eines konstruktiven Zusammenwirkens bringen sie nützliche Ideen und Vorschläge ein, anhand derer ein gemeinsames Verständnis darüber erarbeitet wird, wie das Zentrum Usbekistan bei der Umsetzung seiner OSZE-Verpflichtungen behilflich sein kann.

Die Regierung beteiligt sich aktiv an Veranstaltungen des Zentrums und schlägt im Geiste der Partnerschaft gemeinsame Projekte vor. Diese Interaktion führte zu offenen Diskussionen über die Fragen Geldwäsche, Menschenhandel, Gefängnisreform und Folter. In einigen Fällen wurden Aktionspläne erarbeitet.

2003 wurden dem Zentrum zusätzliche Geldmittel zur Verfügung gestellt. Dank der vom Ständigen Rat der OSZE bereitgestellten zusätzlichen Personal- und Finanzressourcen konnte es seine Programmarbeit in der politisch-militärischen und in der Wirtschafts- und Umweltdimension intensivieren. Die zusätzlichen Geldmittel und die örtlichen Mitarbeiter sorgten für eine Steigerung der Professionalität und Produktivität.

Das Zentrum pflegte und erweiterte auch seine Kontakte mit unseren traditionellen Partnern UNDP, UNODC, IKRK und UNHCR zu Fragen von allseitigem Interesse wie Flüchtlinge, Minderheiten, illegaler Waffen-, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäsche.

Das Zentrum in Taschkent betrachtet den Übergang Usbekistans zu einer offeneren Gesellschaft als langfristiges Ziel. Seiner Auffassung nach hat die Regierung mit dem Beitritt zur OSZE und mit ihrer Unterstützung für die Einrichtung des Zentrums ihr Engagement bekundet, eine Zukunft auf der Grundlage demokratischer und international anerkannter Werte anzustreben.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Zur Erhöhung der Sicherheit führt das Zentrum in Taschkent Projekte in den Bereichen Rüstungskontrolle, vorbeugende Diplomatie und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durch.

Außerdem fördert es die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen im Bereich der Demokratie, zu denen es gezielte Projektarbeit leistet.

FÖRDERUNG DER SICHERHEIT

Förderung des politisch-militärischen Verhaltenskodex

Im Mai organisierte das Zentrum einen Workshop zum Thema „*Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen*“.

An dem Workshop nahmen Vertreter des Verteidigungs- und des Innenministeriums, des Parlaments und anderer staatlicher Stellen teil. Es wurde festgestellt, dass zur Umsetzung des *Wiener Dokuments* Kapazitäten aufgebaut werden müssen.

Qualifizierungsmaßnahmen für Grenzwachbeamte

Ein Expertenteam der OSZE führte an der Grenzübergangsstelle Termes-Hayraton an der usbekisch-afghanischen Grenze einen zweiwöchigen Ausbildungskurs durch. Mit dieser Initiative sollte Grenzschutz- und Zollbeamten beider Länder beigebracht werden, wie sie illegale Waffenlieferungen unterbinden können.

Dadurch verbesserte sich nicht nur die interne Zusammenarbeit zwischen den usbekischen Grenz-, Zoll- und Polizeibehörden, sondern auch jene zwischen afghanischen und usbekischen Beamten.

Der Kurs fand ein äußerst positives Echo, weshalb das OSZE-Expertenteam bereits an einer Folgeveranstaltung in Form eines Praktikums arbeitet, das an verschiedenen Grenzübergangsstellen durchgeführt werden soll.

FÖRDERUNG DER MEDIENFREIHEIT

Weiterführung der Rechtsberatung für Journalisten

Das Zentrum in Taschkent und *Internews* Usbekistan unterstützen eine Rechtsberatungsstelle für Journalisten, um diese in die Lage zu versetzen, von ihren Rechten auch tatsächlich Gebrauch zu machen. Die Beratungsstelle beschäftigt zwei örtliche Anwälte, die usbekische Journalisten in Rechtsfragen beraten und vertreten.

Freier Informationszugang

Im November richtete das Zentrum ein Internet-Café ein, in dem Journalisten freien Zugang zum Internet haben. Die Räumlichkeiten wurden von der Zeitung *Prawda Wostoka* kostenlos zur Verfügung gestellt und befinden sich im selben Gebäude wie die zentrale Nachrichtenredaktion in Taschkent.

WAHLEN

Überwachung der Reform der Wahlordnung

Zur Vorbereitung der Parlamentswahlen im Dezember 2004 veranstaltet das Zentrum eine Serie von Runden Tischen zum Thema Wahlen, bei denen OSZE-Botschaften und internationale Organisationen über Wahlfragen und ihre diesbezüglichen Programmaktivitäten informieren.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Die OSZE legt größten Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit den Behörden und Vertretern der Zivilgesellschaft zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Usbekistan.

Damit soll zur Rechtsstaatlichkeit in Usbekistan und zur Entwicklung einer starken und aktiven Zivilgesellschaft beigetragen werden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Umsetzung internationaler Standards in Usbekistan.

Überwachung der Menschenrechtslage

Das Zentrum überwachte im Berichtszeitraum Gerichtsverfahren und nahm Beschwerden von Privatpersonen entgegen. Es führte auch Besuche außerhalb der Hauptstadt durch, um Kontakt mit der dortigen Bevölkerung zu halten. Diese Tätigkeit ist insofern von großer Bedeutung, als damit Schwachstellen ermittelt und OSZE-konforme Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Förderung der Strafvollzugsreform

Wie schon im Bericht des VN-Sonderberichterstatters über Folter festgestellt, ist die Verhütung und Bekämpfung von Folter im Strafvollzugssystem für alle Akteure in Usbekistan von größter Bedeutung.

Als Reaktion auf den Bericht lud die für Strafvollzugsanstalten zuständige usbekische Behörde das Zentrum zur engen Mitarbeit an der Gefängnisreform ein. Das Zentrum schult Gefängnispersonal und unterstützt usbekische NGOs bei Inspektionen von Haftanstalten.

Elf Beamte und NGOs erhielten in Vorbereitung auf zukünftige Aktivitäten eine Spezialausbildung in Bezug auf internationale Standards für Hafteinrichtungen.

Empowerment für Frauen

Um die Mitsprache von Frauen in öffentlichen Belangen zu stärken, führte das Zentrum Schulungen in Interessenvertretung und Mitarbeiterführung durch. Dieses Programm ist von großem Nutzen, insbesondere im Hinblick auf die Parlamentswahlen 2004, an der Frauen hoffentlich aktiver mitwirken werden.

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels

Im Einklang mit der vom damaligen niederländischen Vorsitz festgelegten Priorität engagiert sich das Zentrum nachdrücklich in der Verhütung und Bekämpfung dieser modernen Form der Sklaverei, von der Männer, Frauen und Kinder in Usbekistan betroffen sind.

Gemeinsam mit internationalen und nationalen Partnerorganisationen führt das Zentrum derzeit eine

landesweite Aufklärungskampagne durch. Im Rahmen dieses Programms werden auch Strafverfolgungsorgane fachlich geschult, um sie besser für den Kampf gegen den Menschenhandel zu rüsten.

Ergebnisse der Projekte des Zentrums in der menschlichen Dimension

Erste Erfolge dieser Programme zeigten sich in Form verstärkter Aktivitäten einschlägiger NGOs und offizieller Vertreter. Sie scheinen ein verstärktes Bewusstsein und einen effizienteren Umgang mit Fragen des Menschenhandels und der Folter entwickelt zu haben. Es wird auch mit einer Verbesserung der Haftbedingungen, einer aktiveren Zivilgesellschaft und einer Stärkung der Mitbestimmung der Frauen in öffentlichen Angelegenheiten gerechnet.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

2003 verstärkte das Zentrum seine Programmaktivitäten im Wirtschafts- und Umweltbereich beträchtlich.

Es konzentrierte sich in seiner Arbeit vorwiegend auf Überwachung und auf die Unterrichtung der OSZE-Organe über konkrete Fragen sowie über deren Ursachen und Folgen.

Mitarbeiter reisen regelmäßig in die Provinzen, wo sie mit Regierungsvertretern sowie mit Exponenten der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zusammentreffen, um sich genauer über die wirtschaftliche Lage und den Zustand der Umwelt in Usbekistan zu informieren.

Das Zentrum hebt das Bewusstsein der usbekischen Öffentlichkeit für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und eines verantwortungsbewussten Umgangs mit der Umwelt. Es unterstützt die Regierung bei der Bewältigung wirtschaftlicher und umweltbezogener Probleme, vermittelt Kontakte und fördert den Informationsaustausch mit örtlichen Behörden, Universitäten, Forschungseinrichtungen und NGOs.

WIRTSCHAFTSAKTIVITÄTEN

Qualifizierung von Unternehmern

Das Zentrum fördert die Gründung von KMU durch Frauen und Jugendliche, und zwar vor allem in ländlichen Gebieten Usbekistans. Es führte mehrere Workshops durch, um den Bewohnern der Provinzen und Bergregionen mehr unternehmerisches und rechtliches Wissen zu vermitteln.

Die Schulungsaktivitäten reichen von den Grundlagen der Unternehmertätigkeit bis zu modernsten betriebswirtschaftlichen Methoden. In Partnerschaft mit dem usbekischen Frauenkomitee richtete das Zentrum ein Informationszentrum für KMU ein.

Förderung des Unternehmertums

Zur Verbesserung des Zugangs von Unternehmern zu Informationen über rechtliche und praktische Aspekte der Unternehmensführung begannen das Zentrum und die Nationale Kammer der Warenproduzenten und Unternehmer mit der Ausarbeitung eines Handbuchs mit dem Titel „Wie werde ich ein erfolgreicher Unternehmer“, das in großer Stückzahl verteilt werden soll.

Bekämpfung der Geldwäsche

Gemeinsam mit der Zentralbank von Usbekistan und dem UNODC organisierte das Zentrum in Taschkent einen landesweiten Workshop über die Bekämpfung der Geldwäsche und die Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus.

Im Anschluss an diese Veranstaltung vom Oktober wollen die Organisatoren in Zusammenarbeit mit der Regierung Gesetzesentwürfe auf ihre Übereinstimmung mit internationalen Standards prüfen und die mögliche Einrichtung einer Zentralstelle zur Entgegennahme von Geldwäscheverdachtsanzeigen überlegen.

UMWELTAKTIVITÄTEN

Das Zentrum setzt sich wie schon bisher für die Mitwirkung der Öffentlichkeit an Umweltentscheidungen ein und betreibt insbesondere den Beitritt Usbekistans zur Aarhus-Konvention.

Umweltschutz in Mahallas

Das Zentrum bemüht sich darum, Mahallas – örtlichen Bürgerorganisationen – bei der Verstärkung ihrer Umweltschutzaktivitäten Rückhalt zu bieten. Zu diesem Zweck führte es mehrere Runde Tische für Mahalla-Führer durch. Es erstellte auch eine Liste aller

umweltrelevanten usbekischen Gesetze und einen Wegweiser zu den einschlägigen staatlichen Dienststellen.

Erkennen von Umweltrisiken

Unterstützung von NGOs

Das Zentrum unterstützt auch weiterhin die Arbeit der örtlichen Umwelt-NGO *Armon* durch folgende Maßnahmen:

- Veranstaltung von Seminaren über Umweltthemen
- Identifizierung geeigneter Führungspersönlichkeiten aus der örtlichen Gemeinde für umweltbezogene Basisinitiativen
- Schaffung einer Datenbank mit Umweltinformationen
- Durchführung von Kampagnen in den Massenmedien, um die Bevölkerung zur Mitsprache in Umweltschutzangelegenheiten zu motivieren
- Bereitstellung kostenloser Rechtsberatung.

Im Rahmen der gemeinsamen OSZE/UNDP/UNEP-Umwelt- und Sicherheitsinitiative war das Zentrum in Taschkent Mitveranstalter eines nationalen Workshops, der dazu diente, bestehende und drohende Umweltrisiken in Usbekistan aufzuzeigen und einen Meinungsaustausch über die Verhütung umweltbezogener Konflikte durchzuführen.

DER OSZE-Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz | Revidierter Haushalt: €120.000

HINTERGRUND

Hauptaufgabe des OSZE-Vertreters ist die Mitarbeit in der *Estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige*, die Empfehlungen über die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für ehemaliges militärisches Personal in Estland an die Regierung richtet.

AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN

Reduzierung kurzfristiger Aufenthaltsgenehmigungen

Der Kommission ist es gelungen, die Anzahl der kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen (ein bis drei Jahre) auf rund 450 zu reduzieren. Die Zahl der längerfristigen Aufenthaltsgenehmigungen (vier bis fünf Jahre) liegt derzeit bei 10.000. Insgesamt besitzen heute annähernd 10.500 Personen gültige befristete Aufenthaltsgenehmigungen.

2003 wurden 15 Anträge auf eine Aufenthaltsgenehmigung abgelehnt, von denen die meisten Begünstigte des *Umsiedlungsprogramms für russische Offiziere* der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) betrafen. Seit Einsetzung der Kommission 1994 wurden insgesamt 280 Anträge abgewiesen. Die Zahl jener Antragsteller, die Ausnahmegenehmigungen aus humanitären Gründen erhielten, ist jedoch erheblich größer als die der Ablehnungen.

Ständige Aufenthaltsgenehmigungen

Am 24. Oktober 2002 entschied der *Estnische Staatsgerichtshof* (Oberster Gerichtshof), dass die unter das *bilaterale Abkommen von 1994 über Sozialgarantien* fallenden ausländischen pensionierten Militärangehörigen und deren Familien Anspruch auf ständige Aufenthaltsgenehmigungen haben. In der Folge brachte der Innenminister eine Novelle zum *Fremdengesetz* ein, die die Gewährung ständiger Aufenthaltsgenehmigungen für pensionierte Militärangehörige eindeutig ausschloss.

Die Gesetzesnovelle wurde am 17. Dezember 2003 verabschiedet und am 30. Dezember 2003 vom Präsidenten kundgemacht.

Der OSZE-Vertreter äußerte Bedenken zur Gesetzesnovelle mit der Begründung, dass sie im

Widerspruch zum Erkenntnis des Staatsgerichtshofs stehe und auf eine einseitige Änderung des bilateralen Abkommens hinauslaufe.

Aufgrund des gerichtlichen Erkenntnisses blieben hunderte Anträge auf ständige Aufenthaltsgenehmigung liegen und wurden mangels weiterer Anweisungen summarisch abgelehnt. Diese Anträge warten nun auf eine endgültige Entscheidung.

Frage des privilegierten Status nach wie vor umstritten

Keine Fortschritte gab es in der Frage der Gewährung des privilegierten Status eines pensionierten Militärangehörigen nach dem bilateralen Abkommen von 1994 an eine ganze Reihe ehemaliger Soldaten und ihre Familien – sie waren der estnischen Regierung 1994 auf zusätzlichen Listen bekannt gegeben worden. Obwohl die russischen Behörden bestätigt haben, dass diese ehemaligen Offiziere pensionierte Militärangehörige sind, weigert sich Estland unverändert, ihnen diesen Status zuzuerkennen.

Diese Weigerung hatte zur Folge, dass einigen dieser ehemaligen Offiziere und ihren Familien die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen verweigert wurde und ihnen nun die Ausweisung droht.

Der OSZE-Beauftragte appellierte an die Regierung, diese Fälle neu aufzurollen und gegebenenfalls Ausnahmegenehmigungen aus humanitären Gründen zu erteilen.

Fortgesetzte Präsenz von Nutznießern des von den USA finanzierten Wohnraumprogramms

Die Tatsache, dass sich einige Begünstigte des *USAID-Umsiedlungsprogramms für russische Offiziere*, die sich zum Verlassen des Landes verpflichtet hatten, noch immer in Estland aufhalten, beschäftigt die estnischen Behörden, die sich bemühen müssen, Klarheit in schwer durchschaubare Argumente zu bringen, mit denen Anspruch auf das Wohnrecht im Land erhoben wird. Die Frage ist kompliziert und wird nur schrittweise einer Lösung zugeführt werden können. Eine weitere Komplikation ist die Tatsache, dass viele der Begünstigten nach dem bilateralen Abkommen von 1994 Schutz genießen und ihnen deshalb eine Aufenthaltsgenehmigung nicht verwehrt werden kann.

DER OSZE-VERTRETER IN DER GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE

OSZE-Vertreter: Helmut Napiontek | Revidierter Haushalt: €11.800

HINTERGRUND

Der OSZE-Vertreter setzte 2003 seine Unterstützung für die Umsetzung des Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über Sozialgarantien für in der Republik Lettland wohnhafte pensionierte Militäranghörige der Russischen Föderation und ihre Familien fort.

Gemäß *Artikel 2* des Abkommens hat der OSZE-Vertreter folgende Aufgaben:

- Prüfungen von Einsprüchen betreffend die Rechte pensionierter Militäranghöriger gemeinsam mit der lettischen und der russischen Seite
- Mitarbeit an der Ausarbeitung einstimmiger Empfehlungen und Beschlüsse
- Prüfung von Fragen betreffend die Anwendung der Bestimmungen des Abkommens auf Ersuchen einer der Seiten.

Laut jährlicher Aktualisierung waren mit Stand vom Juni 2003 18.438 Personen anspruchsberechtigt im Sinne des Abkommens, das sind um 280 Personen weniger als im Oktober 2002 (1994 waren es 22.320 Personen).

AKTIVITÄTEN UND ENTWICKLUNGEN

Vorwiegend Einzelfälle

Die meisten der zuletzt erhobenen Einsprüche pensionierter Militäranghöriger in sozialen Angelegenheiten wurden von den jeweiligen lettischen Kommunalverwaltungsorganen in Zusammenarbeit mit den zuständigen russischen Behörden erledigt.

Seit langem anstehende Einzelfälle, die der Kommission zur Kenntnis gebracht wurden und größtenteils mit dem Aufenthaltsstatus zu tun hatten, wurden nach Maßgabe des Möglichen gelöst.

Auslegung der Abkommensbestimmungen

2003 kam es vermehrt zu Differenzen hinsichtlich der Auslegung einiger Bestimmungen des Abkommens von 1994 betreffend Wohnraum, da dies eine Frage ist, die pensionierte Militäranghörige und ihre Familien öfter betrifft. Nun ist die Kommission dabei, auf der Grundlage eines Rechtsgutachtens nach einem gemeinsamen Ansatz für den zukünftigen Umgang mit Wohnungsfragen zu suchen.

DIE INSTITUTIONEN

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte
Der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten | Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit



DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

VORWORT DES DIREKTORS DES BDIMR, CHRISTIAN STROHAL

Das BDIMR ist jene OSZE-Institution, die am stärksten mit der menschlichen Dimension – einem der Eckpfeiler des umfassenden Sicherheitskonzepts der Organisation – befasst ist. In dieser wichtigen Funktion hat es eine weitere Bereicherung erfahren. Dieses Jahr ging das Büro zu einer längerfristigen und umfassenderen Planung über, wobei Synergien genutzt werden konnten, die sich aus den Erfahrungen und der fachlichen Kompetenz des Büros, den verbesserten Kapazitäten der Institutionen der Teilnehmerstaaten und den Stärken anderer OSZE-Organen ergaben.

Das Büro reagierte auf einige neue Herausforderungen und Anforderungen an seine Leistungsfähigkeit. Dieses Jahr wurde eine neue Menschenrechtsabteilung eingerichtet, deren Tätigkeitsbereich über die bisher reine Beobachterrolle hinausgeht. Sie arbeitet eng mit den beiden anderen wichtigen Abteilungen des BDIMR – Demokratisierung und Wahlen – zusammen. Diese Stärkung der Fähigkeit des Büros, Staaten und anderen OSZE-Organen Hilfe zu leisten, unterstreicht die Bedeutung der Menschenrechte für die Organisation als Ganzes. Mit Hilfe der neuen Abteilung wird es gelingen, die Ausbildung zu verbessern, die Feldmissionen stärker zu unterstützen und an die Lösung von Fragen gezielter heranzugehen.

Die wiederholte Aufforderung, sich mit bedenklichen Entwicklungen betreffend Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und mit allen Formen von Diskriminierung im OSZE-Raum zu befassen, hat das Büro dazu veranlasst, sich intensiver mit diesen potenziellen Konfliktrisiken zu befassen. Durch den neuen *Aktionsplan für Roma und Sinti* wurden weitere Ziele vorgegeben.

Ganz im Sinne des vom niederländischen Vorsitz gewählten Schwerpunktthemas Menschenhandel ist das BDIMR dabei, in den einschlägigen Bemühungen zu einem ganzheitlicheren Ansatz zu finden. Es vereint alle Dimensionen der Arbeit der OSZE in einer umfassenden Strategie zur Bewältigung dieses komplexen Problems.

Das Büro ist auch in seinen traditionellen Kernbereichen vorangekommen – bei der Aufgabe, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen, diesbezügliche Defizite aufzuzeigen und von den Teilnehmerstaaten die Erfüllung ihrer in diesem Bereich eingegangenen Verpflichtungen einzufordern.

Als Europas führende Wahlbeobachtungsstelle hatte das Büro 2003 ein arbeitsreiches Jahr: Es entsandte zwölf Beobachtungsmissionen, unter anderem nach Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kroatien, Moldau, in die Russische Föderation, nach Serbien und Montenegro und in das Vereinigte Königreich. OSZE-Missionen wurden an ihrem Einsatzort umfangreiche technische Hilfe geleistet, unter anderem bei der Veranstaltung des ersten europäischen Forums für einheimische Wahlbeobachtergruppen in Zagreb.

Es wurden Schritte unternommen, um zu erreichen, dass sich die Beobachtung über einen längeren Zeitraum erstreckt. So soll es etwa im Anschluss an eine Wahl bis zur nächsten Wahl zu verstärkten Folgeaktivitäten kommen und größerer Nachdruck auf die Umsetzung der BDIMR-Empfehlungen gelegt werden.

Im kommenden Jahr wird das Büro seine nunmehr verstärkten Kapazitäten zur Bewältigung von Fragen der menschlichen Dimension nutzen und auch weiterhin federführend für umfassende Strategien auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene eintreten.

Auch wenn es seinen Sitz in Warschau hat – seine sichtbarsten Aktivitäten setzt das BDIMR vor Ort: bei der Beobachtung von Wahlen und der Abwicklung einer Vielzahl von Hilfsprojekten in Teilnehmerstaaten zur Beseitigung von Defiziten in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, Menschenrechte und Wahlen.

Die durch eine neue Menschenrechtsabteilung verstärkten Kapazitäten des Büros und seine intensive Suche nach stärkerer Nutzung von Synergieeffekten zwischen den OSZE-Organen haben ein umfassenderes Vorgehen in allen seinen Tätigkeitsbereichen ermöglicht.

WAHLEN

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte spielt in Europa eine führende Rolle in der Wahlbeobachtung. Ausgehend von seinem Mandat aus dem Jahr 1994, in dem das BDIMR von den OSZE-Teilnehmerstaaten beauftragt wurde, eine Langzeitbeurteilung von Wahlprozessen vor und nach Wahlen und am Wahltag selbst vorzunehmen, hat sich das BDIMR stets als wertvolles Instrument für eine systematische, umfassende und verifizierbare Wahlbeobachtung erwiesen.

Mit der Entsendung von 3400 Beobachtern, die für die Durchführung der zwölf Wahlbeobachtungsmissionen im Jahr 2003 benötigt wurden, bewies das BDIMR erneut sein Bekenntnis zur Verbesserung der Wahlprozesse in der Region.

Die einzigartige, bewährte Methode des BDIMR ermöglicht einen genauen Einblick in alle wesentlichen Elemente eines demokratischen Wahlprozesses, einschließlich des rechtlichen Rahmens, der verwaltungstechnischen Vorbereitung, des Wahlkampfes und der Medien. Die Wahlbeobachtungsmethode des Büros wurde zwar für die OSZE-Teilnehmerstaaten konzipiert, doch dienten die inzwischen gemachten Erfahrungen mittlerweile auch der Europäischen Union, der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft und zuletzt der Afrikanischen Union als Vorbild für ihre eigene Wahlbeobachtungstätigkeit.

Das BDIMR hat seine Methode weiterentwickelt, um auf neue Herausforderungen reagieren und seine führende Rolle bei Wahlen behaupten zu können. So wurde 2003 auch das *Wahlbeobachtungshandbuch* des BDIMR aktualisiert; seine Herausgabe ist für 2004 geplant.

Das ganze Jahr 2003 hindurch legte das Büro verstärktes Augenmerk auf die Befolgung der im Zuge der Wahlbeobachtung abgegebenen Empfehlungen. Mit den im Anschluss an Beobachtungsmissionen abgegebenen Empfehlungen sollen bestehende Defizite im Hinblick auf die OSZE-Wahlverpflichtungen und andere, für demokratische Wahlen geltende internationale Normen aufgezeigt werden. Wie bisher war das BDIMR auch dieses Jahr bereit, mit den Teilnehmerstaaten in Bezug auf diese Empfehlungen und deren Umsetzung zusammenzuarbeiten.

Wahlbeobachtung

Hier eine Aufstellung der im Jahr 2003 beobachteten Wahlen.

Wahlbeobachtungskalender des BDIMR für 2003

Land	Art der Wahlen	Datum
Montenegro/ Serbien und Montenegro	Wiederholung der Präsidentenwahlen	9. Februar
Armenien	Präsidentenwahlen	19. Februar/ 5. März
Montenegro/ Serbien und Montenegro	Wiederholung der Präsidentenwahlen	11. Mai
Armenien	Parlamentswahlen	25. Mai/ 15. Juni
Moldau	Kommunalwahlen	25. Mai/8. Juni
Albanien	Kommunalwahlen	12. Oktober
Aserbaidschan	Präsidentenwahlen	15. Oktober
Georgien	Parlamentswahlen	2. November
Serbien/Serbien und Montenegro	Präsidentenwahlen	16. November
Kroatien	Parlamentswahlen	23. November
Russische Föderation	Parlamentswahlen	7. Dezember
Serbien/Serbien und Montenegro	Parlamentswahlen	28. Dezember

Bei seinen Wahlbeobachtungsmissionen im Jahr 2003 arbeitete das BDIMR mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, dem Europarats-Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Europäischen Parlament eng zusammen.

Neben den oben beschriebenen Wahlbeobachtungsmissionen entsandte das Büro gelegentlich, wie schon bisher, Wahlbeurteilungsmissionen in Teilnehmerstaaten mit längerer demokratischer Tradition, um bestimmte Fragen zu überprüfen und bei Wahlen bewährte Praktiken zu fördern. Im Laufe des Jahres nahm das BDIMR eine Beurteilung der Kommunalwahlen im Vereinigten Königreich vor. Es absolvierte auch einen Arbeitsbesuch in den Vereinigten Staaten von Amerika, um die Gouverneursneuwahlen in Kalifornien zu verfolgen.

Das Büro setzte auch seine Unterstützung für OSZE-Feldmissionen bei der Durchführung von Wahlbeurteilungen fort, wenn keine Beobachtungsmission des BDIMR zum Einsatz kam. Für die Beurteilung von Referenden bzw. Wahlen in Kirgisistan, Tadschikistan, Kasachstan und Moldau bot das BDIMR den vor Ort tätigen Feldpräsenzen seine Hilfe an.

Ferner besuchte eine gemeinsame Beurteilungsmission des BDIMR und des Sekretariats des Europarats im März die Russische Föderation im Zusammenhang mit dem Referendum über einen Verfassungsentwurf und Wahlgesetze für Tschetschenien.

Mit Hilfe des 2001 eingerichteten Fonds für freiwillige Beiträge konnte das Büro die nationale Zusammensetzung seiner Wahlbeobachtungsmissionen durch Heranziehung von Wahlexperten und qualifizierten Beobachtern aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa und der ehemaligen Sowjetunion weiter diversifizieren.

Technische Hilfe

Im Juni legte das BDIMR dem Amtierenden Vorsitzenden einen Bericht über die in den OSZE-Teilnehmerstaaten derzeit *geltenden Verpflichtungen in Bezug auf demokratische Wahlen* vor. Dieses Dokument ist das Ergebnis einer vom Büro eingerichteten Arbeitsgruppe von Wahlexperten und enthält eine umfangreiche Bestandsaufnahme der weltweit und auf regionaler Ebene geltenden Normen für demokratische Wahlen sowie Beispiele bewährter Praktiken aus den Beobachtungsberichten des BDIMR.

Ende Juni wurde in Zagreb in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission das erste europäische Forum für einheimische Wahlbeobachtergruppen veranstaltet. Das Forum ging auf eine Empfehlung des *Seminars zur menschlichen Dimension 2001* zurück und war das größte Treffen seiner Art, das jemals in Europa stattfand. Es baute auf der Arbeit auf, die das BDIMR schon zuvor zur Steigerung der Kompetenz einheimischer Beobachtergruppen geleistet hatte, etwa durch die Ausarbeitung eines *Handbuchs für einheimische Wahlbeobachter*, das auf dem Forum vorgestellt wurde.

Als Beispiel für verstärkte Hilfestellung im Anschluss an Wahlen bot das BDIMR dem Zweiparteien-Parlamentsausschuss in Albanien, der mit der Novellierung der Wahlordnung des Landes betraut war, technische Beratung an. Der Ausschuss griff die meisten der im Schlussbericht des Büros über die Wahlen des Jahres 2001 enthaltenen Empfehlungen auf. Im Juni verabschiedete das Parlament eine neue Wahlordnung, die weitgehend auf der Arbeit des Ausschusses beruht.

Das Büro gab auch den Anstoß zu einem von der Europäischen Kommission finanzierten Treffen mit der Zentralen Wahlbehörde von Belarus über *internationale Wahlstandards und Wahlrechtsreform*. Dieses technische Hilfsprojekt soll einen permanenten Rahmen für Diskussionen – zwischen den Behörden, den für Wahlen zuständigen Verwaltungsorganen, politischen Parteien und weiten Kreisen der Zivilgesellschaft – über eine Wahlrechtsreform vor den für Herbst 2004 geplanten Parlamentswahlen bieten.

Das Büro erstellte auch eine vergleichende Studie über *Gesetze und Verordnungen, die die Veröffentlichung von Wählerbefragungen einschränken*.

Reform und Prüfung der für Wahlen geltenden Rechtsvorschriften

Das Büro leistete den Teilnehmerstaaten wie bisher Hilfe bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Wege des *Frühwarn- und Hilfsprogramms für Wahlrechtsfragen*, das fachliche Beratung zur Wahlrechtsreform auf der Grundlage eines zu diesem Zweck eingerichteten Fonds für freiwillige Beiträge bietet. Dieser Fonds verleiht dem BDIMR die nötige Flexibilität, um auf Ersuchen um Unterstützung bei der Reform von Rechtsvorschriften betreffend Wahlen rasch reagieren zu können.

Im Jahr 2003 schloss das Büro ein technisches Hilfsprogramm ab, das zur Verabschiedung der Wahlordnung in der Republik Aserbaidschan führen sollte. Es setzte verschiedene Aktivitäten im Hinblick auf die Wahlrechtsreform und prüfte unter anderem folgende Gesetzestexte:

- einen revidierten Entwurf zur Wahlordnung der Republik Aserbaidschan (vorläufige Beurteilung gemeinsam mit der Venedig-Kommission)
- die Wahlordnung der Republik Aserbaidschan (abschließende Beurteilung gemeinsam mit der Venedig-Kommission)
- Änderungsentwürfe zum tadschikischen Wahlgesetz
- Änderungsentwürfe zum kasachischen Wahlgesetz (vorläufige Beurteilung)
- anstehende Änderungen zur kirgisischen Wahlordnung
- das kroatische Parlamentswahlgesetz
- Gesetze für Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften in Nordirland, Schottland und Wales (Vereinigtes Königreich)
- das Wahlgesetz und Verwaltungsvorschriften für Wahlen in Armenien (gemeinsame Empfehlungen mit der Venedig-Kommission).

MENSCHENRECHTE

Mit einer neuen Abteilung auf neuen Wegen

Die in diesem Jahr erfolgte Erweiterung der *Beobachtungsgruppe* des BDIMR sorgt für mehr Tiefe, Breite und Umfang in seiner Arbeitsleistung. Die neue *Menschenrechtsabteilung* versetzt das BDIMR in die Lage, unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte Problembereiche stärker als bisher zu thematisieren und andere Aktivitäten in der menschlichen Dimension zu setzen.

Dies ändert nichts an der bisherigen Schwerpunktsetzung: Die Arbeit zum Thema Religions- und Glaubensfreiheit geht ebenso weiter wie die Beobachtung und Berichterstattung in Bezug auf die Verhängung der Todesstrafe. Zusätzlich übernimmt die Abteilung nun folgende Aufgaben:

- Menschenrechtsschulung
- Hilfestellung für Feldmissionen
- Stellungnahmen zu verschiedenen Menschenrechtsfragen, unter anderem zum Thema Menschenrechte und faires Verfahren im Zusammenhang mit Antiterrormaßnahmen.

Um in dieser neuen Richtung erfolgreich tätig zu werden, hat die Abteilung ihre Forschungs-, Prüfungs- und Beurteilungskapazitäten ausgebaut und die Zusammenarbeit mit anderen, im Bereich der Menschenrechte tätigen internationalen Organisationen vertieft.

TERRORBEKÄMPFUNG

Oberstes Ziel der Arbeit des BDIMR in diesem Bereich ist es, zu gewährleisten, dass von den Teilnehmerstaaten ergriffene Antiterrormaßnahmen in vollem Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und den völkerrechtlichen Menschenrechtsbestimmungen stehen. Die Kapazitäten und die Arbeitsweise der neuen Menschenrechtsabteilung ermöglichten ein umfangreiches Hilfsprogramm für Teilnehmerstaaten, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von VN-Übereinkommen und -Protokollen und der Resolution 1373, die den weltweiten rechtlichen Rahmen für das internationale Vorgehen gegen den Terrorismus vorgibt.

2003 war das Büro in drei Programmbereichen mit Fragen der Terrorbekämpfung befasst:

- Menschenrechtsanalyse
- Präventivmaßnahmen
- technische Hilfe bei der Gesetzgebung.

Arbeitshilfe für den Gesetzgeber

Im Zuge der Durchführung von Analysen betreffend den Schutz der Menschenrechte bei Maßnahmen gegen den Terrorismus stellte das BDIMR eine Übersicht über die in den einzelnen OSZE-Teilnehmerstaaten geltenden Antiterrorgesetze zusammen. Diese Zusammenstellung – sie wird auch auf die *Legislationline*-Website (<http://www.legislationline.org>.) gestellt – ist als Arbeitshilfe bei der Ausarbeitung von Gesetzen in der OSZE-Region gedacht.

Umfassender Beistand bei der Umsetzung internationaler Übereinkommen

Das BDIMR-Programm für technische Hilfe bei der Gesetzgebung unterstützt die Teilnehmerstaaten bei der Ratifizierung und Umsetzung der zwölf VN-Übereinkommen und -Protokolle betreffend den Terrorismus; dasselbe gilt für die VN-Sicherheitsratsresolution 1373. In Zusammenarbeit mit der *Gruppe Terrorismusbekämpfung* und dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung veranstaltete das BDIMR 2003 eine Reihe von Workshops zur technischen Hilfestellung.

Im Februar fand in London für zentralasiatische Staaten ein regionaler Workshop zur Umsetzung der VN-Resolution 1373 statt. Im April wurden unter Beiziehung kanadischer Experten und mit finanzieller Hilfe der kanadischen Regierung ähnliche Workshops in Aserbaidschan und Georgien abgehalten.

Auf Ersuchen der kirgisischen Regierung wurde im Juni ein zweitägiges Seminar veranstaltet, zu dem Experten aus dem BDIMR, dem UNODC und dem kanadischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel beigezogen wurden.

Workshops zur technischen Hilfestellung fanden im September in Baku bzw. im Oktober in Eriwan statt.

RELIGIONS- UND GLAUBENSFREIHEIT

In seiner Arbeit auf diesem Gebiet befasste sich das BDIMR 2003 auch mit Fragen der Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus.

Im Juli veranstaltete das BDIMR in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Vorsitz ein *zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension* zu diesem Thema. Die Konferenz prüfte bewährte Praktiken der Teilnehmerstaaten zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit und ihrer Ausübung und bemühte sich um weitere Verbesserungen. Auf der Konferenz wurden den OSZE-Staaten und internationalen Organisationen Maßnahmen zum wirksameren Schutz des Rechts der Bürger auf Religionsfreiheit empfohlen.

In diesem komplexen und sensiblen Problembereich folgt das BDIMR der Sicht seines Beirats für Religions- und Glaubensfreiheit. Eine eigene Kontaktgruppe untersucht, wie der Beirat reformiert werden könnte, damit er im Hinblick auf die Ausweitung der Tätigkeit des BDIMR in diesem Bereich weiterhin die nötigen Anleitungen geben kann. Der Beirat war 2003 in Zusammenarbeit mit Regierungen und anderen Gruppen aus der gesamten OSZE-Region in zahlreiche Projekte eingebunden. An

herausragender Stelle ist ein Projekt zu nennen, in dessen Verlauf überprüft wurde, ob das *Gesetz der Republik Usbekistan über die Freiheit der Religionsausübung und religiöser Organisationen* aus dem Jahr 1998 mit internationalen Standards und Verpflichtungen vereinbar ist. Die Ergebnisse wurden den usbekischen Behörden im Juni präsentiert.

Das BDIMR finanziert auch einen *Website-Führer für Erziehung zu Toleranz*, an dem derzeit an der Jagellonischen Universität Krakau gearbeitet wird (<http://tolerance.research.uj.edu.pl>). Er enthält Informationen zu rund 50 Organisationen in drei Sprachen (Englisch, Polnisch und Russisch). Die wichtigsten Zielgruppen sind Lehrer und Studenten.

TODESSTRAFE

Anlässlich des jährlichen *Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension* im Oktober gab das BDIMR sein jährliches Hintergrundpapier über die Anwendung der Todesstrafe in der OSZE-Region heraus. Es ist für die Teilnehmerstaaten bestimmt und soll Informationen über die Anwendung der Todesstrafe öffentlich zugänglich machen.

Im gesamten abgelaufenen Jahr wurde in Kasachstan daran gearbeitet, eine Diskussion und den Austausch von Expertenwissen über die Todesstrafe und ihre Anwendung, das Moratorium in Bezug auf die Todesstrafe und die lebenslängliche Freiheitsstrafe in Gang zu bringen. So gab es etwa eine nationale Debatte im Fernsehen, die vom BDIMR mitfinanziert wurde und über die geltenden Gesetze und landesweite Statistiken betreffend die Todesstrafe informierte.

Das BDIMR, das OSZE-Zentrum in Almaty und das kasachische Büro für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit veranstalteten für NGOs und Vertreter staatlicher Stellen einen viertägigen Intensivkurs mit dem Titel *„Informationskampagne über die Abschaffung der Todesstrafe in Kasachstan – Strategie und Methoden“*, gefolgt von weiteren Schulungsveranstaltungen.

MENSCHENRECHTSSCHULUNG

Entsprechend ihrem neuen Schwerpunkt Menschenrechtsschulung und Qualifizierung führte die Menschenrechtsabteilung 2003 ein speziell auf diesen Zweck ausgerichtetes Programm durch. Im Oktober gab sie ein Handbuch für OSZE-Außendienstmitarbeiter heraus, das beschreibt, wie bei individuellen Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen vorzugehen ist.

Die Abteilung veranstaltete im Sinne der in diesem Handbuch enthaltenen Richtlinien zwei Schulungskurse für OSZE-Außendienstmitarbeiter. Nach einem Pilotkurs in Eriwan fand im September in Taschkent ein zweiter Kurs für die OSZE-Zentren in Zentralasien statt. Die Schulungsgruppe des OSZE-Sekretariats und die bei den jeweiligen Feldeinsätzen tätigen Schulungskordinatoren brachten in diese Fortbildungsveranstaltungen ihr Wissen ein. Die Abteilung stellte auch spezifische Module für das unter EU-Führung stehende Schulungsprogramm für ziviles Krisenmanagement zur Verfügung.

Im November veranstalteten die Abteilung und die *Schulungsgruppe* der OSZE in Wien das erste *Forum zur menschlichen Dimension*, bei dem Mitarbeiter der Feldmissionen und des BDIMR zusammenkamen, um Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten für eine verstärkte Kooperation zu erkunden.

DEMOKRATISIERUNG

Flexibilität und Kontinuität

Die Förderung der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und der Aufbau demokratischer Institutionen stehen nach wie vor im Mittelpunkt der Bemühungen der Abteilung Demokratisierung. Diese Abteilung setzte sich weiter für die Stärkung administrativer Kapazitäten, der Justiz, der Volksanwaltschaften und zivilgesellschaftlicher Institutionen ein. Ziel ihrer Programme ist es, den Austausch von bewährten Praktiken und Erfahrungen zwischen den Teilnehmerstaaten zu erleichtern und die beim Aufbau demokratischer Institutionen, der Zivilgesellschaft und der demokratischen Staatsführung gemachten Fortschritte zu festigen.

Die Tätigkeit im Rahmen der Demokratisierungsprogramme gliedert sich in zwei Hauptbereiche:

- langfristige, mehrjährige Programme zum Aufbau von Institutionen und Kapazitäten
- kurzfristige, schnell wirkende Projekte.

Diese Methode der unterschiedlichen Geschwindigkeiten hat sich als vielversprechender Ansatz in der Programmarbeit erwiesen: Sie bietet die für Sofortmaßnahmen nötige Flexibilität und sorgt für Kontinuität bei der längerfristigen technischen Hilfe.

Die Demokratisierungsaktivitäten des BDIMR erstrecken sich in erster Linie auf fünf Themenbereiche:

- Rechtsstaatlichkeit
- Zivilgesellschaft
- Gleichstellung der Geschlechter
- Bekämpfung des Menschenhandels
- Freizügigkeit und Migration.

In Südosteuropa betreibt die Abteilung mehrere regional ausgerichtete Programme und Projekte und sie erleichtert in den vor Ort tätigen OSZE-Missionen die Koordination der Aktivitäten in der menschlichen Dimension.

Das BDIMR ist in über 20 Ländern tätig, unter seiner Federführung laufen nahezu 100 Projekte und eine große Zahl von Projekten wird vom BDIMR mit Hilfe des *Fonds für Projekte gegen den Menschenhandel*, des *Basisdemokratie-Programms* und im Rahmen seiner Aktivitäten gegen die Folter direkt umgesetzt bzw. verwaltet.

RECHTSSTAATLICHKEIT

Die Rechtsstaatlichkeit nimmt im menschenrechtlichen Rahmen der OSZE einen zentralen Platz ein. Die Definition im *Kopenhagener OSZE-Dokument* von 1990 liefert die Grundprinzipien für die Arbeit des BDIMR in diesem Bereich.

Der Begriff „Rechtsstaatlichkeit“ bezeichnet nicht nur eine formelle Rechtmäßigkeit, sondern bedeutet auch Gerechtigkeit auf der Grundlage der uneingeschränkten Akzeptanz der menschlichen Persönlichkeit und der Menschenrechte als höchstes Gut.

Die Arbeit des BDIMR zum Thema Rechtsstaatlichkeit zielt darauf ab, im Praxiswandel Hilfestellung zu leisten, um der Rechtsstaatlichkeit in der gesamten OSZE-Region zum Durchbruch zu verhelfen.

Längerfristige Reformen in der Strafrechtspflege

Dieses Jahr wurden mehrere Projekte zur Gefängnisreform durchgeführt, unter anderem zu den Themen Untersuchungshaft und Alternativstrafen. Das BDIMR arbeitet auch mit Behörden in Zentralasien an der Entmilitarisierung der Gefängnisse und setzt sich dafür ein, dass die Aufsicht über die Gefängnisse von den Innenministerien an die Justizministerien übertragen wird. Diese Umstellung ist, zumindest teilweise, in den meisten Ländern Zentralasiens bereits erfolgt.

Ferner arbeitet das BDIMR gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen und NGOs an der Einführung von Alternativen zu Gefängnisstrafen und an einer entsprechenden Entkriminalisierung bestimmter Straftaten, um die Anzahl der Häftlinge zu reduzieren – eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Gefängnisreform.

Im Rahmen seiner laufenden Unterstützung für Reformen in der Strafrechtspflege hat das BDIMR auch ein Schulungsprogramm für das im Strafvollzug tätige Personal durchgeführt, um den Regierungen in Zentralasien und im Kaukasus zu einem besser funktionierenden, an internationalen Standards orientierten Strafvollzugssystem zu verhelfen. Das erwähnte Schulungsprogramm umfasste – im Rahmen der längerfristigen Reformstrategie – eine Lehrveranstaltung über Menschenrechtsstandards und Schritte zur Verbesserung der Sicherheit und Behandlung von Häftlingen. Mit Hilfe dieser Programme ermutigt das BDIMR auch zu intensiveren Kontakten zwischen den im Strafvollzug tätigen Beamten innerhalb der Region. So wurde etwa ein Sommerkurs für Teilnehmer aus ganz Zentralasien abgehalten. Darüber hinaus setzt sich das Büro auch für Reformen auf politischer Ebene ein.

2003 begann das BDIMR mit der Förderung von Alternativstrafen in Belarus. Im November fand eine Konferenz statt, an der Experten aus anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und aus Osteuropa teilnahmen, um Verbesserungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der bestehenden belarussischen Gesetze über Alternativstrafen zu erörtern.

Impulse im Kampf gegen Folter

Da Folter im Untersuchungsverfahren in vielen Ländern der OSZE-Region noch immer an der Tagesordnung ist, setzte das BDIMR im vergangenen Jahr in seinem Einsatz gegen die Folter den Schwerpunkt auf diesen Teil der strafrechtlichen Verfolgung.

Das BDIMR veranstaltete praktische Schulungen und führte Programme durch, um Anwälten und Menschenrechtsaktivisten zusätzliche Instrumente zur Bekämpfung der Folter in ihrem jeweiligen Land in die Hand zu geben. Auch die Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung und Verhütung von Folter in Georgien und Usbekistan wurde laufend unterstützt.

Das BDIMR und das OSZE-Zentrum in Taschkent veranstalteten im Juli eine internationale Konferenz zum Thema „Folter verhindern – nationale und internationale Mechanismen“. Auf der Konferenz wurden die Fortschritte in Usbekistan und die zu erwartenden Probleme bei der Angleichung der usbekischen Gesetzgebung und Praxis an internationale Standards hinsichtlich des Verbots der Folter besprochen.

Im vergangenen Jahr leistete das Büro direkte Unterstützung und technische Hilfe beim Aufbau von Rechtsberatungsstellen in Kirgisistan und Tadschikistan. Diese Beratungsstellen geben Studenten der Rechtswissenschaft die Möglichkeit, durch die Bearbeitung von Rechtsfällen unter der Aufsicht eines Anwalts oder durch „Streetlaw“-Programme bzw. Programme zur Hebung der Rechtskundigkeit Erfahrungen zu sammeln.

Im Herbst startete das BDIMR in Kasachstan ein neues Schulungsprogramm für Anwälte. Dabei sollen kasachischen Rechtsanwälten solide Grundkenntnisse vermittelt werden, um die Qualität der von ihnen erbrachten Dienstleistungen zu verbessern.

GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER

Das BDIMR betrachtet die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter nicht nur als Instrument im Kampf gegen Diskriminierung sondern auch als Mittel zur Durchsetzung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte.

Obwohl sich das BDIMR mit Gleichbehandlungsfragen über alle verfügbaren OSZE-Kanäle beschäftigt, besteht seine Arbeit hauptsächlich aus zielgerichteten Programmen in einigen Ländern. Dies ermöglicht ein auf die speziellen Bedürfnisse eines Landes abgestimmtes Vorgehen.

Die Gleichstellung der Geschlechter gilt als eines der Schlüsselemente für Frieden, Wohlstand und den Fortbestand der Demokratie in der OSZE-Region. Im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen bemüht sich das BDIMR, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben und den Rechten der Frau zum Durchbruch zu verhelfen. Die aktive Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben sowie der gleichberechtigte Zugang und der Beitrag von Frauen zu demokratischen Prozessen in der OSZE-Region sind für das Büro wichtige Ziele.

Die Programme des Jahres 2003, die die gesamte Bandbreite des Engagements für die Gleichstellung von Frauen und Männern abdecken, erstreckten sich auf fünf Hauptbereiche:

- Befähigung von Frauen zur Übernahme von Führungsaufgaben
- Hebung und Festigung des vor Ort vorhandenen Wissens über Gleichbehandlungsfragen
- geschlechtssensible Pädagogik für die jüngere Generation
- Einbeziehung von Gleichbehandlungsaspekten in die Arbeit des Regierungsapparats
- Verhütung und Bekämpfung der gegen Frauen gerichteten Gewalt in der Familie.

Wichtige Etappen der Genderarbeit im Kaukasus und in Zentralasien

Diese Programme setzten erfolgreich eine Reihe wichtiger Meilensteine auf dem Weg zu einem verstärkten Engagement für Gleichbehandlungsfragen und zum Aufbau von Frauenbewegungen im Südkaukasus und in Zentralasien. Sie schufen und unterstützten starke NGO-Netzwerke in Georgien, Aserbaidschan und Kasachstan, führten zur Bildung von Teams qualifizierter örtlicher Schulungskräfte und gaben den Anstoß zu Fraueninitiativen außerhalb der Hauptstädte und größeren Städte Armeniens, Aserbaidschans, Georgiens, Kasachstans und Kirgisistans.

Staat und Bürger kommen einander näher

Die Programmarbeit, die sich auf staatliche Strukturen und die Zivilgesellschaft erstreckt, hat zu einer Zusammenarbeit und gemeinsamen Initiativen von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß geführt. Positive Auswirkungen dieses Zusammenspiels zeigen sich im Kampf gegen Gewalt in der Familie, in wirksameren nationalen Plänen für die Gleichstellung der Geschlechter und eine geschlechtssensible Pädagogik sowie in Strategien zur gleichberechtigten Teilnahme der Frauen an Wahlen in den südkaukasischen und zentralasiatischen Staaten.

Eine Ideenfabrik für Frauen im öffentlichen Leben

Im Mai veranstaltete das BDIMR ein *Seminar zur menschlichen Dimension* über die Teilnahme von Frauen am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben, das ein Forum für die Erörterung von Errungenschaften, Defiziten, bewährten Praktiken und Erfahrungen in Bezug auf dieses Thema bot. Es wurde empfohlen, die Gleichstellung der Geschlechter zu einem festen Bestandteil der politisch-militärischen, der wirtschaftlichen und der menschlichen Dimension der OSZE zu machen.

MIGRATION UND FREIZÜGIGKEIT

Die Gruppe Migration wurde im BDIMR gegründet, um eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Problemen im Zusammenhang mit der erhöhten Mobilität der Bevölkerung – einem der wichtigsten Merkmale einer modernen, globalisierten Gesellschaft – zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Unterstützung der jüngst unabhängig gewordenen Staaten beim Übergang zu einem System, in dem interne und externe Bevölkerungsbewegungen nicht mehr streng kontrolliert

werden, sondern die Migration zu Stabilität, Sicherheit und gesellschaftlicher Entwicklung beitragen kann.

Reform der Rechtssysteme

Das Büro setzt sich auch für die Beseitigung der aus früheren Zeiten übernommenen Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb der eigenen Landesgrenzen in Armenien, Kirgisistan und der Ukraine ein. In zwei Ländern der ehemaligen Sowjetunion wurden die gesetzlichen Grundlagen für Meldesysteme geschaffen, die den Bürgern die freie Wahl des Wohnorts ohne Verlust ihres Anspruchs auf öffentliche Dienstleistungen ermöglichen.

In der Ukraine war das BDIMR einerseits auf technischer Ebene in die Reformbestrebungen eingebunden – es organisierte ein Seminar und veranstaltete Schulungsbesuche in Ländern, in denen die Reformen schon weiter fortgeschritten sind –, aber auch auf politischer Ebene, indem es bei Hearings im Menschenrechtsausschuss des ukrainischen Parlaments mündliche Gutachten abgab.

Propiska-Reform in Belarus

Die belarussischen Behörden ersuchten das BDIMR, belarussische Partner über internationale Erfahrungen in diesem Bereich zu informieren. Ziel war die Entwicklung eines Grundkonzepts für die Umstellung auf ein neues Meldesystem, das die Freizügigkeit innerhalb des Hoheitsgebiets des Landes ermöglicht.

Förderung des Dialogs über Migrationsfragen

Ein verstärkter Austausch von Informationen und bewährten Praktiken in Bezug auf die Steuerung von Migrationsströmen war Schwerpunkt einer Reihe internationaler und regionaler Seminare, die vom BDIMR in Zusammenarbeit mit der IOM veranstaltet wurden. Es gibt auch Bestrebungen, die Teilnehmerstaaten zu einem gemeinsamen Standpunkt in der Frage der Migrationsindikatoren zu bewegen, um einen koordinierten Ansatz in der Migrationspolitik zu ermöglichen. Bei einem der BDIMR/IOM-Seminare kamen Vertreter der Russischen Föderation und zentralasiatischer Staaten zusammen, um die Lage der Wanderarbeitnehmer zu erörtern. Diese Frage stand auch bei einer Sondersitzung anlässlich des *Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension* im Oktober auf der Tagesordnung.

Reform des Grenzschutzes

2003 endete die Teilnahme des BDIMR an einem Programm, das 15 aserbaidschanischen Grenzschutzbeamten eine Ausbildung im Schulungszentrum des polnischen Grenzschutzdienstes ermöglichte. Eine Konferenz über die Reform des Grenzschutzes in den Ländern Zentralasiens und des Kaukasus bot Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen, die bei diesem Projekt gesammelt wurden. Das BDIMR wird gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren in Aserbaidschan die Auswirkungen dieser Schulungsmaßnahme beobachten.

STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Im abgelaufenen Jahr setzte die NGO-Gruppe eine Reihe von Aktivitäten im Rahmen ihrer vier Programme:

- Bürgerdiplomatie
- Bürgerdialog
- Teilnahme von NGOs an OSZE-Veranstaltungen
- Ausbildung in Menschenrechtsmonitoring und –berichterstattung.

Zusammenführung abchasisch-georgischer Familien – 10 Jahre Waffenruhe

Das BDIMR half bei der Einrichtung eines dringend erforderlichen Kommunikationswegs zwischen lokalen NGOs und Behörden, um 4000 gemischten Familien gefahrlos gegenseitige Besuche zu ermöglichen. Damit erhielten Familien zehn Jahre nach der georgisch-abchasischen Feuereinstellung erstmals wieder Gelegenheit zu einem Zusammentreffen. Als Teil eines Bürgerdiplomatie-Programms fand diese Initiative in Partnerschaft mit der Vereinigung gemischter abchasisch-georgischer Familien statt. In der zweiten Hälfte dieses Projekts werden bis zu 30 NGO-Aktivisten aus ganz Georgien, einschließlich der abtrünnigen Regionen, eine umfassende Ausbildung in Menschenrechten, Networking, Verhandlungs- und Schlichtungstechniken erhalten, wodurch Kommunikationswege geöffnet werden sollen.

Abschluss des „Watchdog“-Schulungsprogramms

Dieses Schulungsprogramm, in dessen Rahmen NGOs Beobachtungs- und Berichterstattungstechniken vermittelt wurden, kam 2003 zum Abschluss. Als Schlussveranstaltungen fanden zwei Regionalkonferenzen (in Kasachstan und Georgien) statt, bei denen die Effizienz der vorgenommenen Schulungsmaßnahmen beurteilt und Zukunftsstrategien entwickelt wurden. Die Initiative, die sich über drei Jahre erstreckte, wurde in Partnerschaft mit den OSZE-Missionen und der Warschauer Helsinki-Stiftung für Menschenrechte umgesetzt.

Das Bürgerdialog-Programm

Die NGO-Gruppe organisierte eine Reihe von Treffen zwischen NGO- und Regierungsvertretern in Zentralasien.

In Kasachstan fand im Februar in Almaty eine zweitägige internationale Konferenz zum Thema *„Stärkung der Menschenrechtsgarantien für die Parteien im Strafverfahren“* statt. Im Juni folgte ein viel beachtetes Gespräch am runden Tisch über den Entwurf zum kasachischen NGO-Gesetz.

In Kirgisistan trafen im September in Issyk-Kul Vertreter der Zentralen Wahlkommission und der NGO *„Koalition für Demokratie und Zivilgesellschaft“* zusammen, um Novellierungsvorschläge zur Wahlordnung zu erörtern. Kurz darauf fand ein zweitägiges Treffen zum Thema *„Die Rechte der Kinder in Waisenhäusern“* statt, an dem Vertreter einschlägiger NGOs, Leiter von Waisenhäusern und zuständige Regierungsbeamte teilnahmen.

SCHWERPUNKTTHEMA SÜDOSTEUROPA

Eines der wichtigsten Ziele der Demokratisierungsaktivitäten des BDIMR ist seit jeher die Stärkung der Zivilgesellschaft in den Reformstaaten. Dabei sollen nicht nur demokratische Verhältnisse geschaffen werden, sondern die Demokratie soll auch Bestand haben. Die NGO-Gruppe spielt dabei eine Schlüsselrolle, indem sie rechtliche Entwicklungen betreffend NGOs beobachtet und deren Teilnahme an größeren OSZE-Veranstaltungen ermöglicht.

In der gesamten Region beteiligte sich das BDIMR an einer Reihe von Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie an Einschätzungen durch Experten. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen OSZE-Feldeinsätzen koordinierte das BDIMR Aktivitäten in der menschlichen Dimension und sorgte bei Bedarf für die Erstellung regionaler Programme. Besondere Aufmerksamkeit galt unter anderem folgenden konkreten Fragen:

- Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Volksanwaltschaften
- Rückkehr der Flüchtlinge
- Reform der Kommunalverwaltung
- Jugend
- Zivilgesellschaft
- Kriegsverbrechen
- unparteiische Gerichte, Justiz- und Gefängnisreform.

Gemeinsame Bemühungen um parlamentarische Entwicklung

Im Oktober veranstalteten fünf OSZE-Missionen, das BDIMR und der *Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten* der OSZE in Sarajewo eine Konferenz über parlamentarische Entwicklung. Bei dieser Gelegenheit kamen Abgeordnete aus rund 15 Parlamenten von innerhalb und außerhalb der Region zusammen.

Förderung von Aussöhnung und Demokratie

Das BDIMR und die OMiK arbeiteten gemeinsam an der Herstellung von Kontakten zwischen führenden Mitgliedern der Zivilgesellschaft in Serbien und im Kosovo, um deren Zusammenarbeit im Hinblick auf die Aussöhnung und auf demokratische Prozesse in der Region zu verstärken.

Gegenstand der Tätigkeit des BDIMR waren auch Vorgänge rund um die Rückkehr der Flüchtlinge und Expertengutachten zu Menschenrechtsinstitutionen. So wurde etwa mit der Mission in Kroatien die kroatische Volksanwaltschaft analysiert, gefolgt von einem Gespräch am runden Tisch, an dem die wichtigsten politischen Parteien, einschließlich der Regierungsparteien, NGOs und die Europäische Kommission teilnahmen.

Das BDIMR betreibt nach wie vor mit Nachdruck sein regionales Gefängnisreformprogramm, bei dem 2003 Schulungsbedarf, bewährte Praktiken und regionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen.

KAMPF GEGEN DEN MENSCHENHANDEL

Das BDIMR beteiligte sich das ganze Jahr über aktiv an wichtigen OSZE-Veranstaltungen zum Thema Menschenhandel, darunter das *Elfte Wirtschaftsforum* und das erste *Jährliche Treffen von Polizeixperten*.

Diese Veranstaltungen, die alle Dimensionen der OSZE-Arbeit zu einer umfassenden Reaktion auf dieses komplexe Phänomen vereinen, zeigen, dass zur Bekämpfung des Menschenhandels ein ganzheitlicher Ansatz gewählt wurde.

Besonders zu erwähnen ist der im Juli vom Ständigen Rat der OSZE verabschiedete *Aktionsplan der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels*, der auf dem Ministerratstreffen von Maastricht gebilligt wurde.

Das Büro bemühte sich um die Verankerung von Standards und unterstützte die Teilnehmerstaaten bei der Ausarbeitung nationaler Aktionspläne und Leitsysteme. 2003 kam es zu einigen Basisinitiativen. In der Kaukasus-Region und der Russischen Föderation führten diese Projekte dazu, dass verschiedene Frauenorganisationen nun besser in der Lage sind, Aufklärungsarbeit betreffend den Menschenhandel zu leisten und Risikogruppen Hilfe anzubieten. Das BDIMR stand auch in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit *Anti-Slavery International* und NGOs in Westeuropa, um Opferschutzmaßnahmen in den Bestimmungsländern zu beurteilen und deutlich zu machen, dass in der Region nach einer besseren Gegenstrategie gesucht werden muss. Das BDIMR setzte auch seine enge Zusammenarbeit und Koordination mit der für diese Fragen zuständigen *Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts* und der in Genf ansässigen zwischenstaatlichen Organisation *Contact Group on Trafficking and Smuggling* fort.

2003 arbeitete das Büro an neuen Publikationen, die den Teilnehmerstaaten bei ihren Maßnahmen gegen den Menschenhandel und bei der Unterstützung seiner Opfer nützliche Dienste leisten werden. Eine davon, das *Handbook on Designing and Implementing National Referral Mechanisms*, formuliert Richtlinien und Prinzipien und gibt einen Überblick über die erforderlichen Bewertungsinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen. Im Rahmen seiner Initiative *SEE RIGHTS* beobachtet das BDIMR in Zusammenarbeit mit UNICEF und UNHCHR nach wie vor, was in Südosteuropa gegen den Menschenhandel unternommen wird.

Synergie bei Feldeinsätzen: Der BDIMR-Fonds für Projekte gegen den Menschenhandel

Bis Ende 2003 wurden aus dem vom BDIMR 2001 eingerichteten Fonds für Projekte gegen den Menschenhandel über 30 Projekte in 13 OSZE-Staaten, darunter eine Reihe von regionalen Aktivitäten unterstützt. Im Zuge der Verwaltung dieses Fonds verstärkte das BDIMR seine Zusammenarbeit mit den OSZE-Feldmissionen durch fachliche Beratung, Förderung des Austauschs von Informationen und bewährten Praktiken und Formulierung regionaler

Gesamtperspektiven. Diese Synergie versetzte die Organisation in die Lage, auf verschiedene vordringliche Aspekte des Menschenhandels, die die gesamte OSZE-Region betreffen können, besser zu reagieren.

SCHWERPUNKTTHEMA GESETZGEBUNG

Erweiterung der Datenbank für Rechtsvorschriften in der menschlichen Dimension

<http://www.legislationline.org> ist eine gebührenfreie Online-Datenbank, die einen einfachen Zugriff auf internationale und nationale Rechtsvorschriften betreffend die Verpflichtungen in der menschlichen Dimension der OSZE ermöglicht. In die 2002 als Projekt mit Schwerpunkt Südosteuropa eingerichtete Datenbank wurden im abgelaufenen Jahr 1800 weitere Rechtsvorschriften aufgenommen, womit sich ihr Datenbestand verdoppelt hat. Sie wurde aber auch in geographischer Hinsicht erweitert und umfasst nun die gesamte OSZE-Region; es wurden weitere 20 Länderübersichten aufgenommen, womit nun 30 Länder erfasst sind. Die Website enthält rund 200 Rechtsanalysen und bietet in der *News*-Rubrik pro Monat rund 40 Berichte zu Gesetzesfragen.

Ein immer öfter benutztes Referenz- und Beobachtungsinstrument

Wie die Liste der Abonnenten für den monatlichen Newsletter der Website zeigt, greifen OSZE-Missionen und andere Organisationen für ihre Arbeit vor Ort immer öfter auf <http://www.legislationline.org> zurück. Diesem Trend entspricht auch, dass die Datenbank immer häufiger von jenen in Anspruch genommen wird, die Regierungen bei Gesetzesreformen unterstützen oder für solche Reformen eintreten.

Die Website hat sich als nützliches Instrument für die Mitglieder gesetzgebender Organe erwiesen, die in ihrer täglichen Arbeit davon Gebrauch machen, insbesondere bei der Bekämpfung des Menschenhandels und bei der Ausarbeitung von Gesetzen zu anderen Fragen der menschlichen Dimension wie Wahlen und Gleichstellung der Geschlechter.

In Serbien und Montenegro wurden auf der Website publizierte Gesetzestexte als Referenzmaterial für die Ausarbeitung neuer Gesetze gegen den Menschenhandel herangezogen. Ähnlich wurde in Albanien vorgegangen, wo man sich Einblick in die Vorgehensweise mehrerer anderer OSZE-Staaten im Falle von Wahlanfechtungen verschaffen wollte.

Seit Oktober werden Antiterrorgesetze systematisch gesammelt, analysiert und ins Netz gestellt. Ebenso wurden weitere Schritte unternommen, um den Mechanismus zur Beschaffung von Daten über einzelstaatliche gesetzliche Maßnahmen in Bezug auf Roma- und Sinti-Gemeinschaften zu aktualisieren.

Kontaktstelle für Roma und Sinti

Die seit 1994 im BDIMR bestehende Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti hat im vergangenen Jahrzehnt ein Arbeitsprogramm absolviert, das sich auf folgende vorrangige Bereiche erstreckte:

- Förderung der politischen Rechte der Roma und Sinti in der OSZE-Region, einschließlich ihrer verstärkten Teilnahme an Wahlen
- akute Krisenprävention und Krisenmanagement in ehemaligen Konfliktgebieten

- Verbesserung der Interaktion zwischen OSZE-Strukturen, Regierungen und internationalen Organisationen einerseits sowie Roma-NGOs bzw. NGOs mit Roma-Bezug andererseits, um Synergieeffekte zu erzielen und gemeinsame Standpunkte zu formulieren
- Förderung und Unterstützung der Entwicklung der Zivilgesellschaft innerhalb der Roma-Gemeinschaften. 2003 stand die Balkanregion im Zentrum diesbezüglicher Bemühungen der Kontaktstelle.

Die Kontaktstelle arbeitete 2003 mit einer OSZE-Arbeitsgruppe an einem *Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet*, nachdem auf dem *Ministerratstreffen von Bukarest 2001* der Auftrag dazu erteilt worden war.

Im April konnten auf Initiative der Kontaktstelle Roma- und Sinti-Aktivisten und Beamte an den Erörterungen der zum *zusätzlichen OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension betreffend Fragen der Roma und Sinti* versammelten Regierungsvertreter teilnehmen. Bei dieser Veranstaltung trafen nationale Delegationen und NGOs aus der gesamten OSZE-Region zusammen; sie tauschten Erfahrungen aus, berichteten über erfolgreiche Praktiken und führten eine offene Diskussion über entscheidende Fragen bei der Überwindung der Diskriminierung und Beseitigung der Hindernisse, die einer vollen Integration im Wege stehen.

Die Kontaktstelle, die sich häufig mit den Mitgliedern der OSZE-Arbeitsgruppe für den Aktionsplan beriet, veranstaltete mehrere Treffen von Experten für Fragen der Roma- und Sintipolitik, um deren Meinung zu Entwürfen des Aktionsplans zu hören. Die von Roma- und Sintigruppen vorgeschlagenen Formulierungen wurden genau studiert und fanden in großem Umfang Eingang in den abschließenden Entwurf der Arbeitsgruppe.

Die Kontaktstelle fungierte auch als Berater für nationale Behörden. Im Februar veranstaltete sie gemeinsam mit den albanischen Behörden, der OSZE-Präsenz in Albanien und dem Europarat in Elbasan (Albanien) ein Treffen zum Thema „*Gestaltung der Roma- und Ägypterpolitik in Albanien mit den Schwerpunkten Bildungswesen und Schutz der Rechte von Kindern in multiethnischen Gemeinschaften*“. Das Treffen ermöglichte diesen Gemeinschaften einen Erfahrungsaustausch und die Suche nach einem gemeinsamen Vorgehen gegen die von ihnen allen empfundenen Benachteiligungen. Als eines der Ergebnisse dieses Treffens beschloss die Regierung eine neue nationale Strategie für Roma-Gemeinschaften.

Im Juli nahm die Kontaktstelle an einer Konferenz in Budapest teil, die sich mit der vorgeschlagenen *Dekade der Roma-Eingliederung* befasste. Die Kontaktstelle setzt ihren Dialog mit nationalen Regierungen fort, insbesondere mit jenen in Mittel- und Südosteuropa, die zugesagt haben, sich an der Initiative betreffend die Roma-Dekade zu beteiligen und sie zu unterstützen.

Die Kontaktstelle betrieb mit großem Nachdruck Projekte zur politischen Integration binnenertriebener Roma in krisengeschwächten Gebieten und zur Suche

nach langfristigen Lösungen für deren Bedürfnisse. Sie hielt zwei regionale Runde Tische zu dauerhaften

Lösungen für Binnenvertriebene ab: den ersten im Januar in Sarajewo, den zweiten im Juli in Skopje.

„Bildung ist eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integrationspolitik und kann die Vielfalt der kulturellen und sprachlichen Ausdrucksformen fördern, die unsere Gesellschaften so lebenswert machen.“
Rolf Ekéus, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten.

DER HOHE KOMMISSAR DER OSZE FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Die Konflikte in der OSZE-Region haben in unserer Zeit einen grundlegenden Wandel durchgemacht. Zu den Problemen, denen wir uns zu stellen haben, zählen Spannungen zwischen einer nationalen Mehrheit und nationalen Minderheiten.

Um auf diese Herausforderung zu reagieren, hat die *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (KSZE, nunmehr OSZE) 1992 beschlossen, einen *Hohen Kommissar für nationale Minderheiten* einzusetzen.

Der Hohe Kommissar hat die Aufgabe, ethnische Spannungen, die den Frieden, die Stabilität oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der OSZE gefährden könnten, zu erkennen und so früh wie möglich nach einer Lösung zu suchen. Sein Mandat bezeichnet ihn als „Instrument zur Konfliktverhütung zum frühestmöglichen Zeitpunkt“, zu dem ein wirksames Einschreiten entscheidend dazu beitragen kann, einen drohenden gewaltsamen Konflikt zu verhindern.

Der Hohe Kommissar hat eine zweifache Aufgabe zu erfüllen: erstens, Spannungen zu erkennen und sie nach Möglichkeit zu entschärfen, bevor sie weiter eskalieren, und zweitens, als „Stolperdraht“ zu fungieren, das heißt, die OSZE zu alarmieren, wenn diese Spannungen ein Ausmaß anzunehmen drohen, bei dem er mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln nicht mehr für Abhilfe sorgen kann.

VORWORT DES HOHEN KOMMISSARS FÜR NATIONALE MINDERHEITEN, ROLF EKÉUS

2003 setzte der *Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten* (HKNM) gemäß seinem Mandat, bei Spannungen, die mit nationalen Minderheiten zu tun haben, für Frühwarnung und gegebenenfalls Frühmaßnahmen zu sorgen, seine Tätigkeit im OSZE-Raum fort. Bei Bedarf schritt er auftragsgemäß ein, um konfliktträchtige Situationen zu stabilisieren. Er suchte weiterhin nach Möglichkeiten, seine Tätigkeit auf andere Bereiche mit Minderheitenbezug auszudehnen, darunter auch auf die Behandlung von Themen wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die so genannten „neuen Minderheiten“ und Staatsbürgerschaftsfragen, ebenso wie die damit im Zusammenhang stehenden Fragen der Identität, Zugehörigkeit und gesellschaftlichen Integration. Ferner widmete er sich den sozioökonomischen Aspekten der interethnischen Beziehungen, auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus.

Seine besondere Aufmerksamkeit galt der Verwendung von Minderheitensprachen sowie Rundfunk und Fernsehen. Auf einer Konferenz in Baden (Österreich) am 24. und 25. Oktober 2003 wurde ein neuer Richtlinienkatalog präsentiert, der unter der Schirmherrschaft des HKNM von einem unabhängigen Expertengremium ausgearbeitet worden war und die Verwendung von Minderheitensprachen in Rundfunk und Fernsehen im gesamten OSZE-Raum fördern soll. Der HKNM setzte auch kurz- und langfristige Aktivitäten in Form verschiedener Projekte, die ihn in seiner politischen Tätigkeit unterstützen.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung der euro-atlantischen Strukturen griff der HKNM erneut die Frage der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten in einem größeren Europa auf. Insbesondere forderte er den Europäischen Konvent nachdrücklich dazu auf, eine Bestimmung über nationale Minderheiten rechtlich zu verankern, die ausdrücklich die Achtung und den Schutz nationaler Minderheiten festschreibt.

Im Berichtszeitraum war der Hohe Kommissar in mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten aktiv:

Ungarn

Das Gesetz über die in angrenzenden Staaten lebenden Ungarn (auch „Statusgesetz“ genannt) wurde ursprünglich am 19. Juni 2001 verabschiedet und trat im Januar 2002 in Kraft. Diesem Gesetz zufolge sollten Bürger von Nachbarstaaten, die in diesen Staaten ihren Wohnsitz haben, auf Grund ihrer ungarischen Volkszugehörigkeit in den Genuss bestimmter Vergünstigungen kommen. Seine Bestimmungen führten zu beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ungarn und einigen seiner Nachbarstaaten über Hoheitsrechte und damit zusammenhängende Fragen.

Auch 2003 befasste sich der Hohe Kommissar wieder mit der Situation rund um das *Gesetz über die in angrenzenden Staaten lebenden Ungarn*, um diese Frage einer Lösung zuzuführen. Im Juni 2003 novellierte das ungarische Parlament das Gesetz, wobei viele Empfehlungen des Hohen Kommissars aufgegriffen wurden. In seiner neuen Fassung beschränkt sich das Gesetz nun auf Unterstützung im Bildungs- und Kulturbereich, und die ins Auge gefassten Vergünstigungen sollen nicht nur Angehörigen der ungarischen Volksgruppe zugute kommen.

Der Hohe Kommissar zeigte nach der Novellierung des Gesetzes großes Engagement, um die noch bestehenden Differenzen zwischen Ungarn und Rumänien bzw. der Slowakei zu bereinigen. Ein komplizierter und langwieriger Dialog führte zum Abschluss von Abkommen zwischen Ungarn und seinen Nachbarstaaten, durch die ein Problem in den bilateralen Beziehungen beseitigt werden soll, das mehr als zwei Jahre ungelöst geblieben war.

Moldau

Die Bemühungen um die Lösung von Sprach- und Bildungsfragen, die sich auf die interethnischen Beziehungen in Moldau auswirken, wurden dieses Jahr verstärkt. Durch die erfolgreiche Umsetzung eines auf drei Jahre angelegten Projekts hat sich der Unterricht der Staatssprache für Kinder, die Minderheitengemeinschaften angehören, verbessert. Es wurden zwei Lehrbücher herausgegeben und über 1200 Lehrer wurden in Fortbildungsveranstaltungen in einer neuen Methode unterwiesen, die von den Unterrichtenden, ihren Schülern und den moldauischen Unterrichtsbehörden gleichermaßen positiv aufgenommen wurde.

Der Hohe Kommissar arbeitete mit der Regierung weiter an der Anpassung der Sprachgesetze an internationale Standards. Seine besondere Aufmerksamkeit galt sechs Schulen in Transnistrien, die mit dem Problem konfrontiert sind, dass ihnen von den regionalen Behörden die amtliche Genehmigung für den Unterricht von Moldauisch/Rumänisch in lateinischer Schrift verwehrt wird. Im Sommer arbeitete sein Büro in enger Absprache mit der OSZE-Mission in Moldau an der Lösung dieses Problems.

Estland

Im Sommer stattete der Hohe Kommissar der neuen estnischen Regierung einen Besuch ab. Diese informierte ihn über ihre Prioritäten in Fragen der nationalen Minderheiten und deren gesellschaftlicher Integration.

Es begann ein Dialog über die weitere Umsetzung der Reform des Minderheitenschulwesens, und der Hohe Kommissar bekundete seine Bereitschaft, den gesellschaftlichen Integrationsprozess durch Projektarbeit zu unterstützen. Der Einbürgerungsprozess wird von ihm weiterhin verfolgt.

Lettland

Der Hohe Kommissar beteiligt sich nach wie vor an einem Dialog mit allen interessierten Parteien in Lettland über verschiedene Fragen, etwa über die Förderung der Einbürgerung, den gesellschaftlichen Integrationsprozess und die Ratifikation des *Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten*.

Er besuchte das Land im Frühjahr, um mit den Behörden sowie mit Schüler-, Eltern- und Lehrervertretern die Reform des Minderheitenschulwesens zu besprechen. Er forderte alle Beteiligten auf, den Dialog über die Reform fortzusetzen und an einer hohen Unterrichtsqualität für alle Auszubildenden festzuhalten.

Der Hohe Kommissar arbeitet an der Umsetzung zweier Projekte zur Unterstützung der ihm übertragenen Aufgaben in diesem Land. Bei einem dieser Projekte geht es darum, in Zusammenarbeit mit den Behörden und NGOs die Möglichkeit der Freigabe zusätzlicher Mittel zur Förderung des gesellschaftlichen Integrationsprozesses im Land zu prüfen und festzustellen, wie diese Mittel aufgebracht werden können.

Das zweite Projekt dient der Verbesserung der Umsetzung des *Staatssprachengesetzes* durch das *Staatsspracheninspektorat*, indem Richtlinien für eine liberale Auslegung des Gesetzes ausgearbeitet werden.

Ukraine

Der Hohe Kommissar unterstützte die Volksanwaltschaft bei der Umsetzung eines Projekts zur Beobachtung und Analyse der Lage nationaler Minderheiten auf regionaler Ebene in der Ukraine.

Die Ergebnisse dieses Projekts sollen publiziert werden und die Grundlage für weitere Maßnahmen des Hohen Kommissars in dem Land bieten.

Darüber hinaus verfolgt er wie bisher die Situation verschiedener Volksgruppen auf der Halbinsel Krim, insbesondere um festzustellen, wie sich die Rückkehr einstiger Deportierter auf die Region auswirkt.

Kroatien

Im Dezember 2002 verabschiedete das kroatische Parlament das *Verfassungsgesetz über die Rechte nationaler Minderheiten*. Der Hohe Kommissar hatte sich aktiv an der Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligt und mehrmals dazu Stellung genommen.

Der HKNM verfolgt nun den Prozess der Übernahme der in dem Gesetz enthaltenen Garantien in die Rechtsordnung des Landes ebenso wie die Bemühungen um Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen.

In diesem Sinne legte der HKNM dem kroatischen Parlament eine Stellungnahme zu einem *Gesetzesentwurf* vor, mit dem das Gesetz über die *Wahl der Mitglieder*

der Vertretungsorgane der kommunalen und regionalen Selbstverwaltungseinheiten abgeändert werden soll.

Der Hohe Kommissar finanziert und überwacht das Rechtshilfeprojekt Knin und in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Rat der Gemeinden ein ähnliches Projekt in der Donauregion.

Ziel dieser Projekte ist es, Angehörigen von Minderheiten (in erster Linie Angehörigen der serbischen Volksgruppe sowie Rückkehrern) Rechtshilfe anzubieten und sie vor Gericht und in Verwaltungsverfahren zu vertreten, um ihnen bei der Rückkehr in ihre Wohnungen und Häuser und bei der Wiedererlangung ihres Eigentums behilflich zu sein.

Serbien und Montenegro

Der Hohe Kommissar arbeitet nach wie vor eng mit den Behörden zusammen, insbesondere mit dem bundesstaatlichen Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, vor allem im Hinblick auf die Durchführung des Gesetzes über den Schutz nationaler Minderheiten.

In diesem Zusammenhang wurde in Belgrad der Posten eines hauptamtlichen Bediensteten geschaffen, damit der Hohe Kommissar die Regierung mit größerem Nachdruck unterstützen kann.

In Bezug auf Minderheitenfragen obliegt dem Verbindungsbeauftragten des Hohen Kommissars auch die Beobachtung politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in Serbien und Montenegro. Das Büro des HKNM steht in regelmäßigem Kontakt mit Vertretern verschiedener Minderheiten in Serbien und Montenegro; es absolvierte mehrere Besuche vor Ort, um sich ein Bild vom Konfliktpotenzial zu machen.

Nach Verabschiedung der Verfassungsurkunde der Union Serbien und Montenegro widmete sich der Hohe Kommissar der Charta der Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere Kapitel III, in dem die Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten behandelt werden.

Im Februar ließ der Hohe Kommissar seine Stellungnahme den Mitgliedern der Verfassungskommission zukommen. Die Charta wurde schließlich Ende Februar 2003 verabschiedet. Sie bietet einen guten Rahmen für die Garantie der Minderheitenrechte im Einklang mit internationalen Standards und den Gepflogenheiten einer verantwortungsvollen Staatsführung.

Der Hohe Kommissar nahm auch Stellung zu Entwürfen bilateraler Abkommen über den Schutz nationaler Minderheiten, die Serbien und Montenegro mit einigen seiner Nachbarstaaten zu unterzeichnen beabsichtigt.

In Montenegro ist ein Gesetzesentwurf zu nationalen Minderheiten in Ausarbeitung. Der Hohe Kommissar ist eng in den Redaktionsprozess eingebunden und veranstaltete unter anderem im Oktober in Wien Konsultationen mit den Mitgliedern der montenegrinischen Expertengruppe. Letztlich ist es das Ziel, die montenegrinischen Gesetze mit den Unionsgesetzen, insbesondere der Verfassungsurkunde,

sowie mit internationalen und nationalen Standards für den Schutz von Minderheitenrechten in Einklang zu bringen.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Der Hohe Kommissar stattete dem Land im März einen Besuch ab, in dessen Verlauf er mit Regierungs- und Minderheitenvertretern verschiedene Aspekte der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid erörterte, insbesondere Fragen betreffend das Bildungswesen, die Dezentralisierung und die Verwendung der Sprachen.

Hinsichtlich der interethnischen Aspekte des Bildungswesens und der Verwendung der Sprachen geht der Hohe Kommissar derzeit der Frage nach, auf welche Weise er der mazedonischen Regierung fachliche Beratung zukommen lassen kann.

Vom 1. bis 15. November 2002 fand in Mazedonien eine Volks- und Haushaltszählung statt. Der Hohe Kommissar war in diesen Prozess durch Teilnahme an einem Lenkungsausschuss eingebunden, der den Vorgang zu überwachen und politisch zu leiten hatte. In seinem Schlussbericht betonte der Lenkungsausschuss, dass die Volkszählung 2002 erfolgreich und professionell und im Einklang mit den für Volkszählungen geltenden internationalen Standards abgewickelt wurde.

Als Mitglied des Verwaltungsrats unterstützt der Hohe Kommissar nach wie vor die Südosteuropa-Universität in Tetovo – ein Projekt, das 2001 vom HKNM initiiert worden war.

Zu Beginn des Studienjahres 2003/2004 waren an der Südosteuropa-Universität fast 4000 Studenten inskribiert, davon rund 15 Prozent Nichtalbaner. Durch Neuinskriptionen hat sich dieses Jahr der Anteil der Nichtalbaner in dieser multikulturellen und mehrsprachigen Bildungseinrichtung um 10 Prozentpunkte auf 25 Prozent erhöht.

Der Hohe Kommissar fördert und unterstützt auch das Überleitungsprogramm, das mehr Angehörigen der albanischen Volksgruppe die Zulassung zum Studium an den staatlichen Universitäten in Skopje und Bitola ermöglichen soll. Das Programm bietet albanischsprachigen Schülern im vierten Jahr der Sekundarschule Intensivkurse zur Prüfungsvorbereitung in mazedonischer Sprache.

Türkei

Im Januar besuchte der Hohe Kommissar zum ersten Mal die Türkei, um mit den Behörden einen direkten Dialog aufzunehmen – insbesondere über den 2002 eingeleiteten wichtigen Reformprozess. Der Hohe Kommissar sucht derzeit nach Wegen zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung in Bezug auf bestimmte Fragen in den Reformpaketen, deren effiziente Umsetzung ihm wichtig ist.

Georgien

Im Berichtszeitraum setzte der Hohe Kommissar die gute und enge Zusammenarbeit mit den georgischen Behörden und internationalen Institutionen fort. Dies zeigte sich besonders bei Bemühungen um eine bessere Integration der Bevölkerung von Samtsche-Dschawacheti in die etablierte georgische Gesellschaft.

Diese Region liegt im Süden von Georgien und wird hauptsächlich von Angehörigen der armenischen Volksgruppe bewohnt.

Im Anschluss an die *UNDP/HKNM-Konferenz über die Förderung von Integration und Entwicklung in der Region Samtsche-Dschawacheti* im November 2002 in Tiflis initiierte der HKNM ein sektorenübergreifendes *Konfliktverhütungs- und Integrationsprogramm in Georgien*.

Durch verschiedene Projekte fördert der Hohe Kommissar die Entwicklung der Medien, die Rechtskundigkeit und die Steuerung der interethnischen Beziehungen; auf diesem Wege unterstützt er auch die Verbesserung des Informationsflusses zwischen der Region und dem Zentrum des Landes.

Unterstützung erhält die Regierung auch bei der Verbesserung des Georgisch-Unterrichts in der Region. Neun der elf Programmprojekte werden bereits erfolgreich umgesetzt.

Der Hohe Kommissar war, wie schon bisher, auch mit der Rückkehr der Meschetener befasst, die 1944 vom Sowjetregime aus Samtsche-Dschawacheti deportiert worden waren.

Er ermutigte zum Dialog zwischen allen Betroffenen, einschließlich der Meschetener selbst, im Hinblick auf eine Lösung dieser Frage. Auf seine Initiative begab sich im Oktober eine Gemeinsame Beurteilungsmission – bestehend aus HKNM, UNHCR, Europarat und IOM-Vertretern – in die Region Krasnodar (Russische Föderation).

Der Hohe Kommissar ist auch in Abchasien aktiv. Diese Region besuchte er im März. Dabei traf er in Suchumi mit Vertretern des Regimes der abtrünnigen Republik und Mitarbeitern des von den Vereinten Nationen und der OSZE betriebenen *Menschenrechtsbüros zusammen*.

Der Hohe Kommissar äußerte sich besorgt über Missstände im Bezirk Gali, wo Schulen, an denen in georgischer Sprache unterrichtet werden soll, auf Schwierigkeiten stoßen. Er betonte, dass jede Behörde, die die Kontrolle über ein Territorium und dessen Bevölkerung ausübt – auch wenn sie von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt wird –, internationalen Standards zufolge die Menschenrechte jedes Einzelnen, einschließlich der Rechte von Kindern auf Unterricht in ihrer Muttersprache, zu respektieren hat.

Der Hohe Kommissar appellierte an die abchasische Führung, sich hinsichtlich des Unterrichts in der Muttersprache flexibel zu zeigen und zu gewährleisten, dass diese Frage in vollem Einklang mit internationalen Normen gelöst wird. Er bekundete auch seine Bereitschaft, den abchasischen Behörden mit praktischen Projekten zur Seite zu stehen.

Demokratische Prozesse und die Rechtsreform in Georgien fanden weiterhin Unterstützung.

Ein vom Hohen Kommissar finanziertes Projekt verschaffte nationalen Minderheiten des Landes bei den

Parlamentswahlen vom 2. November besseren Zugang zu rechtlischem und wahlbezogenem Informationsmaterial.

Russische Föderation

Im Mai begab sich der Hohe Kommissar nach Moskau zu Treffen mit Behördenvertretern, Parlamentariern, Angehörigen nationaler Minderheiten und Wissenschaftlern. In den Gesprächen wurde eine Vielzahl von Themen behandelt, insbesondere die Frage der meschetischen Bevölkerung in der Russischen Föderation.

Im Oktober nahmen zwei Berater des Hohen Kommissars in Südrussland an einer interinstitutionellen Erkundungsmission von Experten – unter ihnen Vertreter von UNHCR, des Europarats und der IOM – teil. Schwerpunktthema der Mission waren die in der Region Krasnodar lebenden Meschetener und die Schwierigkeiten, die manche Angehörige dieser Volksgruppe bei der Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft haben.

Kasachstan

Im Oktober gab der Hohe Kommissar den Anstoß zu einem Projekt in Südkasachstan, das usbekischen Schülern in der Region bei der Vorbereitung ihrer Schüler auf die staatliche Prüfung – eine Voraussetzung für den Zugang zu höherer Bildung in Kasachstan – helfen soll. In den letzten Jahren war es für usbekischstämmige Schüler schwierig, bei der Prüfung eine Bewertung zu erzielen, die ihre Zulassung zu höheren Schulen ermöglicht.

Die staatliche Prüfung wird in kasachischer und russischer Sprache abgehalten und viele usbekische Schüler verfügen auf Grund der geltenden Unterrichtsgesetze nicht über die nötigen Sprachkenntnisse, um die Prüfung zu bestehen. Das Projekt des Hohen Kommissars sieht zusätzlichen Unterricht in einer der beiden Sprachen für usbekische Schüler vor.

Der Hohe Kommissar unterstützt bereits das zweite Jahr in Folge ein Projekt zur Beobachtung der interethnischen Beziehungen in Kasachstan. Die Beobachtungstätigkeit liefert der kasachischen Regierung und der OSZE Analysen und Informationen über die interethnischen Beziehungen in dem Land.

Kirgisistan

Der Hohe Kommissar reiste zweimal nach Kirgisistan. Im April veranstaltete er in Osch gemeinsam mit der NGO *Cimera* einen Runden Tisch zum Thema „*Mehrsprachiger Unterricht und muttersprachlicher Unterricht für nationale Minderheiten in Kirgisistan*“.

Gemeinsam mit dem kirgisischen Unterrichtsministerium und der kirgisischen Volksversammlung veranstaltete der Hohe Kommissar eine Konferenz zum Thema „*Bildung als Mittel zur Integration in multiethnischen Gesellschaften*“. Im Anschluss an die Konferenz wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und unterstützt. Sie hat die Aufgabe, praktische Empfehlungen zur Förderung der Integration durch die Bildungspolitik und -praxis auszuarbeiten.

2003 unterstützte der Hohe Kommissar weiterhin ein Projekt, in dessen Rahmen die interethnischen

Beziehungen in den südlichen Regionen Kirgisistans für die kirgisische Regierung und die OSZE regelmäßig beobachtet werden. Der Hohe Kommissar unterstützte auch, wie schon bisher, ein Projekt, das Regierungsbeamte im Umgang mit interethnischen Beziehungen und Minderheitenfragen schult. Dieses Projekt wird gemeinsam mit der dem kirgisischen Präsidenten unterstehenden Managementakademie durchgeführt.

Der Hohe Kommissar unterstützt die kirgisische Volksversammlung wie schon in den letzten Jahren bei der Produktion des Bulletins *Ethnic World* und bei der Pflege ihrer Website.

Tadschikistan

Im Juli besuchte der Hohe Kommissar erstmals Tadschikistan. Im Verlauf des Besuchs traf er mit

Regierungsbeamten sowie mit Vertretern von nationalen Minderheiten und NGOs zusammen. Dabei wurde die Frage der juristischen Beratung Tadschikistans bei der Ausarbeitung von Gesetzen in Bezug auf nationale Minderheiten erörtert.

Turkmenistan

Bei seinem Besuch im November hatte der Hohe Kommissar Gelegenheit, eine Reihe von Fragen betreffend nationale Minderheiten in Turkmenistan zu erörtern.

Spezielles Augenmerk galt Fragen der Bildung, der Sprache und der Staatsbürgerschaft. Im Verlauf des Besuchs begab sich der Hohe Kommissar in die Region Daschogus, und es kam zu Begegnungen mit in Aschgabad tätigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft.



DER OSZE-BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Freimut Duve, der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, konzentrierte sich 2003, seinem sechsten und letzten Amtsjahr, auf mehrere Langzeitprojekte, die der Arbeit des Büros eine neue Richtung gegeben haben. Diese Projekte galten Themen wie Medien und Internet, Medien in mehrsprachigen Gesellschaften, Verleumdung und Rufschädigung sowie Medienkonzentration und redaktionelle Unabhängigkeit. Das Büro veröffentlichte Bücher zu diesen Themen. Der OSZE-Beauftragte führte mehrere Kurzzeitprojekte durch und setzte seine Beobachtertätigkeit fort.

Ausgewählte länderspezifische Fragen

ARMENIEN

Der OSZE-Beauftragte befasste sich eingehend mit der in Armenien geführten Debatte über den Verleumdungstatbestand und mit dem offenen Brief an den armenischen Parlamentspräsidenten Arthur Baghdasaryan vom 17. Juni. In dem Brief, den mehrere Leiter diplomatischer Missionen in Eriwan, unter anderem der Leiter des dortigen OSZE-Büros, unterzeichnet hatten, wurden Bedenken über die Definition der Tatbestände Verleumdung und üble Nachrede im neuen *Strafgesetzbuch* geäußert.

Am 18. Juli bedauerte der OSZE-Beauftragte in einer Erklärung, dass zwei unabhängige armenische Fernsehkanäle – *AI+* und *Noyan Tapan* – im Zuge der von der staatlichen Rundfunk- und Fernsehkommission in Eriwan vorgenommenen Ausschreibung keine Sendegenehmigung erhalten hatten.

BELARUS

Im Mai brachte der OSZE-Beauftragte gegenüber den Behörden die vorübergehende Einstellung einer der führenden unabhängigen Zeitungen des Landes, *Belorusskaja Delowaja Gaseta*, und der Veröffentlichung *BDG-For Internal Use Only* sowie die amtlichen Verwarnungen einiger anderer unabhängigen Zeitungen zur Sprache.

Sorge bereitete dem OSZE-Beauftragten auch die Schließung der Minsker Büros von *IREX* und *Internews*. Diese beiden Organisationen haben wertvolle Hilfe beim Aufbau unabhängiger Medien in Belarus geleistet. Auch die Schließung des Büros des russischen Fernsehnetzes *NTV* in Belarus wegen angeblicher Verunglimpfung der Regierung in der Berichterstattung über das Begräbnis des belarussischen Schriftstellers Wassil Bykow vom 25.

Juni wurde als repressiver Akt gegen alternative Medienstimmen im Land gesehen.

KROATIEN

Der OSZE-Beauftragte war mit einigen Kroatien betreffenden Fragen befasst; unter anderem ging es um die Unterstützung der Arbeit der OSZE-Mission im Bereich der Mediengesetze.

In das *Gesetz über elektronische Medien*, das von seinem Büro analysiert wurde, fanden in großer Zahl Anregungen von Experten Eingang. Es bestehen jedoch nach wie vor Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Bestimmungen betreffend Verleumdung – eine Frage, die vor den Behörden mehrmals zur Sprache gebracht wurde.

ITALIEN

Der OSZE-Beauftragte äußerte sich wiederholt besorgt über die Bedrohung der Medienfreiheit in Italien aufgrund der Tatsache, dass die Kontrolle sowohl über private als auch über öffentliche Rundfunk- und Fernsehmedien in den Händen des Ministerpräsidenten konzentriert ist. Diese Bedenken fanden sich in zwei Gesetzen bestätigt, die am 22. Juli vom italienischen Parlament verabschiedet wurden: das *Gasparri-Gesetz* über die Rundfunk- und Fernsehreform, das es Unternehmen erlaubt, sich an mehr als einer Nachrichtenmediensparte zu beteiligen, und ein Gesetz über die Regelung von Interessenkonflikten für den Fall, dass ein Inhaber eines öffentlichen Amtes Eigentümer eines gewinnorientierten Unternehmens ist.

Experten kamen zu dem Schluss, dass keines der beiden Gesetze einer Monopolbildung wirksame Grenzen setzt.

KASACHSTAN

Der OSZE-Beauftragte befasste sich eingehend mit dem Fall des Journalisten Sergei Duwanow und intervenierte in dieser Angelegenheit mehrmals bei den kasachischen Behörden.

Duwanow verbüßt nach wie vor eine Freiheitsstrafe aufgrund von Anklagepunkten, die von mehreren Rechtsexperten in Frage gestellt wurden, und eines Gerichtsverfahrens, das wegen vieler Unregelmäßigkeiten allgemein kritisiert wurde. Laut unabhängigen internationalen Beobachtern, die das Verfahren Anfang 2003 verfolgten, wurde weder Duwanow noch seinen Anwälten genug Zeit für die Prüfung des Falles und die Vorbereitung der Verteidigung gegeben. Die zahlreichen Beschwerden wegen Verfahrensmängeln, die die Verteidiger daraufhin einbrachten, wurden alle vom Richter abgewiesen. Auch das Recht Duwanows auf vertrauliche Beratung mit seinen Anwälten soll stark eingeschränkt gewesen sein. Der Richter hatte zwar Verfahrensmängel im Zuge der gerichtlichen Voruntersuchungen eingestanden, doch wurde dieser Umstand nicht zugunsten des Angeklagten ausgelegt, wie es die Grundprinzipien des Strafrechts erfordern.

Vor diesem Gerichtsverfahren hatte Duwanow immer wieder Probleme mit staatlichen Stellen, unter anderem wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet, weil er die Ehre und Würde des kasachischen Präsidenten verletzt haben soll.

Eine andere Angelegenheit, die dieses Jahr Aufmerksamkeit beanspruchte, war der Fall des Herausgebers einer kasachischen Zeitung. Am 17. November wurde Ermurat Bapi wegen „betrügerischer Geschäftstätigkeit“ und Steuerhinterziehung zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Am 22. Juli ersuchte der OSZE-Beauftragte um genauere Informationen über die Einstellung von Bapis Zeitung *SoldAT*, die von einem Handelsgericht wegen Fragen im Zusammenhang mit Unterlagen über die Firmengründung verurteilt worden war. Das Bezirksgericht Almaty belegte Bapi überdies für die Dauer von fünf Jahren mit Berufsverbot als Herausgeber.

RUSSLAND

In der Russischen Föderation bezieht der Großteil der Bürger seine Informationen über das Fernsehen. Im vergangenen Jahr intervenierte der OSZE-Beauftragte bei der russischen Regierung und in der Öffentlichkeit, als private Fernsehanstalten, deren Journalistenteams vor dem russischen Fernsehpublikum alternative Standpunkte vertraten, zur Einstellung des Sendebetriebs gezwungen wurden. Er zeigte sich auch sehr besorgt, als er von der Einstellung von TVS, dem letzten verbliebenen privaten Fernsehunternehmen, das landesweit ausstrahlte, durch die russische Regierung am 21. Juni erfuhr.

Der OSZE-Beauftragte intervenierte vor kurzem bei der russischen Regierung im Fall zweier Journalisten aus Perm im Ural. Konstantin Sterledew und Konstantin Bacharew von der regionalen Permer Tageszeitung

Swesda wurden unter Anklage gestellt, nachdem sie im Herbst 2002 zwei Artikel über angebliche Methoden des regionalen FSB-Büros veröffentlicht hatten. Der OSZE-Beauftragte registrierte mit Befriedigung, dass die beiden Journalisten dieses Jahr vom Stadtgericht Perm freigesprochen wurden.

Der OSZE-Beauftragte ist unverändert besorgt über die Medienblockade rund um die Republik Tschetschenien. Diese Unterbindung des Informationsflusses hindert russische, tschetschenische und internationale Medienkonsumenten daran, die Wahrheit über das Geschehen vor Ort zu erfahren. Die Isolation der Republik verhindert jede Wiederaufnahme journalistischer Tätigkeit und die dringend erforderliche Modernisierung der Medientechnologie.

SERBIEN UND MONTENEGRO

Bei mehreren Gelegenheiten brachte der OSZE-Beauftragte die Umstände im Zusammenhang mit der Bestellung von Mitgliedern des Rundfunk- und Fernsehates in Serbien (Serbien und Montenegro) zur Sprache.

Der Beauftragte erklärte öffentlich, dass es die beste Lösung wäre, den Rat unter voller Einhaltung des geltenden Verfahrens neu zu wählen. Damit wäre die Angelegenheit vom Tisch und der Rat wäre mit jener Legitimität ausgestattet, die er für ein reibungsloses Funktionieren benötigt.

TURKMENISTAN

In Bezug auf die Meinungsfreiheit in Turkmenistan hat der OSZE-Beauftragte nach wie vor schwerwiegende Bedenken. Bei mehreren Gelegenheiten machte er auf den Missbrauch des Fernsehens für eine mediale Kampagne gegen Personen aufmerksam, die beschuldigt wurden, an einem angeblichen Mordanschlag auf den Staatspräsidenten beteiligt gewesen zu sein.

Der OSZE-Beauftragte äußerte schwere Bedenken in Bezug auf die Neudefinition des Begriffs „Landesverrat“, die 2003 in Turkmenistan eingeführt wurde. Der Volksrat von Turkmenistan hat festgehalten, dass unter anderem auch dann von Landesverrat zu sprechen ist, wenn „in der Bevölkerung Zweifel an der Innen- und Außenpolitik des ersten und ständigen Präsidenten von Turkmenistan, des Großen Saparmurat Turkmenbaschi, genährt werden“ und wenn „der Staat diffamiert wird“. Im Sinne dieser Definition schlägt der Volksrat vor, dass jede Person, die sich kritisch zu Handlungen des Präsidenten äußert, nunmehr zu lebenslanger Haft ohne Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung auf Bewährung oder einer Begnadigung zu verurteilen ist.

SONDERPROJEKTE

Medienfreiheit und Internet

Dieses Projekt soll einen breiteren Rahmen für eine öffentliche Debatte über die Herausforderungen bieten, die sich durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für die Meinungs- und Medienfreiheit ergeben.

In Amsterdam (Niederlande) fand im Juni eine Konferenz statt, bei der über zwei Dutzend internationale Experten mögliche Gefahren für die Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit dem Internet erörterten. Neben der OSZE nahmen Wissenschaftler und Medienvertreter, das Europäische Parlament, der Europarat, die Europäische Kommission und zahlreiche NGOs aus Europa und den Vereinigten Staaten teil.

Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden in den *Amsterdamer Empfehlungen* zusammengefasst (siehe *Anhang 1*). Wichtigster Punkt dabei ist, dass bestehende Gesetze zwar dazu herangezogen werden können, um illegale Inhalte im World Wide Web zu verbieten, die Maßnahmen aber keinesfalls gegen die Infrastruktur des Internet als solches gerichtet sein dürfen.

Im Juli 2003 schlug der OSZE-Beauftragte einen Grundsatzkatalog vor, mit dem die redaktionelle Unabhängigkeit der Medien in Mittel- und Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion garantiert werden soll.

Die Grundsätze beziehen sich auf Medien, die im Begriff sind, von westlichen Großkonzernen übernommen zu werden, oder bereits übernommen wurden. Sie legen Kriterien fest, an die sich die Medieneigentümer freiwillig halten sollten. Das deutsche Medienunternehmen *Die WAZ-Gruppe* und die norwegische *Orkla Media AS* haben bereits zugestimmt, diese Grundsätze zu unterstützen.

Freiheit und Verantwortung: Medien in mehrsprachigen Gesellschaften

Dieses Projekt bezog sich auf die konstruktive Rolle, die Medien bei der Bekämpfung von Diskriminierung, bei der Förderung von Toleranz und beim Aufbau eines stabilen Friedens in mehrsprachigen Gesellschaften spielen können und sollen. Es sollte dazu dienen, Vorurteilen und intolerantem Verhalten gegenüber Angehörigen von Minderheiten in den Medien entgegenzutreten. Im Rahmen des Projekts wurde das praktische Arbeitsumfeld der Medien in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten untersucht: in der Schweiz, in Luxemburg, Serbien und Montenegro (Südserbien), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Moldau. Am Ende des Projekts wurden Länderberichte erstellt. Im März fand in der Schweiz eine Abschlusskonferenz statt, danach wurde eine Broschüre in mehreren Sprachen herausgegeben.

Die Auswirkungen der Medienkonzentration auf den Berufsjournalismus

Im Rahmen dieses Projekts wurden Daten aus ausgewählten west- und osteuropäischen Ländern zusammengetragen und analysiert, um herauszufinden, welchen Einfluss die zunehmende Konzentration in den Eigentumsverhältnissen auf die geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Freiheit des Berufsjournalismus hat.

Besondere Aufmerksamkeit galt folgenden Fragen:

- Fernsehen/Rundfunk und Printmedien in einer Hand
- der Einfluss des Internet auf die Ertragslage der Printmedien, d. h. Umsatzrückgang durch zunehmende Inanspruchnahme des Internet für Kleinanzeigen

- politischer, finanzieller und rechtlicher Druck auf den freien und verantwortungsbewussten Journalismus, der den Pluralismus und die journalistische Freiheit in Frage stellen könnte.

Reaktion auf Herausforderungen an die Medien in EU- und Beitrittsstaaten

Am 10. und 11. März veranstaltete der OSZE-Beauftragte in Laibach (Slowenien) in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Medieninstitut und der Slowenischen Rundfunk- und Fernsehanstalt eine Konferenz zum Thema „*Öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten: neue Herausforderungen, neue Lösungen*“.

Bei dem Treffen wurden die grundlegenden Herausforderungen besprochen, denen sich die Betreiber von Rundfunk- und Fernsehanstalten in den Mitgliedstaaten der EU und den Beitrittsländern zu stellen haben. Fallstudien anhand der Erfahrungen in einzelnen Staaten ermöglichten einen Einblick in das Dilemma, vor dem der Rundfunk- und Fernsehsektor derzeit steht: Digitalisierung und Liberalisierung der Medienmärkte versus bestandfähige, unabhängige und verantwortungsbewusste öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Aufbauarbeit in Sachen Medienfreiheit: Die „Spiegel“-Affäre – ein Beispiel aus Deutschland

Diese im September erschienene Publikation in russischer Sprache soll den russischsprachigen OSZE-Teilnehmerstaaten vor Augen führen, was deutsche Politiker veranlasst, sich so nachdrücklich für das Recht auf freie Meinungsäußerung einzusetzen.

Die Botschaft der Publikation steht ganz im Geiste des unlängst verstorbenen „*Spiegel*“-Gründers Rudolf Augstein und bezieht sich auf dessen persönliches Interesse an den politischen Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion. Die Publikation dokumentiert die „*Spiegel*“-Affäre von 1962. Sie enthält damalige Berichte des „*Spiegel*“ und Stellungnahmen von Zeitzeugen anlässlich des 40. Jahrestags der Affäre, darunter auch ein Interview mit Rudolf Augstein.

Der OSZE-Beauftragte nimmt sich schon seit langem des Problems Verleumdung an, insbesondere des Missbrauchs dieses Tatbestandes in vielen Teilnehmerstaaten. Im Oktober nahmen Rechtsexperten, Politiker, NGOs und Journalisten – unter ihnen Opfer von Verleumdungsklagen – an einer Diskussionsrunde teil. Das Thema wurde in Beziehung zu Garantien für die Freiheit des professionellen und verantwortungsbewussten Journalismus gesetzt.

Im Zentrum der Gespräche standen die Entkriminalisierung des Tatbestands Verleumdung und die Außerkraftsetzung von Ehrenbeleidigungsgesetzen, die staatliche Funktionsträger in unangemessener Weise unter Schutz stellen. Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass eine übermäßige Inanspruchnahme oder ein Missbrauch von Verleumdungs- und Ehrenbeleidigungsgesetzen, um Behörden zu schützen oder Medien zum Schweigen zu bringen, eine klare Verletzung des Rechts auf Information und freie Meinungsäußerung darstellt.

Die Teilnehmer vereinbarten auch einen Katalog von Empfehlungen an Regierungen, Parlamente und Justizorgane betreffend die Abschaffung des Straftatbestands Verleumdung (siehe Anhang 2).

Fünfte zentralasiatische Medienkonferenz im September in Kirgisistan

Die Konferenz zum Thema „Medien in multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaften“ fand in Bischkek statt. An ihr nahmen Journalisten, Regierungsbeamte, Parlamentarier und Mitglieder der Zivilgesellschaft aus vier zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan – teil. Teilnehmer aus Turkmenistan waren keine anwesend, da ihnen von den staatlichen Behörden die Ausreisevisa verweigert wurden.

Im Allgemeinen kam der OSZE-Beauftragte zu dem Schluss, dass sich die Medienfreiheit in allen zentralasiatischen Staaten im vergangenen Jahr verschlechtert hat. In der gesamten Region gehören für viele Journalisten Verleumdungsklagen, physischer und psychischer Druck, Haftstrafen aufgrund fragwürdiger Anklagepunkte und die Verweigerung des Zugangs zu Informationen zum Alltag.

Durchleuchtung des tadschikischen Medienrechts

In Duschanbe fand Ende 2002 eine Konferenz statt, bei der die Bedingungen für die Medien unter dem derzeit geltenden rechtlichen Rahmen erörtert wurden. Zuvor war von der OSZE und *Internews* eine 15-köpfige Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die einen Entwurf zu einem neuen Mediengesetz für Tadschikistan ausarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Parlaments- und Regierungsexperten, Medienanwälten, Journalisten und NGOs, trat im Verlauf von sechs Monaten mehrmals zusammen, um alle rechtlichen Aspekte der Medienlandschaft zu erörtern, und schloss ihre Arbeit im Frühjahr 2003 ab.

Darüber hinaus wurde eine eingehende Prüfung aller in Tadschikistan geltenden Mediengesetze in Auftrag gegeben, um sie auf ihre Übereinstimmung mit internationalen Standards zu überprüfen. Im Verlauf dieser Tätigkeit wurden in vielen Bereichen Verbesserungsvorschläge gemacht.

Die Konferenzteilnehmer waren sich darin einig, dass sich die Arbeitsbedingungen der tadschikischen Medien seit Einführung der derzeit geltenden Mediengesetze grundlegend geändert hätten und dass einige Änderungen unerlässlich seien. Die Teilnehmer vereinbarten einen Katalog von Empfehlungen an die Adresse der Regierung und des Parlaments in Tadschikistan, um die Verbesserung der Standards durch Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes in Angriff zu nehmen.

Internet-Cafés und Rechtsberatungsstellen in Zentralasien

In Kasachstan wurde als gemeinsames Projekt des OSZE-Zentrums und des OSZE-Beauftragten im Februar ein Internet-Café für Journalisten eröffnet. Diese Initiative sorgt für eine unmittelbare Verbesserung des Zugangs lokaler Journalisten zu Informationen. Ähnliche Projekte sind in Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan in Entwicklung.

In Almaty wurde im Februar eine Rechtsberatungsstelle eröffnet, bei der Gerichte und Strafverteidiger unabhängige Beratung und Gutachten in Medienfragen einholen können. Ein Projektvorschlag für eine unentgeltliche Rechtsberatungsstelle für Journalisten in Usbekistan steht ebenfalls zur Prüfung durch Geldgeber an.

Unterstützung freier Medien in Aserbaidschan

Der Beauftragte und das OSZE-Büro in Baku veranstalteten für junge aserbaidische Journalisten eine Studienreise in die Vereinigten Staaten. Im Anschluss daran wird 2004 ein Seminar stattfinden. Dieses Projekt soll in Aserbaidschan zu einem besseren Funktionieren freier Medien und zu einem größeren Verständnis hierfür beitragen.

Einrichtung eines Strafverteidigungsfonds

Im November richtete der OSZE-Beauftragte den *Veronica-Guerin-Strafverteidigungsfonds* ein, durch den in der OSZE-Region verfolgte Journalisten unterstützt werden sollen. Mit Hilfe freiwilliger Beiträge von OSZE-Teilnehmerstaaten, Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen wäre der Fonds in der Lage, jenen, die sie benötigen, eine geeignete Strafverteidigung zu ermöglichen. Entsprechende Fälle, von denen Journalisten betroffen sind, würden von den Feldpräsenzen der OSZE und *Bona-Fide-NGOs* an den Fonds gemeldet.

ANHANG 1: AMSTERDAMER EMPFEHLUNGEN

*In der Überzeugung, dass unabhängig davon, welches technische Mittel zur Verbreitung der Arbeit von Journalisten genutzt wird – sei es Fernsehen, Radio, Presse oder Internet –, die zu den verfassungsmäßigen Grundwerten zählende Medienfreiheit nicht in Frage gestellt werden darf;
in Bekräftigung der Tatsache, dass diesem Prinzip, das älter als viele der heutigen Medien ist, alle modernen europäischen Gesellschaften verpflichtet sind;
beunruhigt durch den Umstand, dass dem Internet Zensur auferlegt wird und dass neue Mittel entwickelt werden, um den freien Informationsfluss zu unterbinden;
in Bekräftigung der Prinzipien, die in der Gemeinsamen Erklärung der OSZE, der Vereinten Nationen und der OAS in London am 20. November 2001 ausgedrückt wurden;
Kenntnis nehmend von der Erklärung des Europarats vom 28. Mai 2003 über die Kommunikationsfreiheit im Internet.*

lud der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Vertreter von Wissenschaft, Medien und Fach-NGOs aus Europa und den Vereinigten Staaten sowie Vertreter des Europäischen Parlaments, des Europarats, der Europäischen Kommission und der OSZE zur Teilnahme an der Konferenz „Medienfreiheit und das Internet“ am 13. und 14. Juni 2003 in Amsterdam (Niederlande) ein. Auf der Konferenz wurden auf Vorschlag des OSZE Beauftragten für Medienfreiheit die folgenden Empfehlungen abgegeben:

Zugang

Das Internet bietet eine Reihe verschiedener Dienste. Manche von ihnen befinden sich noch in der Entwicklungsphase. Sie sind – oftmals unentbehrliche – Werkzeuge sowohl für Bürger als auch für Journalisten und sind somit wichtig für eine freie Medienlandschaft. Die Technologie als solche darf nicht für einen eventuellen Missbrauch verantwortlich gemacht werden. Innovation darf nicht behindert werden.

Der Zugang zu digitalen Netzen und zum Internet muss gefördert werden. Schranken auf allen Ebenen, seien sie technischer, struktureller oder erzieherischer Art, müssen abgebaut werden.

Zu einem beträchtlichen Teil ist das rasche Tempo der Innovation digitaler Netze dem Umstand zu verdanken, dass der größte Teil des zugrunde liegenden Codes und der Software öffentliches Eigentum ist, somit von jedem kostenfrei genutzt und weiterentwickelt werden kann. Diese kostenlose Infrastruktur ist eines der Schlüsselemente der Meinungsfreiheit im Internet. Der Zugang zu öffentlichem Eigentum ist wichtig sowohl für den technischen als auch für den kulturellen Fortschritt und darf nicht durch die Einführung neuer patent- und urheberrechtlicher Bestimmungen gefährdet werden.

Meinungsfreiheit

Die Vorteile eines ausgedehnten Netzes von Online-Quellen und der freie Informationsfluss wiegen die Gefahren des Missbrauchs des Internet auf. Dennoch darf

die kriminelle Ausnutzung des Internet nicht toleriert werden. Illegale Inhalte müssen in ihrem Ursprungsland verfolgt werden, wobei alle gesetzgeberischen und polizeilichen Maßnahmen eindeutig nur auf die illegalen Inhalte abzielen dürfen und nicht auf die Infrastruktur des Internet als solche.

Die weltweite Verfolgung krimineller Inhalte wie Kinderpornographie muss gewährleistet sein, und auch im Internet müssen alle bestehenden Gesetze beachtet werden. Dennoch darf das Grundprinzip der Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt werden und besteht kein Bedarf an neuen Gesetzen.

In einer modernen demokratischen Zivilgesellschaft sollten die Bürger selbst entscheiden, worauf sie im Internet zugreifen möchten. Das Recht, Informationen zu verbreiten und zu empfangen, ist ein grundlegendes Menschenrecht. Alle Mechanismen zum Filtern oder Blockieren von Inhalten sind inakzeptabel.

Alle Mittel der Zensur, die in den „klassischen Medien“ inakzeptabel sind, dürfen auch für Online-Medien nicht genutzt werden. Neue Formen der Zensur dürfen nicht entwickelt werden.

Ausbildung

Computer- und Internetkompetenz müssen gefördert werden, um das technische Verständnis für die Bedeutung von Software und Code zu verbessern. Dies ist notwendig, um einen Gestaltungsspielraum für die Bestimmung der zukünftigen Rolle des Internet und seines Platzes in der Zivilgesellschaft zu bewahren.

Internetkompetenz muss ein primäres Ausbildungsziel in Schulen sein und Kurse sollten auch für Erwachsene angeboten werden. Journalisten sollten eigene Ausbildungsmöglichkeiten geboten werden, um sie im Umgang mit Online-Inhalten zu schulen und einen hohen Standard im professionellen Journalismus zu gewährleisten.

Professioneller Journalismus

Immer mehr Menschen sind durch das Internet in der Lage, ihre Ansichten mit einem immer größeren Publikum auszutauschen, ohne auf „klassische Medien“ zurückgreifen zu müssen. Die Privatsphäre muss bei der Kommunikation zwischen Personen gewahrt werden. Die Infrastruktur des Internet wird für viele verschiedene Zwecke genutzt und alle einschlägigen Aufsichtsbehörden müssen sich dessen bewusst sein.

Im digitalen Zeitalter ist der Journalismus einem Wandel unterworfen und neue Arten von Medien, die denselben Schutz wie „klassische Medien“ verdienen, sind im Entstehen.

Die traditionellen und weithin akzeptierten Werte des professionellen Journalismus, die die Verantwortung der Journalisten anerkennen, sollten gefördert werden, um im digitalen Zeitalter freie und verantwortungsbewusste Medien zu garantieren.

ANHANG 2: PARISER EMPFEHLUNGEN

Die Teilnehmer der *Konferenz über Verleumdungs- und Ehrenbeleidigungsgesetze*, die vom Beauftragten für Medienfreiheit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) am 24. und 25. November 2003 in Paris (Frankreich) abgehalten wurde, erörterten die in OSZE-Teilnehmerstaaten geltenden Verleumdungsgesetze. Sie berücksichtigten internationale Standards betreffend die Meinungsfreiheit, darunter Artikel 19 der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und die gemeinsamen Standards und Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten. Im Zentrum der Erörterungen standen die Entkriminalisierung des Tatbestands Verleumdung und die Außerkraftsetzung von Ehrenbeleidigungsgesetzen, die staatliche Funktionsträger in unangemessener Weise unter Schutz stellen.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass eine übermäßige Inanspruchnahme oder ein Missbrauch von Verleumdungs- und Ehrenbeleidigungsgesetzen, um Behörden zu schützen oder Medien zum Schweigen zu bringen, eine klare Verletzung des Rechts auf Information und freie Meinungsäußerung darstellt und somit zu verurteilen ist.

Die Teilnehmer billigten die folgenden Empfehlungen an Regierungen/Beamte, Gesetzgeber, Justizorgane und Geldgeber in OSZE-Teilnehmerstaaten:

An die Regierungen/Beamten:

- Die Regierungen sollten die Entkriminalisierung des Tatbestands Verleumdung und die Außerkraftsetzung so genannter Ehrenbeleidigungsgesetze unterstützen, insbesondere insofern, als diese die „Ehre und Würde“ von Beamten unter besonderen Schutz stellen.
- Jene Partei, die eine Ehrenbeleidigungsklage einbringt, sollte in allen Phasen des Verfahrens die Beweislast tragen; Staatsanwälte sollten in diesem Prozess keine Rolle spielen.
- Beamte, einschließlich hoher Regierungsbeamter, sollten in stärkerem Maße bereit sein, sich von der Öffentlichkeit kritisch beobachten zu lassen. Sie sollten sich bei der Einbringung von Ehrenbeleidigungsklagen gegen Medien Zurückhaltung auferlegen und dies niemals in strafender Absicht tun.

An die Gesetzgeber:

- Verleumdung und Beleidigung sollten als strafrechtlicher Tatbestand abgeschafft und erforderlichenfalls durch entsprechende zivilrechtliche Bestimmungen ersetzt werden.
- Falls sie beibehalten werden, sollte die Unschuldsvermutung gelten.
- So genannte Ehrenbeleidigungsgesetze, insbesondere jene, die Beamte in unangemessener

Weise unter Schutz stellen, sollten außer Kraft gesetzt werden.

- Zivilrechtliche Ehrenbeleidigungsgesetze sollten, wenn nötig, so abgeändert werden, dass sie den folgenden Grundsätzen entsprechen:
 - nur natürlichen oder juristischen Personen sollte es erlaubt sein, eine Ehrenbeleidigungsklage einzubringen, nicht jedoch öffentlichen Stellen oder Regierungsorganen
 - staatliche Symbole und andere Gegenstände (wie etwa Flaggen oder religiöse Symbole) sollten nicht durch Ehrenbeleidigungsgesetze geschützt werden
 - der Wahrheitsbeweis sollte eine vollständige Klagebeantwortung in einem Ehrenbeleidigungsfall sein
 - in Fällen, in denen es um Äußerungen zu Angelegenheiten von öffentlichem Interesse geht, sollte zugunsten der Angeklagten in einem Ehrenbeleidigungsverfahren die Einrede der gerechtfertigten Veröffentlichung gelten, wenn die öffentliche Äußerung unter Abwägung aller Umstände gerechtfertigt war, selbst wenn sie sich im Nachhinein als unzutreffend erweist
 - für Strafen wegen Beleidigung sollten, abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage in dem betreffenden Land, vernünftige Obergrenzen eingeführt werden.

An die Justizorgane:

- Der Begriff „Beleidigung“ sollte eng ausgelegt werden und sich nach Möglichkeit nur auf Tatsachenberichte und nicht auf Meinungen erstrecken.
- Wo Verleumdung nach wie vor ein strafrechtlicher Tatbestand ist, sollte die Unschuldsvermutung gelten, so dass die klagende Partei alle Elemente der Straftat zu beweisen hat, einschließlich der Tatsache, dass die Darstellung falsch ist, dass sie wider besseres Wissen oder unter fahrlässiger Missachtung der Wahrheit und in böswilliger Absicht erfolgte.
- Wo Verleumdung nach wie vor ein strafrechtlicher Tatbestand ist, sollten die Gerichte von der Verhängung von Freiheitsstrafen – auch solcher auf Bewährung – Abstand nehmen.
- Nichtfinanziellen Abhilfemaßnahmen, einschließlich Maßnahmen der freiwilligen Selbstkontrolle, sollte, sofern der Schaden durch sie wieder gutgemacht wird, gegenüber Geldstrafen der Vorzug gegeben werden.
- Alle Geldstrafen sollten verhältnismäßig sein, unter Berücksichtigung eventueller Maßnahmen der freiwilligen Selbstkontrolle oder nichtfinanzieller Abhilfemaßnahmen festgesetzt werden, sich nur auf beweisbare Nachteile beziehen und nicht die Form einer Strafe einschließenden Schadenersatzes annehmen.
- Ehrenbeleidigungsgesetze sollten nicht dazu benutzt werden, die Medien in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben.

An die Geldgeber:

- Geldgeber müssen bei der Unterstützung von OSZE-Teilnehmerstaaten die Haltung von Regimen

berücksichtigen, die – insbesondere durch missbräuchliche Einbringung von

Verleumdungsklagen – die Meinungsfreiheit unterdrücken.

DAS SEKRETARIAT

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung | Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten | Personalressourcen
Verwaltung und Finanzen | Das Konfliktverhütungszentrum | Die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen
Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE | Das Prager Büro

und PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT | Zusammenwirken zwischen
Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum | Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im
Mittelmeerraum und in Asien und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

„Ich bin zuversichtlich, dass wir der OSZE durch unsere Verwaltungsreformen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen werden, indem wir in unserer operativen Tätigkeit rascher und transparenter werden. Partnerorganisationen wie die Vereinten Nationen, die NATO und die EU wurden ja auch schon auf unsere Verwaltungsreformen aufmerksam.“
Ján Kubiš, Generalsekretär der OSZE.

DAS SEKRETARIAT

Entwicklung und Reformen gewinnen an Tempo.

Das Sekretariat ist – genauso wie alle anderen Teile der Organisation – im Begriff, sich neu zu organisieren, um noch besser für die Unterstützung der Teilnehmerstaaten, des Vorsitzes und der Fondsmanager der Organisation im Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen im 21. Jahrhundert gerüstet zu sein. 2003 wurde die Verwaltungsreform vom Sekretariat tatkräftig umgesetzt; es erhielt immer mehr wichtige Kernaufgaben und baute seine Fähigkeiten in verschiedenen Bereichen aus, etwa in der Polizeiarbeit, der Terrorismusbekämpfung, der Sicherheit und Überwachung der Grenzen und der Bekämpfung des Menschenhandels. Es verstärkte auch seine Zusammenarbeit mit wichtigen Partnerorganisationen.

Das *Konfliktverhütungszentrum* (KVZ) fungiert nach wie vor als wichtiger Berater des Vorsitzes und unterstützt aktiv alle OSZE-Missionen und -Feldaktivitäten. Darüber hinaus hat es seine Analysekapazitäten verstärkt und ist Ansprechpartner für Fragen des Grenzschutzes und der Grenzsicherung.

Die Gruppe Projektkoordination, die Anfang des Jahres im KVZ eingerichtet wurde, arbeitet mit anderen Sekretariatsabteilungen und OSZE-Institutionen eng zusammen, um in der Organisation ein konsequentes Vorgehen im Projektmanagement zu gewährleisten.

Das KVZ hat nach wie vor eine Schlüsselfunktion in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit. Es leistet Unterstützung und Beiträge für das Forum für Sicherheitskooperation, hilft bei Feldprojekten zum OSZE-Verhaltenskodex der OSZE und bei der Arbeit der OSZE zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erörterung von Fragen der Friedenserhaltung.

Das KVZ hatte maßgeblichen Anteil an der Zusammenstellung der *Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen* und unterstützte auch den Vorsitz bei der Organisation der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*.

Das Konfliktverhütungszentrum wirkte auch an der Stärkung der Kontakte zu zentral-asiatischen Teilnehmerstaaten mit, indem es ein Praktikantenprogramm für junge Menschen aus Zentralasien organisierte. Es leistete ferner Unterstützung für die OSZE-Akademie in Bischkek.

Die *Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* (SPMU) hat sich rasch als innovative und äußerst einsatzfreudige Gruppe etabliert und ihr Fachwissen in polizeilicher Unterstützungstätigkeit unter Beweis gestellt.

Das *Polizeiunterstützungsprogramm* für Kirgisistan soll den kirgisischen Behörden bei der Einführung moderner Konzepte und Praktiken in der Polizeiarbeit helfen. In Kasachstan leistet die Gruppe dem Innenministerium

technische Hilfe bei der Umstellung auf eine kriminalpolizeilich ausgerichtete Ermittlungsarbeit.

In Armenien und Aserbaidschan wurden mit den dortigen Regierungen Memoranda of Understanding unterzeichnet, um technische Unterstützungsprojekte und Gemeinschaftshilfeprojekte in die Wege zu leiten, durch die auf längere Sicht der Aufbau polizeilicher Institutionen gefördert werden soll.

Die SPMU wird auf ihrer bisherigen erfolgreichen Unterstützung der Polizeiarbeit in Südosteuropa – in Zusammenarbeit mit OSZE-Missionen – aufbauen und dabei mit dem *Gemeinschaftshilfeprogramm der Europäischen Kommission für Wiederaufbau, Demokratisierung und Stabilisierung* (CARDS) zusammenarbeiten. Die Gruppe hat auch einen wesentlichen Beitrag zum Ohrid-Prozess geleistet, insbesondere im Hinblick auf die Bedarfserschätzung für grenzpolizeiliche Maßnahmen in südosteuropäischen Staaten.

Die Gruppe gibt auch Erfahrungen in anderen polizeibezogenen Fragen weiter. Im September fand in Wien ein konstruktives zweitägiges Treffen von über hundert Polizeiexperten statt, in dessen Mittelpunkt die polizeilichen Aspekte der Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels standen.

Die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus hat für die OSZE nach wie vor hohe Priorität. 2003 wurde der erste Leiter der *Gruppe Terrorismusbekämpfung* (ATU) bestellt. Sein Dienstantritt brachte Schwung in die Arbeit in Sachen Terrorismusbekämpfung, unter anderem durch Erstellung eines Arbeitsplans mit konkreten Projekten im Sinne der in den Dokumenten von Bukarest und Bischkek und im Ministerratsdokument von Porto verankerten Verpflichtung zur Bekämpfung des Terrorismus.

Die Gruppe hat ihre Arbeitsbeziehungen mit UNCTC, UNODC und anderen internationalen Organisationen erfolgreich verstärkt. Durch gemeinsame Nutzung von Projektdatenbanken konnte die ATU erstmals eine umfassende Beurteilung von Programmen zum Aufbau von Antiterrorkapazitäten in der OSZE-Region

vornehmen. Sie beantwortete Ersuchen von Teilnehmerstaaten um Unterstützung bei der Ratifizierung und Umsetzung der zwölf VN-Übereinkommen gegen den Terrorismus.

Diese Gruppe befasst sich schwerpunktmäßig mit drei Spezialthemen: Sicherheit von Reisedokumenten, Bedrohungen durch tragbare Luftabwehrsysteme (MANPADS) und Schmuggel von radiologischem Material.

Die Tätigkeit der OSZE in der *Wirtschafts- und Umweltdimension* richtet sich immer mehr gegen neue Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität. In diesem Bereich widmet sie sich dem Kampf gegen die Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus, gegen Korruption sowie gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Menschen- und Drogenhandels und des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen.

Alle Aktivitäten erhielten neue Impulse durch das vor kurzem verabschiedete *Strategiedokument*. Dieses Dokument bietet einen neuen Rahmen für die Tätigkeit des *Büros des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE* (OCEEA) und gibt Anleitungen für die Verbesserung der diesbezüglichen Fähigkeiten der OSZE.

Die rasch wachsende Bedeutung der Projektarbeit in dieser Dimension führte zur Schaffung einer *Projektunterstützungsgruppe* (PSU), deren Aufgabe es ist, OSZE-Mitarbeitern und OSZE-Missionen in den Phasen der Projektentwicklung und -umsetzung, der Berichterstattung und der Beschaffung von Geldmitteln Hilfe zu leisten.

Das Sekretariat arbeitet nach wie vor an der Stärkung der internen Koordination und von Synergien in der fachlichen Kompetenz. Die Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, einer Geißel unserer Zeit, erhielten neue Impulse durch den im Juli verabschiedeten *Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels*. Hier kommen etwa die *Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen*, das OCEEA und die SPMU sowie die Menschenhandelsexperten in anderen OSZE-Institutionen und in den Feldeinsätzen zum Einsatz.

Sicherheitsbedrohungen sind vielfältiger Art und der Bedarf an internationaler Koordination, Zusammenarbeit und einem abgestimmten Vorgehen ist größer denn je. Angesichts dieser Tatsache hat die OSZE 2003 mehr Zeit und Mühe in die externe Zusammenarbeit investiert.

Das Sekretariat setzte auf allen Ebenen die Stärkung seiner Kontakte mit traditionellen Partnerorganisationen wie den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, der Europäischen Union, der NATO und dem Europarat fort.

Die Organisation arbeitete eng mit den Vereinten Nationen zusammen, um auf neuartige Bedrohungen für den Frieden und die Sicherheit zu reagieren. Die Beziehungen zwischen dem OSZE-Sekretariat und der EU haben sich im vergangenen Jahr sowohl mit der

Europäischen Kommission als auch mit dem Generalsekretär des EU-Rates vertieft.

Konsultationen mit der NATO gingen auf verschiedenen Ebenen weiter. Gesprächsthemen waren unter anderem Terrorismus, Grenzschutz und Grenzsicherung, Abrüstung, Kleinwaffen und leichte Waffen, die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und regionale Fragen.

Regelmäßige Treffen mit dem Europarat führten zu einer Verstärkung der praktischen Zusammenarbeit. Betont wurden dabei die gemeinsamen Verpflichtungen, etwa im Kampf gegen den Menschenhandel.

Das Sekretariat setzt seine Unterstützung der Beziehungen der OSZE zu ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien fort. Afghanistan wurde im Frühjahr als jüngster Partner willkommen geheißen. Für die OSZE sind hunderte Mitarbeiter im Sekretariat und in den Institutionen und tausende internationale und nationale Bedienstete aus 42 Teilnehmerstaaten vor Ort tätig. Es war daher ein Gebot der Stunde, ein OSZE-Personalstatut zu verabschieden. Die OSZE verfügt nun über einen Satz klarer, umfassender und verbindlicher Regeln und Vorschriften, die für das gesamte Personal – von lokal eingestellten Missionsmitarbeitern bis zum Generalsekretär – gelten.

Die *Hauptabteilung Personalressourcen* (DHR) hat auch ein neues System für die Leistungsbeurteilung eingeführt. Sie ist dabei, ihr Schulungsprogramm zu ergänzen und auszuweiten; es soll nun neben den bewährten Einführungskursen für Missionsmitarbeiter und den allgemeinen Einführungskursen auch neue Kompetenzen wie Medientraining und Verhandlungstechniken vermitteln.

Die Sicherheit aller OSZE-Mitarbeiter ist von größter Bedeutung. Die OSZE ist sich ihrer Verpflichtung bewusst, die Risiken zu reduzieren, denen örtliche und internationale Mitarbeiter ausgesetzt sind, wenn sie – oft unter schwierigen Bedingungen – ein Mandat der internationalen Gemeinschaft erfüllen. Eine Prüfung des Sicherheitsmanagementsystems der Organisation wurde eingeleitet.

Im Management der OSZE geht eine stille Revolution vor sich. Die weit reichenden Reformen, die derzeit durchgeführt werden, sollen Änderungen in der Arbeitsweise der Organisation bewirken und bei der Umsetzung der Beschlüsse der Teilnehmerstaaten für mehr Effizienz, Wirksamkeit und Transparenz sorgen. Die seit Ende 2001 geltende Management-Agenda der OSZE wird von den Teilnehmerstaaten nachhaltig unterstützt und von externen Prüfern begrüßt. Sie tritt nun in die nächste operative Phase.

Die Management-Agenda soll den Teilnehmerstaaten ein eigens geschaffenes Managementinstrument an die Hand geben. Sie ermöglicht es der Organisation, die vom Ständigen Rat gefassten politischen Beschlüsse rasch und flexibel durchzuführen und in die Praxis umzusetzen. Sie führt auch zu mehr Kosteneffizienz und Transparenz.

Die in den letzten Jahren – insbesondere in der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen – eingeleiteten Veränderungen beginnen nun Früchte zu tragen. Die

Reformen betreffen alle management- und einsatzbezogenen Arbeitsaspekte: von der Festlegung klar definierter Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Rechenschaftspflichten im Management bis zur Festsetzung von Programmzielen und -ressourcen, von der Verwaltung personeller, finanzieller und materieller Ressourcen bis zum Wissensmanagement und zur Verbesserung der Informations- und Kommunikationssysteme.

Das neue *Integrierte Ressourcenmanagement-System* unter der Kurzbezeichnung IRMA ist das Kernstück der Managementreformen. IRMA wird in unseren Managementprozessen, die personelle, finanzielle und materielle Ressourcen betreffen, bewährte Praktiken einführen.

Diese Vorgänge werden durch moderne IT-Systeme unterstützt, die von einer einzigen Datenbank aus arbeiten. IRMA wird die Manager mit den Informationen versorgen, die sie benötigen, um in einem genau kontrollierten und geregelten System effiziente und wirksame Arbeit leisten zu können. Es wird nicht nur die Arbeit der Fondsmanager verbessern, sondern auch einen einheitlichen Managementansatz gewährleisten, Arbeitsabläufe rationalisieren und die Organisation der Managementinformation zentralisieren. Die Umsetzung von IRMA hält sich im festgesetzten zeitlichen und budgetären Rahmen.

REACT – der wichtigste Mechanismus zur personellen Besetzung von OSZE-Feldeinsätzen – wird nach und nach in IRMA integriert werden, und zwar so, dass das System voll funktionsfähig bleibt, auch im Hinblick auf die rasche Entsendung von Personal.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Managementreformen ist die Reform des Haushaltsprozesses.

In dem neu vorgeschlagenen Format werden die *Programme des Gesamthaushaltsvoranschlags 2004* mit klar definierten Zielen und Ergebnissen präsentiert, die mit dem Mandat des jeweiligen Fonds im Einklang stehen. Für jedes einzelne Programm wird der veranschlagte Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen ausgewiesen und mit den zu erreichenden Zielen und Ergebnissen in Beziehung gesetzt.

Die Organisation hat auch die wichtige Frage der außerbudgetären Beiträge geregelt. Im Januar wurde eine umfangreiche Finanzanweisung betreffend die Entgegennahme und Verwaltung außerbudgetärer Beiträge und die Berichterstattung darüber herausgegeben. Die vollständige Umsetzung dieser Anweisung wird möglich sein, sobald IRMA voll zum Tragen kommt.

Als Teil der Reform des Informationsmanagements wurde ein *OSZE-Intranet* entwickelt.

Derzeit wird an der Anbindung aller Teile der Organisation an das Netz gearbeitet. Dadurch wird sich der Informationsaustausch, die Datensicherheit und die Kompatibilität aller Aktivitäten verbessern. Gleichzeitig mit diesen Verbesserungen konnten die jährlichen Ausgaben der OSZE für Nachrichtenübertragung und Informationstechnik seit 2001 um 7 Millionen Euro gesenkt werden.

Spürbare Verbesserungen gab es bei der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben und bei der Kontrolle über die Vermögenswerte. Zur Verwaltung der personellen Ressourcen – der größten Kostenkomponente – wurde eine computergestützte Übergangslösung für die Gehaltsabrechnung gewählt.

Interne Aufsicht

Das ganze Jahr hindurch führte die *Interne Aufsicht* Revisionen, Inspektionen und Ermittlungen durch, um sich zu vergewissern, dass sich die Aktivitäten der OSZE im vorschriftsmäßigen Rahmen bewegen, interne Kontrollen durchgeführt werden und Fälle von Veruntreuung, Verschwendung und Missmanagement genau untersucht werden. Konkret fanden 13 Besuche vor Ort statt, es wurden 10 Prüfberichte mit über 30 Empfehlungen erstellt und in zwei Ermittlungsfällen wurde Hilfe geleistet. Es wurde substantielle und erfolgreiche Arbeit geleistet, doch konnte wegen Personalmangels nicht das gesamte Arbeitspensum für 2003 erfüllt werden.

Die derzeit laufenden Managementreformen und die Bemühungen um ein verbessertes Berichtswesen in den Feldaktivitäten lassen es geboten erscheinen, die Interne Aufsicht zu verstärken.

Während regelmäßige interne Kontrollen und die Einhaltung der Regeln und Vorschriften weiterhin grundlegender Bestandteil der Prüftätigkeit waren, gilt nun im Interesse von mehr Effizienz und Transparenz auch der Entwicklung von Strategien für Bereiche wie etwa die Kosten/Nutzen-Analyse größere Aufmerksamkeit. Zu den geplanten Elementen einer verantwortungsbewussten Unternehmensführung zählen die Schaffung eines Prüfungsausschusses, der die Gesamtaufsicht über die Prüftätigkeit haben soll, und die Stärkung der Aufsichtsstrategien und -prioritäten. Die Interne Aufsicht wird auch ihre entschlossenen Bemühungen um Einstellung von Personal fortsetzen, um zu gewährleisten, dass ein Mitarbeiterstab vorhanden ist, der den höchsten Anforderungen entspricht.

Die Gruppe Terrorismusbekämpfung

Die 2002 eingerichtete Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) sorgt für die laufende Koordination sämtlicher Bemühungen der OSZE um Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus.

Laut ihrem in den Beschlüssen von Bukarest festgelegten Mandat ist die *Gruppe Terrorismusbekämpfung* die zentrale Koordinationsstelle für die Antiterrormaßnahmen der OSZE und die Verbindungsstelle zu anderen einschlägigen regionalen, subregionalen und internationalen Organisationen. Sie arbeitet eng mit dem *Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus* und dem UNODC in Wien zusammen. Sie steht in engem Kontakt mit diesen und anderen Organisationen, um auf Ersuchen von Teilnehmerstaaten beim Aufbau von Kapazitäten behilflich zu sein.

Als Beispiel für diese unterstützende Tätigkeit seien zwei regionale Workshops zum Thema Sicherheit von Reisedokumenten erwähnt, die von der ATU 2003 organisiert wurden. Das erste fand in Ohrid (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), das zweite in Bischkek (Kirgisistan) statt. Angesichts des Zusammenhangs zwischen der Sicherheit von Reisedokumenten, Grenzkontrollen und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Terroristen waren beide Workshops für die jeweiligen Regionen wichtige Antiterrormaßnahmen. Sie waren außerordentlich gut besucht und führten zu einer Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit.

Nachdem die Teilnehmerstaaten den Wunsch geäußert hatten, dass auch andere dringliche Antiterrorbelange behandelt werden sollten, informierte die ATU die Teilnehmerstaaten im Wege des *OSZE-Forums für Sicherheitskooperation* (FSK) über die Gefahren, die von *tragbaren Luftabwehrsystemen* (MANPADS) sowie von radiologischem Material ausgehen. Im Zuge der Beschäftigung mit diesen Fragen verstärkte die ATU ihre Kontakte mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und der Internationalen Atomenergie-Organisation. Sie arbeitet auch eng mit anderen OSZE-Büros und -Beauftragten zusammen, um einschlägige Aktivitäten in den Bereichen Polizeiarbeit,

Bekämpfung des Menschenhandels und Verhinderung der Geldwäsche zu unterstützen.

Als Reaktion auf das Anliegen von OSZE-Delegationen, Doppelgleisigkeiten mit anderen, nicht von der OSZE betriebenen Projekten zu vermeiden, sondern diese vielmehr zu ergänzen, nahm die ATU eine Bewertung aller bilateralen und multilateralen Unterstützungsprogramme in der OSZE-Region vor, die Antiterror- und Strafverfolgungsmaßnahmen zum Gegenstand haben und sich auf die *VN-Sicherheitsratsresolution 1373* beziehen.

Angesichts der Tatsache, dass Zusammenarbeit und rechtzeitige Weitergabe von Informationen unerlässliche Antiterrormaßnahmen sind, richtete die ATU eine offizielle Website ein (<http://www.osce.org/atu>), die nicht nur Informationen über Antiterrorprogramme der OSZE sondern auch Links zu anderen Organisationen und Partnern im Kampf gegen den Terrorismus enthält.

Folgende Aktivitäten sind besonders hervorzuheben:

- Unterstützung der Teilnehmerstaaten, des Vorsitzes, des Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden und des Generalsekretärs bei Aktivitäten zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus
- Zusammenstellung einer umfassenden Übersicht über OSZE-Aktivitäten in diesem Bereich: *2003 Update on the Implementation of the Bucharest Plan of Action for Combating Terrorism, including the Bishkek Programm of Action*
- wirksame Umsetzung von Programmen zur Stärkung der Kapazitäten der Teilnehmerstaaten im Kampf gegen den Terrorismus
- regelmäßige Berichte über den Stand der Ratifizierung der zwölf *VN-Übereinkommen und -Protokolle* durch die OSZE-Teilnehmerstaaten und Koordinierung der Unterstützung bei der Ratifizierung und Umsetzung
- Zusammenarbeit mit dem BDIMR und dem UNODC zur Unterstützung der Teilnehmerstaaten in ihren Bemühungen um Ausarbeitung einzelstaatlicher Antiterrorgesetze
- Herstellung und Pflege von Kontakten zum UNCTC und zu anderen einschlägigen Organisationen auf Arbeitsebene
- gemeinsam mit der neuen *Gruppe Projektkoordination* (KVZ/PCC) Koordinierung und Entwicklung von Projekten und Aktivitäten mit Terrorismus-Bezug
- Vermittlung von Kontakten zu potenziellen Geberstaaten für terrorismusbezogene Projektvorschläge.

Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU)

Ein systematischer Prozess für nutzbringende langfristige Zusammenarbeit

Der in sechs Phasen gegliederte systematische Prozess der Abwicklung eines Polizeiunterstützungsprogramms, wie er von der SPMU eingeführt und in seiner früheren Form vom Ständigen Rat als jene Einsatzart bezeichnet wurde, die allen zukünftigen polizeibezogenen Unterstützungsaktivitäten zugrunde liegen soll, bot 2003 den Rahmen für eine langfristige Zusammenarbeit mit mehreren Teilnehmerstaaten.

Der Prozess umfasst eine Einschätzung der dringendsten Bedürfnisse, Informationsbeschaffung, die Ausarbeitung eines Programms, die Umsetzung des Programms, eine unabhängige Beurteilung und den Abschluss oder die Übergabe. Durch Beiziehung nationaler und internationaler Organisationen, die sich in Südosteuropa für Fortschritte in der Justiz und in inneren Angelegenheiten einsetzen, kam man dem Wunsch der Europäischen Kommission nach ähnlichen der Rechenschaftspflicht unterliegenden Gepflogenheiten zuvor.

Das Polizeiunterstützungsprogramm für Kirgisistan, bestehend aus acht technischen und auf die Arbeit mit der Gemeinschaft ausgerichteten Projekten, wird von einem vor Ort tätigen internationalen Polizeiprogramm-Manager und einem einheimischen kirgisischen Polizeikoordinator umgesetzt. Die Präsidentschaftskanzlei berücksichtigt die Ergebnisse des Programms in ihren langfristigen Polizeireformplänen.

In Kasachstan leistet die SPMU technische Hilfe zur Unterstützung des kasachischen Innenministeriums bei der Umstellung auf eine kriminalpolizeilich ausgerichtete Ermittlungsarbeit.

In Armenien und Aserbaidschan gaben Memoranda of Understanding das Startsignal zu einem aus drei Projekten bestehenden Unterstützungsprogramm, das sich auf technische Aspekte und Arbeit auf Gemeinschaftsebene bezieht. Bei jedem besteht eine Verbindung zu den Aktivitäten anderer Länder und zu den Plänen des UNODC als Grundlage für den auf längere Sicht angelegten Aufbau polizeilicher Institutionen.

In Georgien trifft die SPMU Vorkehrungen, die es Vertretern georgisch/südossetischer und

georgisch/abchasischer Polizeidienststellen ermöglichen sollen, eine Ausbildung an der Kosovo-Polizeischule zu absolvieren; dies ist Teil der Versöhnungsstrategien der OSZE und der VN-Missionen.

Die SPMU hat einen wesentlichen Beitrag zum Ohrid-Prozess geleistet, insbesondere im Hinblick auf die Beurteilung des grenzpolizeilichen Bedarfs in den südosteuropäischen Staaten.

Im September veranstaltete die SPMU in Wien ein zweitägiges Treffen von Polizeiexperten zu polizeilichen Aspekten der Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels. An dem Treffen nahmen über hundert Personen teil, zusätzlich waren 21 Experten als Diskussionsleiter eingeladen.

Das Treffen erbrachte unter anderem folgende Ergebnisse:

- Erstellung des ersten Verzeichnisses von Ansprechpartnern in Polizei- und Strafverfolgungsorganen, auf das Fachleute, die mit der Bekämpfung des Menschenhandels befasst sind, zurückgreifen können
- Expertenhilfe für die in Belgrad neu eingerichtete serbische Polizeidienststelle gegen Menschenhandel
- Einleitung einer groß angelegten kriminalpolizeilichen Untersuchung im Vereinigten Königreich und in Lettland in Bezug auf eine eingelangte Klage betreffend einen Kinderporno-Ring im Internet
- Einladung an die OSZE zur Teilnahme an der Lenkungsgruppe der Interpol zu Fragen des Menschenhandels
- eine Reihe von Folgeveranstaltungen in Form von Workshops für Polizeibeamte, deren erstes die Ermittlungstätigkeit bei Sexualverbrechen zum Gegenstand hat und im Juli 2004 stattfinden wird.

Die OSZE, vertreten durch den Leitenden Polizeiberater, wurde vor kurzem eingeladen, sich als eine „*nationale und internationale Polizeiorganisation*“ der Internationalen Gesellschaft der Polizeichefs anzuschließen.

Weitere Aktivitäten der SPMU finden sich im Einzelnen im Abschnitt Feldeinsätze dieses Berichts.

Bericht des Direktors für Personalressourcen

Stärkung und Straffung

Die Arbeit der Hauptabteilung Personalressourcen ging Hand in Hand mit den Bemühungen der Organisation um Verbesserung ihres Managementsystems, um Rationalisierung der Arbeitsabläufe und Verstärkung und Aufrüstung ihrer bestehenden Kapazitäten. Nach mehreren Jahren intensiver Verhandlungen mit den Teilnehmerstaaten war die Verabschiedung des Personalstatuts ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung eines umfassenden normativen Rahmens in der OSZE.

Darüber hinaus war die Einführung eines einheitlichen Leistungsbeurteilungssystems für das Personal in der gesamten OSZE Anfang 2003, das alle Kategorien von Personalangehörigen und Missionsmitarbeitern erfasst, ein wichtiger Schritt in der Verankerung fortschrittlicher Managementmethoden in der Organisation.

Die Abteilung Personaleinstellung war 2003 vorrangig damit befasst, neu geschaffene Posten im Sekretariat zu besetzen, die durch die Ausweitung der projektorientierten Tätigkeit der Organisation, insbesondere im OCEEA, in der SPMU, im KVZ und in anderen Hauptabteilungen und Gruppen des Sekretariats, notwendig geworden waren.

Projektaktivitäten nahmen auch in den OSZE-Missionen und kleineren Büros einen wichtigen Platz ein, was dazu führte, dass die Ersuchen an die Abteilung Personaleinstellung um Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit der Einstellung von Experten, Beratern und anderem Projektpersonal im Rahmen von Sonderdienstvereinbarungen stark zunahm. 2003 wurden 106 Vertragsposten ausgeschrieben. In der einschlägigen *Datenbank* wurden 9860 Bewerbungen für diese Posten bearbeitet. Die Anzahl der im Laufe des Jahres abgehaltenen Vorstellungsgespräche zur Besetzung freier Stellen erhöhte sich auf 64 mit insgesamt 342 Bewerbern. Im gleichen Zeitraum wurden 4000 Nennungen für 517 mit entsandtem Personal zu besetzende Posten in den Feldeinsätzen entgegengenommen und geprüft.

Hauptaufgabe der Abteilung war es, die Entwicklung eines IT-gestützten Personaleinstellungssystems im Rahmen von IRMA zu unterstützen.

Die Personalabteilung befasste sich schwerpunktmäßig mit der Rationalisierung der Arbeitsabläufe als Teil der Entwicklung des IRMA-Projekts und der Vorbereitung auf dessen Umsetzung. Dies bedeutete eine Vereinfachung der Leistungsansprüche der Bediensteten, eine Vereinheitlichung von Formularen und die Klärung von Verantwortlichkeiten. Ein provisorisches automatisiertes Gehaltsabrechnungssystem wurde im Sekretariat, in allen Institutionen und einigen größeren Missionen erfolgreich eingeführt.

Nach Genehmigung des Personalstatuts arbeitete die Abteilung an der Anpassung des normativen Rahmens, um die Umsetzung und Anwendung dieses Statuts in der gesamten Organisation so direkt und transparent wie möglich zu machen, wobei eine der größten Aufgaben die Herausgabe von Dienstanweisungen ist.

Mit einer neuen Versicherungsgesellschaft wurde ein Vertrag über die *OSZE-Rückholversicherung* für medizinische Notfälle abgeschlossen, die die Organisation allen internationalen Missionsmitarbeitern und allen auf Dienstreise befindlichen Personalangehörigen bzw. lokalen Missionsmitarbeitern anbietet. Auch die Arbeiten an der Verbesserung der Dienstleistungen des *Vorsorgefonds* gingen weiter.

In dem Bestreben, die Abläufe in der Personalverwaltung in der gesamten Organisation transparenter und gerechter zu gestalten, wurde die Arbeit an der Stellenbewertung fortgesetzt. 2003 wurden 114 Posten geprüft und entsprechend den Normen der *Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (ICSC)* bewertet.

Die Schulungsabteilung setzte mit Hilfe zentralisierter Ressourcen die Koordination und Durchführung aller Aktivitäten zur Personalschulung in der gesamten OSZE fort. Sie unterstützte auch die Teilnehmerstaaten bei deren Bemühungen, für eine Dienstzuteilung vorgesehene Mitarbeiter auf ihre schwierige Tätigkeit entsprechend vorzubereiten.

Unter den zahlreichen Schulungsaktivitäten im Jahr 2003 stieß das persönliche Coaching von Missionsleitern und hohen Beamten im Umgang mit den Medien auf besonderes Interesse. Die Verbesserung der Verhandlungstechniken war das Ziel einer anderen erfolgreichen Initiative: ein Schulungsprogramm unter der Bezeichnung „*Fortgeschrittene Verhandlungstechniken für die multilaterale Diplomatie*“ führte in das Konzept der interessenbasierten und grundsatzorientierten Verhandlungsführung ein.

In dem Bestreben, bestehende interne Ressourcen zu nutzen, verstärkte sich 2003 die Zusammenarbeit und Einbeziehung von OSZE-Institutionen in die Personalschulung ebenfalls beträchtlich, wobei als Beispiele für diese Art der Zusammenarbeit an vorderster Stelle ein mit dem HKNM durchgeführter Workshop für OSZE-Mitarbeiter zum Thema „Gefährdete Minderheiten“ und das in Zusammenarbeit mit dem BDIMR in Wien veranstaltete erste *Forum für die in der menschlichen Dimension tätigen Mitarbeiter* zu nennen sind.

Die Herausgabe des *Resource Manual on Managing OSCE Programmes and Projects* war einer der wichtigsten Beiträge der Schulungsabteilung zu den institutionellen Bemühungen.

Bericht des Direktors für Verwaltung und Finanzen

Die OSZE setzt den ehrgeizigen Reformprozess fort, durch den sich ihre Arbeitsweise grundlegend ändern wird.

Die Management-Agenda soll den Teilnehmerstaaten ein eigens geschaffenes Management-Instrument an die Hand geben, das es der Organisation ermöglicht, die vom Ständigen Rat gefassten politischen Beschlüsse rasch und flexibel durchzuführen und in die Praxis umzusetzen und gleichzeitig die Kostenwirksamkeit und Transparenz zu verbessern.

Die Reformen betreffen alle management- und einsatzbezogenen Aspekte der Arbeit der Organisation:

- von der Festlegung klar definierter Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Rechenschaftspflichten im Management bis zur Festsetzung von Programmzielen und -ressourcen
- von der Verwaltung personeller, finanzieller und materieller Ressourcen bis zum Wissensmanagement und zur Verbesserung der Informations- und Kommunikationssysteme.

Der Gesamthaushalt

Die Reform des Haushaltsprozesses ist einer der wichtigsten Aspekte der Managementreformen. Für den Ständigen Rat ist der Gesamthaushalt ein Schlüsselinstrument zur Ausrichtung und Kontrolle der Arbeit der OSZE. Während in den Mandaten die allgemeine Stoßrichtung der Tätigkeit der Organisation festgelegt ist, schafft der Gesamthaushalt einen festen jährlichen Rahmen für die operative Tätigkeit.

Der Beschluss Nr. 486 des Ständigen Rates über die *Verbesserung der Haushaltsführung* war wegweisend, da er die Haushaltspläne zu einem grundlegenden Kommunikations- und Managementinstrument machte. Ihm folgte ein weiterer Beschluss des Ständigen Rates über das OSZE-Haushaltsgebaren. Darin wurden der *OSZE-Grundsatz der Haushaltserstellung* nach Programmen – den Programmzielen werden die erforderlichen Mittel gegenübergestellt – und der Haushaltszyklus von der Festlegung der Programmschwerpunkte bis zu den Überprüfungen und Jahresabschlüssen festgeschrieben.

Das für die Präsentation des *Gesamthaushaltsvoranschlags 2004* vorgelegte und angenommene neue Format macht diese Grundsätze deutlich. So werden innerhalb jedes einzelnen Fonds die Programme mit ihren Zielen und Ergebnissen in klar definierter Form und im Einklang mit dem Mandat des jeweiligen Fonds präsentiert. Der von den Fondsmanagern veranschlagte Bedarf an finanziellen und personellen Ressourcen wird für jedes Programm ausgewiesen und mit den zu erreichenden Zielen und Ergebnissen in Zusammenhang gebracht. Die Programme sind in die Hauptkategorien Grundsatz-/Management-Programme und thematische Programme gegliedert.

Im Rahmen der laufenden Arbeit an der Entwicklung des neuen *OSZE-Kontenplans* wurde eine eingehende Prüfung der Anzeigepflichten vorgenommen, die von der zukünftigen Datenstruktur der Organisation unterstützt werden müssen. Folglich wurde auch die Struktur der Kostenkategorien überarbeitet, damit sie diesen Anforderungen gerecht wird, und im Gesamthaushaltsvoranschlag 2004 ausgewiesen.

Außerbudgetäre Beiträge

Auch die wichtige Frage der außerbudgetären Beiträge wurde aufgegriffen. Im Januar dieses Jahres wurde eine umfangreiche Finanzanweisung erlassen, die die Entgegennahme und Verwaltung außerbudgetärer Beiträge und die Berichterstattung darüber regelt. Eine vollständige Umsetzung dieser Anweisung wird möglich sein, sobald IRMA voll zum Tragen kommt.

Gemeinsames System von Managementregeln

Ein solides und modernes System von Managementregeln ist entscheidend für eine Organisation, die auf die von den Teilnehmerstaaten definierten politischen Prioritäten rasch und effizient reagieren muss. Nach Verabschiedung des Personalstatuts im Sommer dieses Jahres wurden dem Ständigen Rat neue Finanzvorschriften vorgelegt, die derzeit in der Arbeitsgruppe des *Beratenden Ausschusses für Verwaltung und Finanzen* (ACMF) erörtert werden. Die neuen Finanzvorschriften betonen und klären die Verantwortlichkeit, Zuständigkeit und Rechenschaftspflicht und halten an dem Grundsatz fest, dass die politische Entscheidungsfindung Vorrang hat.

IRMA

IRMA ist das Herzstück der Managementreform. Die Umsetzung hält sich im vorgegebenen zeitlichen und budgetären Rahmen.

Das neue *Integrierte Ressourcenmanagement-System* IRMA ist das Kernstück der Managementreformen. IRMA wird unseren Managementprozessen, die personelle, finanzielle und materielle Ressourcen betreffen, bewährte Praktiken zugrunde legen. Diese Vorgänge werden durch moderne IT-Systeme unterstützt, die von einer einzigen Datenbank aus arbeiten. IRMA wird die Manager mit den Informationen versorgen, die sie benötigen, um in einem genau kontrollierten und geregelten System effiziente und wirksame Arbeit leisten zu können.

IRMA wird die Arbeit der Fondsmanager verbessern und gleichzeitig einen einheitlichen Managementansatz, rationalisierte Arbeitsabläufe und die zentrale Organisation der Managementinformation gewährleisten. Ziel ist es, innerhalb der Organisation die entsprechenden Kapazitäten zu schaffen, um überall im OSZE-Raum mit Hilfe des *Gelben Laptop*, der an das zentral verwaltete IRMA-System angeschlossen ist, Feldeinsätze, Programme oder Projekte zu starten, zu verwalten und abzuschließen. Es wird die OSZE in die Lage versetzen, rasch zivile Mitarbeiter zu entsenden und somit unverzüglich auf neue politische Herausforderungen zu reagieren.

IRMA ist eine Reformkomponente, die einen sehr komplexen Umsetzungsprozess erfordert, der die meisten Teile dieser Organisation einbezieht.

Dabei wird im Wege eines strengen Aufsichtsmechanismus, in dessen Rahmen die Fortschritte wöchentlich überprüft und Beschlüsse zur Überwindung eventueller Engpässe gefasst werden, sorgsam vorgegangen. Führende IT- und Managementberater sind in diesen Prozess eingebunden. Den Teilnehmerstaaten wird vierteljährlich Bericht erstattet, und eine jüngst eingesetzte ACMF-Arbeitsgruppe prüft ebenfalls die Fortschritte bei der Umsetzung von IRMA.

Die Umsetzung von IRMA hält sich im vorgegebenen zeitlichen und budgetären Rahmen! Wie ursprünglich geplant, hat am 5. Januar 2004 die Einführung der Finanzmodule begonnen, darauf folgen im April die Module für den Haushalt und die personellen Ressourcen und schließlich Ende des Jahres die Inventarverwaltung und die Gehaltsabrechnung.

Information und Kommunikation

DOC.IN für effizientes Informationsmanagement
Wissen und Erfahrung sind das Arbeitskapital der OSZE, deshalb wurde als erster Schritt zur Gewährleistung eines einheitlichen Standards für die Dokumentenverwaltung der Dokumentenverwaltungsmechanismus Doc.In eingeführt.

OSZE-Intranet

Das neu entwickelte OSZE-Intranet, das einfach zu nutzen und zu administrieren ist, stützt sich auf moderne IT-Kapazitäten, die dafür sorgen, dass Dokumente und Berichte allen Mitarbeitern sofort verfügbar sind.

Volle Anbindung und Kompatibilität

Derzeit wird daran gearbeitet, alle Teile der Organisation an das Netz anzubinden. Dadurch wird sich der Informationsaustausch, die Datensicherheit und die Kompatibilität der Aktivitäten verbessern. Gleichzeitig mit all diese Verbesserungen konnten die jährlichen Ausgaben der OSZE für Nachrichtenübertragung und Informationstechnik seit 2001 um 7 Millionen Euro gesenkt werden.

Bericht des Direktors des Konfliktverhütungszentrums (KVZ)

In den letzten zwölf Monaten nahmen die praktischen, projektorientierten Aktivitäten der Organisation spürbar zu, und zwar sowohl aus der Perspektive des Sekretariats als auch der Feldmissionen, insbesondere jener im Kaukasus und in Zentralasien.

Dies erforderte eine zusätzliche Unterstützung, um Effizienz, Zweckmäßigkeit und Kohärenz sowie die Koordination mit anderen internationalen Akteuren zu gewährleisten. Reisen in die Einsatzgebiete haben einen zunehmend operativen Charakter angenommen. Regionale und breiter angelegte Koordinationstreffen mit den Leitern und Vertretern der OSZE-Feldpräsenzen und -Institutionen wurden zu einem immer wichtigeren operativen Instrument, um eine transparente und effiziente Interaktion innerhalb der Organisation sicherzustellen. Ebenso spielen die Beziehungen zu anderen Institutionen in immer größerem Maße eine operative Rolle, was besonderer Aufmerksamkeit von Seiten des KVZ bedarf.

Die Herstellung besserer, institutionalisierter Kontakte zu Partnerorganisationen auf globaler, regionaler und subregionaler Ebene ist ein Schlüsselinstrument, um Synergie, eine effiziente Kooperation und ein komplementäres Vorgehen zu gewährleisten.

Abteilung Missionsprogramme

Erste Koordinierungsstelle im OSZE-Sekretariat für alle Feldaktivitäten zur Unterstützung der Prioritäten des Amtierenden Vorsitzenden

Die Abteilung Missionsprogramme gliedert sich in vier regionale Referate, von denen jedes im OSZE-Sekretariat als erste Koordinierungsstelle für Fragen im Zusammenhang mit einer bestimmten Gruppe von Feldeinsätzen fungiert: das Kaukasus-Referat, das Zentralasien-Referat, das Osteuropa-Referat und das Südosteuropa-Referat.

2003 wurden die Aktivitäten der *Abteilung Missionsprogramme* (MPS) durch die Schwerpunktthemen des niederländischen Vorsitzes bestimmt. Während Zentralasien und der Kaukasus durch die Einstellung zweier neuer Missionsprogramm-Referenten verstärkte Aufmerksamkeit erfuhren, wurden die Bemühungen des Vorsitzes um eine politische Regelung in Moldau ebenfalls in verstärktem Maße unterstützt, und auch die Entwicklungen und Aktivitäten in Südosteuropa standen nach wie vor auf der Tagesordnung.

Neben der Bereitstellung von programmbezogenem Fachwissen in Bezug auf zahlreiche inhaltliche Fragen auf Ersuchen des Vorsitzes fungierte die MPS nach wie vor als erste Kontakt- und Koordinierungsstelle des Sekretariats in allen Fragen der OSZE-Feldaktivitäten und als Träger des diesbezüglichen institutionellen Gedächtnisses. Das KVZ hatte bei der Vorbereitung und oftmals auch bei der Vorsitzführung bei verschiedenen hochrangigen Treffen und Konsultationen innerhalb der OSZE und mit internationalen Partnern, etwa den Vereinten Nationen, dem Europarat, der EU und der NATO, eine zentrale Rolle zu spielen. Die Beiträge der MPS waren ausschlaggebend für den Erfolg dieser Treffen.

Was Veranstaltungen vor Ort betrifft, so bereiteten die Missionsprogramm-Referenten Besuche des Amtierenden Vorsitzenden in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen vor und nahmen auch selbst an diesen Besuchen teil. In enger Zusammenarbeit mit den Gastmissionen organisierten die Referenten die *regionalen Missionsleitertreffen* und mehrere Besuche von Ständigen OSZE-Beauftragten und anderen Delegationsmitgliedern in Einsatzgebieten.

Inhaltlich berieten die Referenten die OSZE-Feldeinsätze in programmatischen und grundsatzpolitischen Fragen im Zusammenhang mit Beschlüssen des Ministerrats und des Ständigen Rates. Sie leiteten wichtige Botschaften des Vorsitzes und des Generalsekretärs in die Einsatzgebiete weiter und sorgten dadurch für ein entsprechendes Follow-up und für eine genaue Beobachtung der Umsetzung der Beschlüsse der Teilnehmerstaaten.

Die Referenten leisteten den Feldeinsätzen Hilfestellung in konkreten Fragen, beispielsweise durch Bereitstellung von Fachwissen für die *Überprüfungsberichte des Grenzübergangseinsatzes in Georgien*. Die Missionsprogramm-Referenten standen auch in engem Kontakt mit Vertretern der Delegationen der Teilnehmerstaaten in Wien.

Die MPS hielt im Sekretariat in enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Vorsitz regelmäßig regionale Arbeitsgruppensitzungen ab. An diesen Sitzungen nahmen Vertreter verschiedener Dienststellen und Institutionen der OSZE teil. Sie leisteten einen Beitrag zur erfolgreichen Lösung konkreter Fragen in den Missionsgebieten und erleichterten auch den politischen Konsultationsprozess innerhalb der OSZE, indem sie verschiedene Beiträge zu einer grundsatzpolitischen Gesamtstrategie harmonisierten und somit letzten Endes eine kohärente und konsequente Anwendung der politischen Leitlinien der OSZE ermöglichten. Das Kaukasus-Referat hielt auch regelmäßige Arbeitsgruppensitzungen zu Tschetschenien ab, die in enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Vorsitz veranstaltet wurden.

Die Missionsprogramm-Referenten prüften routinemäßig Berichte der Feldeinsätze und bereiteten für den Generalsekretär und den Vorsitz Diskussionsthemen, Informationsveranstaltungen und Hintergrundinformationen vor. Sie unterstützten auch die Feldeinsätze bei der Bewältigung von Managementfragen, unter anderem bei der Ausarbeitung der Erläuterungen zu ihren Haushaltsvorlagen für 2004.

2003 leisteten die Missionsprogramm-Referenten den Feldeinsätzen in enger Zusammenarbeit mit der *Gruppe Projektkoordination* in zunehmendem Maße Unterstützung bei allen Aspekten des Projektmanagements und der Projektdurchführung. Sie gaben Anleitungen zu Projektschwerpunkten und brachten ihr eigenes Wissen ein, um die Projektarbeit zu unterstützen und dadurch den OSZE-Feldeinsätzen die Erfüllung ihrer Mandate zu ermöglichen. Beispiele hierfür sind die enge Einbindung in besonders wichtige Projekte, wie etwa die Koordination der Hilfestellung zur Erleichterung des Abzugs und der Vernichtung russischer Munition und russischer Waffen in Moldau, die Koordination von Initiativen zur Unterstützung der Wahlen in Georgien oder die Gründung einer OSZE-Akademie in Bischkek, wo Anfang 2004 ein Versuchsemester beginnen soll.

Neben anderen Aktivitäten im Jahr 2003 war das Zentralasien-Referat der MPS für die Organisation des Praktikantenprogramms für zentralasiatische Teilnehmerstaaten verantwortlich, das junge Fachkräfte aus Zentralasien mit den politischen Zielen und organisatorischen Strukturen der OSZE vertraut macht.

Die Gruppe Einsatzplanung (OPU) und der Krisen-/Kommunikationsraum

Eine Schaltstelle des Konfliktverhütungszentrums

Die umbenannte Gruppe Einsatzplanung war nach Kräften darum bemüht, den Amtierenden Vorsitz und die Delegationen vom Sekretariat aus zu unterstützen. Die neuen Aufgaben der Gruppe – sie soll Anlaufstelle in Fragen der Grenzübergangseinsatz sein und wesentliche Beiträge zur Analyse- und Forschungstätigkeit leisten – spielten dieses Jahr eine große Rolle.

- Entsprechend ihrer Planungsfunktion lieferte die OPU dem Vorsitz auf Verlangen Vorschläge mit verschiedenen Optionen. Außerdem war sie durch ihr weiter gefasstes Mandat in der Lage, die Vorsitze der informellen Arbeitsgruppen zu den Themen *Friedenserhaltung, Bedrohungen der Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und Reform der Organisation* zu unterstützen. Ferner unterstützt die OPU den Vorsitz hinsichtlich der Ergebnisse der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* und des laufenden Follow-up-Prozesses.
- In Fragen des Grenzschatzes und der Grenzsicherung gewährleistete die OPU – die dabei über ihren Verbindungsbeauftragten eng mit dem Stabilitätspakt, der NATO und der EU zusammenarbeitete – die volle Einbindung der OSZE in die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der *Regionalkonferenz von Ohrid über Grenzschutz und Grenzsicherung in Südosteuropa* im Mai dieses Jahres. Im Anschluss an diesen „lebendigen“ Prozess initiierte die OSZE unter anderem eine fünfwöchige Langzeitmission in der Region, um eine ausführliche Bedarfserhebung durchzuführen.
- Im Rahmen der laufenden Entwicklung operativer Kontakte zu Partnerorganisationen war die OPU bei der ersten gemeinsamen *Krisenmanagementübung von NATO und EU (CME 03)* im November in allen Phasen vertreten, und sie nahm an mehreren internationalen Seminaren teil, um ihre Erfahrungen weiterzugeben.
- Darüber hinaus hat sich die konstante Verbesserung der operativen Verbindungsstrukturen mit anderen internationalen Organisationen durch formelle und informelle Treffen auf Stabebene mit Vertretern von Partnerorganisationen vertieft. Die OPU versorgt auch weiterhin Delegationen und Organe der Teilnehmerstaaten und Vertreter anderer internationaler Organisationen mit detaillierten „hausinternen“ Präsentationen.
- Der Krisen-/Kommunikationsraum steht der OSZE nach wie vor 7 Tage pro Woche rund um die Uhr zur Verfügung. Das Team der Diensthabenden erfüllt wie schon bisher die Funktion einer Kontaktstelle für die Organisation, insbesondere außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Neben vielen anderen Diensten sorgt der „Sitroom“ in Krisenzeiten für die rechtzeitige Weitergabe von Informationen an die betreffenden Abteilungen; er unterstützt bei Bedarf die Rückholung von Missionsmitarbeitern aus medizinischen Gründen und erfüllt durch unablässige Beobachtung der Medienlandschaft eine Frühwarnfunktion.

2004 wird die OPU die Organisation weiterhin unterstützen, und zwar nicht nur durch Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben, sondern auch durch die Weiterentwicklung ihrer Kapazitäten, insbesondere in Sachen Grenzschutz. Dies wird eine stärkere Konzentration auf die vielen damit zusammenhängenden Fragen ermöglichen und zu einer größeren Unterstützung für den Vorsitz und die Delegationen im Hinblick auf die Entwicklung einer Strategie für die Organisation in diesem immer wichtigeren Bereich führen. Die FSK-Unterstützungsgruppe

Unterstützung des FSK mit Fachwissen

Die Gruppe unterstützte weiterhin das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und die Delegationen durch Fachberatung und monatliche Berichte über *vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen* (VSBM).

Wie jedes Jahr leistete sie Unterstützung bei der Vorbereitung des *Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung* und der *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz*, sowie bei der Zusammenfassung der Beratungen betreffend den Beitrag des FSK zum *OSZE-Strategiedokument*. Diese Unterstützung bestand in der Bereitstellung entsprechender Hintergrundinformationen. Einen ähnlichen Beitrag leistete die Gruppe zu den Erörterungen des FSK über die *OSZE-Strategie für das 21. Jahrhundert*.

Abgesehen von diesen Aufgaben erstellte die Gruppe zwei Übersichten: die Auswertung der Antworten auf Frage 1 des *Verhaltenskodex* zu Maßnahmen gegen den Terrorismus und eine Studie über die Gepflogenheiten der OSZE in Bezug auf *tragbare Luftabwehrsysteme* (MANPADS).

Das Kommunikationsnetz: Modernisierung im Interesse der Effizienz, Verlässlichkeit und Sicherheit

2003 wurden maßgebliche Neuerungen am computergestützten Netz vorgenommen, das die Hauptstädte der Teilnehmerstaaten durch direkte Datenleitungen verbindet. Das hoch gesteckte Ziel, die Effizienz, Verlässlichkeit und Sicherheit des Systems zu steigern, wurde unter Einhaltung der zeitlichen und budgetären Vorgaben erreicht.

Nach Einführung eines sicheren internetbasierten Virtuellen Privaten Netzwerks und einer neuen integrierten Software ist das System nun effizienter, verlässlicher und kostengünstiger. Die Modernisierung des Kommunikationsnetzes ist eine von mehreren Initiativen, die der Organisation auf dem schwierigen Terrain der Konfliktverhütung einen Wettbewerbsvorteil verschaffen und ihre Stärken herausstreichen sollen.

Während alle Teilnehmerstaaten sich politisch verpflichtet haben, am Kommunikationsnetz teilzunehmen, waren Georgien, Moldau, Island und Armenien die ersten, die sich nach seiner Modernisierung angeschlossen haben. Einige andere Staaten haben erste Schritte unternommen, um eine Anbindung herzustellen. Damit wird das System nun von insgesamt 44 Mitgliedern genutzt.

Die *OSZE-Kommunikationsgruppe*, ein dem FSK unterstehendes Arbeitsgremium, betreut das Netz. Über diese Mechanismen spielt das Forum eine zentrale Rolle bei der Erfüllung des Sicherheitsmandats der OSZE.

Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW)

Mit großem Nachdruck wurde 2003 die Ausarbeitung von *Praxisleitfäden* betrieben, die den Teilnehmerstaaten praktische Anleitungen geben, damit sie ihre Verpflichtungen aus dem SALW-Dokument der OSZE erfüllen können. Die Unterstützungsgruppe hatte maßgeblichen Anteil an der Planung, Koordinierung, Abfassung und Veröffentlichung dieser Leitfäden.

Die FSK-Unterstützungsgruppe leistete auch einen Beitrag zur praktischen Arbeit vor Ort durch Veranstaltung eines Schulungsprogramms zu Fragen der Grenzschutzes im Oktober mit dem Titel „Bekämpfung des illegalen Handels mit SALW durch Unterstützung bei der Grenzsicherung“, an dem Usbekistan und Afghanistan beteiligt waren.

Die Unterstützungsgruppe nahm im Juli an der Zweijährlichen Tagung der Vereinten Nationen zur Prüfung der Durchführung des *VN-Aktionsprogramms* teil, nachdem sie im März in Laibach deren Vorbereitungstreffen beigewohnt hatte, und war bei verschiedenen anderen Seminaren zum Thema Rüstungskontrolle vertreten.

Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit

Die FSK-Unterstützungsgruppe half Feldmissionen bei der Organisation von Seminaren zum *Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*. Im Mai 2003 wurden in Tadschikistan und Usbekistan unter Beteiligung der zuständigen Verwaltungsbehörden zwei Seminare abgehalten, durch die Bewusstseinsarbeit in Bezug auf die Bestimmungen des Verhaltenskodex geleistet werden sollte.

Im Juni veranstaltete das KVZ in enger Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Kiew ein Seminar für Parlamentarier aus den mittel- und osteuropäischen Staaten betreffend den *Verhaltenskodex*, insbesondere die demokratische Kontrolle der Streitkräfte.

Sonstige regionale Veranstaltungen und Seminare

Zur Verbesserung der Umsetzung der jährlich zu erfüllenden OSZE-Verpflichtungen hielt die FSK-Unterstützungsgruppe im September in Turkmenistan einen Workshop zum jährlichen Austausch militärischer Information ab. Auch zum *Verhaltenskodex* und zum Informationsaustausch nach den Bestimmungen des *Wiener Dokuments 1999* gab es Workshops.

Die Unterstützungsgruppe brachte ihr Fachwissen auch in einige andere regionale Veranstaltungen ein, darunter Seminare zum Thema VSBM in Bali und Seoul, und setzte es zur Unterstützung der Kooperationspartner der OSZE ein.

Die Gruppe Projektkoordination (PCC)

Unterstützung der Feldeinsätze bei der Auswahl, Entwicklung und Durchführung von Projekten

Projektarbeit wird zu einem immer wichtigeren Instrument im Hinblick auf die Erfüllung der jeweiligen Mandate durch die OSZE-Feldeinsätze. Zur fachlichen Unterstützung und Beratung, in erster Linie für Feldeinsätze in deren projektbezogener Arbeit, wurde im

Konfliktverhütungszentrum eine straff organisierte Unterstützungsgruppe eingerichtet: die *Gruppe Projektkoordination*. Sie besteht aus einem *Leitenden Projektmanagement-Koordinator* und einem Projektassistenten.

Nachdem die OSZE immer mehr Projekte entwickelt, dient die neue Gruppe als Anlaufstelle für alle Fragen im Zusammenhang mit dem Projektmanagement in der OSZE. Sie trägt zur Entwicklung eines organisationsweiten Ansatzes im Programm-Management bei.

2003 erstellten die PCC und die Schulungsabteilung der Hauptabteilung Personalressourcen des OSZE-Sekretariats eine Übersicht über das gesamte in der Organisation vorhandene umfangreiche Know-how in Sachen Projektmanagement. Dies soll zur Herausgabe eines Nachschlagewerks über das *Management von OSZE-Programmen und -Projekten* führen.

Eine weitere wichtige Aufgabe der PCC ist es, die Beurteilung der von OSZE-Feldeinsätzen eingereichten Projektvorschläge zu koordinieren. Zu diesem Zweck greift sie auf das im Sekretariat und in den Institutionen

vorhandene Fachwissen zurück, um Feldeinsätze mit Stellungnahmen und Anregungen zu den inhaltlichen, politischen und finanziellen Aspekten ihrer Projektvorschläge zu versorgen.

Die Koordination des Beurteilungsprozesses führte zu einem verstärkten Informationsaustausch über Projektaktivitäten innerhalb der Organisation und hat den Zweck, in der OSZE ein institutionelles Gedächtnis aufzubauen.

2003 führte der Leitende Projektmanagement-Koordinator in Wien sowie bei einigen Feldeinsätzen in Südosteuropa und im Kaukasus Schulungsworkshops für Projektmanagement durch.

Um für mehr Transparenz zu sorgen, das Berichtswesen zu verbessern und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, betreibt die PCC die OSZE-Projektdatenbank, in der über 300 Projekte aufgelistet sind. Eine Zusammenstellung dieser Projekte kann unter <http://www.osce.org/osceprojects> abgerufen werden.

Die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen

Schulung der Missionsmitarbeiter in Gender Mainstreaming, Bekämpfung des Menschenhandels und Umsetzung des Verhaltenskodex als Schwerpunktthemen

Die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen führte gemeinsam mit Rechtsexperten aus dem österreichischen Innenministerium Personalschulungen für über 300 Missionsmitarbeiter durch, die die OSZE-Verpflichtungen betreffend Gleichbehandlung und die Bekämpfung des Menschenhandels zum Gegenstand hatten.

Ausgehend von Fallstudien wurde besprochen, welche Rolle die OSZE-Mitarbeiter bei der Beobachtung der Lage betreffend den Status der Frau, Gewalt gegen Frauen und Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu spielen haben, insbesondere in Bezug auf die Pflichten der Strafverfolgungsbehörden und das Engagement der Zivilgesellschaft in den betreffenden Ländern.

Die Schulungsveranstaltungen dienten auch dazu, auf den Zusammenhang zwischen dem Verhalten der internationalen Bediensteten und dem Image und der Glaubwürdigkeit der Organisation aufmerksam zu machen, wobei betont wurde, dass der *OSZE-Verhaltenskodex* unbedingt einzuhalten ist; er untersagt jegliche Verbindung zu Personen, die unter dem Verdacht stehen, an Aktivitäten beteiligt zu sein, die gegen das Völkerrecht oder Menschenrechtsnormen verstoßen. Im Hinblick auf das jüngst verabschiedete Personalstatut samt Dienstordnung wurden die Missionsmitarbeiter auch auf ihre Rechte und Pflichten in Bezug auf die Förderung und Wahrung eines beruflichen Arbeitsumfelds aufmerksam gemacht, in dem es weder Diskriminierung noch Machtmissbrauch geben darf.

Um die Missionen besser in die Lage zu versetzen, ein solches Arbeitsumfeld zu gewährleisten, veranstaltete die Leitende Beraterin auch ein Mediationstraining für die zu Personalmediatoren ernannten Mitarbeiter.

Die Teilnehmer tauschten unter Mitwirkung eines professionellen Mediators Informationen aus und überprüften bewährte Praktiken in Bezug auf Konfliktverhütung und Konfliktbeilegung innerhalb der Organisation. Infolge der von den Mediatoren abgegebenen Empfehlungen werden solche Schulungsveranstaltungen und Gesprächsrunden in Zukunft öfter stattfinden, um die Vernetzung und den Aufbau von Kapazitäten unter Fachleuten zu verbessern.

Die Frage des Menschenhandels war das wichtigste Schwerpunktthema des niederländischen Vorsitzes. Die Leitende Beraterin beteiligte sich aktiv an Veranstaltungen zum Thema Menschenhandel, darunter das Vorbereitungstreffen zum *OSZE-Wirtschaftsforum*, die Treffen des Expertenteams der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel und die Konsultationen des Vorstands der Regionalen Clearingstelle des Stabilitätspakts.

Die Leitende Beraterin koordinierte den Beitrag des Sekretariats zum *Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels* und leistete regelmäßig Beiträge zu den Treffen der informellen *Arbeitsgruppe Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels*.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Aktionsplans arbeitet die Leitende Beraterin an Dienstanweisungen und einschlägigen Unterlagen für Missionsmitarbeiter, um zu gewährleisten, dass den Bediensteten das Problem Menschenhandel in seiner ganzen Tragweite bewusst ist. Es gibt Strategien für eine weitere thematische Ergänzung des Schulungsprogramms.

Bericht des Büros des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA)

Eine neue Strategie für ein stärkeres und wirksameres Engagement in Wirtschafts- und Umweltthemen

2003 war es für die OSZE wichtiger denn je, sich in der Wirtschafts- und Umweltdimension zu engagieren. Die Organisation sprach eine Reihe dringender sicherheitsrelevanter Fragen von internationaler Bedeutung an, etwa

- **die wirtschaftlichen Auswirkungen des Menschen- und Drogenhandels und des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen,**
- **die Bekämpfung der Geldwäsche und die Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus und**
- **Korruption.**

Die OSZE setzte sich auch für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen ein und befasste sich mit Fragen der Wasserbewirtschaftung und der Umwelt- und Sicherheitsinitiative.

Eine neue Richtung: Das neue Strategiedokument

Das *neue Strategiedokument 2003* der OSZE bietet einen wirksamen Rahmen für die Tätigkeit des Büros des Koordinators und gibt Anleitungen für die Verbesserung der Wirtschafts- und Umweltkompetenz der OSZE.

Auf dem *Ministerratstreffen* der OSZE von Porto im Dezember 2002 beauftragten die OSZE-Teilnehmerstaaten den Ständigen Rat mit der Ausarbeitung eines *neuen Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension*.

Das Dokument sollte das Bonner Dokument von 1990 ergänzen und gleichzeitig Empfehlungen und Verpflichtungen im Hinblick auf ökonomische und ökologische Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität in der OSZE-Region im 21. Jahrhundert enthalten.

Die Erörterungen über das neue Strategiedokument fanden von Januar bis November 2003 im Rahmen des Unterausschusses für Wirtschaft und Umwelt statt.

Schaffung einer Projektunterstützungsgruppe

Die rasch wachsende Bedeutung der Projektarbeit in der Wirtschafts- und Umweltdimension führte zur Schaffung einer *Projektunterstützungsgruppe* (PSU) im Büro des Koordinators, deren Aufgabe es ist, den Projektbeauftragten im Büro und den OSZE-Missionen in den Phasen der Projektentwicklung und -umsetzung, der Berichterstattung und der Beschaffung von Geldmitteln Hilfe zu leisten.

Die Gruppe setzt sich aktiv für den Transfer von Know-how zwischen den Feldpräsenzen und dem OCEEA ein und ist im Begriff, ein institutionelles Gedächtnis im Hinblick auf vergangene und laufende Projekte aufzubauen und eine Liste von Musterprojekten zu erstellen.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension spielt die OSZE nach wie vor eine wichtige Vermittlerrolle in den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der ökonomischen und ökologischen Bedrohungen der Sicherheit.

2003 trug das OCEEA zu zahlreichen, von der EBRD, den Vereinten Nationen und der NATO organisierten Treffen bei. Es machte auch wie bisher auf Sicherheitsrisiken aufmerksam, die sich aus wirtschaftlichen Ungleichgewichten im OSZE-Raum ergeben, und schlug Mittel und Wege vor, um den im Entstehen begriffenen Wirtschafts- und Umweltproblemen entgegenzuwirken.

Wirtschaftliche Aktivitäten

11. Wirtschaftsforum 2003: Bekämpfung des Menschenhandels als Hauptpunkt der Tagesordnung

Auch das *11. OSZE-Wirtschaftsforum in Prag*, das den Titel „*Menschenhandel, Drogenhandel, Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen – Wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene*“ trug, stand ganz im Zeichen des Schwerpunktthemas der OSZE im Jahr 2003, der Bekämpfung des Menschenhandels.

Die Wahl des Themas unterstreicht die internationale Bedeutung des Problems, das alle OSZE-Staaten betrifft, ebenso wie das dringende Gebot, auf der Suche nach einer wirksamen Antwort die wirtschaftlichen Aspekte zu analysieren. Im Vorfeld des Wirtschaftsforums wurden 2003 zwei Vorbereitungsseminare zu diesem Thema abgehalten. Das erste hatte bereits im November 2002 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia unter dem Titel „*Nationale und internationale wirtschaftliche Auswirkungen des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen*“ stattgefunden.

- Das 2. Vorbereitungsseminar zum Thema „*Menschenhandel – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene*“ fand am 17. und 18. Februar in Ioannina (Griechenland) statt.
- Das 3. Vorbereitungsseminar zum Thema „*Drogenhandel – wirtschaftliche Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene*“ fand am 17. und 18. März in der usbekischen Hauptstadt Taschkent statt.

Das Wirtschaftsforum selbst behandelte jene Aspekte, die allen Arten des illegalen Handels gemeinsam sind, etwa Armut, das Fehlen wirtschaftlicher Perspektiven im Heimatland, fehlendes Problembewusstsein und die Finanzierungswege der Täter.

Die Erörterungen mündeten in Empfehlungen für Folgemaßnahmen, darunter die Entwicklung eines umfassenden Programms gegen den Menschenhandel durch das OCEEA, und leisteten einen wertvollen Beitrag zum *Aktionsplan der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels*, der im Juli verabschiedet wurde.

Die OSZE hat im Kampf gegen den illegalen Handel angesichts ihrer ausgedehnten Feldpräsenz, die es ihr ermöglicht, an Ort und Stelle auf einige der wirtschaftlichen Ursachen einzugehen, eine ganz besondere Rolle zu spielen.

Zum wirtschaftlichen Betätigungsfeld der OSZE im Kampf gegen den illegalen Handel zählt ihr Einsatz für eine bessere und für alle zugängliche Bildung und Berufsausbildung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese Fragen werden gemäß dem Thema des 12. *Wirtschaftsforums* 2004 auf der Tagesordnung des OCEEA bleiben.

Berührender Film löst konstruktive Debatte aus

Am 15. September organisierte das OCEEA eine Vorführung des preisgekrönten Films *Lilja 4-ever* in Wien. Anschließend fand eine Diskussion über Bewusstseinsbildung und Menschenhandel statt. Im Publikum befanden sich politische Entscheidungsträger aus Österreich, Medienvertreter sowie OSZE-Mitarbeiter und -Delegationen. Derzeit laufen Bemühungen, unter anderem von Seiten des OSZE-Büros in Baku und der OSZE-Mission im Kosovo, die Veranstaltung zu wiederholen.

Vorausplanung für „Neue Herausforderungen beim Aufbau institutioneller und menschlicher Kapazitäten für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“

Das erste Vorbereitungsseminar zum bevorstehenden 12. *Wirtschaftsforum* 2004 fand am 17. und 18. November in der armenischen Hauptstadt Eriwan statt. Thema des Seminars war die Rolle der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten bei der Schaffung und Verbesserung der Voraussetzungen für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen im OSZE-Raum.

Globalisierung

Der niederländische OSZE-Vorsitz und das OCEEA beteiligten sich gemeinsam an der Organisation einer Konferenz zu Fragen der Globalisierung in Wien. Hauptzweck der Konferenz war die Erörterung der Rolle, die die OSZE als regionale Sicherheitsorganisation spielen kann, um aus der Globalisierung größtmöglichen Nutzen zu ziehen und gleichzeitig deren Risiken und Herausforderungen in Europa, im Kaukasus und in Zentralasien zu minimieren.

Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus und die Geldwäsche

In Sachen Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus setzte das OCEEA in Zusammenarbeit mit dem Globalen Programm des UNODC gegen Geldwäsche das ganze Jahr über die Veranstaltung einer Reihe nationaler Workshops fort. Diese fanden im Frühjahr in Armenien und Aserbaidschan und im Oktober in Usbekistan und Tadschikistan statt.

An diesen Veranstaltungen waren Vertreter staatlicher Institutionen und Ministerien, Zentralbanken, Generalstaatsanwaltschaften, Zoll- und Justizbehörden, Parlamentsausschüsse und der Bankensektor sowie

Experten aus den Vereinten Nationen, Österreich, Kanada und Kroatien vertreten. Sie tauschten ihre Meinungen und Erfahrungen hinsichtlich der gesetzgeberischen und technischen Aspekte der Geldwäsche aus, mit dem Ziel, die Entwicklung der notwendigen Gesetze und Verwaltungsstrukturen zu unterstützen.

Jungunternehmerseminare (YES)

Die wichtigsten Impulse für die Schaffung von Arbeitsplätzen sowohl in Ländern mit entwickelter Marktwirtschaft als auch in Reformstaaten gehen von kleinen und mittleren Unternehmen aus. Die junge Generation anzusprechen, ist ein äußerst effizientes Mittel, um das wirtschaftliche Potenzial auszuschöpfen und sozialen Randgruppen in den Reformstaaten Alternativen zu bieten.

Der Erfolg des *Jungunternehmerseminars* in Bosnien und Herzegowina, das in Partnerschaft mit der *Südosteuropäischen Unternehmensentwicklungsinitiative* (SEED) der Weltbank durchgeführt wurde, machte deutlich, wie wichtig es ist, jungen Menschen neue Zukunftsperspektiven zu bieten und sie zur Teilnahme an den in ihren Ländern in Gang befindlichen sozioökonomischen Reformen zu veranlassen. Das Projekt sollte dazu beitragen, die Abwanderung junger Menschen aus den Reformstaaten zu verhindern.

OSZE-Broschüre über bewährte Praktiken bei der Korruptionsbekämpfung

Das OCEEA ist im Begriff, diese Broschüre fertigzustellen. Sie enthält eine Auflistung der wirksamsten Antikorruptionsmaßnahmen, die für den öffentlichen Dienst und Politiker gelten, sowie Auszüge aus Gesetzesbestimmungen, Stellungnahmen zur Rechtsdurchsetzung und zu den Ergebnissen, politischen Auswirkungen und Erfahrungen. Die Broschüre soll als Nachschlagewerk bei der Umsetzung von Antikorruptionsmaßnahmen dienen.

KMU und Aufbau von Kapazitäten

Angesichts der Bedeutung der KMU im wirtschaftlichen Transformationsprozess innerhalb des OSZE-Raums setzte sich das OCEEA das ganze Jahr hindurch aktiv für die Entwicklung von KMU ein, insbesondere in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten.

Zu den Aktivitäten im Jahr 2003 zählte die Ausbildung von Frauen, Beschäftigungslosen, Mitgliedern von Dorfgemeinschaften und Jugendlichen, hauptsächlich aus entlegenen Gebieten und konfliktanfälligen Grenzregionen. Auch Projekte zum Aufbau von Kapazitäten – etwa rechtliche Unterstützung und Einrichtung von Informationszentren oder Websites zur Unterstützung von Unternehmen – waren Schwerpunktbereiche. Unter den sonstigen Projekten ist ein System zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu erwähnen, dessen Zielgruppe beschäftigungslose Frauen in unterversorgten Regionen Tadschikistans waren.

Eines der erfolgreichsten Projekte im Rahmen der Wirtschafts- und Umweltdimension war das Jungunternehmerseminar in Bosnien und Herzegowina in Zusammenarbeit mit der Weltbank, dessen Wiederholung in den Einsatzgebieten anderer OSZE-Missionen (Zentralasien, Kaukasus) vom OCEEA mit Nachdruck betrieben wird.

Umweltaktivitäten

Die Bedeutung der Umweltaktivitäten im OSZE-Raum nahm 2003 zu, wobei sich die Anzahl der laufenden oder in Erwägung gezogenen Projekte erhöht hat. Dazu gehören:

- die *Umwelt- und Sicherheitsinitiative*
- gemeinsame Bemühungen des OCEEA und der UNESCO zur Erleichterung zwischenstaatlicher Konsultationen über die Errichtung und gemeinsame Verwaltung eines Biosphärenreservats in Polesien, einer Grenzregion in Belarus, Polen und der Ukraine, im Rahmen des Programms „*Mensch und Biosphäre*“
- Bemühungen um ein Abkommen zwischen Moldau und der Ukraine über Fragen der grenzüberschreitenden Gewässer, konkret hinsichtlich der nachhaltigen Nutzung des Dnjestr.

Laufende Aktivitäten

Fortschritte im gemeinsamen Südkaukasus-Wasserprojekt

Zu den anderen laufenden Aktivitäten zählt ein gemeinsam mit der NATO betriebenes Projekt im Südkaukasus betreffend einheitliche Wassernormen für die Flüsse Kura und Arax. Das Projekt ist insofern einzigartig, als es alle drei südkaukasischen Staaten – Armenien, Aserbaidschan und Georgien – umfasst. Ein Zwischenbericht über den Stand des Projekts zur Halbzeit wurde den Delegationen auf dem ersten Vorbereitungsseminar zum 12. Wirtschaftsforum präsentiert.

Zentralasien

In Zentralasien unterstützt das OCEEA Kasachstan und Kirgisistan gemeinsam mit der UNECE bei der Schaffung einer Kommission für grenzüberschreitende Gewässer zur Bewirtschaftung der Flüsse Tschu und Talas. Dieses Projekt ist ein Beispiel für erfolgreiche

zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Region in Fragen der Wassernutzung.

Südosteuropa

Das OCEEA unterstützt auch die Parteien des *Rahmenübereinkommens über das Save-Becken* in Südosteuropa in ihren Bemühungen um Einrichtung einer zwischenstaatlichen Wasserkommission und um Durchführung des Übereinkommens.

Umwelt- und Sicherheitsinitiative – Abschluss von Phase Eins

Die erste Phase des *Umwelt- und Sicherheitsprogramms (EnvSec)*, einer auf drei Jahre ausgelegten Initiative von OSZE, UNEP und UNDP, wurde am 14. November 2003 mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen den drei Organisationen in Wien abgeschlossen.

Im Rahmen dieses Programms wurden maßgebliche Umweltfragen, die für die Sicherheit in Südosteuropa und Zentralasien von Belang sind, einer Beurteilung unterzogen, zwei regionale und nationale Konsultationsrunden abgehalten und eine Sensibilisierungskampagne gestartet.

Die erste Phase erbrachte zwei regionale Beurteilungsberichte: eine visuelle Präsentation in Form einer Serie von Landkarten, auf denen die größten Umwelt- und Sicherheitsbedrohungen in der Region grafisch dargestellt sind, und ein dreijähriges Aktionsprogramm, das Aktivitäten zur Verringerung der erkannten Risiken enthält. Ziel der nächsten Phase wird es sein, die Beurteilungsmethode weiterzuentwickeln und weitere Schritte in Bezug auf die Prioritäten zu unternehmen, die anhand der Beurteilungen auf subregionaler Ebene festgesetzt wurden.

Das Programm wird 2004 in enger Absprache mit Partnern, Regierungen und den betroffenen Menschen auch auf den Südkaukasus und die westlicheren der kürzlich unabhängig gewordenen Staaten ausgedehnt.

Weitere Einzelheiten über die ökonomischen und ökologischen Aktivitäten des OCEEA in den OSZE-Feldmissionen und -Präsenzen sind dem Kapitel Feldeinsätze dieses Jahresberichts zu entnehmen.

Das Prager Büro

Die ältesten institutionellen Wurzeln der OSZE befinden sich im Prager Dokumentationsarchiv der Organisation. Das Prager Büro, das 1994 zu einer Außenstelle des Wiener Sekretariats wurde, ist seit 1991 Träger des institutionellen Gedächtnisses der OSZE. Damals hatte das Sekretariat seinen Sitz in Prag.

Als Bestandteil des Wiener OSZE-Sekretariats nimmt das Prager Büro an vielen wichtigen Projekten zur Straffung des Informationsflusses von der Erstellung eines Dokuments bis zu dessen Veröffentlichung teil und arbeitet mit der *Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit* und dem *Konferenzdienst* des Sekretariats zusammen.

Wie schon in den vergangenen Jahren erfolgte auch 2003 von Prag aus der regelmäßige Versand des OSZE-Newsletter und die Auflistung von Neuerscheinungen, die von den Mitarbeitern des Prager Büros aus dem vom Dokumentenverteilungsschalter der Hofburg übermittelten KSZE/OSZE-Dokumenten ausgewählt werden. Zu Jahresende waren in der neu eingerichteten und laufend aktualisierten Mailing-Datenbank 2700 aktive Abonnenten verzeichnet, die den OSZE-Newsletter in 2700 englischen und 370 russischen Exemplaren beziehen. Die (derzeit 65) Depositarbibliotheken – weltweit bedeutende Informationsquellen für Studierende, Wissenschaftler, Experten und die Öffentlichkeit – können die Dokumente seit kurzem vierteljährlich in elektronischer Form auf CD-ROM erhalten. Auf Anfrage wurden OSZE-Publikationen wie das Handbuch, das Nachschlagewerk mit den OSZE-Beschlüssen und der Jahresbericht sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form versandt.

Das Prager Büro sorgt auch dafür, dass die Journale, Beschlüsse und anderen von den Verhandlungs- und Entscheidungsorganen der OSZE verabschiedeten Dokumente in allen sechs Arbeitssprachen der OSZE ins Netz gestellt werden. Darüber hinaus bietet das Büro eine elektronische Auswahl neu herausgegebener Dokumente an, um der Öffentlichkeit anhand der publizierten Dokumente ein vollständiges Bild von der Tätigkeit der OSZE zu vermitteln (http://www.osce.org/docs/new_releases/). Das Büro arbeitet mit der Online-Sektion der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Einführung eines datenbankgestützten Konzepts für die Online-Dokumentationsbibliothek durch Neu-Heraufladen bestehender Dokumentensammlungen zusammen.

Das bewährte *Gastforscherprogramm* der OSZE ermöglicht es dem Prager Büro, sein Archiv Forschern aus aller Welt zu öffnen. Im Laufe des Jahres 2003 nahmen insgesamt 14 Forscher, meist aus akademischen Institutionen, einige Professoren, Dissertanten und

Diplomanden an dem Programm teil. Das Büro half bei der Vermittlung von Gesprächen mit Vertretern des Sekretariats, Missionsmitarbeitern und Leitern nationaler Delegationen. Drei hoch qualifizierte Forscher begaben sich in Zentralen und Regionalbüros von Missionen, wo ihnen lokale und internationale Mitarbeiter bei verschiedenen Aspekten ihrer Forschungsprojekte behilflich waren. Ihre Arbeiten liegen in der Bibliothek des Prager Büros auf.

Vom 20. bis 23. Mai 2003 fand in Prag das *11. Treffen des OSZE-Wirtschaftsforums* statt. Wie schon alle früheren Foren wurde auch diese Veranstaltung vom Prager Büro in Absprache mit dem *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten* der OSZE, dem niederländischen Vorsitz, dem Konferenzdienst und dem tschechischen Außenministerium intensiv betreut.

Die wichtigsten Aktivitäten:

- Sammlung von Konferenzdokumenten, Veröffentlichungen und öffentlichem Informationsmaterial der KSZE/OSZE
- Aufbewahrung, Aktualisierung und Zusammenstellung der KSZE/OSZE-Dokumente in bestehenden Archivsammlungen (z. B. chronologisch, thematisch)
- Schaffung einer neuen Archivsammlung geschlossener Missionen (Belarus, Estland, Kosovo, Lettland)
- Vergrößerung der derzeitigen Archivfläche und Vervollständigung der vorhandenen Bestände
- Betreuung einer kleinen Handbibliothek
- Beantwortung allgemeiner Anfragen aus der Öffentlichkeit und konkreter Anfragen von Forschern
- regelmäßiger Versand des OSZE-Newsletter, Zusammenstellung von Listen ausgewählter Neuerscheinungen und anschließender Versand der bestellten Neuerscheinungen an die Abonnenten
- Versorgung der OSZE-Depositarbibliotheken mit vollständigen Sätzen neu erschienener Dokumente
- Schaffung einer neuen Mailing-Datenbank
- Platzierung der Journale, Beschlüsse und anderen Dokumente der OSZE im Netz
- Neu-Heraufladen von Dokumenten in eine Online-Dokumentationsbibliothek in Zusammenarbeit mit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Betreuung des *Gastforscherprogramms* (14 Forscher im Jahr 2003)
- Betreuung eines Praktikantenprogramms (7 Praktikanten im Jahr 2003)
- Unterstützung des *11. Treffens des OSZE-Wirtschaftsforums*.

PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

Jahresbericht über das Zusammenwirken zwischen Organisationen und Institutionen im OSZE-Raum

Die OSZE und ihre wichtigsten internationalen Partner – insbesondere die Vereinten Nationen, die Europäische Union, der Europarat und die Nordatlantikvertrags-Organisation – befinden sich derzeit in einem Prozess des tief greifenden institutionellen Wandels und der Anpassung an ein verändertes internationales Umfeld.

Getreu ihrer Verpflichtung legt die OSZE größten Wert auf eine enge, effiziente und wirksame Zusammenarbeit und Absprache mit anderen internationalen Organen, um im Rahmen der internationalen kollektiven Sicherheit die ihr eigene Rolle zu spielen. Intensiver denn je ist sie bestrebt, die Kontakte zu anderen internationalen Organisationen, NGOs und wissenschaftlichen Institutionen zu vertiefen. Daran zeigt sich, dass die externe Zusammenarbeit dem niederländischen OSZE-Vorsitz ein großes Anliegen war.

„Kein Staat und keine Organisation kann auf sich allein gestellt die Herausforderungen bewältigen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Es ist daher sehr wichtig, die Bemühungen aller einschlägigen Organisationen zu koordinieren. Die OSZE ist bestrebt, ihre Beziehungen zu allen Organisationen und Institutionen zu vertiefen, denen die Förderung umfassender Sicherheit im OSZE-Gebiet ein Anliegen ist.“

OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, verabschiedet auf dem Elften Treffen des Ministerrats (Maastricht, 1. und 2. Dezember 2003).

Die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organen ist eines der Schlüsselinstrumente der OSZE in ihrem Einsatz für umfassende Sicherheit.

Auf der Grundlage der auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 verabschiedeten *Plattform für kooperative Sicherheit* und einschlägiger Beschlüsse der *Ministerratstreffen von Bukarest (2001)* und *Porto (2002)*, in denen sich die OSZE verpflichtete, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit anderen Organisationen und Institutionen zu verstärken, haben sich die Außenbeziehungen der Organisation 2003 spürbar verstärkt.

Auf dem *Ministerratstreffen von Maastricht* am 1. und 2. Dezember verabschiedeten die OSZE-Teilnehmerstaaten eine Reihe von Beschlüssen und Strategien, in denen ausdrücklich zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Institutionen sowohl auf politischer als auch auf Arbeitsebene aufgerufen wurde, allen voran die *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert*. Als Reaktion auf diese Bedrohungen verpflichtet sich die OSZE,

- einen wirksamen Rahmen für die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Akteuren zu bieten, um auf diese Bedrohungen in einer koordinierten und komplementären Weise einzugehen,
- gemeinsam mit subregionalen Organisationen in ihrem Gebiet weiterhin Treffen zu organisieren, die dem Informationsaustausch und der Koordination in Bezug auf bestimmte Themen dienen,
- im Einvernehmen mit anderen internationalen Organisationen und Institutionen als Teil der umfassenden Bemühungen um gemeinsame Analyse und Bewältigung von Bedrohungen die Einrichtung eines neuen Ad-hoc-Beratungsmechanismus vorzuschlagen.

Die OSZE, die als Forum für einen institutionalisierten politischen Dialog, für Konsultationen und Verhandlungen zwischen ihren eigenen Teilnehmerstaaten dient, sieht ihre Stärke auch darin, dass sie sich selbst als flexiblen Ad-hoc-Rahmen für den Informationsaustausch und Konsultationen mit anderen internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen anbietet. Wie in der *Plattform für kooperative Sicherheit* von 1999 festgehalten, können in einem solchen Rahmen „verschiedene Organisationen ausgehend von ihren jeweiligen Stärken einen Synergieeffekt erzielen“.

2003 bemühte sich die OSZE besonders aktiv darum, einen solchen Rahmen zu bieten. Partnerorganisationen wie die NATO, der Europarat und die GUS wurden eingeladen, auf der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC)* ihre Ansichten darzulegen. Sie waren auch in die Ausarbeitung der *OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert* eingebunden. Auch die Europäische Union nahm in vollem Umfang an der ASRC teil und war ebenfalls an der Ausarbeitung der Strategie beteiligt.

Darüber hinaus veranstaltete der Generalsekretär der OSZE im Juni in Wien ein Treffen zentralasiatischer Staaten mit internationalen Organisationen und Institutionen, bei dem es zu einem Informationsaustausch über die Zusammenarbeit in Zentralasien kam. Hochrangige Vertreter der fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten und Afghanistan als Beobachter sowie Vertreter von 24 internationalen und regionalen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen und bilateralen Entwicklungsagenturen nahmen an dem Treffen teil. Es kam zu einem lebhaften Meinungs- und Informationsaustausch über die Prioritäten und Bedürfnisse der zentralasiatischen Staaten und über internationale Konzepte und Aktivitäten in der Region. Alle Teilnehmer betonten ihr entschiedenes Bekenntnis zu einer Verstärkung des Informationsaustauschs, der Konsultationen und der Zusammenarbeit zum Thema Zentralasien, sowohl auf Amtsebene als auch vor Ort, und räumten ein, dass ihre Strategien und Konzepte für diese Region in gewissem Maße aufeinander abgestimmt werden müssen. Es wurde vereinbart, im Rahmen der jeweiligen Mandate und Stärken der einzelnen Institutionen den Informationsaustausch fortzusetzen und die internationale Zusammenarbeit in Zentralasien zu intensivieren. In Zukunft könnte sich die Zusammenarbeit etwa auf Maßnahmen gegen regionale Sicherheitsbedrohungen, die Förderung und Unterstützung von Good Governance und der Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie auf die Erleichterung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region beziehen.

Als Ergebnis des Treffens war eine merkliche Verbesserung der Konsultations- und Kooperationsmechanismen auf politischer und operativer Ebene zu verzeichnen, einschließlich der Koordination zu politischen, sachbezogenen und regionalen Fragen. Bei dieser Gelegenheit kam es neben dem traditionellen Informationsaustausch zwischen Partnerorganisationen auch zu einer gewissen Koordination der politischen Planung und Umsetzung.

Die OSZE, der Europarat und das Genfer Büro der Vereinten Nationen, die Europäische Union (über die Europäische Kommission und den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) versammeln sich regelmäßig zum jährlichen *Zielgerichteten Treffen* und zum jährlichen *Hochrangigen Dreiertreffen*. Diese Treffen sind ein weiteres wichtiges Forum, um eine koordinierte internationale Reaktion auf globale und regionale Bedrohungen der menschlichen Sicherheit herbeizuführen.

Gegenstand der Erörterungen des diesjährigen Hochrangigen Dreiertreffens am 13. und 14. Februar in Genf war unter anderem die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus. Die Teilnehmer betonten die Notwendigkeit eines gemeinsamen Rahmens für eine effizientere Bekämpfung des Terrorismus unter gleichzeitiger Achtung der Menschenrechte und gegebenenfalls des humanitären Völkerrechts.

Die Vereinten Nationen

In seiner Rede vor den Teilnehmern des *fünften Hochrangigen Treffens* zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen zum Thema „Neue Herausforderungen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit einschließlich des internationalen Terrorismus“ am 29. und 30. Juli in New York erinnerte der Generalsekretär der Vereinten Nationen daran, dass „die meisten Herausforderungen, denen wir gegenüber stehen, größer sind als jeder einzelne von uns“. Damit bezog er sich auf die neuartigen Sicherheitsbedrohungen, die gut koordinierte und aufeinander abgestimmte globale, Grenzen und Regionen übergreifende Strategien und Lösungen erfordern. Zu diesem Zweck intensivierten die Vereinten Nationen ihren Dialog mit internationalen und regionalen Organisationen. 2003 wurden noch zwei weitere hochrangige Treffen mit regionalen Organisationen veranstaltet, und zwar im März und April vom Vorsitzenden des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und vom Präsidenten des Sicherheitsrats.

In den Diskussionen bestätigte sich, dass die Leiter der regionalen Organisationen ohne Ausnahme die Notwendigkeit verstärkter Arbeitsbeziehungen über regionale Grenzen hinweg erkannt haben. Es herrschten die Bereitschaft und der Wille zu einem regelmäßigen Informationsaustausch, mit dem Ziel, sicherheitsrelevante grenzüberschreitende Fragen zu behandeln.

Im Laufe des Jahres hielt der Generalsekretär der OSZE mit den Leitern verschiedener Teile des VN-Systems regelmäßig Konsultationen ab. Die hochrangigen Kontakte auf Gegenseitigkeit erstreckten sich auch auf die jeweiligen zwischenstaatlichen Organe, die Generalversammlung der Vereinten Nationen und den *Ständigen Rat* der OSZE. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE sprach vor der VN-Generalversammlung, im Gegenzug wurden sowohl der scheidende als auch der designierte Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für das Kosovo eingeladen, vor Vertretern der OSZE-Teilnehmerstaaten zu sprechen. Maßgebliche Mitglieder des VN-Systems beteiligten sich auch aktiv an einer Reihe von Veranstaltungen, die sich regelmäßig auf dem Terminkalender der OSZE finden, etwa dem *Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension* und dem *Wirtschaftsforum*, sowie an regelmäßigen Treffen der Leiter von OSZE-Missionen. Insbesondere leistete die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa einen wesentlichen Beitrag zur Ausarbeitung des *OSZE-Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension*.

Konsultationen zwischen der UNHCR-Verbindungsstelle in Wien und dem Vorsitz, den Teilnehmerstaaten und dem Sekretariat der OSZE gehörten wie schon bisher zur täglichen Routine. UNHCR leistet regelmäßig Beiträge zu informellen Arbeitsgruppen der OSZE, ihren *Treffen zur menschlichen Dimension*, den *Hochrangigen Dreiertreffen* und den *Zielgerichteten Treffen* sowie zu den *Ministerratstreffen* der OSZE. In dem Bestreben, Fragen von gemeinsamem Interesse auf höchster politischer Ebene aufzugreifen, wurde der Hohe Flüchtlingskommissar R. Lubbers eingeladen, im April

vor dem *Ständigen Rat* der OSZE zu sprechen. Um zu einem einheitlichen Vorgehen in der Frage der Binnenvertreibung und zur Übernahme entsprechender Bestimmungen in nationales Recht zu ermutigen, fand im Oktober eine gemeinsame informelle Informationsveranstaltung von OSZE und UNHCR für OSZE-Teilnehmerstaaten statt.

Die Kontakte mit den Vereinten Nationen auf Arbeitsebene erfuhren 2003 eine Ausweitung. Am 8. Mai fand in Wien ein Treffen auf Arbeitsebene zwischen dem OSZE-Sekretariat und der OSZE-Troika sowie der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten der Vereinten Nationen statt. Zu weiteren regelmäßigen Kontakten auf Arbeitsebene kam es zwischen wichtigen Dienststellen des OSZE-Sekretariats und ihren Entsprechungen in den Vereinten Nationen. So treffen sich etwa alle sechs Wochen Strafrechtsexperten aus der *Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* (SPMU) des OSZE-Sekretariats mit ihren Amtskollegen aus der für die Reduzierung des Drogenangebots und die Rechtsdurchsetzung zuständigen Sektion der Vereinten Nationen, während die *Gruppe Terrorismusbekämpfung* (ATU) des OSZE-Sekretariats mit dem UNODC aktiv an der Organisation des dritten Treffens des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (UNCTC) mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen arbeitet, das im März 2004 in Wien stattfinden soll. Gemäß dem Wunsch der Teilnehmerstaaten, die OSZE möge sich der Frage der tragbaren Luftabwehrsysteme (MANPADS) und des radiologischen Materials annehmen, arbeitete die ATU eng mit der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und der Internationalen Atomenergie-Organisation zusammen. In der politisch-militärischen Dimension war die FSK-Unterstützungsgruppe im *Konfliktverhütungszentrum* (KVZ) des OSZE-Sekretariats gemeinsam mit der VN-Hauptabteilung Abrüstungsfragen und der slowenischen Regierung in Laibach Mitveranstalter der subregionalen *VN/OSZE-Konferenz zu allen Aspekten des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen in Südosteuropa*, als Teil der Vorbereitung der *ersten zweijährlichen Tagung* im Juli in New York. Die Gruppe steht auch weiterhin in enger Verbindung mit der regionalen SALW-Clearingstelle des UNDP und des Stabilitätspakts in Belgrad.

In Bezug auf die Wirtschafts- und Umweltdimension betreut das *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE* (OCEEA) in Zusammenarbeit mit dem Globalen Programm des UNODC gegen Geldwäsche (GPML) weiterhin die gemeinsam entwickelten nationalen Workshops zur Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus in interessierten Teilnehmerstaaten. Im November unterzeichnete der Koordinator auch ein Memorandum of Understanding mit UNDP und UNEP über die Zusammenarbeit im Rahmen der *Umwelt- und Sicherheitsinitiative*. Im Hinblick auf die Bekämpfung des Menschenhandels arbeitet die im OSZE-Sekretariat tätige *Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen* im Wege eines Informationsaustauschs über jüngste Entwicklungen betreffend Politik und Programme mit UNHCR, UNHCHR und der ILO zusammen.

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) hat enge Arbeitsbeziehungen mit verschiedenen Organisationen des VN-Systems zu Fragen, die sich auf sein Mandat beziehen, hergestellt – sie betreffen unter anderem die Beobachtung und Beurteilung von Maßnahmen gegen den Menschenhandel in Südosteuropa (mit UNICEF und UNHCHR), die Unterstützung neuer Volksanwaltschaften in verschiedenen Ländern (mit UNDP), die Übertragung wirtschaftlicher Verantwortung an Frauen (mit UNECE) sowie Gleichbehandlungsfragen (mit UNIFEM, UNECE und UNDP).

Neben regelmäßigen Kontakten mit einschlägigen VN-Hauptabteilungen arbeitete der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten (HKNM) in konkreten Fragen mit Sonderorganisationen der Vereinten Nationen zusammen, etwa mit dem UNDP bei einem sektorenübergreifenden Programm in der georgischen Region Samtsche-Dschawacheti, das auf die soziale Integration der Region und ihrer Bevölkerung in die georgische Gesellschaft abzielt.

In Kirgisistan arbeitet der HKNM im Bildungswesen mit der UNESCO und dem UNDP zusammen. In der Russischen Föderation widmet er sich in enger Zusammenarbeit mit UNHCR und der IOM der Lage der Mescheten in der Region Krasnodar. Das Büro des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit lieferte den Vereinten Nationen auf Ersuchen des VN-Sonderberichterstatters über das Recht auf freie Meinungsäußerung Unterlagen über die Situation der Medien in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten.

In Südosteuropa war die Partnerschaft zwischen der OSZE – über ihre Feldeinsätze in Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien sowie Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo – und den Vereinten Nationen besonders eng. In der gesamten Region wurde von den verschiedenen Akteuren der internationalen Gemeinschaft in enger Abstimmung eine Struktur geschaffen, häufig in Form von interinstitutionellen Arbeitsgruppen, Einsatzstäben und Räten von Dienststellenleitern. Die Agenda für die künftige Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen in Südosteuropa wird von der weiteren Entwicklung der Lage in den einzelnen Ländern abhängen, insbesondere in Bezug auf den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU und den von den meisten vor Ort tätigen Organisationen eingeleiteten Rückzugsprozess.

Auf der Grundlage eines mit der albanischen Regierung, UNHCR und der IOM unterzeichneten Memorandum of Understanding arbeitete die OSZE-Präsenz in Albanien an einem Projekt betreffend ein erstes Auswahlverfahren unter den in Albanien angehaltenen Ausländern, die sich unrechtmäßig im Land aufhalten. Im Hinblick auf Grenzschutz und Grenzsicherung unterstützt und erleichtert die OSZE-Präsenz gemeinsame Kooperations-sitzungen zu Grenzfragen zwischen der staatlichen albanischen Polizei und UNMIK/KFOR. Die Präsenz betreibt auch gemeinsam mit dem UNDP Aktivitäten zur Förderung des Wirtschaftswachstums in ländlichen Gebieten und alternative Einkommensprogramme, die

den Prozess der Einziehung von Kleinwaffen und leichten Waffen und das Drogenbekämpfungsprogramm im Hintergrund unterstützen. Gemeinsam mit dem UNODC wurde im Rahmen des Internationalen Tages gegen Drogen eine öffentliche Aufklärungskampagne durchgeführt.

Photovoltaisch (mit Sonnenenergie) betriebene Pumpen haben sich als eine der geeignetsten Technologien für die Wasserversorgung in Dörfern erwiesen, wenn mit Handpumpen nicht das Auslangen gefunden werden kann. Sie können verwendet werden, um Wasser aus Bohrlöchern, offenen Brunnen, Kanälen und Flüssen zu pumpen, wie es bei dem vom Energieeffizienz-Zentrum in Tirana durchgeführten OSZE/UNDP-Projekt der Fall ist.

Die OSZE und ihre internationalen Partner haben maßgeblichen Anteil an der Aufklärung der Bevölkerung über die Wichtigkeit der Nutzung alternativer Energiequellen als Beitrag zur Verringerung der Armut in entlegenen Gebieten und zur Grundversorgung.

In Bosnien und Herzegowina arbeitet die OSZE-Mission im Rahmen spezialisierter Ad-hoc-Lenkungsgruppen und Einsatzstäbe mit mehreren Sonderorganisationen und fachspezifischen Programmen der Vereinten Nationen in einer breiten Palette von Fragen zusammen – von der Umsetzung des Eigentumsgesetzes (gemeinsam mit UNHCR), dem Bildungswesen (gemeinsam mit UNICEF), der Reform der öffentlichen Verwaltung (gemeinsam mit UNDP) bis hin zum Menschenhandel (unter anderem gemeinsam mit UNHCHR und UNICEF). Außerhalb dieses Rahmens greift die Mission auch auf andere Formen der Zusammenarbeit zurück, etwa in folgenden Bereichen: Jugend, Good Governance sowie Kleinwaffen und leichte Waffen mit dem UNDP, Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Wehersatzdienst mit dem UNDP und UNHCHR, Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz mit UNHCHR und UNHCR, Erleichterung des Zugangs zu medizinischer Versorgung, Harmonisierung der Pensionsansprüche zwischen den Teilgebieten von Bosnien und Herzegowina und Förderung der Rechte der Roma mit UNHCR.

Die OSZE-Mission in Kroatien unterstützt gemeinsam mit UNHCR die Behörden des Landes bei der Schaffung geeigneter Voraussetzungen für eine auf Dauer angelegte Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen. Die Mission arbeitet auch mit dem VN-Verbindungsbüro beim Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien zusammen, um sich für eine verstärkte Überwachung der Verfolgung von Kriegsverbrechen im Inland und auf internationaler Ebene und für die Suche nach Vermissten einzusetzen.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien arbeitet die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje mit dem UNDP im Rahmen eines Pilotprojekts zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit in der ethnisch gemischten Region Kičevo zusammen. Ferner beteiligte sich die Mission gegen Ende des Jahres an einem Waffeneinziehungsprojekt des UNDP, indem sie die Übergabestätten überwachte.

Romafragen standen im Zentrum der Zusammenarbeit zwischen der OSZE-Mission in Serbien und Montenegro und dem Europarat, UNHCR und dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), mit dem Schwerpunkt auf der Förderung einer nationalen Strategie zur Integration der Roma und Übertragung von Verantwortung an sie. Im Bereich der Flüchtlingsrückkehr gab es dieses Jahr Fortschritte dank der Annahme und praktischen Umsetzung des *Gemeinsamen Aktionsplans für die Umsetzung des Rahmens für verstärkte regionale Zusammenarbeit in Fragen der Rückkehr, des Eigentums und der erworbenen Rechte* – üblicherweise als Gemeinsame Grundsätze für die Rückkehr bezeichnet. Dieser Aktionsplan wurde von den OSZE-Missionen in Serbien und Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Kroatien gemeinsam mit den drei UNHCR-Büros in diesen Ländern ausgearbeitet. Im Rahmen der Regionalen SALW-Clearingstelle, die in Belgrad unter der Schirmherrschaft des UNDP und des Stabilitätspakts für Südosteuropa eingerichtet wurde, ist die Mission in Serbien und Montenegro in ein Programm eingebunden, das die Vernichtung überschüssiger Bestände von Kleinwaffen und leichten Waffen ermöglichen soll.

Die OSZE-Mission im Kosovo (OMiK) ist der für den Aufbau von Institutionen zuständige Pfeiler der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Die OMiK als solche steht innerhalb der Übergangsverwaltungsstruktur routinemäßig auf allen Ebenen in enger Verbindung mit den Vereinten Nationen. Außerhalb der UNMIK, aber dennoch im Rahmen ihrer Ziele als der für den Aufbau von Institutionen zuständige Pfeiler, unterhält die OMiK eine weit reichende Zusammenarbeit mit anderen VN-Organisationen. So verfügt die OMiK etwa über eine aktive Arbeitsgruppe für bürgernahe Polizeiarbeit, in der auch der Kosovo-Polizeidienst und das UNDP vertreten sind. Gemeinsam mit UNHCR veröffentlicht die Mission regelmäßig einen Überblick über die Lage der ethnischen Minderheiten im Kosovo.

Im Südkaukasus unterstützt die OSZE-Mission in Georgien den unter VN-Führung stehenden Friedensprozess in Abchasien (Georgien). Insbesondere ist die Mission im Koordinationsrat vertreten. Die Mission hat einen Menschenrechtsbeauftragten in das VN-Menschenrechtsbüro in Abchasien (Georgien) (HROAG) entsandt. Darüber hinaus führt sie gemeinsam mit den Vereinten Nationen oder in enger Zusammenarbeit mit diesen Projekte in Abchasien durch. Die Mission und UNHCR arbeiten im Gebiet des georgisch-ossetischen Konflikts eng zusammen. UNHCR ist an den Aktivitäten der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) in Bezug auf Rückführungsangelegenheiten beteiligt. Die Mission arbeitet auch mit dem UNDP und UNHCR an der Durchführung von Projekten zur Wiederherstellung der wichtigsten Infrastruktur und an Projekten zur Unterstützung der Rückkehrer und Binnenvertriebenen im Gebiet des georgisch-ossetischen Konflikts, die von der Europäischen Kommission im Rahmen der von ihr zugesagten 2,5 Millionen Euro finanziert werden. Hinsichtlich des Wahlprozesses beteiligt sich die Mission an der unter UNDP-Vorsitz stehenden Arbeitsgruppe auf Botschafterebene, die als Forum für die Erörterung und

Koordination der diesbezüglichen Politik dient. Daneben führt die Mission den Vorsitz in der Technischen Arbeitsgruppe zu Wahlangelegenheiten, der Vertreter der Geldgeber und der Durchführungspartner – UNDP, Europäische Kommission, Europarat u. a. – angehören. Ferner hält die Mission regelmäßig Sitzungen mit Vertretern von UNHCR, IOM, Europarat und IKRK ab, um Informationen über Menschenrechtsmonitoring, Flüchtlinge und Binnenvertriebene, die Rückführung der im Jahr 1944 aus Georgien deportierten Bevölkerung (als Mescheten oder meschetische Türken bezeichnet) und über andere Fragen auszutauschen.

Das *Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*, steht in regelmäßigem Kontakt mit den UNHCR-Büros in Baku, Eriwan und Tiflis und liefert Informationen über die Verhältnisse im Gebiet des Berg-Karabach-Konflikts. Es stellt auch entsprechende Daten zur Verfügung, anhand deren Bedarfs einschätzungen in Bezug auf die Rückkehr von Flüchtlingen in der Zeit nach einer letztendlich erfolgten Konfliktregelung erleichtert werden sollen.

Das OSZE-Büro in Eriwan arbeitet mit dem UNDP, der größten VN-Vertretung in Armenien, zusammen, unter anderem in Bezug auf die Korruptionsbekämpfung, den Ombudsmann, Wahlen, Menschenhandel und Gleichbehandlungsfragen. Im militärischen und Sicherheitsbereich wurde mit dem UNODC unter der Schirmherrschaft des UNCTC ein gemeinsames Seminar über die Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1373 veranstaltet. Ebenfalls mit dem UNODC arbeitet das Büro an der Organisation des ersten nationalen Workshops über Mittel und Wege zur Unterbindung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus. Das Büro arbeitet mit der UNICEF bei Aktivitäten gegen den Menschenhandel zusammen und organisierte eine gemeinsame Schulungsveranstaltung für Polizeibeamte, die mit Jugendlichen zu tun haben.

In Aserbaidschan ist das OSZE-Büro in Baku derzeit in mehrere Aktivitäten eingebunden, die die Förderung der Menschenrechte gemeinsam mit UNHCHR und die Behandlung von Fragen der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in Partnerschaft mit UNHCR zum Ziel haben. Die Antiterroraktivitäten des Büros in Zusammenarbeit mit dem UNODC konzentrierten sich auf die Bekämpfung der Geldwäsche und die Finanzierung des Terrorismus, gerichtliche Voruntersuchungen und Rechtsprechung bei Drogendelikten und die Umsetzung der Antiterrorgesetze. In der Wirtschafts- und Umweltdimension konzentrierten sich die Aktivitäten des Zentrums auf Industrieparks und Technologiezentren, in Zusammenarbeit mit dem *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE*, dem UNDP und der UNIDO.

Das OSZE-Büro in Minsk arbeitet mit mehreren Organisationen aus dem VN-System zusammen, insbesondere mit dem UNDP, UNHCR, der UNESCO, dem UNODC und UNHCHR. So wurde etwa gemeinsam mit dem UNDP ein Projekt zur Entwicklung ländlicher Betriebe durchgeführt, während die UNESCO einen Beitrag zu einer Initiative des Büros in Bezug auf die

Errichtung eines grenzübergreifenden Biosphärenreservats leistete.

Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine beteiligte sich an der Finanzierung eines im Mai von der UNICEF initiierten Projekts, in dessen Rahmen der Umfang des Problems Menschenhandel in der Ukraine bestimmt werden soll. Weitere Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels sowie mit Fragen des Grenzschutzes und der kommunalen Entwicklung werden vom Projektkoordinator mit UNHCR und dem UNDP durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der IOM und anderen Organisationen veranstaltete der Projektkoordinator fünf Schulungsseminare für Staatsanwälte, Ermittlungsbeamte und andere Strafverfolgungsorgane betreffend gegenseitige Rechtshilfe und Auslieferungsverträge mit anderen Staaten in Fragen der Geldwäsche und der Bekämpfung des Menschenhandels.

Die OSZE-Mission in Moldau arbeitet mit UNICEF, UNHCHR und UNDP bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels eng zusammen und ist einer der Hauptkoordinatoren der diesbezüglichen internationalen Bemühungen.

In Zentralasien sind die in der Region tätigen OSZE-Feldpräsenzen bestrebt, durch eine enge Partnerschaft mit VN-Sonderorganisationen verstärkt Synergieeffekte in ihren Bemühungen um Unterstützung der fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen in allen drei Sicherheitsdimensionen zu nutzen. So wurde etwa von allen fünf OSZE-Zentren in der Region im Rahmen der gemeinsamen *Umwelt- und Sicherheitsinitiative* von OSZE, UNDP und UNEP eine Reihe von Workshops veranstaltet.

Neben der oben erwähnten Initiative führte das OSZE-Zentrum in Almaty gemeinsam mit der UNECE ein Projekt betreffend die Flüsse Tschu und Talas durch, das 2004 zur Gründung eines bilateralen Ausschusses zwischen Kirgisistan und Kasachstan führen soll. Als Ergebnis eines Projekts zur Erleichterung der Beteiligung von Oralman-Rüksiedlerinnen an kleinen und mittleren Unternehmen, das in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs und der ILO durchgeführt wurde, erhielten rund 500 Oralman-Frauen aus fünf Regionen in Südkasachstan eine Einführung in unternehmerische Grundkenntnisse; nahezu 80 Frauen gründeten eigene Unternehmen, wofür sie Unterstützung in Form von Kleinstkrediten erhielten.

Gemeinsam mit dem UNDP unterstützte das OSZE-Zentrum in Aschabad die Organisation eines Forums über Konfliktverhütung und nachhaltige Entwicklung für Zentralasien durch die NGO *Conflict Prevention and Peace Forum* mit Sitz in New York. Es war der erste informelle Informationsaustausch zwischen den Ländern der Region und ihren internationalen Partnern in einer Reihe derartiger Veranstaltungen. Das Zentrum organisierte auch gemeinsam mit UNHCR einen vierten Schulungskurs zum Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte. Darüber hinaus nahm das Zentrum an einer von der UNICEF organisierten Ausbildungsinitiative für Schulungskräfte teil, um die Umsetzung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes zu unterstützen.

Im Hinblick auf eines der vordringlichsten Sicherheitsprobleme in Tadschikistan haben das UNDP und das OSZE-Zentrum in Duschanbe einen Geber-Beirat für Antiminenprogramme eingerichtet, in dem sie derzeit gemeinsam den Vorsitz führen. Das UNDP finanziert die Einrichtung des tadschikischen Antiminenzentrums, das in Tadschikistan die wichtigste Datenquelle für Antiminenprogramme ist. Im Laufe des Jahres trug UNIFEM 50 % zu den Kosten eines OSZE-Projekts bei, in dessen Rahmen eine Analyse der tadschikischen Gleichbehandlungsgesetze vorgenommen wird. Das Zentrum setzt sich auch gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan für die Schaffung einer Arbeitsgruppe zu Fragen der Wahlgesetzgebung ein.

In Partnerschaft mit der usbekischen Zentralbank und dem UNODC veranstaltete das OSZE-Zentrum in Taschkent gemeinsam mit dem OCEEA im Oktober einen nationalen Workshop zur Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus. Ferner arbeitet das Zentrum mit dem UNDP bei der Umsetzung der Empfehlungen des VN-Sonderberichterstatters zu Fragen der Folter in Usbekistan zusammen.

Das OSZE-Zentrum in Bischkek führte in Zusammenarbeit mit dem UNODC eine Reihe von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus durch, etwa zur Unterbindung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus und zur Ausarbeitung von Antiterrorgesetzen.

Die Europäische Union

Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der OSZE hat sich im Laufe des Jahres 2003 weiter verstärkt. Es wurden zusätzliche Mechanismen für die Zusammenarbeit auf politischer Ebene eingeführt. Dazu zählten Treffen der jeweiligen Ministertrios (am 25. Februar bzw. 29. September), an denen auch der Generalsekretär teilnahm, und Informationsveranstaltungen des Generalsekretärs der OSZE für die OSZE-Arbeitsgruppe der EU und den Europarat. Die EU ist jedenfalls ständiger Teilnehmer am täglichen OSZE-Geschehen in Wien und andernorts.

Die Europäische Union ist im *Ständigen Rat* und in anderen OSZE-Organen durch die Delegation des EU-Mitgliedstaats vertreten, der gerade im EU-Ministerrat den Vorsitz führt, gemeinsam mit der Europäischen Kommission, die an der Arbeit der wichtigsten OSZE-Organen im Wege ihrer Delegation bei den internationalen Organisationen in Wien teilnimmt. Darüber hinaus wurden im Laufe des Jahres mehrere Vertreter der Europäischen Union – namentlich der Delegationsleiter der Vertretung der Europäischen Kommission und der EU-Sonderbeauftragte für die Länder des westlichen Balkan – eingeladen, vor dem *Ständigen Rat* der OSZE zu sprechen.

Die Arbeitsbeziehungen zwischen dem OSZE-Sekretariat und der Europäischen Kommission sowie dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union haben sich ebenfalls beträchtlich verstärkt. Im November nahm das *Konfliktverhütungszentrum* des OSZE-Sekretariats als Beobachter an den *Krisenmanagementübungen* von NATO und EU teil (CMX/CME). Am 28. Mai fanden in Wien die ersten offiziellen Treffen zwischen dem OSZE-Sekretariat und der Europäischen Kommission sowie dem Ratssekretariat auf Mitarbeiterebene statt. Es ist geplant, diese Treffen zum Bestandteil eines regelmäßigen Konsultationsprozesses zu machen. Im Verlauf des Jahres wurden auch einige andere Ad-hoc-Konsultationen auf Arbeitsebene abgehalten.

Die *Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten* (SPMU) und das *Konfliktverhütungszentrum* des OSZE-Sekretariats nehmen an den Treffen der Zentralasiatischen Grenzschutzdienst-Initiativgruppe (CABSI) der Europäischen Kommission teil, die im Rahmen des TACIS-Grenzschutzprogramms für Zentralasien (BOMCA) der Europäischen Kommission eingerichtet wurde. Gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum war die SPMU auch in die im Gefolge von Ohrid vorgenommene Überprüfung von Grenzschutz/Grenzpolizei auf dem Westbalkan eingebunden. Die SPMU stand häufig in Kontakt mit dem Polizeistab des Ratssekretariats, insbesondere im Hinblick auf die am 15. Dezember eingeleitete EU-Polizeimission in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EUPOL Proxima).

Zwischen dem *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE* und der *Turn Around Management Group* der EBRD wurden Konsultationen abgehalten, um Möglichkeiten für die Zusammenarbeit bei der Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen und beim Aufbau institutioneller Kapazitäten zu sondieren.

Das BDIMR der OSZE führt seit 1998 mehrere Programme gemeinsam mit der Europäischen Kommission durch. Diese Programme werden von der *Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte* der Europäischen Kommission mitfinanziert. Zu den 2003 durchgeführten Programmen zählen das zweite gemeinsame Programm zur Förderung der Demokratie in Belarus, die regionale Gesetzes-Website für Südosteuropa <http://legislationline.org>, das erste gemeinsame Programm für den Aufbau von Kapazitäten in Konfliktverhütung und Menschenrechten im Kaukasus, die Eingliederung der Roma in die Gesellschaft und die Übertragung von Verantwortung an Roma (in Zusammenarbeit mit dem Europarat) und das zweite gemeinsame Programm zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten in Zentralasien.

Ein BDIMR-Experte wurde zur Teilnahme an der Europäischen Expertengruppe zu Fragen des Menschenhandels bestimmt, die von der Europäischen Kommission im September eingesetzt wurde. Das BDIMR vertritt auch die OSZE als Partner in einem Konsortium, das als Teil des *CARDS-Regionalprogramms* der Europäischen Kommission an einem Projekt für Strafvollzugsreformen in Südosteuropa

arbeitet. Das BDIMR ist auch in dem Beratungsgremium vertreten, das dieses Projekt leiten wird.

Das BDIMR und ein von der Europäischen Kommission finanziertes Netz von NGOs veranstalteten gemeinsam das größte jemals abgehaltene Forum für einheimische Wahlbeobachtergruppen in Europa.

Ende 2003 startete das BDIMR ein Projekt zur Ausarbeitung und Veröffentlichung von Richtlinien für das Medienmonitoring während Wahlbeobachtungsmissionen. Es soll 2004 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission abgeschlossen werden.

Seit 2001 arbeitet das BDIMR mit dem Europarat und der Europäischen Kommission in Bezug auf das Programm „Roma und der Stabilitätspakt in Südosteuropa“ zusammen. Unter der Schirmherrschaft dieses Programms begann das BDIMR 2003 ein Projekt, das bis 2005 laufen wird und Roma und ähnliche Gemeinschaften zur Teilnahme an Wahlprozessen veranlassen soll.

Der *Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten* steht in engem Kontakt mit verschiedenen Teilen der Europäischen Kommission, darunter deren Juristischer Dienst und die Generaldirektion Erweiterung, in erster Linie hinsichtlich bestehender und im Entwurfstadium befindlicher Gesetze und Praktiken in zahlreichen Staaten.

In Südosteuropa arbeiten die OSZE-Feldpräsenzen mit der Präsenz der Europäischen Union vor Ort zusammen, indem sie die Gastländer in Bereichen unterstützen, die im Zusammenhang mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU von Bedeutung sind, und in Fragen von beiderseitigem Interesse, etwa ziviles Krisenmanagement, Justizreform, Demokratisierung, Aufbau von Institutionen, Menschenrechte und Rückkehr von Flüchtlingen. Dank der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU in Ländern wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien sowie Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo konnte ein Klima geschaffen werden, das der Stabilisierung, der Normalisierung und letztlich der Integration in die euroatlantischen Strukturen förderlich ist.

Die OSZE-Präsenz in Albanien arbeitet mit der Delegation der Europäischen Kommission in Albanien wie bisher in Fragen zusammen, die die Verhandlungen über ein *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen* mit Albanien betreffen. Es wurde auch an der Einführung eines neuen Geber-Koordinationsmechanismus gearbeitet, der an die Stelle der Gruppe der Freunde Albanien treten soll. Dieser neue Mechanismus wird unter Führung der Europäischen Kommission stehen, wobei die OSZE-Präsenz für Fragen der Demokratisierung und der Menschenrechte zuständig sein wird. Darüber hinaus arbeitet die Präsenz mit der Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) und der EG-Mission zur Unterstützung der Polizei in Albanien (PAMECA) in Wahl- und Polizeiangelegenheiten zusammen.

In Bosnien und Herzegowina arbeitete die OSZE-Mission mit dem Hohen Repräsentanten/EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina in allen Aspekten der Umsetzung des Friedensübereinkommens von Dayton und im Hinblick auf den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess eng zusammen. Die Polizeimission der Europäischen Union (EUPM) in Bosnien und Herzegowina und die OSZE-Mission arbeiteten im Rahmen der interinstitutionellen Arbeitsgruppe Menschenhandel zusammen. Gemeinsam mit der Delegation der Europäischen Kommission in Bosnien und Herzegowina beteiligte sich die OSZE-Mission an der Arbeit des zwischenstaatlichen Einsatzstabs für die Reform der öffentlichen Verwaltung und an der Arbeit der Lenkungsgruppe Bildungsfragen.

In Kroatien standen viele Aspekte der Arbeit der OSZE-Mission im Zeichen des EU-Beitrittsantrags des Landes und dessen Bemühungen, die Kopenhagener Mitgliedskriterien zu erfüllen. Mit der EU und anderen internationalen Partnern kam es regelmäßig zu einer Zusammenarbeit und Koordination in grundsatzpolitischen Fragen und zu gemeinsamen diplomatischen Initiativen, unter anderem zu gemeinsamen Demarchen beim Ministerpräsidenten und bei anderen Regierungsvertretern. Sowohl die OSZE-Mission als auch Vertreter der EU nahmen an einer Reihe gemeinsamer Arbeitsgruppen mit anderen Partnerorganisationen, etwa zu Fragen der Flüchtlingsrückkehr, der Polizeiunterstützung und der Geberkoordination, teil. Der Leiter der OSZE-Mission berichtete erstmals im Dezember vor dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) der EU über Fortschritte in Kroatien.

Im Kosovo sind sowohl die OSZE-Mission (OMiK) als auch die EU Teil der Pfeilerstruktur der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Im Rahmen des *Tracking-Mechanismus für das Kosovo*, der Teil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses der EU ist, leistete die OMiK maßgebliche Beiträge zu Fragen der Staatsführung, des Funktionierens der Kosovo-Versammlung, der Wahlen und Referenden, der Justiz, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit (einschließlich des Eigentumsrechts), der Meinungsfreiheit und des Minderheitenschutzes.

Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje steht in allen drei Sicherheitsdimensionen in besonders enger Beziehung zum Büro des EU-Sonderbeauftragten (EUSR), zur EU-Beobachtermission (EUMM) und zu den EU-Streitkräften (Concordia). Unter der Koordination des EUSR trafen OSZE, NATO, Europäische Kommission, EUMM, EU-Concordia, UNHCR und andere zwei Mal wöchentlich zur Erörterung der allgemeinen politischen Situation und der Sicherheitslage zusammen. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit mit der EU waren die Polizeireform, demokratische Polizeiarbeit, Grenzpolizei, Wiederaufbau und Neuausstattung örtlicher Polizeistationen und die Sicherheit im Land insgesamt. Im April 2003 wurde in Skopje eine Polizei-Expertenrunde eingerichtet, die die operative Koordination zwischen den mit der Polizeireform befassten Organisationen erleichtern soll. Die enge Zusammenarbeit mit der EUMM war besonders wichtig im Prozess der Polizei-Umgruppierung. Im

Kaukasus verstärkte sich die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU signifikant, unter anderem im Anschluss an die Bestellung eines EU-Sonderbeauftragten (EUSR) für den Südkaukasus. Der *Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*, hat im Laufe des Jahres 2003 enge Kontakte zum EUSR hergestellt. In Armenien nimmt das OSZE-Büro regelmäßig an den monatlichen EU-Sitzungen teil. Der Südkaukasusfonds der Europäischen Kommission steuerte finanzielle Mittel zur Durchführung der *BDIMR-Projekte betreffend Sicherheit in Gefängnissen sowie Menschenrechtsmonitoring und -berichterstattung* bei. Die Europäische Kommission ist auch Mitglied der Antikorruptionsarbeitsgruppe, in der das OSZE-Büro den Vorsitz führt. In Aserbaidschan hielten das OSZE-Büro und die EU regelmäßige Treffen zu Wahlangelegenheiten und damit verbundenen Fragen ab. In Georgien wurden die regelmäßigen Sitzungen und Aktivitäten der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt. Als Teil der dritten Phase eines laufenden Sanierungsprogramms der EU in der Region, das in Zusammenarbeit mit der OSZE durchgeführt wird, beteiligte sich die Europäische Kommission außerdem mit 2,5 Millionen Euro an einem OSZE-Programm, das die Sanierung der vom georgisch-ossetischen Konflikt betroffenen Gebiete und die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen dorthin zum Gegenstand hat; seine Umsetzung ist für 2004 geplant. Die OSZE-Mission in Georgien bot der Europäischen Kommission starken politischen Rückhalt in Bezug auf deren Teilnahme an der JCC; die Europäische Kommission ist nun auch in den Expertengruppensitzungen zu politischen Fragen vertreten. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission nimmt die Mission regelmäßig an Gesprächsrunden zum Thema Rechtsstaatlichkeit teil. Die Delegation der Europäischen Kommission in Georgien und Armenien nahm auch an der Technischen Arbeitsgruppe zu Wahlangelegenheiten teil, in der die OSZE-Mission den Vorsitz führt.

In Belarus entwickelten das OSZE-Büro in Minsk und die Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine, Moldau und Belarus gemeinsam mit dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz ein Projekt zur Wasserrahmenrichtlinie der EU. Dieses Projekt setzt die von TACIS 2002 begonnene Arbeit im Bereich der Wasserbewirtschaftung fort. In der Ukraine arbeitete der OSZE-Projekt Koordinator mit *EuropeAid* der Europäischen Kommission bei einem Projekt zusammen, das Demokratieschulung und Menschenrechtserziehung für das ukrainische Militär vorsieht und sich an Kommandanten von Truppenteilen, Studenten der Militärakademien und Rekruten wendet.

In Zentralasien war die Europäische Kommission einer der wichtigsten Geldgeber für die vom BDIMR in der Region betriebenen Menschenrechtsprojekte. Einige der OSZE-Zentren in der Region haben mit der Delegation der Europäischen Kommission in Almaty einen Dialog über eine mögliche Zusammenarbeit im Rahmen des *TACIS-Grenzschutzprogramms für Zentralasien* aufgenommen. Das OSZE-Zentrum in Almaty kooperierte auch in Bezug auf mehrere Projekte zur

Reform des Strafvollzugs, bei denen die Europäische Kommission als Geldgeber und als substanzieller Partner fungiert. Die Europäische Kommission unterstützt auch das *Polizeiunterstützungsprogramm* der OSZE in Kirgisistan.

„Das gemeinsame Ziel der EU und der OSZE heißt Synergie, nicht Konkurrenz. Die EU weiß, dass sie auf die Fähigkeiten der OSZE und deren operative Instrumente zählen kann. Die OSZE weiß, dass sie in ihren Bemühungen auf die permanente Unterstützung der Union zählen kann.“

Roberto Antonione, stellvertretender Außenminister Italiens, in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 10. Juli.

Der Europarat

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat erhielt im Berichtszeitraum neuen Auftrieb.

Das 12. hochrangige Treffen zwischen den beiden Organisationen fand am 5. Februar auf Einladung des niederländischen OSZE-Vorsitzes in Den Haag statt. Es folgte dem „3+3“-Format, in dem nicht nur der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär der OSZE sowie der Vorsitz des Ministerkomitees und der Generalsekretär des Europarats sondern auch die Präsidenten der beiden Parlamentarischen Versammlungen vertreten sind. Gegenstand der Erörterungen waren die politische Koordination und mögliche Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen vor Ort. Die Teilnehmer betonten ihre Verpflichtung zur Bekämpfung des Menschenhandels und begrüßten Fortschritte in Bezug auf den Aktionsplan der OSZE und Vorbereitungen für ein Europaratsübereinkommen zu dieser Frage. Im Anschluss an eine Vereinbarung mit dem Außenminister der Russischen Föderation schlug der Amtierende Vorsitzende der OSZE eine gemeinsame technische Beurteilungsmision der OSZE und des Europarats in Tschetschenien (Russische Föderation) zur Frage des geplanten Referendums vor.

Auf Einladung des Vorsitzes des Ministerkomitees des Europarats fand am 5. November in Chişinău das 13. hochrangige Treffen zwischen der OSZE und dem Europarat im „2+2“-Format statt. Das Treffen hatte die Entwicklungen im Kaukasus und in Südosteuropa sowie Menschenhandel und Terrorismus zum Gegenstand. In dem weiteren Bestreben, die Zusammenarbeit zu intensivieren und Synergieeffekte stärker zu nutzen, wurde vereinbart, 2004 die Kooperationsvereinbarungen zwischen der OSZE und dem Europarat zu überprüfen. Der *Gemeinsame Katalog der Kooperationsmodalitäten* wird demnach aktualisiert und revidiert werden.

Das jährliche „3+3“-Treffen von OSZE und Europarat auf der Ebene hoher Beamter am 11. Juli in Straßburg brachte Vertreter der Vorstände, Sekretariate und Parlamentarischen Versammlungen beider Organisationen auf Arbeitsebene zusammen. Auf dem Treffen wurden die Zusammenarbeit und laufende oder geplante Aktivitäten überprüft, um unnötige Überschneidungen zu vermeiden und den bestmöglichen Einsatz der begrenzten Ressourcen zu gewährleisten. Die

OSZE-Vertreter informierten über eine Reihe von praktischen Fragen, die sich aus der ersten *Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz* ergeben hatten. Zu den vereinbarten Folgemaßnahmen zählten engere Kontakte zwischen der Generaldirektion des Europarats für rechtliche Angelegenheiten und der *Gruppe Terrorismusbekämpfung* der OSZE sowie eine verstärkte Koordination im Kampf gegen den Menschenhandel.

Die beiden Generalsekretäre betonten in ihren Reden vor dem *Ständigen Rat* und dem *Ministerrat* der OSZE bzw. in den Sitzungen des Ministerkomitees des Europarats, dass nach wie vor sowohl auf regionaler als auch subregionaler Ebene ein kohärentes und entschlossenes Vorgehen insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus und den Menschenhandel geboten ist.

Ein hervorragendes Beispiel für die praktische Zusammenarbeit war der Beschluss der OSZE und des Europarats, ein gemeinsames internationales Expertenteam nach Podgorica zu entsenden, um der Frage des Menschenhandels in Montenegro nachzugehen und darüber zu berichten. Die OSZE wird gemeinsam mit dem Europarat die Regierung Montenegros bei der Umsetzung der im Bericht ausgesprochenen Empfehlungen und der diesbezüglichen Vorschläge der Regierung unterstützen. Im Namen der OSZE beteiligt sich das BDIMR – als Mitglied mit Beobachterstatus im Ad-hoc-Ausschuss des Ministerkomitees des Europarats für Maßnahmen gegen den Menschenhandel (CAHTEH) – an den Verhandlungen zu einem europäischen Übereinkommen über Maßnahmen gegen den Menschenhandel. Der Europarat bekräftigte, dass ein neues Übereinkommen beim Aufbau des rechtlichen Rahmens für den Aktionsplan der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels hilfreich wäre.

Vor Ort engagierten sich die beiden Organisationen verstärkt in aufeinander abgestimmten Bemühungen, wobei sie auf den jeweiligen besonderen Erfahrungen und Stärken des anderen aufbauen konnten. Die OSZE-Einsätze in verschiedenen Mitgliedstaaten des Europarats sind unter anderem wirksame Instrumente zur Erleichterung des Prozesses der Umsetzung und Überwachung der Europaratsverpflichtungen betreffend Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Nachdem der Südkaukasus für beide Organisationen nach wie vor ein Schwerpunktthema ist, bestand in Aserbaidschan eine enge Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat. Die beiden Organisationen veranstalteten gemeinsame Besuche in Haftanstalten, um sich ein Bild von den Haftbedingungen und der Behandlung der Insassen zu machen. Darüber hinaus beteiligten sich sowohl die OSZE als auch der Europarat an der Ausarbeitung eines *Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel*. In Armenien setzte das OSZE-Büro seine enge Zusammenarbeit und die Koordination seiner Aktivitäten mit dem Europarat fort, einschließlich der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen betreffend den Wehrersatzdienst und das Ombudsmanngesetz. Daneben arbeitet das Büro in Fragen der Medienfreiheit, der Wahlreform und der Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf Fragen des Strafvollzugs und der religiösen Freiheiten, eng mit dem Europarat zusammen.

„Die ergebnisorientierte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Europarat ist in vieler Hinsicht beispielhaft – in Sarajewo und Belgrad, in Baku, Eriwan und jüngst in Tiflis oder auch in Tschetschenien zur Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und des Menschenhandels, in Wahl- und Justizangelegenheiten.“

Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarats, in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 24. Juli.

Der *Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt*, mit dem sich die *Minsk-Konferenz der OSZE* befasst, stand 2003 weiterhin in engem Kontakt mit dem Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu Berg-Karabach.

Die OSZE-Mission in Moldau arbeitete mit dem Europarat im Rahmen der Gemeinsamen Verfassungskommission (JCC) im Hinblick auf das Funktionieren demokratischer Institutionen, im Zusammenhang mit den Regionalwahlen in Gagausien und im Bereich der Menschenrechte zusammen. Experten aus der Venedig-Kommission des Europarats wurden als Beobachter in die Gemeinsame Verfassungskommission eingeladen und damit beauftragt, eine neue Verfassung für ein wiedervereinigtes Moldau auszuarbeiten. Im Oktober nahm die Venedig-Kommission zu dem von der JCC ausgearbeiteten Entwurf des Kapitels über Menschenrechte und Grundfreiheiten Stellung.

Das *OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte* (BDIMR) arbeitete mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und dessen Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) eng zusammen; deren Delegationen nahmen an Beobachtungsmissionen des BDIMR bei den Präsidentenwahlen in Armenien, Aserbaidschan sowie Serbien und Montenegro, den Parlamentswahlen in Armenien, Georgien und der Russischen Föderation und den Kommunalwahlen in Moldau und Albanien teil. Das BDIMR koordinierte seine Analyse wahlbezogener Gesetze mit der Venedig-Kommission des Europarats und publizierte gemeinsame Stellungnahmen zu den Wahlordnungen von Armenien und Aserbaidschan. Die beiden Institutionen arbeiteten auch gemeinsam an Projekten zur Verbesserung der internationalen Standards für demokratische Wahlen und zur Entwicklung einer Wahlrechtsdatenbank.

Insbesondere in Südosteuropa konnte die OSZE über ihren Beauftragten für Medienfreiheit und ihre Feldeinsätze ihre Zusammenarbeit mit dem Europarat im Bereich der Medienreform wesentlich intensivieren. Gemeinsam mit dem Europarat unterstützte die OSZE die Gesetzgeber in Serbien und Montenegro bei der Ausarbeitung von Gesetzen in drei rechtlichen Schlüsselbereichen: dem *Rundfunkgesetz*, dem *Telekommunikationsgesetz* und dem *Gesetz über öffentliche Information*. Im Kosovo (Serbien und Montenegro) leistete der Europarat einen Beitrag zur rechtlichen Überprüfung des Gesetzesentwurfs der Unabhängigen Medienkommission (IMC).

Der Europarat führte eine Dezentralisierungsmission im Kosovo (CoEDM) durch, bei der ein Konzept für die Reform der kommunalen Selbstverwaltung im Kosovo erarbeitet wurde, und machte damit deutlich, wie sehr die beiden Organisationen einander in ihrer Arbeit ergänzen. Das CoEDM-Team legte im November 2003 dem UNMIK-Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs seinen Schlussbericht vor. Dieser enthält Empfehlungen betreffend die Reform der kommunalen Selbstverwaltung und schlägt die Schaffung neuer Einheiten unterhalb der Gemeindeebene unter der Bezeichnung „örtliche Gemeinschaften“ vor. In der Untersuchungsphase beriet sich das CoEDM-Team mit OMiK-Mitarbeitern in der Zentrale und in den Außenstellen, wobei es sich die Erfahrungen der OMiK im Umgang mit kommunalen Verwaltungsorganen zunutze machen konnte. Als die CoEDM ihre Tätigkeit beendete, schlug der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs vor, dass die OMiK die Koordination des Follow-up zu den im Schlussbericht enthaltenen Empfehlungen übernehmen solle. Die OMiK wird auch in Zukunft eng mit der UNMIK und anderen Sonderorganisationen sowie mit den örtlichen Zentral- und Gemeindebehörden zusammenarbeiten.

Die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO)

In seiner Rede vor dem *Ständigen Rat* der OSZE am 6. November betonte NATO-Generalsekretär Lord Robertson erneut, dass die NATO seit langem ein Ziel mit der OSZE gemeinsam hat: zur Konsolidierung Europas als gemeinsamer Sicherheitsraum beizutragen, von dem keine Kriege mehr ausgehen. Er berichtete weiter über die immer pragmatischere und effizientere Zusammenarbeit zwischen der NATO und der OSZE in den letzten Jahren und über Möglichkeiten einer Verbreiterung und Vertiefung dieser Zusammenarbeit in der Zukunft.

An den jeweiligen Amtssitzen fanden im Laufe des Jahres regelmäßige OSZE/NATO-Sitzungen auf Mitarbeiterebene statt. Gegenstand der Gespräche waren Querschnittsthemen wie etwa Terrorismus, Grenzschutz und Grenzsicherung, Kleinwaffen und leichte Waffen, ökonomische und ökologische Aktivitäten sowie regionale Fragen, darunter die Zusammenarbeit beider Organisationen in der Mittelmeerdimension. Von Bedeutung im Hinblick auf die verstärkte Zusammenarbeit auf operativer Ebene war die Anwesenheit von Vertretern des *Konfliktverhütungszentrums* des OSZE-Sekretariats bei den NATO/EU-Krisenmanagementübungen (CMX/CME) im November als Beobachter.

„Gemeinsames Ziel der NATO und der OSZE ist es, zur Konsolidierung Europas als gemeinsamer Sicherheitsraum beizutragen, von dem keine Kriege mehr ausgehen.

Terrorismus findet einen fruchtbaren Nährboden, wenn die Regierungsgewalt versagt, wenn die Institutionen schlecht funktionieren und wenn Menschenrechte und Grundfreiheiten missachtet werden. Die OSZE ist der Bannerträger dieser Normen und hat im neuen Sicherheitsumfeld eine entscheidende Rolle zu spielen.“

Lord Robertson, NATO-Generalsekretär 2003, in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 6. November.

Das vor kurzem verabschiedete *OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition* sieht vor, dass das *Konfliktverhütungszentrum* des OSZE-Sekretariats und die NATO bei der Entwicklung und Umsetzung potenzieller Projekte betreffend die Entsorgung und Vernichtung überschüssiger Munition eng zusammenarbeiten.

2003 war die OSZE sehr stark im Ohrid-Prozess betreffend Grenzschutz und Grenzsicherung in Südosteuropa engagiert. In enger Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt, der NATO und der EU organisierte die OSZE im Mai die Ohrid-Regionalkonferenz. Die Länder der Region und internationale Partnerorganisationen verpflichteten sich, in der Region für mehr Sicherheit und Stabilität einzutreten. Auf dem *ersten Ohrid-Überprüfungstreffen* im November in Belgrad präsentierte die OSZE einen Programmvorschlag; den Teilnehmerstaaten in Südosteuropa und den Partnerorganisationen (NATO, EU und Stabilitätspakt) wurde ein Beurteilungsbericht übermittelt.

Besonders aktiv war die Zusammenarbeit zwischen OSZE und NATO in den Einsatzgebieten. In ganz Südosteuropa arbeiteten die beiden Organisationen als Teil einer eng strukturierten und koordinierten Präsenz der internationalen Gemeinschaft in der Region zusammen. Beide Organisationen nehmen an regelmäßigen Treffen führender Vertreter jener Organisationen teil, die im Land präsent sind; die Treffen dienen der regelmäßigen Koordination und dem Informationsaustausch zwischen den Organisationen über die Entwicklungen in den jeweiligen Gastländern. Die Unterstützung der OSZE-Aktivitäten in der Region durch die NATO erstreckt sich in einigen Fällen auch auf die Gewährleistung der Sicherheit des vor Ort tätigen OSZE-Personals und dessen eventuelle Evakuierung in medizinischen Notfällen.

2003 arbeitete die OSZE-Präsenz in Albanien mit der NATO in Fragen des Grenzschutzes zusammen, indem sie beispielsweise die NATO-Partnerschaft für den Frieden durch gemeinsame Sitzungen zu Fragen des Grenzschutzes mit der albanischen Grenzpolizei und der KFOR sowie mit der OSZE-Mission im Kosovo (OMiK) unterstützte. In Bosnien und Herzegowina teilen sich die OSZE-Mission und die unter NATO-Führung stehende Stabilisierungstruppe (SFOR) den Vorsitz in der Lenkungsgruppe für Verteidigung und Sicherheit. Die OSZE-Mission ist auch in der Gemeinsamen Militärkommission vertreten, dem SFOR-Organ für die

Zusammenarbeit mit den lokalen Streitkräften. Im Laufe des Jahres unterstützte die OSZE-Mission gemeinsam mit der SFOR und dem Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) die Behörden von Bosnien und Herzegowina bei der Ausarbeitung von Gesetzen über Waffenimporte und -exporte und über Waffenproduktion; sie kooperierte auch mit der SFOR in Fragen der Kontrolle von Waffenexporten und bei der Durchführung von Inspektionen gemäß dem Wiener Dokument.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien arbeiten die OSZE-Mission in Skopje und die NATO bei vertrauensbildenden Aktivitäten in früheren Krisengebieten aktiv zusammen. Gemeinsam mit der NATO, UNHCR, der Europäischen Kommission und anderen erörtert die Mission zweimal wöchentlich unter der Koordination des EU-Sonderbeauftragten die allgemeine politische Situation und die Sicherheitslage. Im Kosovo steht die OMiK in engem Kontakt mit der unter NATO-Führung stehenden Kosovo-Truppe (KFOR). Die KFOR leistet einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung eines sicheren Umfelds für die Aktivitäten der OMiK, insbesondere in Bezug auf die Abhaltung von Wahlen im Kosovo. Es wurden erfolgreich Mechanismen eingeführt, um die Reaktion auf politische Gewalt während des Wahlkampfes zu koordinieren. Die KFOR unterhält auch ein Verbindungsbüro bei der OSZE, und OSZE-Außenstellen stehen in regelmäßigem Kontakt mit der KFOR, wobei sie Informationen austauschen und Maßnahmen empfehlen.

Ein wichtiger Bereich der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der NATO ist das Thema Umwelt und Sicherheit. Das *Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE* sowie die OSZE-Büros in Baku und Eriwan und die OSZE-Mission in Georgien beteiligen sich aktiv an dem OSZE/NATO-Projekt *„Fluss-Monitoring im Südkaukasus“*, das vom NATO-Programm „Wissenschaft im Dienste des Friedens“ sowie von der OSZE und Statoil finanziert wird. Ziel des Projekts ist die Wiedereinführung eines Fluss-Monitoringsystems und einer gemeinsamen Wassergüte-Datenbank durch die drei südkaukasischen Länder, die alle Anteil am Einzugsgebiet von Kura und Arax haben. Darüber hinaus hat die NATO bereits zugesagt, die gemeinsame UNDP/UNEP- und OSZE-Initiative *„Umwelt und Sicherheit“* zu unterstützen; sie wird die Partnerschaft wahrscheinlich durch Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding mit den Partnerorganisationen in eine offizielle Form bringen.

Die OSZE-Mission in Moldau kooperiert mit der NATO-Abteilung „Koordination der konventionellen Rüstungskontrolle“ im Hinblick auf den Abzug von militärischer Ausrüstung, Waffen und Munition der Russischen Föderation aus der Region Transnistrien in der Republik Moldau. Während die OSZE-Mission die für Russland bestimmten Züge vor ihrer Abfahrt aus Moldau inspiziert, koordiniert die NATO-Abteilung „Durchführung der konventionellen Rüstungskontrolle“ die Inspektionen der Züge am Zielort in Russland. 2003 verließen insgesamt 42 russische Militärzüge Transnistrien: 11 Züge mit militärischer Ausrüstung und 31 Züge mit Munition.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa

Die OSZE-Feldpräsenzen und -Institutionen arbeiteten wie bisher in enger Partnerschaft mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa zusammen, indem sie sich aktiv an mehreren Initiativen unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspakts beteiligten.

Die OSZE-Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Kroatien sowie in Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Tätigkeit der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel. So sponserte etwa die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro in Zusammenarbeit mit dem BDIMR und anderen internationalen und nationalen Partnern rund 20 Fortbildungsworkshops für Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte im Interesse einer Verbesserung der Strafverfolgung und fairer Verfahren in Fällen von Menschenhandel.

In dem Bestreben, die Einhaltung des *OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen* (SALW) und die Vernichtung von Waffenüberschüssen zu fördern, leisten die OSZE-Missionen in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien und Montenegro auch Beiträge zur Arbeit der Regionalen SALW-Clearingstelle, die in Belgrad unter der Schirmherrschaft des UNDP und des Stabilitätspakts eingerichtet wurde.

Zu den Aktivitäten in Zusammenarbeit mit dem Stabilitätspakt zählten ferner die Förderung der parlamentarischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa durch die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina und die Förderung der Medienentwicklung in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Darüber hinaus arbeiteten der *Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten* und die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje mit dem Stabilitätspakt und anderen Partnerorganisationen während der Roma-Flüchtlingskrise im Mai zusammen. In der Wirtschafts- und Umweltdimension kam es im Rahmen der *Save-Initiative* zur Erstellung und Umsetzung eines multilateralen Übereinkommens zwischen Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien und Montenegro betreffend die grenzübergreifende Bewirtschaftung der Save. Das Programm wird von der OSZE, dem Stabilitätspakt und der SECI koordiniert.

Die Internationale Organisation für Migration

Insbesondere im Kampf gegen den Menschenhandel hat sich die Internationale Organisation für Migration (IOM) als wichtiger Partner erwiesen. Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje unterzeichnete mit dem mazedonischen Innenministerium und der IOM ein Memorandum of Understanding betreffend die Hebung des Genderbewusstseins und Schulungsveranstaltungen gegen den Menschenhandel. Die IOM wird einen Teil

der Schulungskosten für die staatliche Polizei des Gastlandes übernehmen. In Armenien kooperierte das OSZE-Büro eng mit der IOM in Bezug auf die Bekämpfung des Menschenhandels, Migration, Flüchtlinge und Binnenvertreibung (gemeinsam mit UNHCR), und sie hielt einen gemeinsamen Workshop betreffend die Aufnahme der Personalien von Opfern ab. In Aserbaidschan arbeitete das Büro bei der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans gegen den Menschenhandel, der im kommenden Jahr umgesetzt werden soll, Hand in Hand mit der IOM und der Regierung des Gastlandes. Die OSZE-Mission in Georgien nimmt an der unter IOM-Vorsitz stehenden Gesprächsrunde zur Bekämpfung des Menschenhandels teil.

Die Zusammenarbeit zwischen dem BDIMR und der IOM veranlasste unter anderem mehrere Länder im Kaukasus und in Zentralasien, gemeinsame Konzepte betreffend Migrationsindikationen zu entwickeln, die sie in die Lage versetzen, in Fragen der Migrationspolitik zu einem gemeinsamen Ansatz zu gelangen und mit anderen OSZE-Teilnehmerstaaten einen auf besseren Informationen beruhenden Dialog zu Fragen der Migration zu führen.

Das IKRK

Die Kontakte mit dem IKRK vor Ort umfassten unter anderem die ständige Interaktion zwischen dem *Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst*, dessen Assistenten und dem IKRK in Eriwan, Baku und Stepanakert/Chankendi.

Die OSZE und das IKRK unterhalten auch Beziehungen auf Amtsebene. Das IKRK nahm am OSZE-*Ministerratstreffen* in Maastricht und an der Jahrestagung der *Parlamentarischen Versammlung* der OSZE in Rotterdam teil. Es war eng in die Arbeit am OSZE-*Handbuch „Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen“* eingebunden. Das IKRK nahm wie schon in den vergangenen Jahren am *Jährlichen Implementierungstreffen* zur menschlichen Dimension teil und war darüber hinaus auch eingeladen, auf dem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension betreffend die Verhütung von Folter ein Einleitungsreferat zu halten.

Das IKRK beteiligte sich auch aktiv am Seminar über Terrorismus und Menschenrechte in Den Haag, das vom Amtierenden Vorsitz der OSZE mitveranstaltet wurde.

„Wir haben gelernt, mit jenen Organisationen eng zusammenzuarbeiten, die den Ländern bei der Entwicklung ihrer eigenen nationalen Strategie aktiv beistehen, etwa mit der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel.“

Ján Kubiš, Generalsekretär der OSZE.

Jahresbericht über das Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien und mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

Im Rahmen des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum und in Asien bot¹ die *OSZE-Abteilung Externe Zusammenarbeit* dem Generalsekretär, dem Vorsitz und den Mitgliedern der Troika (Bulgarien und Portugal), die in der Mittelmeer- bzw. der Asien-Kontaktgruppe den Vorsitz führten, weiterhin Beratung und Unterstützung an. Auch die Beziehungen zu regionalen Organisationen außerhalb der OSZE-Region wurden 2003 weiterentwickelt.

Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien

Im Sinne einer Intensivierung der Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern kam es in gemeinsamen Interessenbereichen zu mehreren mit Unterstützung der *Abteilung Externe Zusammenarbeit* des OSZE-Sekretariats durchgeführten Aktivitäten.

Der Generalsekretär und andere OSZE-Vertreter nahmen am jährlichen *Mittelmeerseminar* der OSZE teil, das im Oktober in Aqaba (Jordanien) stattfand. Der Generalsekretär betonte die Bereitschaft der OSZE, den Mittelmeerpartnern durch Weitergabe von OSZE-internem Fachwissen in Gesprächen mit offiziellen Vertretern, Experten, der Öffentlichkeit und Wissenschaftlern in den Partnerstaaten in Form von Workshops die Hand zu reichen. Dies ist ein neu entstehender Kooperationsmechanismus und einer der Wege zur Weitergabe und zum Austausch von Informationen in allen Bereichen, die Teil des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE sind. Während des Seminars unterstrichen die Teilnehmer die Notwendigkeit, den Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten und den Mittelmeerpartnern zu intensivieren und die OSZE im Nahen Osten verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken.

Im Hinblick auf die Mittelmeerdimension wurde der Generalsekretär eingeladen, vor dem ersten Mittelmeer-Parlamentarierforum zu sprechen, das im Oktober von der *Parlamentarischen Versammlung* der OSZE in Rom veranstaltet wurde und die Stärkung der Sicherheit im Mittelmeerraum zum Gegenstand hatte. Auf der Veranstaltung trafen Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum zusammen. Der Generalsekretär unterstrich die Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung von Institutionen innerhalb der OSZE-Familie, einschließlich der Parlamentarischen Versammlung, im Hinblick auf den Mittelmeerdialo g der OSZE; dies trage entscheidend dazu bei, dass die

¹ Siehe auch die Berichte der Vorsitzenden der jeweiligen Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und den Kooperationspartnern in Asien auf Seite 31.

entsprechenden Fragen auf der Tagesordnung der OSZE an vorderer Stelle stehen. Er fügte hinzu, dass die Interaktion mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum sich in zahlreichen OSZE-Foren vollziehe und verschiedene Bereiche, auch Sicherheitsfragen, umfasse. Die OSZE sei bereit, ihr Fachwissen weiterzugeben und Einblick in die aktuellen Entwicklungen zu gewähren; sie sei ihrerseits offen für eine Bereicherung durch ihre Partner. Die Mittelmeerdimension der OSZE ist bei Treffen zwischen dem OSZE-Sekretariat und anderen internationalen Organisationen und Institutionen auf Mitarbeiterebene immer öfter ein fester Bestandteil der Tagesordnung.

Die OSZE und Korea veranstalteten im September in Seoul einen gemeinsamen Workshop zu dem schon einmal behandelten Thema „*Anwendbarkeit der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE (VSBM) in Nordostasien*“. In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Generalsekretär die Gelegenheit zum Meinungsaustausch zu verschiedenen Aspekten der VSBM; er könne Anregungen und Beiträge liefern, die möglicherweise für den Frieden und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in der Region insgesamt nützlich sind. Er vermerkte mit Befriedigung, dass 2003 eine unter portugiesischem Vorsitz stehende Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien eingerichtet wurde. China und Indonesien nahmen als Mitglieder des ASEAN-Regionalforums teil.

Im Anschluss an den Beschluss Nr. 537 des Ständigen Rates über die Aufnahme von Beziehungen zu Afghanistan als neuer Kooperationspartner konnte die *Abteilung Externe Zusammenarbeit* des OSZE-Sekretariats zwei Gruppen von Diplomaten aus dem afghanischen Außenministerium bei Informationsveranstaltungen und Gesprächen im OSZE-Sekretariat willkommen heißen. Beide Veranstaltungen wurden vom deutschen Außenministerium gesponsert. Zu den erörterten Themen zählten unter anderem der Partnerschaftsstatus und seine mögliche weitere Entwicklung, die menschliche Dimension, Medienfreiheit, VSBM, Fragen der Terrorbekämpfung, strategische Polizeianglegenheiten und Gleichbehandlungsfragen.

Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums

Vertreter der Liga der arabischen Staaten und der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) besuchten im Juni das OSZE-Sekretariat, um engere Beziehungen zur OSZE in Fragen von gemeinsamem Interesse aufzunehmen und mehr über die Erfahrungen, Grundsätze und Verfahren der OSZE zu hören. Für das

Jahr 2004 ist geplant, dass Experten aus den OSZE-Institutionen und dem Sekretariat Gegenbesuche abstaten. Der Generalsekretär der OSZE traf seine Amtskollegen aus der Arabischen Liga und der OIC.

„Die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels ist einer der wichtigen Bereiche, in denen die OSZE in Partnerschaft mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung eine Rolle spielen kann. Andere Bereiche, in denen die OSZE über große Erfahrungen verfügt, sind Fragen der Grenzkontrolle und der Aufbau polizeilicher Kapazitäten.“

Abdullah Abdullah, afghanischer Außenminister, vor dem Ständigen Rat am 4. Dezember.

Der Generalsekretär der OSZE, Botschafter Ján Kubiš, und der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden, Botschafter Daan Everts, nahmen auf Einladung des Generalsekretärs der Organisation der Islamischen Konferenz, Abdelouahed Belkeziz, an der 30. Außenministertagung der Islamischen Konferenz als Beobachter teil. Sie fand vom 28. bis 31. Mai in Teheran (Iran) statt. Dort wurden die hohen OSZE-Vertreter vom Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz empfangen. Bei dieser Gelegenheit verwies der Generalsekretär der OIC ganz besonders auf das Interesse der OIC am Erfahrungsschatz der OSZE und ihrer Institutionen. Der Generalsekretär der OSZE nahm ferner an der 10. Tagung der Islamischen Gipfelkonferenz vom 16. bis 18. Oktober in Putrajaya (Malaysia) teil.

Die Beziehungen zur Afrikanischen Union fanden in einem Besuch des algerischen Ministers für afrikanische und maghrebische Angelegenheiten, Abdelkader Messahel, in Wien sichtbaren Ausdruck. In Gesprächen mit dem Generalsekretär der OSZE und Mitgliedern der Troika erörterte er Möglichkeiten des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit im Hinblick auf das Zentrum der Afrikanischen Union für die Erforschung und Untersuchung des Terrorismus, das seinen Sitz in Algier haben soll, mit dem Ziel, den afrikanischen Staaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Bekämpfung des Terrorismus behilflich zu sein. Weitere Themen, zu denen die OSZE Erfahrungen mit der Afrikanischen Union austauscht, sind Frühwarnung, Konfliktverhütung und Vertrauensbildung im politisch-militärischen Bereich. Ein Vertreter des OSZE-Sekretariats nahm an einem Workshop über Frühwarnung teil, der im Oktober von der Afrikanischen Union in Addis Abeba veranstaltet wurde. Dabei kamen ausgesuchte Experten zusammen, um der Kommission der Afrikanischen Union bei der Festlegung eines Fahrplans für die Einrichtung eines kontinentalen Frühwarnsystems behilflich zu sein. Für die Afrikanische Union sind auch die Erfahrungen des BDIMR bei der Wahlbeobachtung von Interesse.

Ein Vertreter des OSZE-Sekretariats nahm in Addis Abeba als „Auskunftsperson“ an einer Konferenz der Zwischenstaatlichen Entwicklungsbehörde (IGAD) zum Thema Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus teil, die entsprechend dem *OAU/AU-Übereinkommen über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus* abgehalten wurde. Zweck der Veranstaltung war es, die Auswirkungen des internationalen Terrorismus auf die IGAD-Mitgliedstaaten zu erkunden und auf bestehende

Initiativen und einschlägige Programme auf internationaler und regionaler Ebene aufmerksam zu machen.

Die *Gruppe Terrorismusbekämpfung* der OSZE (ATU) begann im März eine aktive Zusammenarbeit mit dem Interamerikanischen Ausschuss der Organisation der amerikanischen Staaten gegen Terrorismus (OAS CICTE). Dies führte zu einem häufigen Austausch von Arbeitsplänen, bewährten Praktiken und Erfahrungen auf Arbeitsebene. Eines der praktischen Ergebnisse dieser kooperativen Beziehungen war die Schaffung des *Antiterrornetzwerks* der OSZE in Anlehnung an ein ähnliches Netzwerk von OAS CICTE. Im Gegenzug zu dem von der OAS im Oktober ausgerichteten Treffen wird die ATU in Zusammenarbeit mit dem UNODC im März 2004 ein Folgetreffen zur Sondertagung des UNCTC mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen veranstalten. Die OSZE gab ihrerseits Erfahrungen, bewährte Praktiken und Lehren im Zusammenhang mit ihren praktischen Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus, einschließlich der vom BDIMR geleisteten Arbeit, an OAS CICTE weiter. Die ATU und OAS CICTE setzen ihre Zusammenarbeit im Wege eines aktiven Informationsaustauschs und durch Koordinationstreffen fort. Beide sind bereit, ihre Erfahrungen und bewährten Methoden, wie vom UNCTC empfohlen, an andere regionale Organisationen weiterzugeben.

Ein Vertreter des *Konfliktverhütungszentrums* (KVZ) des OSZE-Sekretariats leistete im Juni in Johannesburg (Südafrika) einen Beitrag zu einem Treffen, bei dem es um die Schaffung der Grundlagen für das Politik-, Verteidigungs- und Sicherheitsorgan der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) ging. Die Erfahrungen der OSZE bei der Einführung gemeinsamer Werte in politischen und Sicherheitsbelangen durch Vertrauensbildung und Aufbau von Kapazitäten wurden ebenso wie die Kooperationsmechanismen vorgestellt. Im Dezember nahm ein KVZ-Vertreter an einem Durchführungstreffen der Vereinten Nationen zu Fragen der Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) teil, das in Kairo unter Teilnahme der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga stattfand.

ANHANG

Anhang 1: Hauptabteilung für Personalressourcen

Internationales Personal in Feldeinsätzen
 Personalstand am 31. Dezember 2003

Staat	OSZE-Mission im Kosovo	OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina	OSZE-Mission in Kroatien	OSZE-Mission in Georgien	OSZE-"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje	OSZE-Mission in Serbien und Montenegro	OSZE-Mission in Moldau	OSZE-Präsenz in Albanien	OSZE-Zentrum in Almaty	OSZE-Zentrum in Aschgabad	OSZE-Zentrum in Bischkek	OSZE-Zentrum in Duschanbe	OSZE-Zentrum in Taschkent	OSZE-Büro in Baku	OSZE-Büro in Minsk	OSZE-Büro in Erivan	Pers. Beauftr. des Amt. Vors. für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	OSZE-Projektordinator in der Ukraine	Missionen/Zentren/Büros gesamt
Albanien	1	1																	2
Armenien	1	1		1	1										1				5
Osterreich	10	5	3	5	6	2		2			1					1		1	36
Aserbaidschan	1	1		2	1														5
Belarus	1		1	6	3							1							12
Belgien	4	1			1	1													7
Bosnien und Herzegowina	2			1	1	1													5
Bulgarien	13	1	1	6								2			1				24
Kanada	9	7	4		1		1	1											23
Kroatien	2			2	1			1											6
Tschechische Republik	2	3		6	1			1									1		14
Dänemark	1		1	2															4
Estland	4			1	1	1													7
Finnland	1		1	3	8			3		1									17
Frankreich	22	12	7	4	9	5		4			1	2					2		68
die ehem. jugosl. Rep. Mazedonien				1															1
Georgien	4	2	1		1														8
Deutschland	39	17	6	5	6	3	1	4		1	1		1	1	1	1	1	1	89
Griechenland	6		1			2													9
Ungarn	4	1		6	2			1				1					1		16
Island	1																		1
Irland	2	4	1	5	4	4		2											22
Italien	8	11	5	2	2	5	1	1				1							36
Japan		1						1											2
Kasachstan																			0
Kirgisistan	1			1		1								1					4
Lettland		1		1		1			1			1							5
Liechtenstein																			0
Litauen		1	1																2
Luxemburg																			0
Malta																			0
Moldau	2	1	1	3				1		1		2	1						12
Niederlande	5	2	1	2	4	6	2			1	1	1							25
Norwegen	3	2		1	5	3						1							15
Polen	7	4	2	6	3		2											1	25
Portugal	1		2		2	1													6
Rumänien	7		1	5	2			1		1	1								18
Russische Föderation	1	4	1	7	1						1	1				1			17
Serbien u. Montenegro																			0
Slowakei			1	2	1	1								1					6
Slowenien	2				2				1										5
Spanien	9	3	1		6	1		1											21
Schweden	13	2	2	3	3	3			1		1		1		1				30
Schweiz	2	4		2	3						1			1					13
Tadschikistan	2				1														3
Türkei	8	1		5	18	2					1		1						36
Ukraine	1		2	4	3	2										1	1		14
Vereinigtes Königreich	37	18	7	6	14	7	1	2		1				1	1		1		96
Vereinigte Staaten	37	17	7	7	17	5	1	4	1			1	1	1		1		1	101
Usbekistan																			0
Gesamt	276	128	61	111	136	57	9	30	4	6	9	14	5	6	5	7	6	3	873

Gesamtzahl des international eingestellten Personals in Feldeinsätzen, im Sekretariat und in den Institutionen
 Personalstand am 31. Dezember 2003

	Missionen	%	Sekretariat und Institutionen	%	ENDSUMME	%
Albanien	2	0,2	0	0,0	2	0,2
Armenien	5	0,6	1	0,5	6	0,6
Österreich	36	4,1	18	8,7	54	5,0
Aserbajdschan	5	0,6	0	0,0	5	0,5
Belarus	12	1,4	3	1,5	15	1,4
Belgien	7	0,8	3	1,5	10	0,9
Bosnien und Herzegowina	5	0,6	2	1,0	7	0,6
Bulgarien	24	2,7	8	3,9	32	3,0
Kanada	23	2,6	6	2,9	29	2,7
Kroatien	6	0,7	3	1,5	9	0,8
Tschechische Republik	14	1,6	0	0,0	14	1,3
Dänemark	4	0,5	3	1,5	7	0,6
Estland	7	0,8	1	0,5	8	0,7
Finnland	17	1,9	7	3,4	24	2,2
Frankreich	68	7,8	5	2,4	73	6,8
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	1	0,1	0	0,0	1	0,1
Georgien	8	0,9	1	0,5	9	0,8
Deutschland	89	10,2	16	7,8	105	9,7
Griechenland	9	1,0	0	0,0	9	0,8
Ungarn	16	1,8	1	0,5	17	1,6
Island	1	0,1	1	0,5	2	0,2
Irland	22	2,5	3	1,5	25	2,3
Italien	36	4,1	4	1,9	40	3,7
Japan	2	0,2	0	0,0	2	0,2
Kasachstan	0	0,0	3	1,5	3	0,3
Kirgisistan	4	0,5	1	0,5	5	0,5
Lettland	5	0,6	0	0,0	5	0,5
Liechtenstein	0	0,0	1	0,5	1	0,1
Litauen	2	0,2	0	0,0	2	0,2
Luxemburg	0	0,0	1	0,5	1	0,1
Malta	0	0,0	1	0,5	1	0,1
Moldau	12	1,4	3	1,5	15	1,4
Niederlande	25	2,9	8	3,9	33	3,1
Norwegen	15	1,7	3	1,5	18	1,7
Polen	25	2,9	9	4,4	34	3,2
Portugal	6	0,7	0	0,0	6	0,6
Rumänien	18	2,1	4	1,9	22	2,0
Russische Föderation	17	1,9	9	4,4	26	2,4
Slowakei	6	0,7	4	1,9	10	0,9
Slowenien	5	0,6	1	0,5	6	0,6
Spanien	21	2,4	4	1,9	25	2,3
Schweden	30	3,4	9	4,4	39	3,6
Schweiz	13	1,5	5	2,4	18	1,7
Tadschikistan	3	0,3	0	0,0	3	0,3
Türkei	36	4,1	3	1,5	39	3,6
Ukraine	14	1,6	3	1,5	17	1,6
Vereinigtes Königreich	96	11,0	22	10,7	118	10,9
Vereinigte Staaten	101	11,6	24	11,7	125	11,6
Usbekistan	0	0,0	2	1,0	2	0,2
Gesamt	873	100,0	206	100,0	1079	100,0

Nicht vertreten sind: Andorra, Zypern, Monaco, San Marino, Serbien und Montenegro, der Heilige Stuhl und Turkmenistan.

Anhang 2: Revidierter Haushaltsplan

Revidierter Haushaltsplan der OSZE für das Jahr 2003

	Revidierter Haushaltsplan in Euro	
Allgemeiner Fonds (Sekretariat)	27.580.600	16,2%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	9.892.200	5,8%
Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten	2.379.600	1,4%
Beauftragter für Medienfreiheit	835.600	0,5%
Minsk-Konferenz	1.403.800	0,8%
OSZE-Missionen und -Feldinsätze	16.392.600	9,6%
Große OSZE-Missionen und -Projekte	111.679.200	65,6%
GESAMT	170.163.600	100,0%

Revidierter Haushaltsplan der OSZE für das Jahr 2003 nach geographischen Regionen

	Summe pro Region in Euro	
Allgemeiner Fonds und Fonds für Terrorismusbekämpfung	27.580.600	16,2%
Institutionen	14.511.200	8,5%
Osteuropa	3.215.600	1,9%
Zentralasien	6.810.000	4,0%
Kaukasus	22.983.300	13,5%
Südosteuropa	95.062.900	55,9%
GESAMT	170.163.600	100%

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat
Kärntner Ring 5-7
A-1010 Wien
Tel.: 00431 514 36 180
info@osce.org

www.osce.org

OSZE-FELDEINSÄTZE

SÜDOSTEUROPA

OSZE-Präsenz in Albanien

Leiter der Präsenz: Botschafter Osmo Lipponen, Finnland
Adresse: Rruga Donika Kastrioti, Villa 6, Tirana, Albanien
Tel.: +355-42 35993, Fax: +355-42 35994
E-Mail: post.Albania@osce.org

OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Missionsleiter: Botschafter Robert Mason Beecroft,
Vereinigte Staaten von Amerika
Adresse: Fra Andela Zvizdovića 1, 71000 Sarajewo,
Bosnien und Herzegowina
Tel.: +387-33-752 100, Fax: +387-33-442-479
E-Mail: postmaster@oscebih.org

OSZE-Mission in Kroatien

Missionsleiter: Botschafter Peter Semneby, Schweden
Adresse: Florijana Andraseca 14, 1000 Zagreb, Kroatien
Tel.: +385-1-309 66 20, Fax: +385-1-309 66 21
E-Mail: osce-croatia@oscecro.org

OSZE-Mission in Serbien und Montenegro

Missionsleiter: Botschafter Maurizio Massari, Italien
(seit 8. Januar 2003)
Adresse: Cakorska 1, 1100 Belgrad,
Serbien und Montenegro
Tel.: +381-11-367 24 25, Fax: +381-11-367 24 29
E-Mail: omisam@osce.org

OSZE-Mission im Kosovo

Missionsleiter: Botschafter Pascal Fieschi, Frankreich
Adresse: Beogradska 29, 38000 Priština, Kosovo,
Serbien und Montenegro
Tel.: +381-38 500 162, Fax: +381-38 500 188
E-Mail: osce-kosovo@omik.org

OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Missionsleiter: Botschafter Carlos Pais, Portugal
(seit 1. Dezember 2003)
Davor: Botschafter Craig Jenness, Kanada
Adresse: QBE Makedonija building, 11 Oktomvri Str. 25,
MK-1000 Skopje,
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
Tel.: +389-2 3234 000, Fax: +389-2 3234 234
E-Mail: info-mk@osce.org

OSTEUROPA

OSZE-Büro in Minsk

Leiter des Büros: Botschafter Eberhard Heyken, Deutschland
(seit 31. Januar 2003)
Adresse: Prospekt Gasety Pravda 11, Minsk, 220116, Belarus
Tel.: +375-17-272 34 97, Fax: +375-17-272 34 98
E-Mail: office-by@osce.org

OSZE-Mission in Moldau

Missionsleiter: Botschafter William Hill,
Vereinigte Staaten von Amerika (seit 23. Januar 2003)
Adresse: Str Metropolit Dosofti 180, 2012 Chişinău, Moldau
Tel.: +3732-222 34 95, Fax: +3732-222 34 96
E-Mail: secretary-md@osce.org

Projektkoordinator in der Ukraine

Projektkoordinator: Botschafter David Nicholas,
Vereinigte Staaten von Amerika (seit 25. März 2003)
Adresse: 16 Striletska St., 01034 Kiew, Ukraine
Tel.: +380-44 238 04 06, Fax: +380-44 238 04 08
E-Mail: osce-ukraine@osce.org

OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

OSZE-Vertreter: Helmut Napiontek, Deutschland
Adresse: OSZE-Sekretariat, Kärntner Ring 5-7/2. Stock, 1010
Wien, Österreich
Tel: +43 1 514 36 560, Fax: +43 1 514 36 96
E-Mail: helmut.napiontek@osce.org

OSZE-Vertreter in der estnischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz, Deutschland
Adresse: Pärnu mnt. 15, 7th floor, Kawe Plaza,
10141 Tallinn, Estland
Tel: +372 665 1762, Fax: +372 665 1763
E-Mail: oscerepresentative@osce.ee

KAUKASUS

OSZE-Büro in Baku

Leiter des Büros: Botschafter Peter Burkhard, Schweiz
Adresse: 4 Magomayev Lane, 2nd floor, Baku 370004,
Aserbaidschan
Tel.: +994-129 72373, Fax: +994-129 72377
E-Mail: office@osce-baku.org

OSZE-Mission in Georgien

Missionsleiter: Botschafter Roy Reeve,
Vereinigtes Königreich (seit 1. August 2003)
Davor: Botschafter Jean-Michel Lacombe, Frankreich
Adresse: Krtsanisi Datcha No. 5, Tiflis, Georgien
Tel.: +995-32 24 42 01, Fax: +995-32 77 65 15
E-Mail: pm-ge@osce.org

Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst

Persönlicher Beauftragter: Botschafter Andrzej Kasprzyk, Polen
Adresse: 23 Shatberashvili Str., Tiflis, Georgien
Tel.: +995-322 92 424, Fax: +995-329 88 566
E-Mail: persrep@access.sanet.ge

OSZE-Büro in Eriwan

Leiter des Büros: Botschafter Wladimir Prjachin,
Russische Föderation (seit 15. Oktober 2003)
Davor: Botschafter Roy Reeve, Vereinigtes Königreich
Adresse: 60 Zarobyan St., Eriwan, 37501, Armenien
Tel.: +374-1-54 10 65, Fax: +374-1 56 11 38
E-Mail: osce@osce.am

ZENTRALASIEN**OSZE-Zentrum in Almaty**

Leiter des Zentrums: Botschafter Ivar Vikki, Norwegen
(seit 4. April 2004)
Davor: Botschafter Anton Rupnik, Slowenien
Adresse: 67 Tole Bi Street, 2nd floor, Almaty, 480091,
Kasachstan
Tel.: +7-3272-79 37 62, Fax: +7-3272-79 43 88
E-Mail: almaty-kz@osce.org

OSZE-Zentrum in Aschgabad

Leiter des Zentrums: Botschafter Paraschiva Badescu,
Rumänien
Adresse: Turkmenbashy, Shayoly 15, Aschgabad, 744000,
Turkmenistan
Tel.: +993-12 35 30 92, Fax: +993-12 35 30 41
E-Mail: info@osctm.org

OSZE-Zentrum in Bischkek

Leiter des Zentrums: Botschafter Markus Müller, Schweiz
(seit 2. November 2003)
Davor: Botschafter Aydin Idil, Türkei
Adresse: 139 St. Toktogula, Bischkek, 720001, Kirgisistan
Tel.: +996-312 66 41 80, Fax: +996-312 66 31 69
E-Mail: postmaster@osce.elcat.kg

OSZE-Zentrum in Duschanbe

Leiter des Zentrums: Botschafter Yves Bargain, Frankreich
(seit 8. Juli 2003)
Davor: Botschafter Marc Gilbert, Frankreich
Adresse: 12, Zikrullo Khojaev Street, 73 4003, Duschanbe,
Tadschikistan
Tel.: +992-372 51 00 34, Fax: +992-372 24 91 59
E-Mail: cid-tj@osce.org

OSZE-Zentrum in Taschkent

Leiter des Zentrums: Botschafter Ahmet Kamil Erozan, Türkei
Adresse: Afrosiyob Street 12 B, 4th floor, 700015 Taschkent,
Republik Usbekistan
Tel.: +998-71-120 44 70, Fax: +998-71-120 61 25
E-Mail: osce-cit@osce.org

**Nähere Information finden Sie auf der OSZE-Website:
www.osce.org/field_activities/**

„Die OSZE ist eine lebendige Organisation. Sie leistet nach wie vor ihre Arbeit im Sinne der Schlussakte von Helsinki 1975, die wohl eines der fundiertesten Dokumente über die Rechte des Einzelnen ist, die jemals verkündet wurden.

Die OSZE leistet ihre wichtige Arbeit nicht nur auf Konferenzen sondern vielmehr durch Entsendung von Teams in die gesamte euro-atlantische Region, um bei Wahlen Unterstützung zu leisten, bei der Lösung offener Fragen zu helfen, den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen und den Nationen auf der Suche nach einem Weg zur Verbesserung der Lebensumstände ihrer Bevölkerung beizustehen. In diesem Sinne spielt die OSZE im 21. Jahrhundert eine entscheidende Rolle.“

US-Außenminister Colin Powell auf dem 11. Ministerratstreffen in Maastricht.

**REDAKTION | Martha Freeman
REDAKTIONSASSISTENT | Ilija Dohel
LANDKARTENAUSWAHL | Senad Basić
GESTALTUNG FREMDSPRACHLICHER AUSGABEN | Astrid Schnitzer**

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
OSZE-Sekretariat**

Dies ist kein einvernehmlich verabschiedetes Dokument.